

KRIEG UND ARMUT**Analysen und
Perspektiven einer
jungen
ForscherInnengeneration**

SAFRAN 05

**Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung,
Abrüstung und nachhaltige Entwicklung**

**Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung
Georg Leitner, Rita Glavitz, Thomas Roithner (Hrsg.)**

KRIEG UND ARMUT

**Analysen und Perspektiven einer jungen
ForscherInnengeneration**

SAFRAN

Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung,
Abrüstung und nachhaltige Entwicklung

Diese Forschungsreihe des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) soll jungen, noch wenig bekannten WissenschaftlerInnen die Möglichkeit geben, ihre Forschungsarbeiten zu unterschiedlichen Fragen der internationalen Beziehungen, der Friedensforschung, der Abrüstung und der nachhaltigen Entwicklung zu veröffentlichen. Diese Arbeiten wurden u.a. im Rahmen von Praktika in Wien oder bei den JungforscherInnenworkshops im Rahmen der Schlaininger Sommerakademien erarbeitet.

Diese in der Reihe veröffentlichten Beiträge widerspiegeln die Sicht der AutorInnen und müssen nicht mit der Meinung der Herausgeber übereinstimmen.

Redaktion:

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK)
Außenstelle Wien, Thomas Roithner
Wiedner Gürtel 10, A – 1040 Wien
Tel. 0043 – (0)1 – 79 69 959, Fax 0043 – (0)1 – 79 65 711
e-mail: roithner@aspr.ac.at

© 2009, ÖSFK Burg Schlaining
Rochusplatz 1, A – 7461 Stadtschlaining
Tel. 0043 (0)33 55 – 2498, Fax 0043 (0)33 55 – 2662
e-mail: aspr@aspr.ac.at, Web: <http://www.aspr.ac.at>
© Coverlayout: Doris Engelmeier
Layout: Georg Leitner
ISBN-Nummer: 978-3-900630-25-6

ÖSFK / Georg Leitner / Rita Glavitza / Thomas Roithner (Hrsg.): Krieg und Armut. Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnengeneration, SAFRAN. Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung, Paper Nr. 05, Wien/Stadtschlaining, März 2009 (abrufbar unter: <http://www.aspr.ac.at/sak2008/safran05.pdf>)

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne schriftliche Zustimmung des Herausgebers unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Key words: Krieg, Armut, Gewalt, Nepal, Palästina, Senegal, Tschetschenien

Gefördert vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

B.M.W.F^a

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Julia-Rita Warmuth: Armut als Kriegsauslöser	11
Birgit Fischer: Krieg und Armut und wer davon profitiert...	27
Georg Leitner: Eine „Normalisierung“ der Lage in Tschetschenien? – Die Entstehung einer Bürgerkriegsökonomie, die Transformation von Gewalt und Zusammenhänge von Armut und Krieg im Tschetschenienkonflikt	36
Andreas Hackl: Armut und Widerstand in den besetzten palästinensischen Gebieten: Ursache und Gegenwart des sozioökonomischen Nährbodens für Radikalisierung und Mobilisierung	54
Lena Gruber: Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit als konfliktfördernde Faktoren am Beispiel des Casamance-Konflikts im Senegal	66
Angelika Scherzer: Nepals Kinder und Jugendliche – ein „Window of Opportunity“ für Entwicklungsmöglichkeiten hin zu positivem, nachhaltigem Frieden	74
AutorInnenverzeichnis	94

Vorwort

Schon seit Jahrzehnten versucht die internationale Entwicklungshilfe globale Armutsverhältnisse zu beseitigen und dem Credo der nachhaltigen Entwicklung folgend den Ärmsten der Welt und deren nachfolgenden Generationen ein Grundbedürfnisse erfüllendes und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Die im Jahre 2000 vom damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan vorgestellten Millennium Development Goals (MDGs) waren dabei ein wichtiger Schritt, um im öffentlichen Diskurs auf die weltweit vorherrschenden Missstände hinzuweisen und entsprechende Schritte in Richtung einer Lösung dieser Probleme zu setzen. Jedoch stellt sich nun 9 Jahre nach dem Beschluss der MDGs heraus, dass in vielen Ländern der Welt der politische Wille fehlt, um Armutsverhältnisse nachhaltig zu beseitigen. Somit werden die utopischen Absichten dieser Zielsetzungen, die etwa die Beseitigung von Armut, Hunger, AIDS sowie die Ermöglichung von Bildung und Geschlechtergerechtigkeit miteinschließen, innerhalb des geplanten Rahmens bis zum Jahre 2015 wohl kaum zu erfüllen sein.

Trotz jahrzehntelanger Bemühungen scheitert eine nachhaltige Entwicklungshilfe für die Länder des Südens vor allem an den wirtschaftspolitischen Vorgaben, welche die internationalen Bretton Woods-Institutionen armen Ländern vorgeben. Die so genannten Strukturanpassungsprogramme zielen vorrangig auf eine Integration dieser Länder in das neoliberal strukturierte Weltwirtschaftssystem ab und verhindern dadurch die Entstehung einer selbstbestimmten, an den Bedürfnissen der einzelnen Länder orientierten nationalen Ökonomie. Somit trägt dieses System – welches der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung Jean Ziegler als „Imperium der Schande“ bezeichnet – zu einer Fortschreibung der vorherrschenden Armutsverhältnisse bei. Darüberhinaus führten die in den letzten Jahren aufgetretenen Krisenerscheinungen wie die Ernährungs- und Finanzkrise, welche auch negative Auswirkungen auf die Länder des Nordens hatten, zu einer weiteren Verschlechterung der Situation für die Ärmsten der Welt. Die weitreichenden Konsequenzen des fortschreitenden Klimawandels führen darüberhinaus vermehrt zu Naturkatastrophen, Dürren und Zerstörung von Anbau- und Lebensräumen, wodurch auch die Ernährungsgrundlagen vieler Menschen zerstört werden.

Abgesehen von den desaströsen humanitären Auswirkungen, welche durch Armut entstehen können, kann diese auch in bestimmten Fällen zum Ausbruch von kriegerischen Auseinandersetzungen führen, wobei sich hier jedoch kein Automatismus feststellen lässt. „Armut schafft Kriege – nicht immer, aber fast überall“ bemerkte hierzu etwa der Journalist und UN-Korrespondent Andreas Zumach in seinem Vortrag im Rahmen der 25. Internationalen Sommerakademie in Stadtschlaining. Auf der anderen Seite lässt sich jedoch mit ziemlicher Sicherheit behaupten, dass Kriege Armutsverhältnisse produzieren – etwa durch Zerstörung von Infrastruktur und Arbeitsplätzen oder die Schwächung von Staatlichkeit und die daraus folgende Unfähigkeit des Staates seine BürgerInnen mit elementaren und sozialen Leistungen zu versorgen.

So vielseitig wie dieses breite Themenfeld über die Zusammenhänge von Krieg und Armut gestalteten sich dann auch die Vorträge der ReferentInnen des JungforscherInnenworkshops, welcher bereits zum dritten Mal im Rahmen der 25. Internationalen Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung im Juli 2008 in Stadtschlaining stattgefunden hat. Wie in den vorangegangenen Jahren bot sich auch dieses Jahr für JungforscherInnen die Möglichkeit, ihre Arbeiten zum Thema der Sommerakademie in einem außeruniversitären Umfeld vor einem

interessierten Publikum vorzustellen und kritisch zu diskutieren. Dieser hier vorliegende, auf diesen Vorträgen basierende Sammelband – welcher bereits die fünfte Ausgabe der SAFRAN-Reihe (Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung) darstellt – dokumentiert nachfolgend diese Beiträge, welche den Themenkomplex von Krieg und Armut aus verschiedenen Perspektiven betrachten und somit dem Anspruch der Interdisziplinarität Rechnung tragen. Darüberhinaus wird in diesen auf unterschiedliche – im internationalen medialen Diskurs oft vernachlässigte oder verkürzt dargestellte – Krisenregionen wie den Senegal, Nepal, Tschetschenien und Palästina eingegangen und dadurch ein umfangreiches Bild von der Wechselwirkung zwischen Krieg und Armut dargebracht.

Julia-Rita Warmuth analysiert in einem einleitenden Beitrag aus einer theoretischen Perspektive die Rolle von Armut als Kriegsauslöser. Sie stützt sich dabei auf – den Mainstream der internationalen Entwicklungshilfe bestimmende und in der Disziplin der Friedens- und Konfliktforschung viel diskutierte – Ansätze u.a. von Paul Collier (Co-Autor der Weltbankstudie „Breaking the conflict trap. Civil War and Development Policy“), für welchen der Ausbruch von Bürgerkriegen eher auf *greed* (Gier) zurückzuführen ist als auf *grievances* (ethnische und religiöse Komponenten, politische Unterdrückung und Ausschluss sowie wirtschaftliche Ungleichheit). Die ihrer Arbeit zugrunde liegende These lautet „Chronische Armut ist kein Kriegsauslöser, sondern eher die Gier, die sich aus der Aussicht auf ‚potenziellen Reichtum‘ ergibt“, welche sie im Laufe des Beitrages versucht zu verifizieren und anhand der Fallbeispiele Sierra Leone, Angola und Bosnien zu veranschaulichen.

Birgit Fischer arbeitet anschließend heraus, welche Akteure von der Fortschreibung von Krieg und von Armutsverhältnissen profitieren. Aufgrund der enormen finanziellen Einnahmen, welche etwa die Rüstungsindustrie, private militärische Unternehmen, die internationale Finanzwelt, die Wiederaufbauindustrie und kriminelle Organisationen durch die Fortschreibung kriegerischer Auseinandersetzungen lukrieren können, ist es somit im Interesse mehrerer Akteure, bestimmte Konflikte aufrecht zu erhalten. Die oft daraus entstehenden Armutsverhältnisse werden von den Kriegsparteikräften meistens nicht berücksichtigt und treffen vorrangig die Zivilbevölkerung. Somit kommt die Autorin zu dem Schluss, dass es solange kriegerische Auseinandersetzungen geben wird, solange bestimmte Akteure Profit aus diesen schlagen können.

Georg Leitner widmet sich in seinem Beitrag dem Tschetschenienkonflikt, welcher zwar schon vor einigen Jahren von russischer Seite aus für beendet und „befriedet“ erklärt wurde, wo es jedoch nur zu einer Transformation von Gewaltaustragung gekommen ist und somit keine Befriedung und Stabilisierung im Sinne eines positiven Friedensbegriffes stattgefunden hat. Durch die Entwicklung einer Bürgerkriegsökonomie sowie auch dem Vorhandensein situativer, lokaler Formen von Gewalt ist die oft traumatisierte tschetschenische Bevölkerung immer noch schweren Repressalien seitens der von Moskau eingesetzten tschetschenischen Führung ausgesetzt, weshalb man keineswegs von einer von Putin propagierten „Normalisierung“ der Lage in der nordkaukasischen Provinz sprechen kann. Die Armutsverhältnisse im von zwei Kriegen weitgehend zerstörten Tschetschenien tragen darüberhinaus zu einer Herausbildung von horizontalen Ungleichheiten bei, welche wiederum einen erneuten Ausbruch von Gewalt mit sich bringen können.

Andreas Hackl beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Rolle von Armut in den besetzten palästinensischen Gebieten als sozioökonomischen Nährboden für Radikalisierung und Mobilisierung. Hierbei wird ein besonderes Augenmerk auf die Hamas gelegt, welche einerseits aufgrund der in den besetzten palästinensischen Gebieten vorherrschenden Armutsverhältnisse immer mehr Zulauf erfahren hat und letztendlich auch bei den palästinensischen Wahlen 2006 als Wahlsieger hervorgegangen ist. Andererseits erbringt diese auch wichtige Sozialleistungen für die palästinensische Bevölkerung und hilft somit auch Armut zu bekämpfen. Der Autor versucht in seinem Beitrag zu erklären, wie die Bereitschaft zu gewalttätigem Widerstand und die Empfänglichkeit für Radikalisierung unter den PalästinenserInnen auf den sozioökonomischen Kontext von Armut und Unterdrückung zurückzuführen ist.

Mit dem Casamance-Konflikt im Süden des Senegal setzt sich Lena Gruber in ihrem Beitrag auseinander. Die in der Casamance lebende ethnische Minderheit der Diola ist schon seit der Kolonialzeit wirtschaftlicher und sozialer Ungleichbehandlung ausgesetzt worden, was daraufhin auch zur Gründung der Widerstandsbewegung „Mouvement des Forces Democratique de la Casamance“ (MFDC) und in den 1980er Jahren zum offenen Ausbruch des Konfliktes geführt hat. Aus einer historischen Perspektive analysiert die Autorin die sozioökonomischen Diskriminierungen, welche die Diola von der Kolonialzeit bis in die Zeit der Unabhängigkeit des Senegals erfahren mussten und kommt zu dem Schluss, dass es sich hierbei nicht – wie oft behauptet – um einen „ethnischen“ Konflikt handelt, sondern dass die Konfliktursachen eher auf soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zurückzuführen sind. Zudem wird auch auf die negativen Folgen der internationalen Finanzwirtschaft für die senegalesische Ökonomie eingegangen.

Abschließend befasst sich Angelika Scherzer mit der Bedeutung und dem Potenzial von Kindern und Jugendlichen für eine Entwicklung hin zu einem positiven, nachhaltigen Frieden in Nepal. Nach einer ausführlichen Analyse der innenpolitischen Situation und kultureller und historischer Aspekte Nepals wird auf die Situation der jungen Bevölkerung vor Ort aufmerksam gemacht. In einigen Fällen sind diese als Kindersoldaten eingesetzt worden, was eine Re-Integration in die Gesellschaft erheblich erschwert. Auch hat das Land mit der Abwanderung von Jugendlichen ins Ausland zu kämpfen, da viele von ihnen dort bessere Zukunftsperspektiven vorfinden als in ihrem Heimatland. Dabei wäre gerade das Potential der jungen Generation vonnöten und stellt laut der Autorin ein „Window of Opportunity“ dar, um das von Konflikten geprägte Nepal nachhaltig zu befrieden.

Wir danken dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung für die freundliche Unterstützung dieses Projektes zur Förderung von Nachwuchsforschung.

März 2009

Georg Leitner, Rita Glavitz, Thomas Roithner
Für die Herausgeber

Armut als Kriegsauslöser

Julia-Rita Warmuth

1. Einleitung

Immer mehr Kriege sind intrastaatlicher Natur und übertreffen zwischenstaatliche Konflikte so nicht nur in ihrer absoluten Anzahl sondern auch in ihrer Konfliktintensität (siehe Grafik – Konfliktbarometer 2007).

Die Tatsache, dass Krieg Armut bedingt und verstärkt ist weitgehend unbestritten. Untersuchungen, ob dieser Kausalzusammenhang auch umgekehrt besteht, stecken jedoch noch weitgehend in den Kinderschuhen.

Empirische Untersuchungen zeigen jedoch, dass arme Länder größerer Gefahr unterliegen, in einen Teufelskreis aus gewalttätigen

Konflikten zu geraten (Goodhand 2003: 630). Ist Armut, und insbesondere chronische Armut, als ein bedeutender Indikator bei der Entstehung von Kriegen zu sehen oder gibt es viel eher andere Gesetzmäßigkeiten, die den Ausbruch eines Krieges eher erklären.

Die These, die ich der Arbeit zugrunde legen möchte, ist folgende:

„Chronische Armut ist kein Kriegsauslöser, sondern eher die Gier, die sich aus der Aussicht auf ‚potenziellen Reichtum‘ (Münkler 2004: 17) ergibt.“

Ich werde in dieser Arbeit nun die bis dato durchgeführten empirischen Arbeiten über allgemeine Bürgerkriegsursachen untersuchen um zu klären, ob und wenn ja, inwiefern Armut das Kriegsrisiko eines Landes erhöht oder zur Aufrechterhaltung des Kriegszustandes beiträgt.

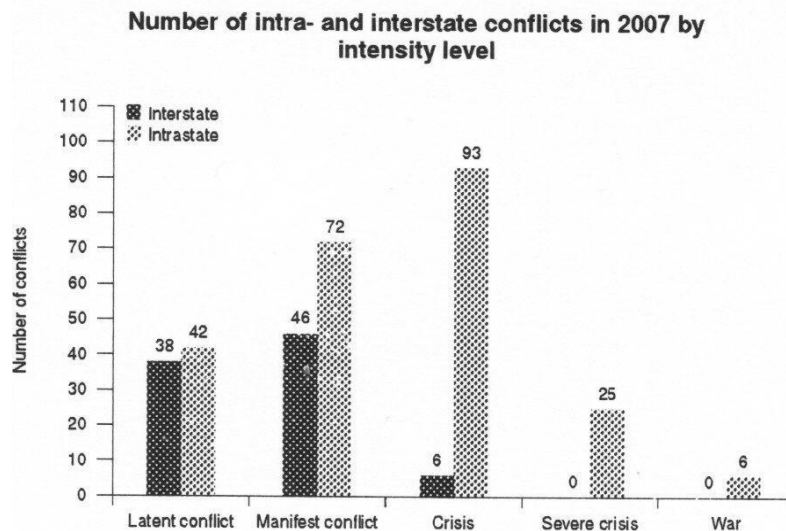


Abbildung 1: "Number of intra- and interstate conflicts in 2007 by intensity level" (Quelle: Konfliktbarometer 2007: 3).

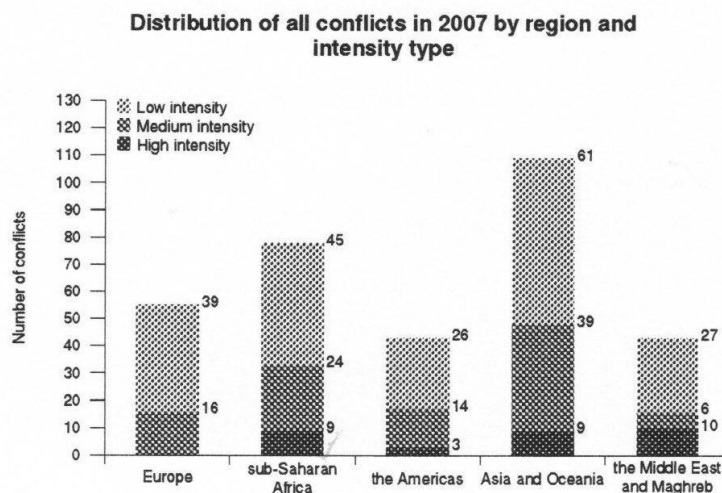


Abbildung 2: "Distribution of all conflicts in 2007 by region and intensity type" (Quelle: Konfliktbarometer 2007: 3).

2. Definitionen

2.1. Bürgerkrieg

In meiner Definition des Bürgerkrieges beziehe ich mich maßgeblich auf Paul Collier. Demnach muss dieser rein interne Auswirkungen haben und mindestens 1 000 Tote fordern. Zur Unterscheidung zu Massakern muss die Determinante erfüllt sein, dass mindestens 5 % der Opfer sowohl auf Regierungstruppen wie auch auf Rebellenorganisationen entfallen (Collier 2004: 565).

2.2. Chronische Armut und zeitweise Armut

Die Armutsdefinition der MDGs, nämlich das Kriterium des 1\$/Tag ist zwar eine weit verbreitete Definition für absolute Armut, findet jedoch nicht nur Zustimmung. Neuere Konzepte fassen auch immaterielle Faktoren wie Verletzbarkeit, multidimensionale Entbehrungen von Basisversorgungen wie Gesundheit, Bildung und Sicherheit. Chronische Armut ist jedoch nie Resultat nur eines Faktors, sondern bedingt sich aus Kombinationen und Interaktionen (CPRC 2004: 5).

Das Unterscheidungsmerkmal für chronische Armut ist die zeitliche Dauer. Chronisch arme Menschen sind jene, welche Zeit ihres Lebens arm bleiben und dies auch ihren Kindern weitergeben (ebd.: 3).

Zeitweise Armut hingegen weist höhere Einkommensschwankungen auf, welche sich jedoch immer im Bereich der Armutslinie befinden.

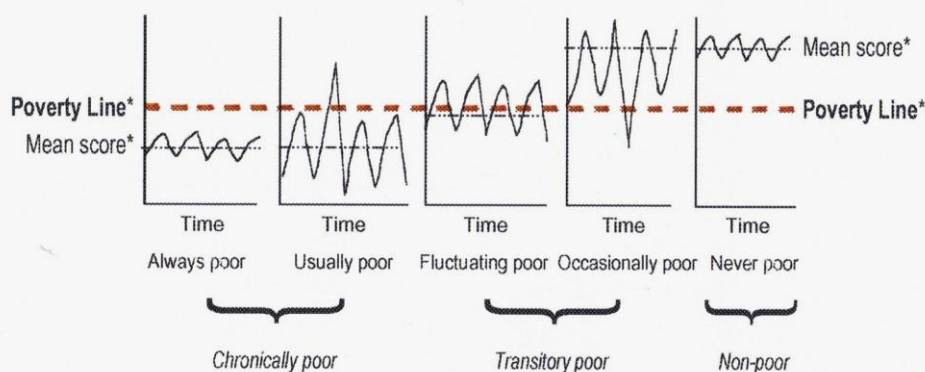
3. Chronische Armut als Kriegsursache

Ein Argument, welches an dieser Stelle oft angeführt wird ist, dass chronisch Arme wenig bis nichts zu verlieren haben. Auch Paul Collier merkt dies an, findet allerdings keinen direkten Zusammenhang zu Konflikt, da „Rebellion seems not to bet the rage of the poor“ (2006: 11). Also verneint er in seinen Studien die Rolle politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Benachteiligung. Beide Determinanten scheinen das Risiko eines Bürgerkrieges nicht zu erhöhen. Zwar sollten Missstände natürlich bekämpft werden, nur scheint es, dass Rebellen immer einen Grund zur Klage finden werden. Hier verweist Paul Collier auf *Grievance*, worauf in der Folge noch genauer eingegangen werden soll (Collier 2007: 41).

Was Menschen nun nachhaltig in Armut hält, ist die gefährliche Kombination aus Entbehrungen, dem Mangel an materiellen Ressourcen wie der sozialen und politischen Marginalisierung. Der Inder Amartya Sen spricht von Entbehrungen an entitlements (Verfügungsrechten), opportunities (Chancen) und capabilities (Fähigkeiten).

Dadurch, dass ein großer Teil der Bevölkerung dieser Grundattribute eines erfüllten Lebens beraubt wird, lässt sich zusammenfassend sagen, dass absolute Armut keine signifikante Kriegsursache darstellt, die absolut Armen „(...) tend to be the least organized and most passive group in society“ (Goodhand 2003: 637); „Sie leiden still“ (Collier 2007: 41). Die Basis des Widerstandes sind „nicht die ärms-

Figure 1.1 The chronically poor, transitory poor and non-poor – a categorisation



*Depending on data availability, poverty could be assessed in terms of household expenditure, income, consumption, a poverty index or scale, nutritional status, or an assessment of assets.

Abbildung 3: "The chronically poor, transitory poor and non-poor - a categorisation" (Quelle: CPRC 2004: 5).

ten der Armen, sondern bürgerliche Gruppen, deren (politische oder materielle) Hoffnungen enttäuscht wurden“ (Haydt 2003: 12). Was also vielleicht oberflächlich als Gefahr für den Frieden gedeutet werden kann, wird genau das Gegenteil – nämlich die Determinante, die den Frieden auf lange Zeit zu sichern in der Lage ist.

Wenn es nun nicht die Armen sind, die Kriege hervorrufen, wer ist es dann und welchen Motiven folgen sie? Beziehungsweise welche Rolle spielen die Armen dann?

Um dieser Frage genauer auf den Grund gehen zu können, lassen sich verschiedene Theorien und Erklärungsansätze heranziehen.

4. Theorien

4.1. Greed-Grievance Theorie

Paul Collier und Anke Hoeffler haben mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Kriegsursachenforschung geleistet und haben die Begriffe *Greed* and *Grievance* zu gängigen Termini in der ökonomischen Konfliktforschung gemacht und maßgeblich geprägt. Sie erfassen vier „(...) objective measures of grievance [namely] ethnic or religious hatred, political repression, political exclusion, and economic inequality“ (Collier/Hoeffler 2004: 570). Während der Begriff „*Greed*“ mit Gier übersetzt werden kann, werde ich mich bei *Grievance* weiterhin auf den englischen Begriff stützen, da es keine adäquate Übersetzung gibt und er eine Sammelbezeichnung für politischen und religiösen Hass, politische Unterdrückung wie auch politischen Ausschluss und wirtschaftliche Ungleichheit darstellt.

Diese *Grievances* haben nur wenig bis gar keine Aussagekraft, wenn sie objektiv gemessen werden. In den meisten Ländern mit niedrigem Einkommen gibt es viele Gründe für *Grievances*, diese „(...) objective grievances do not generate violent conflict, [while] violent conflict generates subjective grievances“ (Collier 2006: 23). In Bezug auf Armut ist zu erkennen, dass eher relative Armut, also subjective grievances, kriegsbedingend sind, da „the ‚anxious classes‘ on the verge of poverty may be more likely to turn to violence“ (Goodhand 2003: 637). Dieses Ergebnis verstärkt Collier noch, indem er aufzeigt, dass Ungleichheiten nicht das Kriegsrisiko erhöhen, da Rebellionen nicht primär von den Armen auszugehen scheinen, sondern eher die „Rache“ der Reichen darstellen, durch „(...) the grievance of a rich minority at paying taxes of the poor majority“ (ebd.: 11).

So scheint es, dass es eine stärkere Relation zwischen Durchschnittseinkommen und Krieg gibt als zwischen Einkommensungleichheiten

und Krieg (MacCulloch 2004: 831). Das Pro-Kopf Einkommen, als Variable für Gier, erklärt das Konfliktrisiko also besser als Einkommensungleichheiten, als Variable für *Grievance* (Collier/Hoeffler 2004 in Maystadt 2008: 3). Dieser erste Ansatz von Collier und Hoeffler nimmt rein die individuelle Motivation der Menschen zur Basis. So können *Grievances*, welche auf individualpsychologischer Ebene mit Frustration gleichgesetzt werden können die Bereitschaft zu aggressivem Handeln erhöhen. Dies besagt die Frustrations-Aggressionshypothese nach Berkowitz (1989). „Ob es aber tatsächlich zu Aggressionen kommt, hängt hauptsächlich von situativen Faktoren ab (...)“ (Herkner 2004: 418). Im Falle von *Grievances* ist zu beobachten, dass die Schwelle zu organisierter Gewalt und Krieg in den wenigsten Fällen überschritten wird. Damit dies jedoch dennoch geschieht ist das Vorhandensein eines bestimmten situativen Faktors vonnöten, welcher oft in Form einer Stimulusperson auftritt, um den letzten Ausschlag für Aggressivität zu geben (Herkner 2004: 418).

Rebellionen gehen also eher von bürgerlichen Schichten aus, die ihre Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht sehen, wie auch die Gefahr, in die Armut abzurutschen. Ihre tiefere Motivation scheint in der Gier nach mehr potenziellem Reichtum zu liegen (Münkler 2004: 17).

Die schon angesprochene Gefahr liegt nun darin, dass die Armen genau von diesem aus der Gier motivierten Teil der Eliten, welche vielleicht in Form von Warlords und Rebellenführern auftreten, motiviert und aufgestachelt werden – sich diese also mehr oder weniger als Stimuluspersonen manifestieren und eine Rebellion zum einen erst bedingen und zum anderen auch erst ermöglichen.

Dafür spricht auch das soziale Phänomen der „relative deprivation“, welches besagt, dass in allen Gesellschaften *Grievances* und die Gier nach Macht wahrgenommen werden und demnach Gruppen in der Lage sind, *Grievances* wahrzunehmen, unabhängig von den objektiven Umständen, in denen sie leben. Bei diesem Erklärungsansatz, welcher sich des Phänomens der „relative deprivation“ bedient, ist es also die Möglichkeit zum Raub, zur Plünderung beziehungsweise zur Ausbeutung, die das Konfliktrisiko determiniert. Zusammengefasst bedeutet dies, dass Rebellion maßgeblich von Gier bestimmt wird (Collier 2006: 3).

Aus dieser Verbindung der von Gier geleiteten Anführer, die die *Grievances* der Bevölkerung heraufbeschwören und sich zu Nutze machen, entsteht eine verstärkte Unterstützung der Rebellion, welches ein größeres Potenzial für Kriege bedeutet.

Hirshleifer greift diese Motivation-Möglichkeit Dichotomie auf und verfeinert sie, indem er die

individuelle Auffassung und Wahrnehmung als Variable einführt. Herrscht eine falsche Einschätzung der Möglichkeiten vor, wird Rebellion illusorisch, weil Unprofitabilität bereits vor dem Erreichen der kritischen Schwelle zum Bürgerkrieg zu einem Kollaps führt. Brechen Kriege aufgrund übertriebener *Grievances* aus, werden diese Falscheinschätzungen innerlich nur noch zusätzlich verstärkt (Collier/Hoeffler 2004: 564).

Grievances, die also eigentlich keinen hinreichenden Grund für den Ausbruch einer Rebellion liefern würden, werden plötzlich relevant und dies zum Teil auf vollkommen irrationale Art und Weise, da sie in einem derartigen Ausmaß objektiv gemessen vielleicht gar nicht wirklich bestehen.

Auch wenn die Armen nun nicht die ausschlaggebenden Schritte für einen Bürgerkrieg setzen, so ruht doch ein Großteil des aufloernden Kampfes auf ihren Schultern.

4.2. Opportunitätstheorie

Die „economic theories of conflict“ erklären den Ausbruch von gewaltvollen Rebellionen von einem anderen Blickwinkel aus. Unabhängig davon, dass Rebellion immer einer bestimmten Motivation folgt, kann die Durchführung nicht rein auf Hoffnung oder Hass fußen, sondern auf Kalkulationen ihrer finanziellen Durchführbarkeit (Collier/Hoeffler 2004: 565).

Zu den drei ausschlaggebenden Determinanten für Krieg gehören außer der Motivation auch die Möglichkeiten (die wirtschaftliche und finanzielle Situation) und die Identität. Die Motivation eines Rebellen kann nun entweder negativ als *Grievance* gegen das existierende Staatssystem oder positiv als der Wunsch nach Reichtum auftreten (Lujala/Gleditsch/Gilmore 2005: 539). Ob dieser Wunsch nach Reichtum (oft Gier genannt) wirklich als die positive Ausprägung des Motivationsspektrums angesehen werden kann, ist jedoch fraglich. Während Collier/Hoeffler ihr Anfangskonzept rein auf die Greed/*Grievance*-Komponente beschränkten, messen sie den wirtschaftlichen Gegebenheiten, welche die Durchführbarkeit eines Krieges bedingen, in ihren neuen Arbeiten eine zentrale Rolle bei, da Greed/*Grievance* alleine nicht ausreicht. Demnach sind ökonomische Gegebenheiten wie wirtschaftlicher Rückgang, geringes Wachstum, geringer Bildungsgrad und ein schnelles Bevölkerungswachstum die Ingredienzien, welche Staaten in die Konfliktfalle manövrieren (Collier 2006: 6).

Gefangen in dieser Konfliktfalle definiert die Opportunitätstheorie oder „feasibility hypothesis“ drei Hauptfinanzierungsquellen, welche eine Rebellion erst durchführbar machen: die

Ausbeutung natürlicher Ressourcen, Zuwendungen von Diasporagemeinschaften und Subventionen von anderen Regierungen (Collier/Hoeffler 2004: 565).

Dieser These schließt sich die „Predation Theory“ an, verstärkt jedoch das Augenmerk auf die Selbstbereicherungsmöglichkeiten. Demnach ist Raub, Plünderung und Ausbeutung eine sehr wichtige Determinante, während alleinige Motivation von objektiver „*Grievance*“ nicht von Bedeutung wäre.

Stellt man nun die *Grievance*-Theorie und die Opportunitätstheorie gegenüber, kann jedoch nicht eine vollkommen zu Lasten der anderen bevorzugt werden. Das Opportunitätsmodell ist zwar generell vorzuziehen, da die Ausprägungen von *Grievance* ja wie schon gezeigt, keine besondere Erklärungsrelevanz haben, dennoch können Elemente der *Grievance*-Theorie auch die Argumentation des Opportunitätsmodells untermauern.

Auch Collier und Hoeffler relativieren in ihrer neuesten Arbeit ihren anfänglichen Fokus auf der Motivation für eine Rebellion und nahmen nun auch die Variablen der finanziellen wie auch militärischen Durchführbarkeit in ihre Überlegungen auf. Die Durchführbarkeitstheorie stützt sich dabei auf moderne ökonomische Theorien und Hirshleifer (2001), welcher mit seinem Machiavelli-Theorem Pionierarbeit auf diesem Gebiet erbrachte. Dieses Theorem beziehungsweise die „feasibility hypothesis“ kommen zu dem erschreckenden Schluss, dass Rebellion vorkommt, wenn sie nur materiell durchführbar ist, dass also keine Chance auf Gewalt ausgelassen wird, sofern diese profitabel ist. Interessant ist dabei, dass finanzielle und militärische Faktoren das Kriegsrisiko signifikant steigern, auch wenn sie keine weitere Auswirkung auf die Motivation haben (Collier 2008: 5f).

„Potenzieller Reichtum ist eine sehr viel wichtigere Ursache für Kriege als definitive Armut“ (Münkler 2004: 17).

Weinsteins (2005) Ergebnis lässt noch einen weiteren Schluss zu. Seine Erkenntnis ist, dass wo es die Ressourcen zulassen, opportunistische Führer ideologische Führer verdrängen. Sein Killerresultat ist somit: „(...) that ‚grievance rebellion‘ becomes infeasible when ‚opportunistic rebellion‘ is feasible“, sodass *Grievance*-Rebellionen in den Fällen, in denen sie am plausibelsten, mächtigsten und demnach wünschenswert wären, kaum vorkommen (Collier/Hoeffler 2005: 626). Diese neuen Ergebnisse zeigen, dass ein Schwenk hin zur „feasibility hypothesis“, also Durchführbarkeitshypothese, statt gefunden hat, die nun nicht nur besagt, dass Rebellionen welche auf

rein wirtschaftlichem Opportunismus fußen, jene die sich aus Missständen speisen, ablösen, sondern in extremeren Maße aufzeigt: „(...) that where a rebellion is materially feasible it *will* [Heraushebung des Autors] occur.“ (Collier/Hoeffler 2008: 5). Die Gier wird also zum Kriegsgrund erhoben während der *Grievance*-Ansatz und jede auf Ideologie aufbauende Rebellion mit dem „collective action problem“ zu kämpfen hat. Denn da derartige Rebellionen idealerweise im Zeichen der Gerechtigkeit und Gleichheit stehen, werden sie von drei Phänomenen blockiert. Diese sind zum einen das Problem der Trittbrettfahrer, also der an der Rebellion nicht teilnehmende Teil der Bevölkerung, der dennoch von den Veränderungen profitieren will; des weiteren das Koordinationsproblem, welches die Bildung einer ausreichend großen und ideologisch gleich ausgerichteten Oppositionsgruppe erschwert und zu guter letzt das „time-consistency problem“, nachdem es schwierig ist Gefolgsleute zu finden, denen anfänglich nur vage die erstrebten Verbesserungen in Aussicht gestellt werden können. Während also „(...) justice-seeking rebellions have to be large in order to replace the state, (...) loot-seekers may remain small“ (de Soysa 2002: 397).

Viele Beobachtungen zeigen, dass in den aktuellen Konflikten politische und ideologische Bestrebungen immer mehr in der Ablösung begriffen oder überhaupt schon dem Untergang geweiht sind. Völlig neue Blickwinkel ergeben sich somit auf Kriege, die sich nun nicht mehr in politischen, sondern kriminellen Rahmen entladen. Gerade in Betrachtung derartiger krimineller, sich verselbstständigender Strukturen ist eine Differenzierung von drei Sachverhalten wichtig, nämlich was „(...) causes, triggers or sustains conflict“ (Goodhand 2003: 638).

Im Hinblick also auf die Finanzierbarkeit und Rekrutierung lässt sich sagen, dass das Kriegsrisiko umso größer und die Rekrutierung umso leichter ist, je mehr Ressourcen es zum ausbeuten gibt (Maystadt 2008: 10).

5. Rekrutierung

Oft stellen Arme (nicht nur absolut Arme) einen großen Prozentsatz der Bevölkerung dar und sind durch die Chancenlosigkeit, ihre Einkommensmöglichkeiten auf zu splitten und dadurch mehr Sicherheit zu bekommen, gezwungen, kurzfristig zu handeln. Für diese Gesellschaftsgruppe sind Bürgerkriege nicht als eine zu ergreifende Chance zu sehen, sondern stellen eher einen fürchterlichen letzten Ausweg dar (Cramer 1999 in Goodhand 2003: 639).

Dies macht es einfacher und vor allem billiger, diese zu rekrutieren. „(...) becoming a fighter may be seen as a rural livelihood coping strategy“ (Justino 2006: 6). Die arme Bevölkerung stellt somit einen ausreichenden Pool an potenziellen Rekruten dar, da die Opportunitätskosten gering sind. Hier ist eine Dichotomie zwischen der Ursache einer Rebellion und dem Mittel, mit welchem diese durchgeführt wird, zu erkennen. Im Bezug auf die empfundenen *Grievances* in der Gesellschaft muss an dieser Stelle jedoch eine Relativierung vorgenommen werden. Zwar werden diese sehr wohl empfunden, für die letzte Entscheidung zum Krieg sind sie jedoch wie schon gesagt, nicht von Bedeutung. Denn auch die Armen treten als sehr rational handelnde Gruppe auf, welche die Risiken und Chancen, die eine Beteiligung an einer Rebellion mit sich bringen, genau abwägen (Rice/Graff/Lewis 2006: 10). Weinstein's Untersuchungen ergaben, dass es viel eher „(...) die Aussicht auf Reichtum und nicht die Mission der sozialen Gerechtigkeit (...)“ ist, die Menschen dazu bewegen sich Rebellenbewegungen anzuschließen (Collier 2007: 48).

So wurde Kandidaten während des Bürgerkrieges in Sierra Leone zum einen Arbeit oder Geld versprochen, zum anderen halfen die Rebellenbewegungen die Grundbedürfnisse ihrer Mitglieder zu stillen und gewährleisteten die Sicherheit ihrer Familien (ebd.: 6).

Als Ursache dessen kann gesehen werden, dass „(...) basic survival needs take precedence over psychological needs during times of war (...)“ (Meng Yoong 2004: 8). Im Bezug auf die Problematik der Kindersoldaten, für deren Vorkommen Armut der Hauptindikator zu sein scheint, kann dieses Argument erklären, warum die Rekrutierung einfacher ist und warum sogar Eltern ihre Kinder aus dem Motiv des Hungers und der Armut heraus anbieten (ebd.: 7).

In Niedriglohnländern ist auch ein anderes Phänomen festzustellen, welches das Kriegsrisiko nicht minder beeinflusst. So steigert ein so genannter „youth bulge“, also ein hoher Anteil junger Bevölkerung, der zudem oft schlechte Bildung aufweist, maßgeblich das Konfliktrisiko. Nahezu 60% aller Armen auf der Welt sind unter 25. Diese sind vorwiegend in „Entwicklungsländern“ zu finden und weisen oft eine hohe Fertilitätsrate auf, wodurch dieser „youth bulge“ zum Entstehen eines Teufelskreises führt. Das wirtschaftliche Wachstum, welches für die Entwicklung und die Stabilisierung eines Landes von erheblicher Bedeutung ist, wird verlangsamt oder überhaupt verhindert und die schnell steigende Bevölkerungszahl saugt jedwede wirtschaftliche Errungenschaften schnell auf (Rice/Graff/Lewis 2006: 10). So

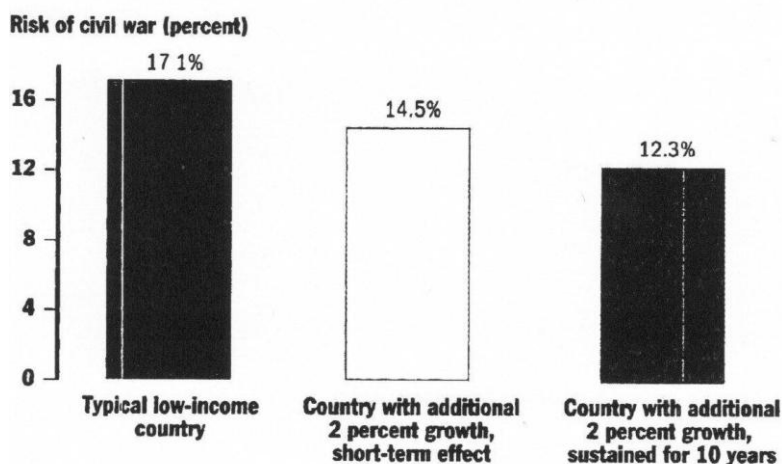
lässt sich in Bezug auf den Bevölkerungsanteil der Jungen eine eindeutig positive, und in Bezug auf Bildung eine signifikant negative Korrelation zum Kriegsrisiko erkennen (ebd.: 11).

Ein weiterer Punkt ist an dieser Stelle noch anzumerken. So kann niedriges Einkommen im Allgemeinen dazu führen, dass die „culture of peace“ erodiert. Der Staat ist nicht mehr in der Lage seiner Rolle nachzukommen, was zu einem erschreckenden Wandel führen kann. „(...) violence can become normalized“ und manifestiert sich in einer „culture of violence“, was die Rekrutierung natürlich maßgeblich erleichtert, da die menschliche Hemmschwelle in der Gesellschaft gefallen zu sein scheint (ebd.: 13).

Betrachtet man den Rekrutierungsprozess nun nicht von der Seite der Rekruten, welche versuchen zwischen Arbeit, Rebellenunterstützung und Familie das maximale Einkommen zu lukrieren, sondern von Seiten der Rebellenführer, ergibt sich ein anderer Blickwinkel. Die wenigsten Rebellionen scheinen noch auf ideologischen Ideen zu fußen. Die Finanzierbarkeit von Rebellion und die darüber hinausgehenden Plünderungs- und Selbstbereicherungsmöglichkeiten sind kriegsverursachend und stellen den Konnex zu Ressourcen und Primärgütern dar. Sind Einnahmen aus Ressourcen direkt vorhanden erlauben diese eine kurzfristige Rekrutierung, was oft dazu führt, dass Rebellenbewegungen mit opportunistischen Mitgliedern überflutet werden. Können Zahlungen jedoch nur im Falle eines Sieges in Aussicht gestellt werden, ergibt sich eine erschwerte Rekrutierungssituation. Opportunisten bleiben den Kämpfen fern und überlassen das Feld denjenigen, welche durch soziale

Bande und ideologische Überzeugungen an den Kampf gebunden werden (Weinstein 2005: 599). Dies lässt den Schluss zu, dass ethnische Fraktionalisierung eine Erschwernis und Verteuerung für den Rekrutierungsprozess darstellt, da die sozialen Verbindungen zu schwach sind und schlagkräftige Oppositionen rein durch finanzielle Anreize erreicht werden könnten. Ethnische Kriege scheinen also billiger zu sein als Revolutionen, da sie auf bereits bestehendem Sozialkapital aufbauen und die Motive typischer Weise nicht rein ökonomischer Natur sind (Sambanis 2001: 265f). Von der Ausnahme rein ethnisch motivierter Kriege abgesehen, ist eine enge Verbindung zwischen Rekrutierung und Ressourcenvorkommen festzustellen. „(...) the sizes of the armed forces will increase with natural resource rents“ (Olsson 2006: 1142), was für das Entstehen einer schlagkräftigen Gruppe essentiell ist. Was Rebellenführer nun abwägen müssen ist die „Qualität“ der Kämpfer mit denen sie sich umgeben. Hochmotivierte Rekruten werden viel investieren und eigene Opfer bringen, mit der Aussicht auf zukünftige Zahlungen. Sie können sich nicht aus den wirklich armen Schichten speisen, während ideologisch wenig motivierte Rekruten eher konsumierend auf kurzfristige Bereicherung zählen und demnach weder sehr produktiv noch sehr loyal sind (Weinstein 2005: 603). Derartige Kämpfer überwiegen allerdings zahlenmäßig eindeutig ob der Tatsache, dass sich auch die Ärmsten beteiligen können, oder auch wollen. Während die Oppositionsführer oft eine dramatische Verbesserung ihrer Lebenssituation erleben, hat dies auf die „niederen“ Beteiligten keine positiven, wenn nicht sogar negative Auswirkungen.

Figure 3.5 Improved economic performance and the risk of civil war



Source Collier and Hoeffler (2002c)

Abbildung 4: "Improved economic performance and the risk of civil war" (Quelle: World Bank 2003: 67).

Auch auf die Gewaltausübung haben Ressourcen Einfluss. Weniger ausbeutbare Ressourcen haben disziplinierte Rebellen zur Folge und Gewalt wird strategisch eingesetzt, während ausreichende Ressourcenflüsse zu Auswüchsen von Opportunismus und willkürlicher Gewalt werden (Ross 2006: 275).

6. Die Rolle des Staates

6.1. Wirtschaftliche Faktoren

Wie schon angesprochen, sind es oft arme Staaten, die in den Teufelskreis von Konflikt und Krieg geraten.

Zum einen hängt das Konfliktrisiko direkt mit der wirtschaftlichen Leistung eines Landes zusammen: Je niedriger das Wirtschaftswachstum desto höher ist die Wahrscheinlichkeit des verfassungswidrigen politischen Wandels (Alesina et al. 1996 in Collier/Hoeffler 2004: 569). Arme Staaten haben nicht die Ressourcen, um sich zu verteidigen. Dies resultiert direkt aus der Armut der Bevölkerung, da die Besteuerung nur sehr niedrig angesetzt werden kann (Collier 2006: 10). Durch die direkte Verbindung von wirtschaftlicher Performance eines Landes und staatlicher Legitimation merkt Goodhand an, dass „Politically underdeveloped states are too independent of their citizens“, dadurch dass sie ihre Ressourcen von anderen Stellen beziehen (Rohstoffexport) und Armut auch zur Kontrollausübung instrumentalisieren (Goodhand 2003: 636). Wirtschaftswachstum hingegen reduziert signifikant das Konfliktrisiko. Dies vor allem, da Wachstum einerseits einen besseren Arbeitsmarkt bedingt und andererseits die Popularität der Regierung verbessert, wodurch es für Rebellenführer schwerer wird zu rekrutieren (Collier 2008: 16). Außerdem kann eine negative Korrelation zwischen Einkommen und Vertrauen in bewaffnete Gruppen festgestellt werden. Was sich nun in der Hinsicht auswirkt, dass es in den betroffenen Ländern oftmals zu Konfliktwiederkehr kommt und dass Menschen mit geringerem Einkommen die Fähigkeiten bewaffneter Gruppen als höher einstufen und so eine Tendenz besteht, dass sie militärische und gewalttätige Lösungen eher unterstützen (Shayo 2003: 5f).

Welche Rolle spielt der Staat nun, beziehungsweise welche Handlungsalternativen hat er? Viel hängt davon ab, inwiefern der Staat noch in der Lage ist Staatsgewalt auszuüben und gegebenenfalls Armutsminderungsmaßnahmen durchzuführen. Dies hat Jean-Francois Maystadt (2008) genauer untersucht.

Armut bedingt zwar kurzfristige Handlungshorizonte, doch sind die Überlegungen der Armen sehr rational. Unter gegebenen Bedingungen gilt es nun, das Einkommen zu maximieren. Dabei muss die zur Verfügung stehende Zeit optimal auf Arbeit, Rebellenunterstützung und Familie aufgeteilt werden. Diese individuelle Entscheidung erklärt also die Rolle von staatlichen Subventionen auf der einen und Kompensationszahlungen von Seiten des Rebellenführers auf der anderen Seite, beziehungsweise die auf beiden Seiten anfallenden Opportunitätskosten. Der Staat bemüht sich, soweit es ihm möglich ist, das Einkommen der Bevölkerung zu maximieren. Paradoxerweise geschieht dies über vormalige Besteuerung und Redistribution. Diese Gelder sind quasi Zahlungen für den Frieden und sollen den Anreiz der Arbeiter erhöhen, eher zu arbeiten als die Rebellion zu unterstützen. Dadurch erhöhen sich durch den bereits dargestellten direkten Zusammenhang zwischen staatlichen Förderungen und Zahlungen der Rebellenführer die Opportunitätskosten für die Rebellion, was deren Durchführbarkeit erschwert. Da arme Länder nur wenig Steueraufkommen haben, sind die Möglichkeiten des Staates klar beschränkt. Sind die notwendigen Zahlungen für den Frieden zu groß, bleibt der Regierung nur die Möglichkeit, zu Abschreckungsmaßnahmen zu greifen, die jedoch nur dann effektiv wirken, wenn sie sehr streng sind, was wiederum enorm teuer ist (Maystadt 2008: 5-10).

Das zentrale Argument, auf welches sich auch die Weltbank stützt, ist „(...) that the key root cause of civil war is the failure of economic development“ (World Bank 2004: 53), denn in diesem Falle könne weder religiöse und ethnische Homogenität noch gute staatliche Strukturen, noch hohe Militärausgaben wirklich kompensierend wirken (ebd.: 53).

Miguel et al. (2004) unterstützt diese These und merkt an, dass ökonomische Schocks oft zu wenig als Kausalität für Krieg gesehen werden. Durch seine Untersuchungen anhand des externen Faktors Regenfall, welcher im Sub-Saharen Afrika eine eindeutige Determinante für die wirtschaftliche Leistung darstellt, ist zu erkennen, dass „(...) the association between economic conditions and civil war is a causal relationship rather than simply a correlation“ (2004: 726).

Im Bezug auf Ungleichheit lassen sich aus bestehenden Studien und Literatur keine eindeutigen Aussagen treffen. Amartya Sen weist jedoch auf ein Paradoxon hin. Er spricht von einer sehr engen und wechselseitigen Beziehung zwischen Ungleichheit und Rebellion. Seine Kritik ist jene, dass sich die Wohlfahrtsökonomie mit Fragen und Konzepten auseinandersetzt, die der wichtigen Frage der Ver-

teilung keine Bedeutung beimessen. So kann eine Pareto-optimale Situation (d.h. eine Situation in der keiner besser gestellt werden kann, ohne dass ein anderer schlechter gestellt wird) auch dann vorherrschen wenn die Massen der Armen nicht besser gestellt werden können, ohne den Überfluss der Reichen zu beschneiden (Sen 1975: 19).

Die staatlichen Zahlungen (Steuern, Repressionszahlungen, soziale Ausgaben) lassen sich empirisch mit dem Kriegsrisiko in Verbindung bringen. Das mangelnde Steueraufkommen, welches einem Staat die Kapazität zur Selbstverteidigung wie auch die Möglichkeit von Zuwendungen und Sozialleistungen nimmt, hat zwangsweise Instabilität zur Folge.

Ein weiterer Punkt, den der Staat zu beeinflussen in der Lage ist, ist der Handel. Indra de Soysa erkannte, dass Handel negativ mit Konflikt verbunden ist. Je stärker die demokratische Ausprägung und je größer das Handel-BIP-Verhältnis, desto höher ist die Chance auf Frieden. Offene Ökonomien führen nicht nur zu wirtschaftlichem Wachstum sondern auch zur Installierung starker Institutionen, welche sowohl Korruption, Schmuggel wie auch mafiöse Tätigkeiten zu unterbinden in der Lage sind. Außerdem könnten Ressourcenknappheiten friedlich überwunden werden, was zu einer größeren individuellen Unabhängigkeit führt und so zu einem größeren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt (2002: 400ff).

Dies mag an die gängige Praxis der Weltbank in den achtziger Jahren erinnern, die den freien Handel und eine offene Wirtschaft in ausnahmslos allen Staaten forderte. Dass ein „minimalstaatliches“ Modell, welches nur Rahmenbedingungen schafft, für wirtschaftlichen Erfolg auch ausreichen kann, sei unbestritten. Die Regierung solle in diesem Falle versuchen, Schaden zu vermeiden. In Staaten, die jedoch mit erschwerten Ausgangssituationen zu kämpfen haben, muss dies differenzierter betrachtet werden. So können sich Länder vor das Problem gestellt sehen, von Hilfsgütern und Rohstoffen abhängig und mit einem Mangel an Infrastruktur und Industriegütern konfrontiert zu sein. „Für ein Land, das von Öl [und anderen Rohstoffen] und Entwicklungshilfe lebt, ist der Minimalstaat kein erfolgsversprechendes Modell“ (Collier 2007: 90). Die Regierung muss sich ehrgeizigere Ziele setzen als nur Schaden zu vermeiden – Sie muss aktiv Gutes tun (ebd.). Oft genug verwässern diese ehrgeizigen Ziele rasch: Selbstbereicherungsstrategie und Klientelismus der herrschenden Eliten und eine Instrumentalisierung der Armen zur Kontrollausübung sind oft anzutreffende alternative Strategien. Ob dieser Weg jedoch Frieden erhält ist fraglich, da ja nicht die Armen der Grund für Rebellion sind sondern eher die

Mittelschicht, welche eben gerade auf Misswirtschaft und fehlende staatliche Tätigkeiten reagiert. Eher stellt dies ein Eigentor von Seiten des Staates dar, da die Mittelschicht in den Bürgerkrieg getrieben wird und die absichtlich geschürte Armut potenzielle Rekruten und Kämpfer bereithält und in die Hände der Rebellen treibt.

6.2. Zivilgesellschaft

Eine weitere Gefahr derartigen Positionsmissbrauches in Form von Selbstbereicherung und Klientelismus liegt in der Unterminierung liberaler, demokratischer Normen und der liberalen Zivilgesellschaft. In Afrika basieren derartige soziale Bindungen oft auf ethnischer Zugehörigkeit und sind demnach individuell und persönlich, was gegen das Prinzip einer autonomen und unpersönlichen Zivilgesellschaft spricht. Die afrikanische Zivilgesellschaft hat somit keine Chance gegen klientelistische Strukturen ankämpfen zu können, da sie eine Zivilgesellschaft darstellt, die laut Fatton (1995 zit. nach Orvis 2001: 22) als „[a] disorganized plurality of mutually exclusive projects that are not necessarily democratic“ zu charakterisieren ist.

Auch wirtschaftliche Faktoren beeinflussen zivilgesellschaftliche Organisation. So führt ein Mangel an Ressourcen, also Armut oder wirtschaftliche Krisen, in armen Ländern dazu, dass Strukturen nur schwach ausgebildet werden können und eine Abhängigkeit vom Staat oder von anderen Geldgebern besteht (Orvis 2001: 22ff).

6.3. Externe Einflüsse

Clayton L. Thyne untersucht die Auswirkungen „costly“ beziehungsweise „cheap signals“ auf das Kriegsrisiko. Für innerstaatliche Kriege sind dabei jedoch nur „cheap signals“ von Bedeutung. Zu derartigen Signalen gehören Unterstützungserklärungen oder Hilfsangebote, sie benötigen jedoch noch keine eindeutigen Investitionen. Oftmals kann nicht genau festgestellt werden, welche Seite in einem Bürgerkrieg unterstützt werden würde, dies kann auch den negativen Effekt haben, dass diese externen Signale die innerstaatlichen Unsicherheiten vergrößern. Drei Dinge sind zu beachten. Regierungen sind generell besser informiert, da zwischenstaatliche Beziehungen fast ausschließlich auf staatlicher Ebene basieren und diese Informationsasymmetrie falsche Schlüsse zulässt. Auf der anderen Seite können Rebellenbewegungen ob ihrer viel kleineren und flexibleren Strukturen schneller auf Signale von außen reagieren: „(...) which allows leader(s) to rapidly change policy posi-

ons based on new information“ (Collier et al. 2003 zit. nach Thyne 2006: 943), worin man auch die opportunistische Ausrichtung vieler Rebellionen erkennen kann. Durch die schnelle Anpassung ihrer Verhandlungslinie auf die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen können sie die Regierung in die Enge treiben. Wenn diese wegen ihrer komplexen Entscheidungsprozesse nicht schnell genug handelt, kann dies von Seiten der Rebellen als Ablehnung jedweder Forderungen interpretiert werden, was zu Gewalt führen kann. Dafür spricht auch, dass Oppositionsführer generell mehr Profit erzielen und ihren Kampf somit auf den Motiven möglicher Alliierten aufbauen. Die Gefahr liegt darin, die mögliche Unterstützung zu hoch einzuschätzen und ob der „positiven“ Ausgangslage in den Krieg zu ziehen. Regierungsunterstützende Signale wirken gegengleich. „Cheap signals“ haben also zweifellos eine große Bedeutung, jedoch haben staatsfeindliche Beziehungen einen größeren Effekt auf Kriegsausbrüche als friedliche auf die Prävention dergleichen. In Nicaragua zum Beispiel stieg das Kriegsrisiko in einem einzigen Jahr um 87%, nachdem die USA feindliche Signale gesendet hatte. Im Sudan (1956-72) verhielt es sich etwas anders. Hier führten friedliche Signale dazu, dass sich die Regierung in Sicherheit wog und übertriebene Forderungen stellte, was trotz der externen Unterstützung für den Staat zu Rebellion führte (Thyne 2006: 941-952).

7. Ressourcen

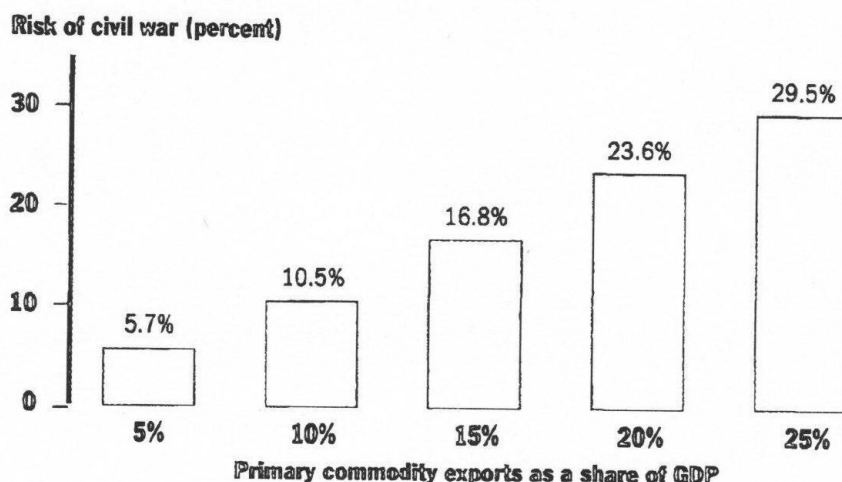
Ein Segen oder ein Fluch? Die Untersuchun-

gen sind kontroversiell, jedoch „(...) ist die zentrale Rolle von Ressourcen in einer Konfliktsituation unbestritten“ (Schröder 2007: 23). Auf Rebellenseite lässt sich im Hinblick auf die Finanzierbarkeit und Rekrutierung eindeutig sagen, dass das Kriegsrisiko umso größer und die Rekrutierung umso leichter ist, je mehr Ressourcen es auszubeuten gibt (Maystadt 2008: 10). Lange Zeit war der Blickwinkel der Beobachtungen rein rebellenzentriert, jedoch muss auch ein staatszentrierter Ansatz herangezogen werden, denn immerhin kann sich ein Staat gleichermaßen die Geldflüsse aus Ressourcenausbeutung zu Nutzen machen, um die politische Ordnung aufrechtzuerhalten (Snyder/Bhavnani 2005: 565-567). Diese komplexen Zusammenhänge wurden jedoch lange Zeit sehr stiefmütterlich behandelt.

Ich möchte mich hier exemplarisch auf zwei Güter, nämlich Öl und Diamanten, beschränken und diese sowie ihre möglichen Auswirkungen auf das Staatssystem kurz charakterisieren.

Drei wichtige Dinge sind zu beachten: Das Ressourcen-Profil, die Abbaumethode und die Ausgabenpolitik des Staates. Moore betrachtet dies von einer etwas anderen Warte und verneint eher, dass reiner Ressourcenexport Bürgerkriege bedingt, viel eher wären dies signifikante Faktoren für die Fragilität staatlicher Autorität. Seine Schlussfolgerung daraus: „bad governance is the underlying cause and ‚greed‘ is the symptom“ (zit. nach Goodhand 2003: 638). Rebellion wird also als Reaktion schlechter Regierungsführung durch schlechte Versorgung öffentlicher und sozialer Einrichtungen, Korruption und wirtschaftliches Miss-

Figure 3.7 Natural resources and the risk of civil war for low-income countries



Source Collier and Hoeffler (2002c).

Abbildung 5: "Natural resources and the risk of civil war for low-income countries" (Quelle: World Bank 2003: 76).

management gesehen. An die Stelle des Staates, der an sich Inhaber des Gewaltmonopols ist, treten immer öfter private Akteure, wie Warlords und andere private Akteure, die eine neue Kriegsökonomie aufbauen und an die Stelle ideologischer Kriege treten „ökonomische Zweckrationalität[en]“ (Münkler 2004: 161). Die Raubökonomien fußen somit meist auf Primärgütern und deren wirtschaftlicher Verwertbarkeit, sei es auf legaler oder illegaler Weise.

Ressourcen scheinen somit in den meisten Fällen ein Fluch zu sein. Die Einnahmen, die aus ihrem Verkauf lukriert werden, können nicht weiter in Wachstum umgewandelt werden. Die so genannte „Dutch disease“ thematisiert dieses Problem und benennt das Phänomen, welches zu beobachten ist, wenn Rohstoffe plötzlich die neuen Devisenbringer sind und andere Exportgüter im Inland an Wert verlieren (Collier 2007: 60). „Die holländische Krankheit (...) kann das Wachstum eines Landes hemmen, indem sie Exportsektoren mit einem großen Wachstumspotenzial verdrängt. Solche wichtigen Sektoren sind die industrielle Produktion arbeitsintensiver Güter und Dienstleistungen (...)“ (ebd.: 60). Die Gefahr ist eine wirtschaftliche Zentriertheit auf Primärgüter und eine fehlende Diversifikation. Des Weiteren führt sie oft zu „[a] delayed or staggering human capital accumulation“ (Olsson 2006: 1138).

Collier trägt dieser Argumentation durch die eingeführte Variable der Einkommensstruktur eines Landes Rechnung und erkennt, dass das Vorkommen von Ressourcen und deren Anteil am BIP große Signifikanz aufweist. Die Relation folgt jedoch keiner linearen Gesetzmäßigkeit, sondern ist U-förmig. Das größte Konfliktrisiko ist zu erkennen, wenn Ressourcenexporte rund 25% des BIP ausmachen. Darunter besteht eine positive Korrelation, während alles darüber hinaus eine negative Korrelation bedingt (Collier et al. 2008: 16).

Die Gründe sind unter anderem, dass derart akquirierte Gelder die Rebellion nachhaltig finanzieren können, außerdem wird die Rekrutierung maßgeblich erleichtert durch die Aussicht auf lukrative Rückflüsse bedingt durch Gier oder Armut und Not. Regierungen ressourcen-reicher Länder sind von der Bevölkerung auch distanzierter, da eine Besteuerung nicht notwendig ist und *Grievances* so stärker ausgebildet sein können (Tilly 1975 in Collier et al. 2008: 16f).

Speisen sich mehr als 25% des BIP aus „primary commodity exports (PCE)“, wie dies zum Beispiel in Saudi Arabien der Fall ist, tritt der Staat aus seiner fragilen Rolle und ist reich genug, um jede Rebellion militärisch unmöglich zu machen (Collier/Hoeffler 2004: 567).

Was also verabsäumt wurde in den ärmsten Ländern der Welt ist eine Exportdiversifikation, die ihnen auch über andere Kanäle Geldflüsse sichern hätte können. Diese Zentrierung auf bestimmte Produkte verstärkte sich zusätzlich durch ein ökonomisches Phänomen, genannt „Dutch Disease“. Dies wiederum vertrieb oder kanalisierte private Investitionen – Investitionen die für die wirtschaftliche Entwicklung bitter notwendig wären, fließen erneut in den Abbau von natürlichen Ressourcen (Collier 2007: 116f).

Ein Kritikpunkt an dieser Herangehensweise, welche sich auf den relativen Anteil des Primärgüterexports am BIP stützt, ist jener, dass wegen des großen illegalen Sektors mancher Güter dieser relative Anteil nicht aussagekräftig ist, sondern eher die Gesamtproduktion eines Landes gemessen werden sollte (Ross 2006: 272).

7.1. Klassifizierung

Primärgüter bestehen in vielen Ausprägungen, was eine Universalisierung nicht zulässt. Eine Klassifizierung von Rohstoffen und ihre Auswirkung auf Wirtschaft, Gesellschaftsstruktur, Armut und Kriegsrisiko eines Landes anhand ihrer individuellen Charakteristika vorzunehmen, würde an dieser Stelle bei weitem zu weit führen. Anzumerken ist jedoch, dass ein Konflikt den Fertigungs- und Produktionssektor eines Landes viel stärker beeinflusst als den Ressourcensektor, was auch bedeutet, dass Ressourcen während eines Krieges oft leichter auszubeuten sind als in Friedenszeiten (Ross 2006: 275).

7.2. Staat und Ressourcen

Beobachtet man die Auswirkungen, die Ressourcenvorkommen auf den Staat haben, kann wie schon gezeigt erkannt werden, dass „(...) lootable resources can produce not civil war, but political order“ (Snyder/Bhavnani 2005: 567). So könnte ein Staat mit ausreichendem Gewaltmonopol die Gewinne aus den Ressourcen für sich beanspruchen, „(...) kann vorhandene greed-Motivationen durch sein Sanktionspotenzial eindämmen und kann sich zudem stabilisieren, indem er öffentliche Güter wie beispielsweise Bildung bereitstellt“ (Schröder 2007: 15). Hier lässt sich eine Verbindung zu den unterschiedlichen Abbaumethoden und geographischen Vorkommen der Güter erkennen. Nicht-ausbeutbare Ressourcen sind oft ein natürliches Monopol und unterstehen so der Kontrolle des Staates, da der Abbau dieser Ressourcen sehr kostenintensiv ist (Ölbohrung, Diamantenmine, Gas). Die wenigen Firmen, die die Förderung übernehmen, sind

somit leichter zu überwachen und zu besteuern, was in hohen Geldflüssen an den Staat mündet (Snyder/Bhavnani 2005: 568). Ölförderung und primäre (kimberlite) Diamanten sind derartige Ressourcen, welche die Regierungen oft korrupt und repressiv machen, ihnen jedoch auch die Möglichkeit zur Selbstverteidigung und Unterdrückung liefern, während sich sekundäre (alluvial) Diamanten wegen ihrer leichten Abbaubarkeit (nur niedere Erdschichten und Schwemmland) sehr leicht illegal ausbeuten lassen und sich wegen des einfachen Schmuggels viel leichter der Kontrolle des Staates entziehen und Rebellionen finanzieren (Lujala/Gledisch/Gilmore 2005: 543).

Jedoch sind diese Strukturen nicht statisch. Ganz im Gegenteil unterliegen sie staatlicher Kontrolle: Investitionen, Verträge mit Firmen, das Transportsystem, die Eigentumsrechte wie auch die Sicherheitslage und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Allgemeinen determinieren die Abbaumethode – ob „artisanal or industrial“ – und bestimmen somit auch die zu erwartenden Rückflüsse. „Rulers can potentially manipulate these factors and thereby build tax hands by changing the mode of extraction“ (Snyder/Bhavnani 2005: 590), wodurch sie ihren Handlungsspielraum aktiv beeinflussen können.

Ein Problem besteht jedoch darin, „(...) dass Ressourcen zu einer funktionellen Störung der Demokratien führen“ (Collier 2007: 63), was nicht unbedingt einen negativen Effekt auf das Kriegeisiko haben muss, denn demokratische Rechte scheinen, in Bezug auf Frieden, weniger wichtig zu sein als Wirtschaftswachstum und Einkommenssteigerung. Ein langfristiges Wirtschaftswachstum hängt jedoch auch von öffentlichen Investitionen ab, welche in Demokratien nicht in ausreichendem Maße getätigt werden. Durch den demokratiepolitisch bedingten kurzfristigen Handlungshorizont, welcher auf die Länge der Legislaturperiode beschränkt ist und aufgrund der kurzfristigen Fokussierung, die nächsten Wahlen zu gewinnen, verlieren sich langfristige Ziele aus den Augen. Bei guter Regierungsführung überflügeln Autokratien im Falle großer Überschüsse aus natürlichen Ressourcen Demokratien in ihrer wirtschaftlichen Performance. Bei fehlenden Ressourcen verhält es sich genau umgekehrt (ebd.: 64f). Doch steht dies nicht zwangsweise für Erfolg. Auch Autokratien investieren nicht zwingend in Diversifikation und Wachstum, da sie dadurch an Macht verlieren könnten.

Das Kriegeisiko jedoch einzig und alleine durch wirtschaftliche Entwicklungen reduzieren zu wollen, würde eine massive Verbesserung des Lebensstandards voraussetzen. Um Effekte beobachten zu können, wäre eine Steige-

rung von unter 600\$ pro Person/Jahr zu mehr als 9 500\$ pro Person/Jahr notwendig, was einer Verhundertfachung des Einkommens gleichkäme (Elbadawi/Sambanis 2002: 331).

8. Fallbeispiele

Der Grund warum Ressourcen so unterschiedliche Effekte auf die Entwicklung eines Landes haben können, kann, wie schon beschrieben, in ihren unterschiedlichen Ausprägungen liegen. So stürzten Angola und Sierra Leone in die Konflikt- und Ressourcenfalle, während Botswana und Namibia in der Lage waren, einen positiven Weg zu gehen, auch wenn dies leider eher die Ausnahme als die Regel darstellt. Zum einen ist wichtig, ob ein industrieller Abbau – also ein kontrollierbarer – stattfindet. Hier lässt sich das erste Indiz für Botswanas Erfolg finden, denn seine Diamantenvorkommen sind primärer Natur, also sehr kapitalintensiv abzubauen und stellen ein natürliches Monopol dar. Durch einen Joint Venture-Vertrag zwischen der Regierung und De Beers, dem quasi Monopolhalter in Südafrika, welcher in globalem Maßstab ein regelrechtes Kartell innehat, konnten Gewinne gesichert werden. Die Preise konnten hoch gehalten werden und „Without De Beers' unproportional market power, (...) the price of diamonds would have dropped significantly“ (Olsson 2006: 1146). Dem nicht genug, müssen die lukrierten Gelder auch richtig investiert werden. Der Grund warum dies in Botswana funktioniert ist, dass die notwendigen starken Institutionen schon institutionalisiert waren, als die Diamantenvorkommen entdeckt wurden, womit sich wohl auch der norwegische Wohlstand erklären ließe. Es ist also festzustellen, „(...) that the direction of relationship between natural resources and growth depends on the quality of institutions“ (ebd.: 1143).

Im Gegensatz dazu sind Sierra Leones Diamanten sekundär, welche sich oft in Dschungelgebieten befinden und leicht illegal abbaubar sind (ebd.: 1143f).

8.1. Sierra Leone

Siaka Stevens (1968-1985), der das Land fast zwei Jahrzehnte regierte, war in der Lage jene Ressourcen für seine Bereicherung zu nutzen, die später zum Zusammenbruch des Landes beitragen sollten. Während er ein System aufbaute, welches zur Selbstbereicherung einiger weniger diente und auf Klientelismus, Korruption und Einschüchterung aufbaute, blieb sein Land eines der ärmsten der Welt. Um Geldflüsse zu sichern, installierte er ein „patron-client network“ indem er die Diamantminen verstaatlichte und die Rechte für den Abbau in

die Hände einer Minorität, nämlich einer liberianischen Diasporagemeinschaft aus Händlern, legte und dadurch den Abbau in einen quasi industriellen veränderte. Dies erlaubte ihm die Besteuerung dieser überschaubaren Gruppe und lieferte das Geld für den erkaufte Frieden. Die Menschen lebten in bitterer Armut, doch die Macht des Staates war zu groß, wodurch in dieser Phase die Diamanten Sierra Leones noch eindeutig „friedensstiftend“ waren. Jedoch hatte die Regierung verabsäumt die notwendige Bürokratie aufzubauen um die Geldflüsse auch nachhaltig investieren zu können (Keen 2003: 70). Das Machtgleichgewicht verlagerte sich zugunsten von Stevens und der Händler, die, vom Staat nicht genug gebunden, die Gewinne selber einstreiften und für Privatarmeen ausgaben.

„Die Schwäche der Staatlichkeit in einem Bürgerkrieg ist die Voraussetzung dafür, dass die Ökonomie der kommerziellen Kriegsnutzung die Oberhand gewinnt und der bewaffnete Konflikt selber aus der Sicht der konventionellen Kriegsführung zu einer Reihe ‚sinnloser‘ Gewaltakte wird“ (Ehrke 2003: 134).

Die Diamanten können nun nicht als der Schlüsselfaktor des Krieges angesehen werden. „(...) more evidence points towards issues like corruption, [patronage], poverty [greed, a lack of public expenditure] and bad governance, and the corresponding need for food security, justice (...)“ (Care International 2002 zit. nach Keen 2003: 69). Immer mehr Geld floss auf illegalen Wegen aus dem Land, doch Stevens Basis brach noch nicht, da die wenigen 30% die noch in Staatskassen flossen für Klientelismus und Militärausgaben zur Aufrechterhaltung der Macht ausgegeben wurden. Erst als Joseph Momoh die Macht übernahm kollabierte das fragile System. Er vermochte es nicht die staatlichen Strukturen zurück an die Macht zu hieven, denn 1989 wurden nur rund 0,0003% der normalen Exportmenge (Mitte der 70er) über offizielle Wege exportiert. Dies erklärt, warum Momoh nicht in der Lage war seine Armee zu bezahlen um der Invasion der RUF (Revolutionary United Front) 1991 standzuhalten (Snyder/Bhavnani 2005: 579-583).

Der starke Bevölkerungszuwachs hatte zu einem hohen Anteil junger Männer geführt. Dieser „youth bulge“ stellte einen großen Rekrutierungspool dar. „In a context of the extreme poverty, rebels’ distributions of stolen goods could be a powerful attraction, as could the promise (...) of a better future“ (Keen 2003: 77). Weitere Anfälligkeit für Rebellion liegt in der fehlenden Bildung, welche dem Rückgang der Sozialausgaben zum Opfer viel (ebd.: 80). All dies trieb viele Menschen in die Rebellion. Nicht zu vergessen ist jedoch auch, dass viele dazu gezwungen wurden. Wie vorher schon

angesprochen, haben diese Menschen keine Alternativen und auch keine Ressourcen zur Flucht. Viele Kinder wurden so zum Kampf gezwungen, mit dem erschreckenden nachhaltigen Effekt, dass ihnen die Möglichkeit nach Hause zurückzukehren genommen wird, da sie oft zu Gewalttaten gegen ihre eigene „community“ gezwungen werden. Zu dieser Praxis gehört auch die erzwungene Verabreichung von Drogen. Die vorher geschürte Armut bot nun ein breites Rekrutierungsfeld für die RUF, welche jedoch kaum ideologischen sondern hauptsächlich opportunistischen oder erzwungenen Zustrom bekam.

In Verbindung mit der Tatsache, dass Charles Taylor, Liberias Präsident, die RUF tatkräftig unterstützte, können die Auswüchse des Ressourcenmissbrauchs und der Selbstbereicherung erkannt werden. Um sein Ziel zu erreichen und seine Armee auszurüsten, beutete er zuerst Liberias Ressourcen aus, ehe er sich durch die Unterstützung und aktive Beteiligung an der RUF und deren Aneignung des Kono-Diamantenfeldes auch Kontrolle über den Diamantenhandel in Sierra Leone sicherte (Klare 2002: 200). Nüchtern lässt sich sagen: „The war in Sierra Leone is simply about diamonds“ (Lujala/Gleditsch/Gilmore 2005: 539).

Im Jahre 2003 kam eine Verbindung zwischen der RUF und dem al-Qaeda Netzwerk ans Licht. Global Witness (2003) zeigte einen perfekten Deal: Die RUF bekommt liquide Mittel, um Waffen zu kaufen und al-Qaeda bekommt die Diamanten weit unter dem Weltmarktpreis, welche schwer nachzuverfolgen, leicht zu verstecken und jederzeit wieder in liquide Mittel umgewandelt werden können (Olsson 2006: 1141).

8.2. Angola

Der Bürgerkrieg in Angola entflammte kurz nach der Unabhängigkeit. Anfänglich definierte er sich als typischer Bürgerkrieg während des Kalten Krieges zwischen der von der Sowjetunion unterstützten MPLA und der von den USA unterstützten Unita. Nach dem Kalten Krieg transformierte sich der Konflikt. Die Geldquellen versiegten. Ressourcen vermochten die Motive zu ändern und so entstand ein Konflikt um die Ressourcenrenten. „The Angolan example is maybe unique in the sense that the government and the rebels control one extremely valuable resource each“ (Olsson 2006: 1140). So kontrolliert die MPLA-Regierung die Ölvorkommen auf See, welche nahezu nicht ausbeutbar sind, während die Unita die Diamantenfelder unter ihre Kontrolle gebracht hat. Durch internationale Abkommen im Kampf gegen Blutdiamanten aus Konfliktregionen und dem Erlass des Kimberley Prozes-

ses wurde der Unita ein großer Teil ihrer Einnahmequellen entzogen, was nicht zuletzt zum Ende des Krieges im Jahre 2002 führte (Olsson 2006: 1140). Doch für die Bevölkerung hatte das Ende des Krieges nicht wirklich eine Verbesserung des Lebensstandards zur Folge. Der IWF bescheinigt zwar eine Produktionssteigerung bei Öl wie auch bei Diamanten, von der die Bevölkerung jedoch nicht viel zu profitieren scheint (Fischer Weltatlas 2006: 57).

Im Falle Angolas scheinen Öl und Diamanten eher Fluch denn Segen zu sein. Während die Rückflüsse die Konten der Mächtigen mit Reichtümern auffüllen, besitzt Angola den größten Gini-Koeffizienten¹ der Welt, die Kluft zwischen arm und reich ist also nirgends größer als hier. Doch ist es ja nicht alleine die Ungleichheit, welche zu Rebellionen führt, denn sonst würden nicht zwei Drittel von 15 Millionen Menschen in bitterer Armut leise leiden (Die Presse, 5.9.2008).

8.3. Bosnien

Der Bürgerkrieg in Bosnien steht in Kontrast zu den bisher thematisierten Konflikten. Die ökonomischen Theorien, welche die Gier von Gewaltunternehmen unter mikroökonomischen Gesichtspunkten untersuchen, nämlich ob der quantitativ-monetäre Output höher ist als der Input, sehen auch die Rekrutierten unter dem Banner der Gier und nicht des Idealismus, da sie sich so nicht auf die Beseitigung von Missständen konzentrieren müssen und dem „collective action problem“ entgehen. Ethnizität, also Ausprägung von Ideologie und Sozialstrukturen, bleibt dabei den ökonomischen Kalkülen immer untergeordnet und dient nur dazu Opportunitätskosten zu senken.

Womit lässt sich nun der Krieg in Bosnien erklären? Sicher nicht mit Ressourcen, da die wichtigste Einnahmequelle der Tourismus darstellt, welcher im Falle von Konflikten sofort verschwindet. „Es wäre unter diesen Voraussetzungen fast schon absurd, die Entstehung des jugoslawischen Krieges (...) mit den ökonomischen Kalkülen und Bereicherungsstrategien (...) zu erklären“ (Ehrke 2003: 129). Viel eher spiele Nationalismus eine ausschlaggebende Rolle, wobei auch hier ökonomische Motive nicht missachtet werden dürfen. So sind Ausprägungen von Gier und Selbstbereicherungsstrategien sehr wohl festzustellen.

¹ Der Ginkoeffizient oder auch Gini-Index ist ein statistisches Maß (nach dem ital. Statistiker Corrado Gini), zur Darstellung von Ungleichverteilungen von Einkommen und Vermögen. Der Koeffizient variiert zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung) und 1, was vollkommene Ungleichheit anzeigt (eine Person erhält das gesamte Einkommen bzw. den gesamten Konsum).

„Der Konflikt kann daher auch als Auseinandersetzung [zwischen den politisch-bürokratischen Eliten] um Steuereinnahmen und Renten interpretiert werden“ (ebd.: 130). Außerdem bedingt Territorium direkt Ressourcen, Bevölkerung, Steuern und Renten. Dem nicht genug ist ein Umfeld der Instabilität und Gewalt der privaten Bereicherung von Sozial Eigentum nicht minder zuträglich (ebd.). Die Friedensökonomie wurde nachhaltig zerstört und machte einer neuen, auf Krieg ausgerichteten ökonomischen Logik Platz.

Die Auflösung des jugoslawischen Wirtschaftsraums hatte katastrophale Auswirkungen auf Bosnien. Dieser Niedergang führte zu Armut, welche wiederum die Opportunitätskosten senkte. All dies spielte einem aufflammenden Konflikt in die Hände. Die Armut bedingte erneut eine stärkere Rückbesinnung auf die gesellschaftlichen Wurzeln, welche nun wieder eine existenzielle Rolle einzunehmen begannen – also eine soziale Rückentwicklung mit einer Fokussierung auf Ethnizität. Der Übergang zu einer mafiotischen Gesellschaft hatte zur Folge, dass „(...) die Integration in mafiose Netzwerke eine Voraussetzung für die Sicherung des eigenen Überlebens (...)“ (ebd.: 135f) sein konnte. Der Pool an Freiwilligen, welche sich als Wochenend-Kämpfer durch Plünderungen ihr Einkommen aufzubessern versuchten, war groß. Ideologische Motive standen also bei weitem nicht an erster Stelle. Die Eliten frönten rein ihrer Gier durch illegalen Handel, welcher durch Kooperationen der wirtschaftlichen und politischen Eliten ermöglicht wurde, und die Beendigung des Krieges nahezu verunmöglichte. Die Ökonomie diente somit sowohl zur Finanzierung des Krieges als auch zur kommerziellen Nutzung als Bereicherungsfeld der lokalen Eliten. Jedoch biss sich in Bosnien die Katze in den eigenen Schwanz. Der „Erfolg“ der ethnischen Säuberungen ließ die Bereicherungsquellen versiegen, zum Beispiel Plünderung. Doch waren diese fehlenden Bereicherungschancen nicht die ausschlaggebenden Gründe, warum die Eliten Bosniens einem Friedensabkommen zustimmten. Die breite Basis der Armen brach weg, da keine Bereicherung und Plünderung mehr möglich war und die Beteiligung am Krieg als Selbsterhaltungsstrategie unmöglich wurde, während die Eliten ein neues Aktionsfeld eröffneten – erneut auf Kosten der Armen. Friedensabkommen also nicht des Friedens wegen sondern mit dem bitteren Nachgeschmack der Gier, da ein Friedensschluss internationale Ressourcenflüsse in Aussicht stellte. Schon während des Krieges finanzierten diese Gelder nicht nur die Kampfhandlungen sondern bereicherten auch die Elite. Ein Friedensschluss hat die Geldflüsse maßgeblich anwachsen lassen:

„Die westlichen Industrieländer und die internationalen Organisationen waren eben ein wirtschaftlich weitaus potenterer Akteur als die krisengeschüttelten Nachbarregionen (...)“ (Ehrke 2003: 127-138). Entwicklungshilfe kann ein Anreiz für Rebellion und Staatsstriche sein, provoziert aber eher einen Putsch, da die staatliche Kontrolle übernommen werden muss um die Hilfsleistungen effizient ausbeuten zu können (Collier 2007: 138).

9. Fazit

Die Gefahr von Bürgerkriegen ist nun, dass diese einem vollkommen neuen Aufbau und neuen Gesetzen zu folgen scheinen. Sie stellen nicht mehr das letzte zur Verfügung stehende Mittel zur Zielerreichung dar. In diesen Erklärungen finden objektive *Grievances* kaum noch Platz, sondern müssen anderen Gesetzmäßigkeiten weichen. Die chronisch Armen waren noch nie wirklich die Verfechter großer Gewalt, diese geht inzwischen von Rebellenführern aus, welche sich meist schon von ideologischen Motiven abgewendet haben und somit eher Ausbeutung und Plünderung als Ziel definiert haben, wofür vorwiegend nicht einmal große Gebiete und Infrastruktur unter ihre Kontrolle gebracht werden müssen. Prädestinierte Rohstoffe sind vor allem Diamanten und Rauschgift (Sierra Leone, Angola) (Goodhand 2003: 638). Die Armen bleiben dabei auf der Strecke. Sowohl in der Hinsicht, erneut nicht an dem Wohlstand beteiligt zu werden und zum anderen erstens durch die Kämpfe gefährdet und bedroht zu sein und zweitens erneut ausgebeutet zu werden, sei es als Zivilist oder als Rekrut. Die Zeiten klassischer zwischenstaatlicher Kriege, in denen sich zwei verfeindete Parteien gegenüberstanden, sind vorbei. Nun beteiligen sich viele an dem „großen Kuchen“ Krieg, welcher sich in einen Teufelskreis verwandelt, da zu hohe „benefits from persistent warfare“ gezogen werden können und ein Ende des Krieges oftmals schon gar keine Option mehr darstellt (Maystadt 2008: 4). Die Gruppierungen kooperieren auch miteinander und bilden somit vollkommen neue ökonomische Strukturen, in denen wirklich Arme keinen Platz haben und wenn, dann nur als Statisten, denn der Tropfen auf dem heißen Stein sind nicht die Massen der Armen, die sich unglaublicher Ungerechtigkeit gegenüber sehen, sondern die „Reichen“, die durch die Angst ihre Stellung zu verlieren und durch Gier auf immer mehr zu den Waffen greifen und diese auch nicht mehr niederlegen.

Literatur

- Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2004): Greed and grievance in civil war. In: Oxford Economic Papers 56, S. 563-595.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2005): Resource Rents, Governance, and Conflict. In: Journal of Conflict Resolution, Vol. 49, No. 4, S. 625-633.
- Collier, Paul (2006): Economic Causes of Civil Conflict and their Implications for Policy. Department of Economics, University of Oxford.
- Collier Paul (2007): Die unterste Milliarde. Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann. München.
- Collier, Paul et al. (2008): Beyond Greed and Grievance: Feasibility and Civil War. Department of Economics, University of Oxford.
- CPRC – Chronic Poverty Research Center (2004): Chronic Poverty Report 2004-05. Quelle: <http://www.chronicpoverty.org/pdfs/CPR1%20FINAL/CPRfinCOMPLETE.pdf> (Zugriff: 15.6.2008).
- Ehrke, Michael (2003): Von der Raubökonomie zur Rentenökonomie. Mafia, Bürokratie und internationales Mandat in Bosnien. In: Internationale Politik und Gesellschaft, Vol. 2, S. 123-155.
- Elbadawi, Ibrahim/Sambanis, Nicholas (2002): How Much War Will We See? Explaining the prevalence of civil war. In: Journal of Conflict Resolution, Vol. 46, No. 3, S. 307-334.
- Der Fischer Weltalmanach (2006): Fischer Weltalmanach 2006. Frankfurt.
- Goodhand, Jonathan (2003): Enduring Disorder and Persistent Poverty: A Review of the Linkages Between War and Chronic Poverty. In: World Development, Vol. 31, No. 3, S. 629-646.
- Haydt, Claudia et al. (2003): Globalisierung und Krieg. Hamburg.
- Herkner, Werner (2004): Lehrbuch Sozialpsychologie. Bern.
- Justino, Patricia (2006): On the Links between Violent Conflict and Chronic Poverty: How Much Do We Really Know? CPRC Working Paper 61, Institute of Development Studies, University of Sussex.
- Keen, David (2003): Greedy Elites, Dwindling Resources, Alienated Youths. The Anatomy of Protracted Violence in Sierra Leone. In: Internationale Politik und Gesellschaft, Vol. 2, S. 67-94.
- Klare, Michael T. (2001): Resource Wars: The new landscape of global conflict. Henry Hold Company, New York.
- Konfliktbarometer (2007): Konfliktbarometer 2007, herausgegeben vom HIIK (Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung). Quelle: http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2007.pdf (Zugriff: 28.11.2008).
- Lujala, Päivi/Gleditsch, Nils Petter/ Gilmore, Elisabeth (2005): A Diamond Curse? Civil War and a Lutable Resource. In: Journal of Conflict Resolution, Vol. 49, No. 4, S. 538-562.
- MacCulloch, Robert (2004): The Impact of Income on the Taste for Revolt. In: American Journal of Political Science, Vol. 48, No. 4, S. 830-848.
- Maystadt, Jean-Francois (2008): Does inequality make us rebel? A revisited theoretical model applied to South Mexico. HICN Working Paper 41, Institute of Development Studies, University of Sussex.
- Meng Yoong, Mary Yong (2004): Child Soldiers: Problems of Definition, Role and the Factors for Recruitment. In: Journal of the Royal Malaysia Police Senior Officers' College. Quelle: <http://mpk.rmp.gov.my/jurnal/2004b/childsoldiers.pdf> (Zugriff: 17.10.2008).

Miguel, Edward et al. (2004): Economic Shocks and Civil Conflict: An Instrumental Variables Approach. In: Journal of Political Economy, Vol. 112, No. 4, S. 725-753.

Münkler, Herfried (2004): Die Neuen Kriege. Reinbeck.

Olsson, Ola (2006): Diamonds Are a Rebel's Best Friend. In: The World Economy, Vol. 29, No. 8, S. 1133-1150.

Orvis, Stephen (2001): Civil Society in Africa or African Civil Society. In: Journal of Asian and African Studies, Vol. 36, No. 1, S. 17-39.

Rice, Susan E./Graff, Corinne/Lewis, Janet (2006): Poverty and Civil War: What Policymakers Need to Know. Brookings Global Economy and Development Working Paper #2, Washington.

Ross, Michael (2006): A Closer Look at Oil, Diamonds, and Civil War. Annual Review of Political Science, Vol. 9, S. 265-300.

Sambanis, Nicholas (2001): Do Ethnic and Nonethnic Civil Wars Have the Same Causes? In: Journal of Conflict Resolution, Vol. 45, no. 3, S. 259-282.

Schröder, Philipp (2007): "Dagaalka sokeeye" – Gegen einen engen Vertrauten kämpfen. Berlin.

Sen, Amartya (1975): Ökonomische Ungleichheit. Frankfurt.

Shayo, Moses (2003): Poverty, Confidence in the Army and Civil War. Essay for the 2003 Isaac Roet Prize Competition on "The distribution of wealth and income: a question of war and peace?" Quelle: <http://www.epseu.org/isaacroetprize/download/winning%20essay%202003.pdf> (Zugriff: 13.6.2008).

Snyder, Richard/Bhavnani, Ravi (2005): Diamond, Blood, and Taxes. In: Journal of Conflict Resolution, Vol. 49, no. 4, S. 563-595.

Soysa, Indra de (2002): Paradise Is a Bazaar? Greed, Creed, and Governance in Civil War, 1989-99. In: Journal of Peace Research, Vol. 39, no. 4, S. 395-419.

Thyne, Clayton L. (2006): Cheap Signals with Costly Consequences. The effect of interstate relations on civil war. In: Journal of Conflict Resolution, Vol. 50, No. 6, S. 937-961.

Weinstein, Jeremy M. (2005): Resources and the Information Problem in Rebel Recruitment. In: Journal of Conflict Resolution, Vol. 49, No. 4, S. 598-624.

World Bank (2003): Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy. Oxford University Press.

Zeitungen

Die Presse, 5.9.2008: „Angola: Die Elite schwimmt im Öl, das Volk in der Kloake“. Quelle: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/411685/index.do?from=suche.intern.portal> (Zugriff: 7.9.2008).

Krieg und Armut und wer davon profitiert...

Birgit Fischer

1. Einleitung

Aus Armut kann ein Krieg entstehen, wenn die Bevölkerung unzufrieden ist, sich der Staat durch einen Krieg andere Gebiete einverleibt oder sich Machthaber in Korruption und Machtgier verlieren. Armut entsteht andererseits wieder durch Krieg. Tod, Hunger, Vertreibung und Hoffnungslosigkeit sind Folgen des Krieges, von denen sich die Menschen nur schwer wieder erholen können. Da das Land meist auch zerstört und verwüstet ist und wichtige Güter des täglichen Bedarfs fehlen, ist die Konsequenz eines Krieges die Armut. Es ist ein Kreislauf, der schwer zu durchbrechen ist. Wenn also Armut zu Krieg führt und umgekehrt, muss man die Armut bekämpfen um präventiv gegen Kriege vorzugehen. Trotzdem gibt es weiterhin eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung zu Gunsten der reichen Industrieländer, Hunger und Krankheiten in „unterentwickelten“ Staaten und machtpolitische Ungleichheiten in der Staatengemeinschaft. Es muss also ein Interesse daran bestehen, Armut und somit Krieg weiterhin zuzulassen. Diese Interessen sind historisch geprägt, machtpolitisch motiviert oder ökonomisch begründet.

Politische Instabilität in einem Land bedeutet immer auch, dass die Gewalt freien Lauf nehmen kann. Das Recht des Stärkeren gilt dort, wo es keine geordneten Strukturen mehr gibt. Selbstbereicherungsregime, in denen ein Machthaber oder Warlord das Land aussaugt um sich ein dickes Bankkonto im Ausland anzulegen, sind keine Seltenheit.

Eine kleine Schicht im eigenen Land kann durch Kriege und Konflikte einen sozialen Aufstieg erleben, die Unsicherheit dieser Machtdominanz ist jedoch ausgesprochen hoch, da die Spielregeln oft geändert werden.

Wirtschaftlichen Vorteil von Instabilitäten in ressourcenreichen Ländern (und in jedem Land gibt es etwas zu holen) haben alle, die genug Einfluss haben und früh genug dran sind. Rohstoffe können in chaotischen Zuständen, in denen nicht geklärt ist, wem was gehört leichter weggeschafft werden und das noch zu einem günstigen Preis, ohne hinderliche Umweltauflagen und unbequeme Beschränkungen.

Ein wichtiger Global Player, dessen Einfluss nicht zu unterschätzen ist, ist die Waffenlobby. Sie nährt den Krieg, fördert die heimischen

Industrieproduktionen und verdient mehr, je länger ein Konflikt andauert.

Solange also ein Konflikt für so viele Interessensgruppen Profit abwirft, solange wird es keinen Frieden geben. Zu stark sind diese Gruppen, denen der Konflikt nutzt. Diejenigen, die die negativen Auswirkungen des Krieges zu erleiden haben, sind machtlos gegen diese Profitgier.

2. Armut durch Krieg

„Wenn du keine Chance auf Gesundheitsversorgung, auf Schulbildung und einen ausreichenden Lebensunterhalt hast, wenn du dauernd Angst haben musst, mit massiver bewaffneter Gewalt konfrontiert zu werden, wenn du die Wahrheit sagst – welche Chance hast du dann, aus dem Teufelskreis der Armut auszubrechen?“ (Amnesty International 2007: 2).

Die Hoffnung, dass sich nach dem Ost-West-Konflikt die friedenspolitische Lage weltweit erholt, und Stellvertreterkriege oder Aufrüstung überwunden sind, hat sich bald in nüchterne Realität gewandelt. Seit den 90er Jahren steigt die Zahl der Staaten, die als arm gelten ständig.¹ Auch der weltweite Hunger, der aktuell bei steigenden Lebensmittelpreisen eine bedrohliche Krise bedeutet, und schon internationale Organisationen zum Handeln bewegt hat, ist in 21 Ländern prozentuell angestiegen. Die Kindersterblichkeit erhöhte sich in 14 Staaten (Braun/Hillebrand 1994: 76). Armut ist relativ, auch in den Industrieländern gibt es Armut. Akute Existenzbedrohung und lebensbedrohliche Folgeerscheinung durch Unterernährung, sind jedoch eindeutige Indikatoren für Armut. Weltweit steigt die Produktion von Lebensmitteln und Konsumgütern und trotzdem hat ein großer Teil der Weltbevölkerung keinen oder ungenügend Zugang zu diesen Gütern. Es ist ein Verteilungsproblem, das Armut, Hunger und Elend produziert. Das dadurch geschaffene Ungleichgewicht bringt Unsicherheit auf verschiedenen Ebenen. Nicht nur materielle Unsicherheit des Einzelnen, der nicht weiß, ob er genug zu essen für sich und seine Familie haben wird, sondern auch eine Unsicherheit zwischen Staaten, Regionen und Menschen. Ungleiche Verteilung produziert Spannungen, die sich leicht in Konflikten und Kriegen entladen. Durch diese gewaltsamen Auseinandersetzungen entstehen neue Sicherheitsbedürfnisse und Sicherheitsstrategien, die zu einer verstärkten Militarisierung führen.

¹ 1993-2003: 50 Staaten.

„Rund um die Welt gehen rasche Veränderungen vor sich, speziell seit dem 11. September, und viele Länder bewerten das militärische Gleichgewicht der Mächte in ihrer Umgebung neu. Viele halten es für notwendig, ihre Systeme aufzurüsten“² (Die Presse, 17.4.2008).

Diese Kriege kosten Geld, da Waffen beschafft werden müssen. Gleichzeitig ist keine funktionierende Volkswirtschaft und daher auch keine Versorgung der Bevölkerung möglich, da Kriegsdienst geleistet werden muss, das Land verwüstet wird und oft keine Möglichkeit besteht, etwas zu produzieren, da alle Mittel fehlen.

Die Folgen von Krieg sind verheerend: Menschen verlieren ihr Leben, Familienangehörige, ihr Heim und ihren oft wenigen Besitz. Infrastruktur und landwirtschaftliche Flächen werden zerstört, für Wiederaufbau fehlt lange das nötige Geld. Die staatlichen Strukturen sind nicht mehr vorhanden. Es herrscht Chaos und Warlords beherrschen das Land. Umweltzerstörung, Erliegen der internationalen Beziehungen und des Handels, sind weitere schwerwiegende Folgen.

Krieg zu vermeiden würde deshalb bedeuten, dass auch Armut und Unsicherheit, sowie Instabilität und Gewalt verringert werden könnten.

2.1. Kampf gegen die Armut – Kampf gegen Ungleichheit

Die internationale Gemeinschaft, diverse NGOs, kirchliche Organisationen, private Initiativen...es gibt viele Anstrengungen, die Armut zu bekämpfen und Menschen, die in Not und Elend leben, zu helfen und ihr Leid zu mildern. Verschiedenste Maßnahmen, unterschiedliche Strategien und Konzepte werden angewendet und doch scheint dies ein hoffnungsloser Kampf zu sein. Die Armut wird immer größer. Zwar gibt es Teilerfolge, die die Sinnhaftigkeit dieser Tätigkeiten einem wieder vor Augen führen, doch leider entstehen, kaum ist an einem Ort geholfen, woanders wieder neue Problemsituationen. Ein breiter Ansatz zur Armutsbekämpfung ist sicherlich notwendig. Alle Aspekte, Ursachen, Folgeerscheinungen und mögliche Auswege müssen in Betracht gezogen werden. Eine wichtige Strategie ist hier nun auch die Verhinderung bzw. Verhütung von Konflikten. Kriege zerstören das Wenige, das da ist und bringen noch mehr Leid und Elend. Die Bevölkerung ist dann auf Hilfe von außen angewiesen, eine Entwicklung wird

verhindert. Es ist ein Teufelskreis, denn Armut provoziert Krieg und Krieg produziert Armut. Wo ist daher anzusetzen? Es muss an beiden Problemen gearbeitet werden, um eine sinnvolle und zukunftsweisende Strategie zur Sicherung von Frieden und einem Leben ohne Hunger, Krankheit und Heimatlosigkeit einzusetzen.

Die Ungleichverteilung des Reichtums ist eine Machtfrage zwischen politischen und wirtschaftlichen Giganten, wie den Industrieländern, und denen, die am globalisierten Weltmarkt wenig Chancen haben, dort auch auf der Gewinnerseite mitzuspielen. Die Ausbeutung der „Dritten Welt“ ist keine vergangene Geschichte aus der Kolonialzeit, sondern aktuelle Realität. Heutzutage werden zwar Verträge und Abkommen geschlossen und es entsteht der Eindruck, dass alles mit beiderseitigem Einverständnis passiert, doch die Ergebnisse zeigen einen großen Nachteil für die „armen Länder“. Dass diese freiwillig ihrer Ausbeutung und Benachteiligung zustimmen, ist nicht sehr einleuchtend. Das lässt sich dadurch besser verstehen, wenn man sich politische und wirtschaftliche Kräfteverhältnisse ansieht und einem dann klar wird, dass die „Entwicklungsländer“ oft keine andere Wahl haben, als auf die Forderungen der Industrieländer einzugehen. Eigen produzierte Misswirtschaft, Machtgier einer kleinen Elite und Umweltfaktoren sind dann noch weitere Benachteiligungen und Armutsursachen.

3. Die Gewinnerseite – Profit statt Frieden

Wenn nun der Kampf gegen die Armut im Interesse aller liegt und versucht wird, diese zu lindern oder gar auszumerzen, dann ist es sehr unverständlich, dass es trotzdem so viel Armut gibt. In Ländern, deren politische und wirtschaftliche Stabilität nicht gegeben ist, und Kriege und Konflikte auf fruchtbaren Boden fallen, ist dies besonders tragisch. Getane Arbeit und Mühe wird in kürzester Zeit vernichtet, die Bemühungen der kommenden Jahre unmöglich gemacht. Hier stehen andere Interessen im Vordergrund als die Bevölkerung zu fördern und Armut zu bekämpfen. In Kriegen und Konflikten gibt es neben vielen Verlierern auch einige mächtige Gewinner, die Profit aus der Situation schlagen. Der Krieg ist ein gutes Geschäft für jene, die an der Macht sind, diese aufrechterhalten oder verteidigen wollen und jene, die mit diesen Leuten Geschäfte machen.

² Generalmajor Avraham Rotem, israelischer Verteidigungsexperte, 2003 auf einer Konferenz zur Rüstungskontrolle.

3.1. Die Rüstungsindustrie

3.1.1. Staatliche Interessen

Die Unterstützung von Staaten mit Kriegsmaterial und Geld folgt den eigenen Interessen der Geberstaaten. Politischer Einfluss, die eigene Sicherheit, Rohstoffvorkommen und „freundschaftliche“ Beziehungen stehen hier im Vordergrund. Ihre Intervention im Kriegsgeschehen entscheidet oft über dessen Ausgang. Israel wäre gegenüber Palästina und den anderen arabischen Staaten sicherlich nicht so stark ohne die USA, die ihnen den Rücken stärken. Die Kriege in Afghanistan und dem Irak sind ebenfalls Interessenskriege der USA, die null Toleranz gegenüber dem Terrorismus und dessen Heimatstaaten zeigen. Aber auch andere Staaten wie Frankreich oder Großbritannien, die frühere Kolonialmächte waren, haben noch immer politische und ökonomische Interessen in den ehemaligen Kolonialgebieten, wo sie von Zeit zu Zeit intervenieren. Unterstützt wird, was unterstützenswert ist.

Bei Waffengeschäften ist auch der eigene ökonomische Nutzen zu bedenken. Die Rüstungsindustrie bietet Arbeitsplätze und ihre Produkte sind für Länder wie die USA, Großbritannien, China, Frankreich, Japan, Deutschland³ usw. wichtige Exportgüter.

Zwei Institutionen berichten jährlich, mit regelmäßigen Aktualisierungen, über den weltweiten Transfer konventioneller Waffen. Das ist das SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) und die amerikanische Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde ACDA.

Im UN-Waffenregister, beschlossen durch die Resolution 46/36 L vom 6. Dezember 1991, werden Informationen über Ein- und Ausfuhren konventioneller Waffen gesammelt, die die Mitgliedsstaaten für jedes vergangene Jahr zur Verfügung stellen. Dadurch soll eine verstärkte Vertrauensbildung durch mehr Transparenz im konventionellen Rüstungsbereich gegeben werden.

Das Rüstungsgeschäft floriert nach Angaben der Forschungsinstitute. Die Militärausgaben stiegen von 1998 bis 2007 weltweit um 45% an. Dabei verzeichnet SIPRI den größten Zuwachs in Amerika (Nord und Süd) mit 63%. Der Mittlere Osten folgt mit 62% Steigerung, Asien und Afrika bei 52% bzw. 51% und Europa liegt bei 16% Zuwachs bei den Militärausgaben (SIPRI 2008: 3).

Die USA haben die höchsten Militärausgaben mit 547 Milliarden \$ im Jahr 2007, was einem Anteil von 45% der weltweiten Rüstungsausgaben entspricht (ebd.).

Aber auch der Import von Waffen zeigt, dass hier Veränderungen stattfinden, die zukünftige Entwicklungen möglicherweise anzeigen. Es werden bestehende Militärbestände aufgestockt oder ausgetauscht, um eine optimale Leistung zu garantieren oder es werden Waffen angeschafft um innerstaatliche oder zwischenstaatliche Sicherheitsbedrohungen abzuwenden oder das eigene Ansehen nach innen und außen zu stärken.

Die meisten Waffenimporte im Jahr 2007 hatten China mit 12% (des weltweiten Waffenimports), Indien mit 8%, die Arabischen Emirate mit 7%, Griechenland mit 6% und Südkorea mit 5%. Dies ist ein Indikator dafür, dass bestimmte Staaten oder Regionen ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis haben und sich dadurch mit Waffen eindecken. Die Staatshaushalte dieser Staaten mögen den erhöhten Aufwand für Rüstung ja vertragen, aber bei armen Staaten, so genannten Low-income-countries, ist dies nicht der Fall. Die Militärausgaben fielen hier auch deutlich bescheidener aus mit 41,9 Milliarden Dollar im Vergleich zu den High-income-countries mit 1 039 Milliarden Dollar. Trotzdem ist es unverständlich, warum für Waffen Geld ausgegeben wird, wenn für den Gesundheits- und Bildungssektor kein oder zu wenig Geld zur Verfügung steht (ebd.).

Die westlichen Industrieländer, die einen (geringen) Teil ihres Budgets für Entwicklungshilfe aufbringen, sind auch diejenigen, die mit Ländern, in denen Krieg geführt wird, Rüstungsgeschäfte abwickeln und dadurch den Krieg erst möglich machen. Durch die Versorgung mit allen Arten von Waffen wird der Krieg genährt, der Profit der Zulieferer steigt, die Zahl der Kriegsoffer jedoch auch.

Einige der größten Rüstungsfirmen, meist staatsnahe Betriebe, sind in jenen Ländern angesiedelt, deren politischer Einfluss im Weltgeschehen sehr enorm ist.⁴

„Wenn es um lukrative Rüstungsgeschäfte geht, vergessen viele Regierungen auf ihr Versprechen, vor der Genehmigung von Rüstungsexporten deren Auswirkungen auf Armut, Hunger, Bildung und Gesundheit in den Empfängerstaaten zu prüfen“ (Amnesty International 2007: 2).

Die Importeure sind jene Länder und Regionen der Erde, die krisengeplagt auf die Hilfe von außen angewiesen sind, um die vielen Menschen, die vor Gewalt, Hunger und Hoffnungslosigkeit fliehen, notdürftig versorgen zu können.

³ Reihung nach Exportvolumen laut SIPRI-Bericht 2008.

⁴ Ranking der größten Waffenexporteure: USA, Kanada, Russland, BRD, Frankreich, Israel, Schweden, Schweiz, Spanien Türkei, Japan (SIPRI 2008: 2).

Die Rüstungsindustrie ist eine mächtige Lobby, die großen Einfluss auf politische und geostrategische Entscheidungen eines Landes, ob nun Exporteur oder Importeur, hat. Solange Kriege Milliardenengeschäfte bringen, bei denen mehr Profit zu machen ist als mit dem Handel der meisten anderen Waren, solange wird es auch Kriege und Konflikte geben, um diesen Industriezweig zu erhalten. In den produzierenden Ländern gilt es, Exportquoten zu erfüllen, Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie zu erhalten und technologischen Fortschritt und Überlegenheit zu sichern.

Die Importländer tragen die Kosten des Krieges doppelt. Nicht nur die verheerenden Folgen, die Krieg und Gewalt mit sich bringen, sondern auch der finanzielle Schaden, den diese teuren Kriege bedeuten. Eine tiefe Abhängigkeit bei Geschäftspartnern und Kreditgebern und anderen Staaten, die die Schulden mit Zinsen gerne vergeben haben, ist die Folge.

Kriege und Konflikte werden geführt, weil es genügend Gewinner dabei gibt. Dazu gehören Einzelpersonen, die ihr Vermögen im Chaos der Kriegswirren machen und auf ausländische Banken transferieren. Geschäftsleute, die mit den richtigen „Produkten“ wie Waffen ihre Kunden problemlos versorgen und einen großen Profit daraus schlagen können. Auch nicht unmittelbar am Krieg Beteiligte profitieren von der Situation. Wirtschaftsbeziehungen können trotz allem unterhalten werden und oft ist es sogar noch leichter und billiger an die Rohstoffe der Länder – wie Erdöl, Diamanten, Tropenhölzer und Erze – zu gelangen, als in Friedenszeiten.

3.1.2. Die Waffenlobby

Die Firmen die im Waffengeschäft tätig sind steigern ihre Absätze, je größer die Nachfrage ist. Ohne Kriege, in denen die Waffen zum Einsatz kommen, wäre ihr Geschäft wenig lukrativ. Es werden zwar auch Ausgaben in Friedienstätigkeiten und von friedlichen Staaten getätigt, aber so richtig Profit machen die Waffenhändler, Gerätelieferanten und Entwickler, wenn die Waffen verwendet werden. Kriegsgebiete sind ihr Hauptabsatzmarkt und eine gute Werbung für ihre Produkte noch dazu. Sechs der größten Waffenproduzenten haben ihren Sitz in den USA, nämlich Boeing mit einem Jahresumsatz von 2 215 Millionen Dollar im Jahr 2007, Lockheed Martin mit 2 529 Mio. Dollar, NorthropGrumman mit 1 542 Mio. Dollar, Raytheon 1 283 Mio. Dollar und General Dynamics mit 1 856 Mio. Dollar. Aber auch europäische Firmen wie BAE Systems (UK), EADS, Fimeccanica (I) und Thales (F) mischen bei den Millionenaufträgen mit (SIPRI 2008: 2).

Dahinter stehen mächtige Konzerne, großes Kapital und vernetzte Handelsbeziehungen, sowie staatliche Unterstützung und gemeinsame Interessen. Es sind wichtige Arbeitgeber, einflussreiche Firmeninhaber und steuerbringende Unternehmen, die hier vom Krieg profitieren. Auf internationalen Waffenmessen kann man alles erstehen, was das Herz eines Kriegsherrn begehrt: Flugzeuge, Kampffjets, Panzer, Handfeuerwaffen, Telekommunikationssysteme, Hightech-Waffen, Bomben, Raketen und vieles mehr. Hier spielen gute Beziehungen und natürlich modernste Technologie eine wichtige Rolle.

Diese Lobby ist natürlich daran interessiert, dass möglichst wenige hinderliche Richtlinien und Gesetze für ihre Waffengeschäfte gelten. Handelsverbote, Waffenembargos und sonstige Restriktionen sind schlecht fürs Geschäft. Die Einflussnahme auf politische Entscheidungen und so manche Wahlkämpfe ist daher ein wichtiger Aspekt, der hier zu bedenken wäre. Eine Kugel allein tötet noch keinen Menschen, es braucht jemanden dazu, der die Waffe abfeuert. Wie aber Entwaffnungsaktionen nach Konflikten zeigen, ist der Umlauf von Waffen die beste Möglichkeit, diese auch zu benutzen.

3.2. PMCs – Die Privatisierung des Krieges

Das „Outsourcen“ von Kompetenzen und Aufgaben des staatlichen Bereichs auf private Akteure ist ein wichtiger Aspekt in der „neuen Kriegsführung“.

Spezielle Firmen kommen ins „Kriegsspiel“ und bieten ihre „Hilfe“ in Kriegen und Konflikten an: private Sicherheits- (PSCs – Private Security Companies) bzw. Militärfirmen (PMCs – Private Military Companies), die professionell alles anbieten, was der Sicherheitssektor benötigen könnte. Diese gewinnorientierten Unternehmen (teils Konzerne mit enormem finanziellem Background) sind Spezialisten mit hoher Expansionsfähigkeit.⁵

Es wird also allerhand geboten. Auftraggeber sind alle, die es sich leisten können: Regierungen, NGOs, auch die UNO bei humanitären Einsätzen und Peacekeepingoperationen, schutzbedürftige Privatpersonen, internationale Konzerne, die ihre Anlagen schützen lassen, schwache Staaten um ihre Legitimität aufrechterhalten zu können, Diktaturen und Rebellenbewegungen.

Der Krieg ist ein „schmutziges“, aber lukratives Geschäft. Die Nachfrage ist groß, deshalb kann sich auch das Angebot dementsprechend

⁵ Einige dieser Firmen sind: Blackwater (USA), KBR (zu Halliburton gehörig, USA), Sandline International (U.K.), Executive Outcomes (Südafrika), Omega Group (Norwegen). Daneben gibt es zahlreiche andere solcher Firmen aus allen Staaten der Welt.

vergrößern. PSCs/ PMCs sind stark wachsende Unternehmen, die jährlich immer größere Gewinne einfahren.

Es stellt sich die Frage, wie nun diese neuen Akteure zu beurteilen sind. Kein Krieg, keine Gewalt ist erwünscht, aber sie sind Realität und zwar eine gewinnbringende.

PSCs/ PMCs leben vom Kriegsgeschäft. Soll man ihnen daher unterstellen, an der Fortführung und Aufrechterhaltung von Konflikten interessiert zu sein, obwohl sie angeheuert wurden, um diesen zu beenden? Die Entwicklungen in diesem (Wirtschafts-)Sektor lassen sich wohl kaum noch aufhalten. Eine Regelung der rechtlichen Lage wäre jedoch von großer Wichtigkeit, um international tätige Konzerne kontrollieren zu können. Es besteht der Bedarf an Regelungsmechanismen, Vorgehensweisen und Kontrollinstitutionen, um diese neuen Akteure zu erfassen und auf diese neuen Situationen reagieren zu können.

Wenn schon die „Neuen Kriege“ so undurchschaubar und konfus geworden sind, so soll doch dieser Bereich im Erfassbaren liegen und durch bindende Gesetze, eindeutige Normen und regelmäßige Kontrollen geregelt sein, um Licht in diese „rechtlichen Grauzonen“, die ausgenutzt werden können, zu bringen.

3.3. Die internationale Finanzwelt

Die weltweite wirtschaftliche Vernetzung vor allem im Investmentbereich ist durch Spekulationen ein wichtiges Instrument im Finanzwesen. Die Geschehnisse in einem globalen Kontext zu sehen ist die Aufgabe von Maklern, Investmentberatern und Spekulanten. Informationen zu ausbrechenden Kriegen oder ernsthaften Krisen können einen bedeutenden Wissensvorsprung liefern, der den Geschäftsmachern bei Investitionen, Käufen und Verkäufen weiterhelfen. Dies ist dadurch zu erklären, dass Rohstoffpreise, wie die von Erdöl oder anderen wichtigen Industriestoffen, sehr stark von der politisch stabilen Lage der Förderländer abhängen. Aber auch der Transport und der Absatzmarkt sind hier wichtige Variablen, die man beachten muss. Ein Krieg muss nicht unbedingt bedeuten, dass diese Güter weniger zur Verfügung stehen und deshalb teurer werden müssen. Oft sind Krisenherde ein guter Ort um Rohstoffe ohne viel Bürokratie billig einzukaufen oder einzutauschen. Der Handel von Erdöl, Koltan, Tropenhölzern und vielem mehr ist vor allem in Konfliktregionen florierend. Durch das hohe Risiko der Beteiligten ist auch die Gewinnspanne entsprechend hoch. Die politischen Absichten eines Staates sind also für die Geschäftsleute wesentlich, wodurch diese gute Beziehungen zu ihren Kontakten pflegen. Ein Krieg alleine reicht natürlich

nicht aus, um diese Berufsgruppe und ihre Firmen reich zu machen. Es braucht ein gutes Gespür für das richtige Maß an Risikobereitschaft und Einsatzfreude, um durch Krisen einen Vorteil zu erlangen.

3.4. Die Wiederaufbauindustrie

Noch bevor die Zerstörung und Verwüstung eines Gebietes vollbracht ist, wird schon ausverhandelt, wer den Wiederaufbau erledigt. Internationale Firmen bewerben sich um Aufträge zur Wiederherstellung der Infrastruktur, wie Brücken, Strassen, Gebäude, Energieversorgung, usw., die aus verschiedenen Geldquellen finanziert werden. Meist bekommen die Firmen die Zuschläge, die den Kriegsgewinnern oder Besatzern nahe stehen. Da die eigene Produktivität des Landes daniederliegt, muss die „Hilfe“ von außen kommen und somit fließt auch das Geld ins Ausland. Tatsache ist, dass wieder aufgebaut werden muss und dies im Interesse der Bevölkerung liegt. Auch sind es nicht diese Firmen, die dort den Krieg geführt haben. Dennoch profitieren sie vom Krieg, weil es um sehr lukrative Aufträge geht, wenn einmal ein ganzes Land oder große Teile davon wieder aufzubauen sind. Da der Wiederaufbau rasch erfolgen muss, sind die Verträge meist überbezahlt, was großes Interesse an diesen Projekten hervorruft. Vor allem große, weltweit tätige Konzerne mit dem nötigen Wissen und Kapazitäten sind es, die hier ein gutes Geschäft machen.⁶

3.5. Kriminelle Organisationen

Waffenschieber, Menschenhändler, Drogenschmuggler und andere Kriminelle finden in den Wirren eines Krieges besonders gute Möglichkeiten für ihre Geschäfte. Dabei nutzen sie die Armut der Bevölkerung schamlos aus. Die herrschende Rechtlosigkeit in unkontrollierten Gebieten kommt ihnen dabei zu Gute. Alles was geht wird gestohlen, geschmuggelt und wieder verkauft. Die Rede ist hier nicht von Kleindieben, die damit um ihr Überleben kämpfen. Es geht um kriminelle Organisationen, die durch ihre Aktivitäten Einfluss auf das Kriegsgeschehen nehmen – durch den Waffenhandel, der Bereitstellung von Soldaten oder der Finanzierung einer der Kriegsparteien. Je nach Interessen und Profitaussichten

⁶ Beispiel Wiederaufbau Afghanistan: Im Januar 2007 fand in Berlin ein hochrangiges internationales Koordinationstreffen zum Wiederaufbau Afghanistans statt: das Treffen des „Gemeinsamen Koordinierungs- und Überwachungsausschusses für den Wiederaufbau Afghanistans“ (JCMB – *Joint Coordination and Monitoring Board*). Bekannte Firmen wie Coca-Cola, ING Group, Alcatel und DHL sind wichtige Investoren (Bfai 2006).

können hier die Unterstützer schnell ihre Meinungen ändern. Diese Akteure, unter anderem auch Warlords, werden in den „Neuen Kriegen“, bei denen sich nicht mehr nur zwei reguläre Armeen gegenüberstehen, immer einflussreicher. Diese zeichnen sich durch ihre besondere Skrupellosigkeit und Gewaltbereitschaft aus, da ihr Machtbereich eingeschränkt ist und ihre Legitimität nur darauf basiert, der Stärkere (im Moment) zu sein. Der Krieg will finanziert werden, und es lässt sich viel Profit daraus machen. Lokale Einflussnahme durch kleine Privatarmeen, die Gebiete und Rohstoffvorkommen kontrollieren, ist ein großer Destabilisierungsfaktor, der eine Krise oder einen Krieg oft sehr kompliziert und schier unlösbar machen.

Auch terroristische Gruppen fallen in diese Kategorie der Kriegsprofiteure. Durch einen gewaltsam ausgetragenen Konflikt kann eine Gruppe zu ihren Zielen gelangen, die sie sonst nicht erreichen könnte. Vorsicht ist jedoch geboten, da viele Interessensgruppen heutzutage als „terroristisch“ eingestuft werden. Eine eindeutige Definition zu diesem Begriff ist noch ausständig. Derzeit sind all jene Terroristen, die vor allem gegen „die westliche Ideologie“ verstoßen, mit gewaltsamen Mitteln ihre Ziele und Forderungen durchsetzen und andere in ihrer Sicherheit bedrohen.

"Beides, Terrorismus und organisierte Kriminalität, sind, da stimmen die meisten Polizeipraktiker in Europa überein, nichts anderes als eineiige Zwillinge. (...) Terroristen wie kriminelle Syndikate benötigen Dokumente und Waffen. Falsche Dokumente und Waffen werden, wenn sie nicht von Nachrichtendiensten geliefert werden, über kriminelle Netzwerke häufig durch die gleichen Finanziere und die gleichen politischen Strukturen beschafft. Terroristen wie Kriminelle benötigen einen funktionierenden Nachrichtendienst, politische Kontakte und korrupte Politiker, die sie beschützen. Alles steht auf dem Fundament des Geldes, dem Blut im Kreislauf der organisierten Kriminalität" (Roth 2001: 22f).

3.6. Medien

Die Medien sind immer hautnah an Krisen und Kriegen dran – das ist ihr Geschäft. Aktuelle Berichterstattung über alles, was den Zuseher, Zuhörer oder Leser interessieren könnte, ist ihr Kapital. Je brisanter eine Story ist, desto besser lässt sie sich verkaufen. Es zählen Einschaltquoten und Auflagenzahlen. Ist ein Thema erschöpft oder ein anderes noch brisanter, verschwindet es so schnell wieder aus der Öffentlichkeit, wie es gekommen ist. Vorgeschichte oder Nachwirkungen eines Krieges

oder eines Konfliktes sind oft nicht mehr interessant genug, um sich damit zu beschäftigen. Die Medien profitieren eindeutig davon, dass auf der Welt etwas passiert, und wenn es ein brutaler Krieg ist, der die Menschen berührt oder zumindest ihre Aufmerksamkeit weckt, dann ist es nur noch eine Frage der Umsetzung eines guten „Stoffes“ zu einer guten Geschichte. Die Rolle der Medien in einem Konflikt ist ein wichtiger Aspekt, der hier nicht außer Acht gelassen werden sollte. Medien können eine angespannte Atmosphäre noch verschlechtern oder andererseits dazu beitragen, dass sich eine Situation entspannt. Die Art der Darstellung, oder Nichtdarstellung von Aussagen, Meinungen und Absichten hat große Auswirkungen auf Handlungen. Die Verantwortung der Medien bei ihrer Berichterstattung sich der Einflussnahme bewusst zu sein, sollte deshalb dem Profitstreben nicht hinten nachstehen.

„Kriege werden militärisch geführt, aber politisch und medial gewonnen bzw. verloren, weil die Mehrheitsmeinung der Öffentlichkeit über Sieg oder Niederlage entscheidet“ (Filzmaier 2003: 49).

4. Abschließende Bemerkungen

Es werden solange Kriege und Konflikte ausgetragen, solange Armut und Ungleichheit herrschen und Profitgier stärkere Argumente für Kriege als für Frieden bietet. Aber es darf sich dann nicht gewundert werden, warum die Verarmung weltweit zunimmt, immer mehr Hilfe notwendig wäre, aber die Gelder nicht aufgebracht werden können oder wollen. Wenn wirklich alle Bemühungen, Armut zu bekämpfen und Menschen in ihrer Not zu helfen so engagiert betrieben würden wie die Verhandlungen bei Rüstungsgeschäften, dann wäre vielen Menschen geholfen.

Die Exportzahlen bei Waffen und anderem Kriegsgerät steigt jährlich. Keine Spur von Abrüstung, sondern eher von Bewaffnung, nämlich einer neuen Schicht, der „normalen“ Bevölkerung, ist zu verfolgen. Es gibt Regionen auf der Erde, wo eine Waffe mehr wert ist als ein Menschenleben. Dabei ist der Preis für Handfeuerwaffen in den letzten Jahren stark gesunken. In manchen Ländern gibt es so viele Waffen auf dem (Schwarz-)Markt, dass jeder in der Bevölkerung zwei Waffen besitzen könnte. Es fehlt in vielen Ländern der Erde am Nötigsten, wovon es zuviel gibt, sind Waffen.

Die Lage ist bedrückend. Einerseits gibt es zahlreiche Bemühungen Not und Armut zu lindern, doch diese werden immer wieder zunichte gemacht. Man wird die Waffenproduktion oder den Export und Import nicht verbieten

können. Zu mächtige Leute haben hier die richtigen Kontakte, um ihre Interessen zu verteidigen.

„Kein Land kann sich positiv weiterentwickeln, solange seine Menschen nicht in Frieden und Sicherheit leben können, solange es nicht zu Investitionen im Sozialbereich kommt und die aktive Teilnahme an der Zivilgesellschaft ohne Gefahr möglich ist. Wie kann man von „Entwicklungsländern“ Entwicklung erwarten, wenn ein Drittel von ihnen mehr Geld für die Rüstung als für das Gesundheitswesen ausgibt?“ (Amnesty International 2007: 3).

Ungleichheit und Instabilität sind die Ursachen für Konflikte in den Entwicklungsländern, die ausgenutzt werden, um ein bestehendes Mächteverhältnis aufrecht zu erhalten. Sicherheit ist aber ein wichtiges Bedürfnis für alle Menschen. Auch der „reiche Westen“ ist bemüht, Sicherheit zu bewahren. Wenn die Gefahr von Krisenherden in der Welt nun auch zu uns kommt, wie es Sicherheitsexperten immer prophezeien, sind auch bei uns verstärkte Sicherheitsmaßnahmen gerechtfertigt. Wieder wird in Rüstung investiert und Ungleichgewichte werden weiter verstärkt.

Es scheint, Krieg und Armut bringen mehr Profit und sind somit wichtiger als Menschenwürde, Gerechtigkeit und Frieden. Geld ist nicht alles, aber es gibt den Ton an, und ohne Geld kann auch keine Hilfe geleistet werden. Leider fließen die großen Geldsummen in andere Bereiche als jene, die Entwicklung bedeuten würden.

„Ausgaben für die Landesverteidigung entziehen dem Gesundheits- und Bildungsbereich lebenswichtige Ressourcen. Jedes Jahr werden ca. 22 Milliarden US-Dollar von Staaten in Afrika, Asien, dem Nahen Osten und Lateinamerika in Waffen investiert. Schon die Hälfte dieses Betrages würde ausreichen, um jedem Kind in diesen Ländern eine Grundschulbildung zu ermöglichen“ (ebd.).

Zum Abschluss soll hier noch ein Projekt vorgestellt werden, das sich der Problematik des Profits aus Kriegen widmet. Das BICC (Internationales Konversionszentrum Bonn) versucht dies mit Konversion, das bedeutet die Umstellung des Produktionsprogramms eines Unternehmens auf andere Güter, vor allem von militärischen auf zivile Güter (Rüstungskonversion).

„Das BICC will militär-spezifische Prozesse, Aktivitäten, Liegenschaften und Strukturen

wirksam und nachhaltig umwandeln. Abrüstung setzt Mittel frei, die zur Bekämpfung der Armut genutzt werden können. Konversion sorgt dafür, dass diese Ressourcen zielgerichtet umgewidmet und bestmöglich genutzt werden können. Beide Prozesse ergänzen sich und tragen zur Verbesserung der menschlichen Sicherheit bei“ (BICC Online).

Ein wichtiges Anliegen ist hier auch die Information über den Verhaltenskodex bei Rüstungsexporten, Länderprofile der Empfänger der Waffenexporte und relevante Daten zum Umfang der Waffenlieferungen.

Forschung, Beratung und Veröffentlichung von Informationen und Daten sind die Hauptaufgaben des BICC. Neue Herausforderungen sind "präventive", also vorsorgende Maßnahmen, wie Konversion. Afghanistan, Irak, Somalia, Sri Lanka, uvm. – die Anzahl der bewaffneten Kriege und Konflikte ist gewachsen. Durch gewaltsame Auseinandersetzungen werden Entwicklungsanstrengungen zunichte gemacht und die menschliche Sicherheit gefährdet. Mechanismen zur vorsorglichen Konfliktlösung sind daher dringend notwendig. Dabei ist es wichtig, die Ursachen, Interessen und Möglichkeiten zu analysieren und in einem Prozess der Konfliktvermeidung rechtzeitig einzusetzen.

„Ohne präventive Konversion keine Sicherheit, ohne Sicherheit keine Entwicklung. Konversion ist stärker denn je gefordert, um ein höheres Maß an menschlicher Sicherheit zu erreichen“ (Pressemitteilung über den Vortrag von Peter Croll am 30.1.2007).

Literatur

ACDA: Arms Control and Disarmament Agency. Quelle: <http://www.state.gov/t/ac/> (Zugriff: 27.4.2008).

Amnesty International (2007): Bericht: Worum es geht, Bonn. Quelle: www.amnesty.de (22.4.2008).

Bfai (2006): Bundesagentur für Außenwirtschaft: Wiederaufbau in Afghanistan bietet Marktchancen. Quelle: https://www.bfai.de/DE/Content/___SharedDocs/Links-Einzeldokumente-Datenbanken/fachdokument,templatelnd=renderSE.html?lident=MKT20060622104927&source=Google&sourcetype=SE (Zugriff: 27.4.2008).

BICC (Bonn International Center for Conversion): Frieden und Entwicklung fördern. Quelle: <http://www.bicc.de/info/deutsch.php> (Zugriff: 17.4.2008).

Braun, Karl / Hillebrand, Gerald (1994): Dritte Welt – Fortschritt und Fehlentwicklung. Paderborn.

Coker, Christopher (1998): Outsourcing War. Cambridge Review of International Affairs XIII, 1, London, S. 95-113.

Der Fischer Weltalmanach (2007): Fischer Weltalmanach 2007. Frankfurt am Main.

Filzmaier, Peter (2003): Medien und Krieg: Öffentliche Meinung, Fernsehen und Internet im Irak-Konflikt. In: Medienimpulse , 44, 2003, S. 49-55. Quelle: http://www.eduhi.at/dl/44_Filzmaier.pdf (Zugriff: 17.4.2008).

Fischer, Birgit (2006): PMCs: Rechtliche Grauzonen neuer Formen des Krieges. Wien.

Giersch, Gregor (2003): Private Militärfirmen: Erweiterung oder Beeinträchtigung staatlicher Ordnungsmacht?, Wien.

Haydt, Claudia et al (2003): Globalisierung und Krieg. Hamburg.

Launer, Ekkehard (1993): Zum Beispiel Hunger. Hamburg.

Löwy, Irene/Scharf-Kremser, Gabriele/Schörg, Peter/Sparer, Rudolf (2004): Staatszerfall, Parastaatlichkeit und Bandenkriege, Wien. Quelle: http://no-racism.net/upload/tendenzen_privatisierung.pdf (Zugriff: 1.12.2008).

Nuscheler, Franz (1999): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 3. Ausgabe, Bonn.

Roth, Jürgen (2001): Netzwerke des Terrors, Hamburg.

SIPRI (2008): SIPRI Yearbook 2008 Online Kurzfassung. Quelle: <http://friedenspaedagogik.de/blog/2008/sipri-yearbook-2008-kurzfassung-auf-deutsch/> (Zugriff: 5.6.2008).

Stuart, J.S. (1982): Nord = reich, Süd = arm. Ulm.

Zeitungen:

Die Presse, 17.4.2008: „Waffen außer Kontrolle“, S. 18.

Weitere Quellen:

Vortrag von Peter Croll am 30.1.2007 mit dem Titel: „Entwicklungspolitik und Sicherheitspolitik zwischen notwendiger Kooperation und unerwünschter Vereinnahmung“ im Rahmen der Tagung „Entwicklungspolitik weiter entwickelt?“ der Evangelischen Akademie in Bad Boll; Zitat auch unter: http://www.bicc.de/events/bicc10years/flyer/bicc_10_jahre_flyer.php (Zugriff: 1.12.2008).

Zusätzliche Internetquellen:

www.amnesty.at

<http://www.bicc.de/>

www.friedensdienst.de

<http://friedenspaedagogik.de>

www.wikipedia.org

Eine „Normalisierung“ der Lage in Tschetschenien? – Die Entstehung einer Bürgerkriegsökonomie, die Transformation von Gewalt und Zusammenhänge von Armut und Krieg im Tschetschenienkonflikt

Georg Leitner

Einleitung

Im Zuge der Auflösung der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre kam es in mehreren Teilen des sowjetischen Reiches zu Unabhängigkeits- und Sezessionsbestrebungen. Während bestimmten Staaten die Unabhängigkeit zuerkannt wurde, wurde versucht andere Gebiete – wie etwa Tschetschenien – mit Gewalt im russischen Territorium zu halten. Im Zuge des tschetschenischen Sezessionskonfliktes und der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Tschetscheniens im Jahre 1991 kam es 1994 zum Einmarsch der russischen Truppen in die abtrünnige Provinz und dem Beginn des ersten Tschetschenienkrieges, welcher 1996 durch ein Friedensabkommen beendet wurde. Der Einmarsch tschetschenischer Rebellen – deren Widerstandskampf gegen Russland auch zunehmend von islamistischen Gruppen geführt wurde – in der Nachbarregion Dagestan und mehrere Bombenanschläge in Moskau und Volgodonk – welche tschetschenischen Kämpfern zugeschrieben wurden – führten 1999 zum erneuten Einmarsch russischer Truppen in Tschetschenien und dem Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges.¹

Der ehemalige russische Präsident Vladimir Putin erklärte schon bald nach Beginn der offiziell als „Anti-Terror-Operation“ bezeichneten militärischen Aktion den Krieg für offiziell beendet. Seit 2002 wird von der russischen Führung zudem stetig eine „Normalisierung“ und „Stabilisierung“ der Lage in der kriegsgebeutelten Region Tschetschenien konstatiert, obwohl diese bei näherer Betrachtung in keiner Weise der Definition eines positiven Friedens – welcher über die Abwesenheit von Krieg hi-

¹ Der Konflikt zwischen Russland und Tschetschenien hat auch weitreichende historische Ursachen und geht bis auf die Unterwerfung der kaukasischen Bergvölker unter der russischen Zarin Katharina der Großen im 18. Jahrhundert zurück. Auf die genauen historischen Ursachen des Konfliktes kann hier aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden, als gute Einführung sei jedoch an dieser Stelle auf Lieven (1998) verwiesen.

nausgeht – standhält. Zu viele Akteure unterschiedlichster Art profitieren vom Fortbestand der politisch instabilen Situation in der nordkaukasischen Republik während die Zivilbevölkerung immer noch – wie auch in den vorangegangenen Kriegen – schwerer Menschenrechtsverletzungen seitens russischer wie vor allem auch tschetschenischer Seite ausgesetzt ist.

Aufgrund der – entgegen russischen Behauptungen – immer noch nicht befriedeten Situation in Tschetschenien ist eine Transzendierung des Kriegsbegriffes notwendig. Da die stärksten und opferreichsten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Russen und TschetschenInnen im Rahmen des zweiten Tschetschenienkrieges vorüber sind und der Schein einer Normalisierung und zivilen Rekonstruktion der Republik geschaffen wird, wird der Konflikt kaum noch als ein – politikwissenschaftlichen Definitionen zufolge – „Krieg“ im eigentlichen Sinne wahrgenommen. Nichtsdestotrotz ist es zu einer Transformation des Konfliktes und der Gewalt hin zu einer neuen Form der Gewaltaustragung gekommen, unter welcher die Zivilgesellschaft zu leiden hat und welche eine tatsächliche „Befriedung“ des Konfliktes in weite Ferne rückt. In weiterer Folge soll deshalb auf diese in den letzten Jahren erfolgte Transformation des Tschetschenienkonfliktes näher eingegangen und vor allem die Bedeutung von Armut in diesem Zusammenhang herausgearbeitet werden. Während die beiden russischen Feldzüge gegen die nordkaukasische Region weite Teile der zivilen Lebensgrundlagen zerstört und somit zur Herausbildung von Armutsverhältnissen beigetragen haben, so wirken sich diese auch auf den Fortbestand der jetzigen Situation aus und erschweren die Herstellung von Stabilität ungemein. Abschließend sollen deshalb auch Lösungsvorschläge aufgezeigt werden, um den Teufelskreis aus Armut und Gewalt aufzulösen und eine Situation positiven Friedens herzustellen.

Zunächst sollen einige theoretische Ansätze zum Thema der Kriegsökonomien und der Transformation von kriegerischen Auseinandersetzungen diskutiert und dann anhand dieser die aktuelle Lage in Tschetschenien analysiert werden.

1. Theoretische Überlegungen

Der Sozialwissenschaftler Peter Lock hinterfragt die in dominanten politikwissenschaftlichen Diskursen vorherrschenden Definitionen und Kriterien, welche über das Vorhandensein von Kriegen bestimmen und sich vorwiegend auf die Rolle des Staates in einem Konflikt stützen. Eben genannte Ansätze mögen viel-

leicht in den letzten Jahren einen zahlenmäßigen Rückgang an bewaffneten Konflikten verzeichnet haben, jedoch hat wohl die Anzahl an Gewaltverbrechen und deren Opfer – etwa in den Peripherien von Megastädten wie Mexico City – hingegen zugenommen. Somit kritisiert Lock solche von disziplinären Scheuklappen geprägten dominanten Kriegsdefinitionen², welche somit den effektiven Schutz von Menschenleben unterminieren. Zudem müsste man auch aufgrund fortschreitender Globalisierungsprozesse und neoliberaler Agenden mit in Betracht ziehen, dass es zu einer generellen Schwächung von Staatlichkeit und somit auch von deren Fähigkeit, die Bevölkerung mit elementaren staatlichen Gütern wie Sozialleistungen und Sicherheit zu versorgen, gekommen ist: „Aus dem öffentlichen Gut Sicherheit wird ein rasch expandierender Markt für private Sicherheitsleistungen (...) Dieser Privatisierungsprozess geht einher mit einer aufwändigen Kommodifizierung von Sicherheit, sozialräumlicher Segmentierung der Gesellschaft, Privatisierung öffentlicher Räume und dem Entstehen von gewaltoffenen Räumen, in denen kriminelle Akteure herrschen und Schutzgeld kassieren“ (Lock 2006: 43).

Die in den eben genannten Situationen schwacher Staatlichkeit aktiv werdenden kriminellen Akteure können aufgrund der oft sehr geringen Ausprägung von Rechtsstaatlichkeit der Verfolgung staatlicher Organe somit leicht entgehen. Kriminelle Netzwerke müssen, um überlebens- und konkurrenzfähig zu bleiben, in mehreren Bereichen kompetent sein. Einerseits müssen sie über militärstrategisches Know-How verfügen, um kriminelle Aktivitäten effektiv durchführen zu können. Hierbei kommt es aber auch zu einem Rückgang und einer „Disziplinierung der militärischen Gewaltaktionen“ (Lock), da ein zu hoher Gewalteininsatz eine Intervention des Staates zur Folge haben und somit das gewaltökonomische Unternehmen gefährden könnte. Um die Kosten zu senken und die Effektivität zu steigern ist zudem eine Einbindung in bestimmte Identitätsnetzwerke wie etwa transnationale Diasporas von Vorteil. Durch diese werden einerseits die kriminellen Aktivitäten vom Staat weniger wahrgenommen und andererseits bilden diese vor allem ein wirkungsvolles Mittel sozialer Kontrolle, um das Vertrauen und die Loyalität aller an den kriminellen Aktivitäten Beteiligten si-

² Trotz neuerer politikwissenschaftlicher Konzepte wie das der „Neuen Kriege“ sehen viele dieser Definitionen den Staat immer noch als einen zentralen Aspekt von kriegerischen Auseinandersetzungen. Diese Annahme trägt jedoch nicht dem Umstand Rechnung, dass in vielen Krisenregionen weltweit Staatlichkeit in einem immer größer werdenden Maße zurückgedrängt wird und sich somit andere Formen der gewalttätigen Konfliktaustragung manifestiert haben.

cherzustellen. Ein Beispiel hierfür ist etwa auch die tschetschenische Mafia, welche sich u.a. über ethnische Zugehörigkeit definiert und auf welche an späterer Stelle noch einmal näher eingegangen werden wird. Darüberhinaus erleichtern transnationale Verbindungen die Einbindung krimineller Netzwerke in die Sphäre der Schattenglobalisierung, welche für den Fortbestand solcher Gruppierungen und die Alimentierung von kriegerischen Auseinandersetzungen von großer Bedeutung ist (Lock 2006: 53ff; Lock 2005: 103ff).

Abschließend ist vor allem das Vorhandensein schattenökonomischer Kompetenz konstitutiv für die Handlungsfähigkeit von Gewaltakteuren. Deshalb soll an dieser Stelle kurz das Konzept der Schattenglobalisierung erläutert werden, welches in Locks Konzept eine zentrale Stellung einnimmt. Er definiert die Weltwirtschaft konzeptuell als drei asymmetrisch interagierende Sphären, nämlich die reguläre, die informelle und die kriminelle (Lock 2004: 48ff):

- Die reguläre Sphäre zeichnet sich vor allem durch rechtliche Ordnungen aus, und innerhalb von dieser werden Steuern eingehoben um die Reproduktion von Staatlichkeit zu ermöglichen.
- In den informellen Lebenswelten dagegen werden bekanntermaßen keine Steuern eingehoben, weshalb diese auch nicht zur Reproduktion von Staatlichkeit beiträgt. In dieser Sphäre sind weltweit am meisten Leute beschäftigt, wodurch es aufgrund fehlender Steuereinnahmen automatisch zu einem Rückgang einer adäquaten Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Gütern wie Schulen, Gesundheit und Infrastruktur kommt. Gleichzeitig trägt aber gerade dieser Sektor – etwa durch billige Schwarzarbeit illegaler MigrantInnen – zu einer Zunahme des Wohlstandes in der regulären Sphäre bei. Zudem sind ArbeiterInnen in informellen Lebenswelten oft aufgrund fehlender rechtsstaatlicher Ausprägung der Kontrolle von Gewaltunternehmen ausgesetzt.
- Die Akteure in der kriminellen Sphäre haben sich global vernetzte Handlungsfelder geschaffen, beuten die informellen Lebenswelten aus aber sind auch auf Tauschbeziehungen mit der regulären Sphäre angewiesen. Weitverbreitete Beispiele für die Betätigungsfelder solcher kriminellen Netzwerke sind etwa der transnationale Drogen-, Menschen und Waffenhandel.

Somit sind die informelle und kriminelle Sphäre dem Bereich der Schattenglobalisierung zuzurechnen, dem gegenüber sich die reguläre Lebenswelt in Form der Globalisierung mani-

festiert. Die tatsächliche Leistungsfähigkeit von Staatlichkeit ist dann in weiterer Folge von der jeweiligen Ausprägung der 3 unterschiedlichen Sphären gekennzeichnet, wobei diese 3 Bereiche prinzipiell in jeder Gesellschaft vorhanden sind (ebd.).

Kriegsökonomien – in denen kriminelle Akteure durch den Fortgang von kriegerischen Auseinandersetzungen finanziell profitieren – sind somit vorwiegend in die kriminellen und informellen Lebenswelten eingebunden. Durch die in diesen Sphären getätigten globalen Handelsaktivitäten können Gewaltakteure – die von der Abwesenheit von Rechtsstaatlichkeit profitieren und somit mehr oder weniger ungestört agieren können – innergesellschaftliche Konflikte über lange Zeit aufrechterhalten. Aufgrund fehlender Alternativen sehen Menschen in Kriegsgebieten auch oft keine andere Möglichkeit als sich zwecks Sicherung des eigenen Überlebens in informellen und kriminellen Bereichen zu „beschäftigen“, so „(...) kann ‚Krieg‘ für viele Akteure zur Lebenssphäre werden, weil alternative Lebenschancen in der regulären Ökonomie unerreichbar erscheinen“ (Kurtenbach/Lock 2004: 24).

Zusammenfassend lässt sich somit zunehmend eine Transformation territorialer Kriege hin zu anderen Formen bewaffneter Konflikt austragung beobachten. Um die vorherrschende staatszentrierte Perspektive gängiger politikwissenschaftlicher Ansätze zu transzendieren und dem Fakt der Einbindung krimineller Netzwerke in die Schattenglobalisierung Rechnung zu tragen, plädiert Lock in diesem Zusammenhang für die Einführung der Begriffe „regulative Gewalt“ und „situative Gewalt“. Unter der Bezeichnung regulative Gewalt ist „(...) die Androhung und der Einsatz von physischer Gewalt zur Durchsetzung von ungleichen Tauschverhältnissen und von Aneignung (...)“ (Lock 2003: 53) zu verstehen. Die zunehmende Fragmentierung von Gesellschaften führt jedoch auch zur Ausprägung anderer Gewaltformen. Der Begriff der situativen Gewalt umschreibt deshalb „lokale, unkontrollierbare und spontane Ereignisse“, welche vor allem von jungen Männern verübt werden, die aufgrund mangelnder Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt in Armutsverhältnisse gedrängt werden und deren traditionelle Wertvorstellungen durch Modernisierungsprozesse oft in einem immer größeren Maß relativiert werden: „Angesichts der Perspektivlosigkeit, mit der junge Menschen in weiten Teilen der Dritten Welt leben müssen, verlieren soziale Normen und traditionelle bzw. vormoderne informelle Autoritäten verhaltenssteuernde Wirkung. Sie sind auf sich alleine gestellt und müssen sich in der unsicheren Informalität verorten (...) Es sind Manifestationen situativer

Gewalt, die den Verlust sozialer Kontrolle durch akzeptierte Normen anzeigen“ (Lock 2006: 56). Durch diese beiden von Lock definierten Begrifflichkeiten sollen somit die Ursachen von Tötungsdelikten und krimineller Gewaltausübung genauer herausgearbeitet werden anstatt diese pauschal und undifferenziert auf „kriegerische Auseinandersetzungen“ zurückzuführen. Auch im Tschetschenienkonflikt lassen sich die Herausbildung einer Kriegsökonomie, Manifestationen regulativer und situativer Gewalt und die Abdrängung von Teilen der Bevölkerung in informelle und kriminelle Lebenssphären erkennen, worauf in weiterer Folge näher eingegangen werden soll.

2. Die Herausbildung einer tschetschenischen Kriegsökonomie und die Entstehung neuer Formen von Gewalt

2.1. Ausprägungen regulativer Gewalt

Schon Mitte der 1990er Jahre bildeten sich in Tschetschenien aufgrund des Sezessionskonfliktes mit Russland, des Ausbruchs des ersten Tschetschenienkrieges und der damit einhergehenden Schwächung von Staatlichkeit in großem Maße kriminelle Strukturen sowie auch ein Zustand der Gewaltökonomisierung heraus, von welchem mehrere Akteure profitiert haben. Florian Hassel (2003a) bezeichnet Tschetschenien in diesem Zusammenhang als ein „kriminelles El Dorado“, während Uwe Halbach mit Hinblick auf die gesamte Kaukasusregion zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt: „Der Kaukasus ist mit seiner Kombination aus schwacher Staatlichkeit und ethnoterritorialen Konfliktzonen ein Paradebeispiel für Bedingungen, unter denen lokale Gewaltmärkte entstehen und Kriegsherren, Terroristen, organisierte Kriminalität und andere Träger nicht-staatlicher Gewalt agieren können“ (Halbach 2003: 144). Als besonders ertragreich erwiesen sich kriminelle Aktivitäten im Bereich des Öl-, Waffen-, Drogen- und Menschenhandels, welche jedoch nicht nur von tschetschenischen Gruppierungen ausgegangen sind, sondern seit Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges auch zunehmend von russischen Parteien – einschließlich bestimmter Teile der russischen staatlichen Kampfgruppen (vgl. bspw. Hassel 2003a und 2003b; Halbach 2003). Somit gab und gibt es auch noch immer ökonomische Anreize, den Konflikt auf niedrigem Niveau fortzuführen. Jedoch profitieren nur bestimmte Gruppen durch dessen Fortbestand, die dadurch gehemmte politische und ökonomische Entwicklung der nordkaukasischen Republik wirkt sich somit vor allem für

die Mehrheit der tschetschenischen Bevölkerung negativ aus. Die finanziellen und materiellen Mittel zur Aufrechterhaltung des Status Quo in der Region werden sich dabei über Schattenökonomische und teilweise auch transnationale Netzwerke angeeignet. So ist es im Rahmen des Konfliktes zu einer finanziellen Unterstützung des tschetschenischen – vor allem des islamistischen – Widerstandes durch religiöse Stiftungen, Solidaritätsgruppierungen und Wohltätigkeitsorganisationen in mehreren Ländern des Nahen Ostens (u.a. Saudi Arabien, Kuwait, Qatar und Jordanien) gekommen. Ebenso kamen enorme Zuwendungen aus der nordkaukasischen Diaspora im Mittleren Osten dem bewaffneten Widerstandskampf zugute – was auch ein gutes Beispiel für die von Lock geäußerte These darstellt, dass transnationale Diasporagemeinden aufgrund von Identitätsverbundenheit eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung und Alimentierung krimineller und bewaffneter Gruppierungen spielen können. Zudem können aufgrund von Gruppenloyalitäten die unternehmerischen Kosten solcher Gruppen gesenkt werden. Der Großteil der Waffen und der Munition für die tschetschenischen Kampfverbände stammt ebenfalls aus der kriminellen und informellen Sphäre der Ökonomie, hierbei wird entsprechende militärische Ausrüstung oft sogar direkt von russischen Militäreinheiten in Tschetschenien an den Widerstand verkauft (Halbach 2003: 156ff; 160f).³

Um das Ausmaß der Korruption und die erschreckende Vielfalt an kriminellen Verdienstmöglichkeiten für alle beteiligten Parteien im Tschetschenienkonflikt zu skizzieren, sollen in weiterer Folge einige von diesen näher dargestellt werden.

2.1.1. Der Profit aus dem Erdöl-, Altmetall- und Wiederaufbaugeschäft

Eines der profitabelsten Geschäfte im Rahmen der beiden Tschetschenienkriege stellt die illegale Ölförderung und -verarbeitung dar. So werden große Mengen des schwarzen Goldes – welches in der geostrategisch bedeutsamen Kaspischen Region in größeren Mengen vorhanden ist – entweder aus Pipelines abgezapft oder direkt aus einer der ungefähr 1 500 in Tschetschenien gelegenen Ölquellen entnommen. Dieses wird in weiterer Folge in Hinterhöfen platzierten Samowaren illegal zu Treibstoff

weiterverarbeitet, welches dann in Tschetschenien selbst, aber vor allem in den Nachbarregionen zu Billigpreisen (im Jahre 2003 rund 17 Cent pro Liter) verkauft wird. An der illegalen Ölindustrie beteiligen sich TschetschenInnen sowie auch russische Soldaten und manchmal arbeiten diese sogar zusammen – wenn etwa beispielsweise russische Truppen die Plünderung der Ölquellen militärisch absichern oder Teile der Militäreinheit, die den Öldiebstahl eigentlich verhindern sollten, diesen in großem Maße mitorganisieren (Hassel 2003b: 173ff).

Aber auch mit Altmetallen und Baumaterialien lassen sich gute Geschäfte machen. So werden etwa regelmäßig Stromleitungen und die Infrastruktur von Eisenbahnen und Telefongesellschaften gestohlen, der Großteil des Metalls eingeschmolzen und nach Europa, in den Nahen Osten und nach China verschifft, um es dort gewinnbringend abzusetzen (ebd: 179ff). Auch hier lässt sich eine Verbindung zur Schattenglobalisierung ziehen, indem das in der kriminellen Sphäre illegal akquirierte Produkt in andere Teile der Welt geschafft wird, um dort im Rahmen der informellen oder regulären Wirtschaftssphäre verkauft zu werden und die ausführenden kriminellen Strukturen somit aufrecht erhalten werden.

Im Bereich des Wiederaufbaus Tschetscheniens wurden auch Unsummen an Geld durch Korruption und illegale Aktivitäten veruntreut, was auch auf mangelnde Koordination und Überwachung der unterschiedlichen Projekte zurückzuführen ist. So hatten etwa staatliche Bauarbeiter Lohn für die Renovierung für Häuser verlangt, welche gar nicht zerstört waren, während sie Geld für eine Wiedererrichtung zerstörter Gebäude erhielten, die aber nie stattgefunden hat. Korrupte Verwaltungschefs haben beispielsweise Abrißgenehmigungen für Häuser erteilt, welche eigentlich wieder aufgebaut werden sollten, um die so erhaltenen Ziegelsteine als Baumaterial weiterzuverkaufen. Diese Beispiele bieten nur einen kleinen Auszug aus den Plünderungen, welche von verschiedenen Akteuren auf tschetschenischer wie auch auf russischer Seite durchgeführt wurden. Von staatlicher Seite aus beteiligten sich neben der Zentralregierung noch 24 weitere Ministerien am „Wiederaufbau“ Tschetscheniens, welche alle über ein selbstständiges Budget und eine eigens geführte Buchhaltung verfügten. Da es in der nordkaukasischen Republik keine Banken gab, hat das Militär das Geld in seinen Feldkassen gesichert oder Millionenbeträge wurden direkt nach Tschetschenien gebracht, was eine Plünderung derselben um einiges erleichterte. Sogar staatliche Kontrolleure, welche den Fortschritt der Wiederaufbauarbeiten überprüfen sollten, ließen sich

³ So stammen laut Ruslan Chasbulatow mehr als 80% der Waffen der tschetschenischen Widerstandsgruppen aus den Lagern der russischen Armee, die aufgrund der in weiten Teilen der russischen Streitkräfte vorherrschenden Korruption – und wohl auch aufgrund des oft geringen persönlichen Einkommens – einfach an den eigentlichen „Gegner“ im Konfliktgeschehen verkauft wurden (Halbach 2004: 17).

bestechen, um eine positive Beurteilung auszustellen. So wurden alleine im Jahr 2002 bis an die 500 Millionen Dollar in diesem Bereich veruntreut (ebd.: 183ff).

Dabei trifft der kaum voranschreitende Wiederaufbau der Region vor allem wieder die Zivilbevölkerung, die sowieso bereits unter den Folgen des Krieges, der Zerstörung ihrer Heimat und ihrer Lebensgrundlagen sowie dem Verlust von Familienmitgliedern leiden muss. Ähnlich negativ wie die mangelhafte Rekonstruktion wirkt sich auch die Veruntreuung von Hilfslieferungen für die tschetschenische Bevölkerung aus. So erreichten in mehreren Fällen Medikamente, Lebensmittel und Hilfsgüter nicht ihre intendierten Empfänger, welche anstatt dessen abgelaufene und nicht mehr verwendbare Güter erhielten. Im Jahr 2001 verschwanden etwa bis zur Ankunft in der tschetschenischen Hauptstadt Grozny von einer internationalen Hilfslieferung Waren im Wert von einer halben Million Euro (ebd.: 186f). Der Missbrauch von Hilfsgütern von kriminellen Akteuren zwecks Eigenfinanzierung ist jedoch auch ein globales Phänomen, dass sich in mehreren Kriegsökonomien finden lässt: „Gewalt- und schattenunternehmerische Fähigkeiten heutiger Kriegsparteien führen dazu, dass humanitäre Hilfe, die typische Form niedrigschwelliger internationaler Einmischung, immer häufiger in eine Kriegsressource transformiert wird“ (Lock 2003: 53). Durch das Vorherrschen eines quasi-rechtsfreien Raumes können somit kriminelle Gewaltunternehmer, wie etwa in Tschetschenien die Bereiche der Erdöl-, Altmittel- und Wiederaufbauindustrie illustrieren, die vorherrschende Situation zu ihre Gunsten nützen, während große Teile der Zivilbevölkerung durch diese Entwicklungen zu Schaden kommen und in Armutsverhältnisse gedrängt werden.

2.1.2. Entführungen

Ein dramatisches Beispiel für regulative Gewalt im Tschetschenienkonflikt stellen darüberhinaus Entführungen dar, welche ebenfalls von mehreren Akteuren praktiziert werden um in Form von Lösegeldforderungen Profit aus diesen zu schlagen. Als Mittel zur Finanzierung von militärischen Aktivitäten sind Entführungen laut Marianne Moor ein ziemlich neues Phänomen, was sie auf 3 Ursachen zurückführt: Erstens sind nach dem Ende des Kalten Krieges viele Militäreinheiten weltweit arbeitslos geworden und der Staat konnte nur in wenigen Fällen für deren Beschäftigung aufkommen. Aus diesem Grund haben sich viele Soldaten einen ähnlichen Beruf gesucht oder sich kriminellen Gruppierungen im eigenen Land angeschlossen. Zweitens kam es in den 1990er Jahren als Folge des Zerfalls der Sowjetunion

zu einem Wiederaufflammen ethno-nationalistischer Konflikte – wie dies etwa auch in Tschetschenien der Fall war. Diese Konflikte führten – wie auch in diesem Paper versucht wird aufzuzeigen – zu einer Schwächung von Rechtsstaatlichkeit und dem Gedeihen krimineller Strukturen, welche Entführungen als profitable Möglichkeit erachteten, sich selbst zu finanzieren. Als dritte Ursache ist das Austrocknen der Finanzquellen von militanten Gruppen durch das Ende des Kalten Krieges zu nennen. Wurden diese üblicherweise entweder von den USA oder der Sowjetunion in Form von finanziellen oder materiellen Gütern versorgt, so mussten sich diese nach der Auflösung des Ost-West-Konfliktes neue Einnahmequellen suchen, um deren Fortbestand zu sichern (Moor 2004: 143).

In Tschetschenien ist diese Art von Geldakquirierung vor allem in der Zeit zwischen den beiden Kriegen der 1990er Jahre in einem großen Maße aufgekommen. Für das erhaltene Lösegeld konnten von den kriminellen Gruppierungen Waffen gekauft werden oder wiederum Entführungen größeren Ausmaßes organisiert werden. Dieser „Geschäftszweig“ entpuppte sich als ertragreichster aller in Tschetschenien verübten kriminellen Aktivitäten und brachte mit insgesamt 200 Millionen Dollar (Stand 2004) um einiges mehr ein als das Anzapfen von Ölquellen oder der Diebstahl staatlicher Gelder (Tishkov 2004: 114). In Grozny bildete sich sogar ein regelrechter „Sklavenmarkt“ heraus, in welchem interessierte KäuferInnen Listen mit den Namen von entführten Geiseln erhielten, die sie dann gegen entsprechende Summen freikaufen konnten. Als besonders „wertvoll“ entpuppte sich die Gefangennahme westlicher Geiseln, welche oft nur für die Zahlung große Beträge wieder freigelassen wurden.⁴ Nichtsdestotrotz mussten die tschetschenischen Rebellen 1997 große Sympathieverluste bei den russischen Medien hinnehmen, da sie die renommierte und den Separatisten wohlwollend gesinnte NTV-Journalistin Jelena Masjuk in Geiselhaft nahmen und erst nach 3 Monaten gegen 2 Millionen Dollar Lösegeld freiließen. So meinte diese 1998, dass „(...) [d]ie Tschetschenen (...)

⁴ So sind sich kriminelle Gruppierungen, die Entführungen durchführen, weltweit darüber im Klaren, dass Ausländer aus dem Westen – wie etwa MitarbeiterInnen multinationaler Unternehmen – oft gegen Entführungen versichert sind und sie somit das Lösegeld auf jeden Fall erhalten würden. Dies ist natürlich ein starker Anreiz, weitere Entführungen zu unternehmen (Moor 2004: 153). Weiters veranschaulicht dieses Beispiel auch sehr gut die Verbindung zwischen der regulären und der kriminellen Wirtschaftssphäre. Während Akteure in den kriminellen Lebenswelten Geiselnahmen zwecks wirtschaftlicher Reproduktion durchführen, so profitieren westliche Versicherungsunternehmen enorm durch den Verkauf von Versicherungspolice gegen Entführungen (Lock 2004: 51).

[mit der Entführung] von Journalisten im vergangenen Jahr 16 Millionen Dollar verdient [haben], aber sie haben viel mehr verloren: Sie haben das Vertrauen der Journalisten verloren, das sie während des Krieges hatten“ (zit. nach Hassel 2003a: 44).

In manchen Fällen wurden Geiseln auch aus bestimmten Berufssparten – wie etwa Bauarbeiter – ausgesucht, so dass diese während ihrer Geiselnahme entsprechende Arbeiten verrichten konnten. Das Motiv hinter den meisten Entführungen war der Erhalt von Lösegeld, nur in einigen wenigen Situationen wurden Geiselnahmen auch dazu benutzt, um politische Ziele durchzusetzen (Tishkov 2004: 116ff). Aber nicht nur tschetschenische Kriminelle, auch Soldaten russischer Truppen bereicherten sich am florierenden Geiselhandel. Am Ende des Jahres 1999 kam in diesem Zusammenhang ein besonders erschreckender Fall an die Öffentlichkeit: In der tschetschenischen Nachbarregion Dagestan verkauften russische Offiziere innerhalb von 2 Jahren 46 ihnen unterstellte russische Soldaten an tschetschenische Geiselnahmer (Hassel 2003a: 45). Ein ebenfalls sehr morbider Umstand ist, dass von russischer Seite aus auch Handel mit den Leichen getöteter TschetschenInnen getrieben wird, welche die Familien gegen hohe Summen zurückkaufen können um eine traditionsgemäße Beerdigung gewährleisten zu können. Diese Geiselnahmen erfolgen dann zumeist im Rahmen so genannter „Säuberungsaktionen“ (auf Russisch „Zachistkas“), in welchen russische Truppen in Häuser von tschetschenischen ZivilistInnen eindringen, um mutmaßliche „TerroristInnen“ festzunehmen (Halbach 2004: 16).

Somit sind Geiselnahmen zwecks wirtschaftlicher Reproduktion krimineller Gruppen ein fester Bestandteil der tschetschenischen Kriegsökonomie geworden: „Although hostage-taking has begun in Chechnya in the early 1990s, initially as a means of settling debts and other business relations, it eventually became fully integrated into the war and its economy“ (Tishkov 2004: 125). Da die russischen und die tschetschenischen Autoritäten nur sehr zaghaft gegen die Entführungsindustrie in Tschetschenien vorgegangen sind, hat dies die kriminellen Gruppierungen nur weiter ermutigt, Geiselnahmen durchzuführen. Somit sind die Verhandlungen über die Freilassung von Geiseln meistens direkt zwischen Bekannten der Geiseln und den Geiselnahmern abgelaufen. Dieser Umstand illustriert auch sehr gut die Abwesenheit von effektiven rechtsstaatlichen Strukturen in Tschetschenien, welche die extreme Ausweitung dieser für kriminelle Akteure äußerst lukrativen Branche zumindest in einem gewissen Ausmaß unterbinden hätten können:

„The proliferation of hostage-taking (...) had enabled the various Chechen military factions – and not the rule of law – to gain control of the region for more than three years. It was thus a failure of the state as well“ (ebd.:126).

Der Historiker Anatol Lieven sieht in der organisierten Kriminalität in Tschetschenien neben vorwiegend negativen jedoch auch bestimmte positive Auswirkungen auf die Gesellschaft. Einerseits stellt diese eine starke Gefährdung für den Frieden, Stabilität und die ökonomische Entwicklung in der nordkaukasischen Republik dar, hemmt die Herausbildung staatlicher Strukturen und führt zu einer negativen Wahrnehmung von TschetschenInnen in Russland.⁵ Weiters vergrößert die organisierte Kriminalität aufgrund der finanziellen Einkommensunterschiede die Kluft zwischen den wohlhabenden Gewaltunternehmern und der verarmten Bevölkerung und zerstört damit die in der tschetschenischen Geschichte weitgehend vorherrschenden egalitären gesellschaftlichen Strukturen, welche Lieven sogar als den Kern der „tschetschenischen Identität“ ausmacht. Andererseits hat die „Mafia“ auch viel Geld nach Tschetschenien gebracht, und vielen TschetschenInnen konnte – über zwei oder drei Ecken – geholfen werden, da sich in ihren erweiterten Familien reiche Verwandte befinden (Lieven 1998: 351f).⁶ Nichtsdestotrotz sind die oben genannten Auswirkungen regulativer Gewalt auf Tschet-

⁵ Dieser letzte Punkt ist insofern problematisch, als die „Banditen“-Tradition in Tschetschenien auch oft von russischen Führungsriegen dazu verwendet wurde, militärisch gegen die Region vorzugehen, dementsprechende Vorurteile gegen TschetschenInnen in Russland vorherrschend sind und in den letzten Jahren auch vermehrt zu xenophoben Übergriffen gegen NordkaukasierInnen geführt haben (Lieven 1998: 349f).

⁶ Als prominentestes Beispiel für eine tschetschenische kriminelle Organisationen dient wohl die berüchtigte tschetschenische Mafia, welche vor allem in Moskau tätig ist und Mitte der 1990er Jahre eine der machtvollsten kriminellen Verbindungen der Stadt war. Als einer der ältesten ethnischen Gruppen im Bereich der organisierten Kriminalität in Moskau erkämpfte sie sich 1988 die Vorherrschaft in der russischen Hauptstadt. Bestimmte Kräfte in Moskau, die ein finanzielles Interesse am Fortgang des Tschetschenienkrieges hatten, unterstützten die tschetschenische Mafia. Die Hauptaufgabenbereiche der Mafia, welche definitiv der kriminellen Sphäre der Ökonomie zuzuordnen sind, konzentrierten sich auf Wirtschaftsverbrechen und umfassten u.a. „(...) obtaining large loans from commercial banks on the basis of fake contracts with existing and/or specially created phony firms in order to convert the money into cash and stealing it; taking control of commercial banks and firms (specifically, those with accounts abroad) in order to receive a percentage of their profits; participating in foreign economic activities, concluding deals with Western partners for the sale of oil, petrochemicals, timber, and other raw materials; and infiltrating commercial structures doing business with defense industry enterprises in order to participate in the sale of arms and strategic materials“ (Zhilin 1996).

schenien verheerend. Besonders bedenklich ist der Umstand, dass tschetschenische sowie auch russische Akteure Profit aus der beinahe rechtsfreien Situation schlagen und somit ein ökonomischer Anreiz gegeben ist, den Konflikt – zumindest auf niedrigem Niveau, um die effiziente Durchführung der kriminellen Aktivitäten nicht zu gefährden – weiterzuführen. Eine russische Expertin meint im Hinblick auf das profitable Ölgeschäft diesbezüglich: „Die Maßstäbe dieser Schattengeschäfte gehen über die Wirtschaft hinaus und haben weitreichende politische Konsequenzen. Illegale Geschäftsbeziehungen, die russische Militärs mit tschetschenischen Kämpfern verbinden, verändern die Situation in Tschetschenien völlig. Russische Militärs zeigen dann nämlich Interesse an der Fortsetzung des Kriegs“ (Sermatova 2001 zit. nach Halbach 2004: 16).⁷

2.2. Ausprägungen situativer Gewalt

Perspektivlosigkeit und Marginalisierung, ein Mangel an Arbeitsplätzen und ein Verlust sozialer Kontrolle durch die Zerstörung traditioneller Normen sind wie oben erwähnt laut Lock konstitutive Eigenschaften für die Ausübung situativer Gewalt und lassen sich auch anhand des Tschetschenienkonfliktes beobachten. Zunächst muss man sich über das Maß der Zerstörung im Klaren sein, welche die tschetschenische Gesellschaft im Zuge der beiden Kriege erfasst hat. Während im ersten russischen Feldzug gegen die abtrünnige Provinz noch ein gewisses Maß an Zusammenhalt im Widerstand gegen Russland vorgeherrscht hat, so ist die traditionellerweise stark segmentierte tschetschenische Gesellschaftsstruktur durch die Auswirkungen des zweiten Krieges beinahe aufgelöst worden. Die 2006 ermordete russische Journalistin Anna Politkowskaja beschrieb in ihren Berichten aus Tschetschenien „(...) das Bild einer von Gewalt zerriebenen Gesellschaft, in der nichts mehr so ist, wie es war – nicht mehr die Traditionen, nicht mehr die Geschlechterrollen, nicht mehr die Familiensolidarität, auch nicht mehr das Streben nach Unabhängigkeit. Was einzig zählt, ist das nackte Überleben – vielleicht noch Rache“ (Halbach 2004: 19). Durch die Auflösung traditioneller Wertesysteme ist somit auch eine Art gesellschaftlicher Kontroll- bzw. Regulationsmechanismus unterminiert worden, und die

⁷ An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, dass die hier beschriebenen kriminellen Aktivitäten vor allem in der Zeit zwischen den beiden rezenten Tschetschenienkriegen und in den Jahren unmittelbar nach dem Ausbruch des zweiten Krieges besonders ausgeprägt waren. In den letzten Jahren ist es unter Kadyrow sehr wohl auch zu einer Verbesserung der Situation gekommen, jedoch bestehen diese strukturell angelegten kriminellen Mächten natürlich in einer bestimmten Form weiterhin fort.

tschetschenischen Jugendlichen müssen versuchen ihren eigenen Weg in dieser „war-torn society“⁸ zu finden. Jedoch sind nun seit dem Beginn des bewaffneten Konfliktes mit Russland Anfang der 1990er Jahre schon mehrere Kinder zur Welt gekommen, die gar kein anderes Leben als das in einer kriegszerstörten und von diversen Gewaltformen geprägten Gesellschaft kennen, und somit mit einer gewissen Orientierungslosigkeit konfrontiert sind. Auch haben viele tschetschenische Kinder und Jugendliche ihre Eltern, Geschwister oder Verwandte verloren, entweder da diese sich im Kampf gegen russische Gruppen engagiert haben oder da sie den kriminellen Strukturen zum Opfer gefallen sind. Da der Verlust von Familienmitgliedern ein einschneidendes Erlebnis ist, hat dieser auch oft zu einem Engagement von Jugendlichen in Rebellenbewegungen geführt, um dadurch den Tod der geliebten Personen zu rächen.

So wird Rache durchaus als ein Hauptgrund für die Durchführung von Selbstmordattentaten gesehen. In zunehmendem Maße haben sich auch Frauen an diesen beteiligt, einerseits sind sie oft aus Verzweiflung in die – in Tschetschenien untraditionelle – Rolle als Gewaltakteurinnen gedrängt worden, andererseits waren auch die Rachegefühle für den Verlust der männlichen Verwandten ein ausschlaggebender Grund für die Durchführung eines Selbstmordattentates. So gaben bei einer Umfrage in Tschetschenien im August 2003 nur 8% der Befragten den Kampf um Unabhängigkeit als Hauptmotiv für Selbstmordanschläge an, während 69% dieses eher der Rache an föderalen Soldaten aufgrund der Gewalt gegenüber ZivilistInnen zuschrieben (Halbach 2004: 11).

Aber auch die hohe Arbeitslosigkeit raubt den in Tschetschenien verbliebenen Jugendlichen die Chance, produktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.⁹ Da es somit kaum Möglichkeiten gibt in der regulären Wirtschaftssphäre Arbeit zu finden, werden viele Jugendliche mangels Alternativen in informelle bzw. kriminelle Lebenswelten abgedrängt. Auch gingen laut einem Bericht von Oktober 2008 zunehmend Jugendliche in „die Berge“, um sich dort dem bewaffneten Widerstand anzuschließen. Laut offiziellen Statistiken belief sich die Zahl dieser Leute alleine im ersten Halbjahr 2008 auf über 50 Personen. Inoffiziellen Schätzungen zufolge sind aber alleine im Jahr 2007 mehrere hundert junge Männer dem bewaffneten Widerstand beigetreten (North Caucasus Weekly, 16.10.2008). Ob die primäre Motivation dieser Männer, sich dem Wider-

⁸ So lautet auch der Titel eines Buches von Valery Tishkov (Chechnya: Life in a war-torn society; 2004).

⁹ So belief sich die Arbeitslosigkeit in Tschetschenien 2006 auf erschreckende 80% (Amnesty International 2006b).

stand anzuschließen, durch die trostlose Situation eine produktive Beschäftigung zu finden bedingt oder diese auf Rachegefühle zurückzuführen ist, ist schwer zu beurteilen, jedoch werden wohl beide Faktoren ihren Teil zu dieser Entscheidung beigetragen haben.

Auch in den Reihen der russischen Truppen, welche aufgrund der in der russischen Armee vorherrschenden "Kultur der Brutalität" oft außerhalb rechtsstaatlicher Normen agieren und die aufgrund mangelnder Kontrolle zur Ausübung übermäßiger Gewalt neigen, ist in einer gewissen Weise die Ausübung situativer Gewalt zu beobachten. Gewalttätige Handlungen werden hierbei als „bespredel“ (auf Deutsch soviel wie „ohne Grenzen“) genannt, und bezeichnen von russischen Soldaten begangene Grausamkeiten, welche außerhalb festgelegter Grenzen stattfinden. Innerhalb des russischen Militärs werden jüngere Soldaten oft von älteren geschlagen und misshandelt, und oft wird diese Aggression dann auch an die zu bekämpfenden TschetschenInnen übertragen.¹⁰ Maura Reynolds (2003) interviewte diesbezüglich mehrere aus Tschetschenien zurückgekehrte Soldaten. Die meisten von ihnen vertraten die Meinung, dass auch von tschetschenischer Seite die Menschenrechte nicht eingehalten würden, und sie sich somit auch nicht verpflichtet fühlen, diese zu beachten. Zudem wird das brutale russische Vorgehen gegen TschetschenInnen auch als eine Möglichkeit gesehen, die gefallenen Kameraden aus den eigenen Reihen zu rächen. Anlass zur Sorge geben in diesem Zusammenhang aber auch die psychologischen Folgeschäden, die russische Soldaten durch das „bespredel“ erleiden. Viele von ihnen tun sich äußerst schwer wieder in das zivile Leben zurückzufinden und haben mit Aggressionsproblemen zu kämpfen (Reynolds 2003).

2.3. Privatisierung von Gewalt

Als ein wesentlicher Bestandteil der Ökonomie „neuer Kriege“ – ein Begriff welcher vor allem von Herfried Münkler und Mary Kaldor geprägt wurde – ist die Entstaatlichung von Gewalt und die damit einhergehende Privatisierung derselben zu nennen. Auch laut Lock kommt es in weiten Teilen der Welt aufgrund der oft schwachen staatlichen Strukturen zu einer Ausübung von Gewalt durch unterschiedliche (private) Akteure: „Große Teile der weniger vermögenden Weltgesellschaft leben (...) außerhalb persönliche Sicherheit und Rechtssicherheit

¹⁰ Eine sehr interessante und aufwühlende Darstellung des gewalttätigen Alltages im russischen Militär aus der Sicht eines ehemaligen russischen Soldaten, der in den Tschetschenienkriegen gedient hat, findet sich im Buch „Die Farbe des Krieges“ von Arkadi Babtschenko (2007).

gewährleistender Staatlichkeit. (...) Vertrauen und Gewalt sind dabei konkurrierende, manchmal auch symbiotische Instrumente, mit denen sich Gruppen Sicherheit verschaffen und Netzwerke bilden, die untereinander verlässlich handeln. Im Prozess einer zunächst pragmatischen, der Sicherheit dienenden Identitätsbildung schließen sie sich nach außen ab und grenzen damit zwangsläufig andere aus“ (Lock 2004: 47).

In Tschetschenien lässt sich dieser Prozess aktuell an den Rivalitäten zwischen den von Moskau gestützten tschetschenischen Kadyrow- und Jamadajew-Clans – deren Zusammenhalt großteils über die jeweilige Clanzugehörigkeit gegeben ist – beobachten, unter deren Gewaltausübung die lokale Bevölkerung zu leiden hat.¹¹ Ihre vorherrschende Stellung konnten diese im Zuge des zweiten Tschetschenienkrieges erlangen, als sie sich – während beide noch im ersten russischen Feldzug 1994 auf Seiten der tschetschenischen Rebellen kämpften – auf die Seite der russischen Truppen stellten und es somit zu einer sogenannten „Tschetschenisierung“ des Konfliktes gekommen ist. Dies bedeutet, dass der Konflikt transformiert wurde von einem Kampf zwischen russischen Streitkräften und tschetschenischen Rebellen zu einem Krieg zwischen den vom Kreml unterstützten tschetschenischen Clans und den separatistischen Gruppierungen.¹² Am einflussreichsten ist hierbei der Kadyrow-Clan, dessen Oberhaupt Achmat Kadyrow im Jahre 2000 von russischer Seite aus die Führung Tschetscheniens übergeben wurde und welcher 2003 in Präsidentschaftswahlen – welche jedoch kaum als fair bezeichnet werden können – als Präsident der nordkaukasischen Republik bestätigt wurde. Auch der Kadyrow-Clan bereicherte sich in großem Maße an der Plünderung Tschetscheniens und war in kriminelle Machenschaften verwickelt. Achmat Kadyrows „Leibgarde“, die so genannten „Kadyrowzy“, welche aus paramilitärischen Truppen und zum Teil auch aus amnestierten tschetschenischen Rebellen besteht und einige Tausend Mann umfasst, ist auch heute noch für schwere Menschenrechtsverletzungen an der Zivilbevölkerung verantwortlich. Nach Kadyrows Ermordung 2004 wurde interimistisch Alu Alkhanov mit der Verwaltung Tschetscheniens betraut, bis im

¹¹ An dieser Stelle ist wohl auch der Gantamirow-Clan, einer der drei mächtigsten Clans Tschetscheniens zu nennen, welche dem Kreml treu ergeben sind (Ibragimova 2007: 4).

¹² Ein Mitglied des tschetschenischen Parlamentes drückte diesen Wandel des Krieges treffenderweise folgendermaßen aus: „The ‚Chechenization‘ of the conflict transformed the war, which was perceived as a rigid inter-ethnic conflict, into some sort of civil war with the ideologies of the conflicting sides being eroded“ (ISN 2008a).

Jahre 2007 Kadyrows Sohn Ramzan das Präsidentenamt übernommen hat (ISN 2008a). Der Clan der Jamadajew-Brüder erhielt die Gunst der russischen Führung dadurch, dass er sich im zweiten Tschetschenienkrieg auf deren Seite gestellt hat und dem russischen Militär die tschetschenische Stadt Gudermes kampfflos übergeben hat. Im Gegenzug gewährte der Kreml dem Clan seine eigene Spezialeinheit, welche dem russischen Verteidigungsministerium untersteht, und wie die „Kadyrowzy“ ebenfalls durch schwere Übergriffe auf die Bevölkerung auf sich aufmerksam gemacht hat. Beide Clans kämpften in den letzten Jahren um die Vorherrschaft in Tschetschenien, wobei der Kadyrow-Clan eindeutig der einflussreichere war – was auch die Besetzung des Präsidentenpostens belegt. Im April 2008 kam es zu einem schweren, gewalttätigen Zusammenstoß zwischen den beiden Gruppierungen und dem Jamadajew-Clan wurde in weiterer Folge die Befehlsgewalt über die einflussreiche Spezialeinheit (das Wostok-Bataillon) entzogen und dessen Stellung in Tschetschenien geschwächt. Ende September dieses Jahres wurde dann Ruslan Jamadajew, der auch oft als der eigentliche Anführer und das kriminelle Hirn des Clans bezeichnet wurde, in Moskau ermordet. Somit ist der Jamadajew-Clan nachhaltig geschwächt und keine ernsthafte Gruppierung mehr in Tschetschenien vorhanden, um die Konsolidierung der Macht in Tschetschenien in den Händen von Ramzan Kadyrow ernsthaft zu gefährden (ISN 2008c).

Die „Kadyrowzy“ sowie auch die Truppen des Jamadajew-Clans können – obwohl sie offiziell dem tschetschenischen Innen- und Verteidigungsministerium unterstehen – durchaus als Privatarmeen bezeichnet werden¹³, die im quasi-rechtsfreien Raum Tschetschenien operieren und mehr oder weniger ungestraft Gewalt gegen die tschetschenische Bevölkerung ausüben können. Der Journalist Stephan Hille spricht in diesem Zusammenhang von einem derzeitigen „(...) innertschetschenischen Konflikt (...), in dem die Führungsriege rund um Ramsan Kadyrow quasi Staatsterrorismus gegen die eigene Bevölkerung ausübt“ (Amnesty International 2006a). Auch Anna Politkowskaja kommt zu dem Schluss, dass in den letzten Jahren über 85% der Verbrechen an der Zivilbevölkerung von den Gefolgsleuten Kadyrows verübt wurden, während nur ein kleiner Teil den russischen Truppen und den tschetschenischen Rebellen zuzurechnen ist: „Willkürliche Festnahmen, ausgeübt vom Kadyrow-Clan, ‚Verschwindenlassen‘ in illegalen Gefängnissen, Folterungen mit Erpressung

von Aussagen, gehören heute zum Alltag“ (Ibragimova 2007: 5). Auch mehrere TschetschenInnen die sich an den Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg gewandt haben um die Verbrechen russischer Truppen in Tschetschenien anzuklagen, sind bestraft, mehrere von ihnen auch von bislang unidentifizierten Kriminellen ermordet worden. Auch AnwältInnen und JuristInnen, die TschetschenInnen dabei geholfen haben Anklage in Straßburg zu erheben, wurden dafür entsprechend verfolgt und eingeschüchtert. Zudem werden auch Eltern und Familien, deren Kinder in „die Berge“ gegangen sind um sich dort den Rebellen anzuschließen, von Seiten der tschetschenischen Staatsgewalt eingeschüchtert und terrorisiert, obwohl dieses Vorgehen nur umso mehr den Hass auf diese verstärkt (North Caucasus Weekly, 16.10.2008).

Obwohl der Kadyrow- sowie der Jamadajew-Clan von Russland bewaffnet und ausgebildet wurden, sieht sich der russische Staat trotz der begangenen Menschenrechtsverletzungen nicht dazu veranlasst, diese dafür zu belangen. Die mangelhafte Einforderung von Rechtsstaatlichkeit seitens der russischen Staatsmacht hat auch – wie oben erwähnt – zu einem Aufblühen der Entführungsindustrie geführt, ähnlich wie in diesem Fall fühlen sich auch die „Kadyrowzy“ in ihrem brutalen Vorgehen bestätigt, da sie von russischer Seite für ihre Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen werden.¹⁴ Stattdessen setzt der Kreml – in alter „divide-et-impera“-Manier – auf eine Art „indirect rule“ in Tschetschenien, spielt die dort ansässigen Clans gegeneinander aus und

¹⁴ Eine ähnliche Vorgehensweise ist auch bei den Menschenrechtsverletzungen russischer Truppen in Tschetschenien zu beobachten, die ebenfalls in den meisten Fällen nicht geahndet wurden. Obwohl Russland, bzw. damals die Sowjetunion, sich nach dem Zweiten Weltkrieg verpflichtet hat die Genfer Konventionen einzuhalten, gab es von russischer Seite in den Tschetschenienkriegen kein Bestreben, diesen Regeln nachzukommen. Auch die Verantwortung auf die marodierende russische Armee und ihre „Kultur der Brutalität“ abzuschieben ist nicht zulässig, da diese ihre Befehle aus dem Kreml erhält und dieser entsprechende Maßnahmen setzen müsste, um die von russischen Soldaten begangenen Menschenrechtsverletzungen zu beenden und zu verurteilen. Jedoch machen viele russische Behörden nicht nur nicht den Versuch diese zu ahnden, sondern sind laut Reynolds auch oft an der Vertuschung derselben beteiligt. Ein Problem bei der innerstaatlichen Strafverfolgung ergibt sich etwa aus dem Umstand, dass an den Kampfhandlungen in Tschetschenien Armeeeinheiten sowie auch Eliteeinheiten der Polizei (OMON und SOBR) beteiligt sind, die Jurisdiktion der Militärstaatsanwaltschaft jedoch nur die Truppen des Verteidigungsministeriums miteinschließt (Reynolds 2003: 134ff). Auch auf internationaler Ebene waren Bemühungen, die begangenen Verbrechen im Rahmen internationaler Institutionen zu verurteilen, nur geringer Erfolg beschieden. Mangels effektiver Strafverfolgung ist somit auch in Tschetschenien das Klima der Straffreiheit fortgeschrieben worden.

¹³ Vgl. Reuters, 16.4.2008.

überlässt die Zivilbevölkerung der Übergriffe der dort herrschenden Gewaltakteure – dies kann jedoch keinesfalls einen geeigneten Weg zu einer nachhaltigen Befriedung der Krisenregion darstellen.

3. Zusammenhänge von Armut und „Krieg“ im Tschetschenienkonflikt

Im Zuge der beiden rezenten russischen Kriege gegen Tschetschenien lassen sich gleichermaßen die Herstellung von Armutsverhältnissen als Folge der Kriege konstatieren, sowie auch die so produzierte Armut ihren Teil zum Fortbestand und Reproduktion eines kriegsähnlichen Zustandes beigetragen hat. Frances Steward geht in diesem Zusammenhang von einem generellen Wechselverhältnis zwischen Krieg und Armut aus: „Die Kausalität ist wechselseitig, denn niedrige Einkommen erzeugen gewaltträchtige Bedingungen, und größere Bürgerkriege verringern das Wirtschaftswachstum, die Nahrungsmittelproduktion und den Schulbesuch erheblich und erhöhen die Kindersterblichkeit“ (Steward 2004: 122). In weiterer Folge sollen nun diese in Wechselwirkung stehenden Auswirkungen anhand des Tschetschenienkonfliktes näher diskutiert werden.

3.1. Die Erzeugung von Armut¹⁵ durch Kriege

Dass die durch Kriege verursachte materielle Zerstörung in einer Kriegsregion zu Armut führt, erscheint plausibel. Was jedoch oft übersehen wird sind die mannigfaltigen Schäden, die kriegerische Auseinandersetzungen sonst noch anrichten können. In den beiden Tschetschenienkriegen etwa waren die humanitären Kosten enorm hoch, seit 1994 sind schätzungsweise zwischen 10% und 20% der tschetschenischen Bevölkerung ums Leben gekommen. Genaue Zahlen bezüglich der Opfer liegen nicht vor und variieren je nach Quellenangabe, jedoch kann man wohl von weit mehr als 100 000 Todesopfern seit Beginn des ersten Krieges ausgehen, was bei einer Gesamtbevölkerungsanzahl von knapp einer Million Menschen äußerst tragisch ist. Weiters produ-

zierte alleine der zweite Krieg 300 000 Flüchtlinge und Internally Displaced Persons, die aufgrund anhaltender Kampfhandlungen ihre Heimat verlassen und somit ihre Lebensgrundlagen aufgeben mussten. Was die sozialen Kosten betrifft, sind unzählige TschetschenInnen sowie auch russische Soldaten vor allem aufgrund des Guerillakrieges des zweiten russischen Feldzuges 1999 stark traumatisiert und finden kaum in ihr gewohntes Leben zurück. Für Angehörige der russischen Streitkräfte hat hier vor allem die „Kultur der Brutalität“ und das Handeln ohne feste Grenzen oft tiefe Narben hinterlassen und macht eine zivile Reintegration in die russische Gesellschaft äußerst schwierig. Zudem erzeugten die Kriege aufgrund der Bombardierung von Ölbohrstellen und des illegalen Abzapfens von Öl enorme ökologische Kosten (Halbach 2004: 18f).

Darüberhinaus wurde ein großer Teil der Infrastruktur im Bereich der Gesundheits-, Bildungs- und Verwaltungswesens zerstört. Wie schon in Kapitel 2.1.1. erwähnt, wurden Strom- und Kommunikationsleitungen sowie Eisenbahnschienen gestohlen, was sich auch in einem dementsprechenden Mangel dieser Dienstleistungen für die Zivilbevölkerung äußerte. Schulen und Krankenhäuser wurden aufgrund von Korruption oft nicht renoviert, um das Geld für die Renovierung zu behalten oder die Ziegelsteine des Gebäudes weiterzukaufen. Insgesamt wurden wohl an die 280 000 Häuser (Stand: März 2003) im Rahmen des Kriegsgeschehens zerstört, was dann in weiterer Folge auch zu großen Flüchtlingsströmen geführt hat (Malek 2004: 122). Auch große Teile der Industrie liegen aufgrund der Kriege brach und eine Beschäftigung in der Landwirtschaft erweist sich aufgrund vieler Minen und Blindgänger in den Feldern als sehr gefährlich. Viele Kinder müssen gemeinsam mit ihren Eltern um das tägliche Überleben kämpfen, werden bei Minenexplosionen und durch den Einsturz zerstörter Häuser schwer verletzt und erhalten in diesem Fall oft nicht einmal eine adäquate medizinische Versorgung (Amnesty International 2006b). Durch die Herausbildung einer Kriegsökonomie und der individuellen Bereicherung verschiedenster tschetschenischer und russischer Gruppen – etwa im Bereich der Ölindustrie – konnte sich somit auch keine solide tschetschenische Wirtschaft herausbilden. Die von Ramzan Kadyrow in den letzten Jahren unternommenen Versuche des Wiederaufbaus Tschetscheniens haben dabei nur in einem geringen Maße zu einer Verbesserung der Situation geführt. Aufgrund der eben genannten enormen Zerstörungen und mangelnder Perspektiven für die Bevölkerung in der tschetschenischen Re-

¹⁵ Armut soll an dieser Stelle nicht nur als Mangel an finanziellen Mitteln definiert, sondern um der Komplexität dieses Zustandes gerecht zu werden im Sinne eines holistischen Ansatzes als die Entbehrung grundsätzlicher Fähigkeiten verstanden werden; somit ist Armut laut dem United Nations Committee on Economic, Social and Cultural Rights „a human condition characterized by the sustained or chronic deprivation of the resources, capabilities, choices, security and power necessary for the enjoyment of an adequate standard of living and other civil, cultural, economic, political and social rights“ (UNHCHR).

publik hat sich somit ein fragiler Zustand entwickelt, der seinerseits den Ausbruch erneuter gewaltförmiger Auseinandersetzungen fördert, wie in folgendem Kapitel gezeigt werden soll.

3.2. Der Beitrag von Armut zur Entstehung und Fortschreibung von kriegerischen Auseinandersetzungen

Frances Steward (2004) sieht das Risiko für einen Ausbruch von Bürgerkriegen in großem Maße durch das Vorhandensein von relativer Ungleichheit zwischen verschiedenen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft gesteigert. Dabei muss eine Situation relativer gesellschaftlicher Ungleichheit nicht automatisch zu Gewalterruptionen führen, da man in diesem Kontext etwa auch die absolute Lage der Gesellschaft miteinbeziehen muss. Wenn diese sich verschlechtert – beispielsweise durch eine extreme Wasserknappheit –, wird die Aufmerksamkeit automatisch auf die relative Situation von Gruppen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen gelenkt, während bei einer generellen Verbesserung der absoluten Lage – etwa durch die Steigerung des Einkommens – die relative Lage weniger wahrgenommen wird. Eine bedeutende Rolle spielt hierbei auch die Instrumentalisierung solcher Ungleichheiten durch politische Eliten, welche durch den Appell an Ethnizität und andere Formen der Gruppenzugehörigkeit – welche oft sozial konstruiert und im Wandel begriffen sind – die vorherrschenden relativen Ungleichheiten überzeichnen, Menschen dadurch mobilisieren und somit das Risiko bewaffneter Auseinandersetzungen steigern (Steward 2004: 127ff). Die Differenzierung und die Ungleichheit zwischen Gruppen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene kann man hierbei in vier Kategorien gliedern: „(...) politische Partizipation, wirtschaftliche Vermögenswerte, Einkommen und Beschäftigung sowie soziale Aspekte“ (ebd.: 129). Weitere Komponenten der Gruppenbildung umfassen u.a. die bewusste Wahrnehmung als Gruppe – welche wie erwähnt durch Führer gefördert werden kann –, die rationale Abwägung der privaten Kosten und Nutzen eines Konfliktes, das Scheitern von (staatlichen) Kontrollfunktionen sowie eventuelle externe Finanzierung und Unterstützung des Konfliktes. Je nach Ausprägung der entsprechenden Komponenten steigt oder sinkt das Risiko des Ausbruchs von Gewalt. Ein entscheidender Punkt ist hier auch, dass man die Ungleichheiten zwischen Gruppen nicht als vertikale Ungleichheiten – welche sich ausschließlich auf die Verteilung von Einkommen beziehen – betrachtet, sondern eher weitergefasst als horizontale Unterschiede, wie sie

auch in den oben genannten Unterscheidungskriterien reflektiert werden (ebd.: 132ff). Einige Kriterien für die Wechselwirkung von Armut und dem anhaltenden konfliktiven Zustand in Tschetschenien wurden schon unter Kapitel 2.2. genannt, in welchem die Ausprägungen situativer Gewalt diskutiert wurden. Aufgrund mangelnder Zukunftsperspektiven im Angesicht der in Tschetschenien vorherrschenden gravierenden Armutsverhältnisse sehen sich viele TschetschenInnen, die keine Beschäftigung in der regulären wirtschaftlichen Sphäre finden um ihren Lebensunterhalt zu sichern dazu veranlasst, in kriminellen Lebenswelten aktiv zu werden, welche jedoch zu einer Reproduktion von regulativer und situativer Gewalt führen und rechtsstaatliche Strukturen unterminieren. So meinte etwa der 1997 offiziell in Tschetschenien gewählte, von Russland nicht anerkannte und 2005 ermordete tschetschenische Präsident Aslan Maschadow, dass es in Tschetschenien „viele bewaffnete Gruppen gibt. Sie haben keine Arbeit, kein Dach über dem Kopf, sie haben sich an den Krieg gewöhnt, und sie hassen Russland“ (zit. nach Hassel 2003a: 47). Ein weiteres Beispiel liefert folgende Aussage eines tschetschenischen Arbeiters, welcher sich am Stehlen von Kabeln in Grozny beteiligt, in einem Interview mit Hassel: „Elektrokabel bringen drei Rubel (55 Cent) pro Kilo. Einmal pro Woche kommen die Russen mit dem Lastwagen und kaufen uns unsere Ernte ab. Was wir tun ist eine Schweinerei. Aber was sollen wir machen? Ich habe drei Kinder. Früher habe ich ein großes Geschäft geleitet und gut verdient. Dies scheint ein Leben zurückzuliegen“ (zit. nach Hassel 2003b: 182). Somit bleiben großen Teilen der Bevölkerung nur wenige Alternativen: die meisten arrangieren sich entweder mit der Arbeit in schattenökonomischen Bereichen oder treten die Flucht – oft nach Europa – an, was jedoch auch das Risiko mit sich bringt nach einem abgelehnten Asylantrag nach Tschetschenien zurückgeschickt und dort schlimmen Repressalien ausgesetzt zu werden.¹⁶

Auch anhand der von Steward genannten Kriterien lässt sich die Fortschreibung des kriegsähnlichen Zustandes und die latente Gefahr des Ausbruchs eines Bürgerkrieges aufgrund der vorherrschenden Armutsverhältnisse nachzeichnen. Die Arbeitslosigkeit lag wie schon erwähnt im Jahre 2006 bei 80%, und Einkommensunterschiede sind zwischen ver-

¹⁶ Da der Tschetschenienkonflikt von russischer Seite offiziell für beendet erklärt wurde, ergibt sich daraus das zusätzliche Problem, dass TschetschenInnen trotz anhaltender Flüchtlingsströme nach Europa oft nicht als Kriegsflüchtlinge anerkannt und somit immer seltener Asyl gewährt bekommen (Der Standard, 9.1.2009).

schiedenen Gruppierungen – etwa zwischen der Zivilbevölkerung und kriminellen Netzwerken, der politischen Elite und den vorherrschenden Clans – definitiv gegeben. Dieser Aspekt der zunehmenden finanziellen Kluft zwischen Teilen der tschetschenischen Bevölkerung und deren negative Auswirkung auf den Zusammenhalt dieser traditionellerweise weitgehend egalitären Gesellschaft wurde weiter oben schon thematisiert. Was die politische Partizipation der tschetschenischen Gesellschaft betrifft, so ist diese nur in sehr geringem Maße vorhanden. Weder die tschetschenischen Präsidentschaftswahlen, noch die russischen Nationalrats- und Präsidentschaftswahlen in den letzten Jahren oder das Verfassungsreferendum 2003 – in welchem sich beinahe die ganze Republik für den Verbleib Tschetscheniens in Russland ausgesprochen haben – sind mit fairen Dingen zugegangen. Ein ähnliches Bild bot sich bei der Wahl des tschetschenischen Parlamentes im Oktober 2008 (Der Standard, 11.10.2008). Ein weiteres Kriterium von Steward betrifft die sozialen Aspekte. Ein aktuelles Beispiel zeigt, dass in Tschetschenien Familien, deren Kinder sich den Rebellen anschließen, von Seite der tschetschenischen Verwaltung terrorisiert und eingeschüchtert werden. Teilweise gab es auch Drohungen seitens tschetschenischer Politiker, solchen Familien zur Bestrafung die Sozialleistungen zu entziehen (North Caucasus Weekly, 16.10.2008). Somit zeigt sich auch hier ein relativer Unterschied in der Behandlung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Auch die Gruppenmobilisierung durch politische und religiöse Führer ist durchaus gegeben, sei dies in Form von islamistischen Anführern im gesamten Nordkaukasus oder in Form von Clanzugehörigkeiten.

Aufgrund des Mangels an politischer Teilhabe der Bevölkerung, der Einkommensunterschiede, der niedrigen Beschäftigungsquote und der Diskriminierung bestimmter Gruppen – Punkte welche durchaus Ungleichheiten horizontalen Ausmaßes im Sinne von Steward darstellen – ist das Risiko des Ausbruches verschiedener Formen von Gewalt somit gestiegen. Ein Beispiel für die Bestätigung dieser Annahme stellt der Fakt dar, dass die Rebellen – welche zur Zeit wohl einige hundert Mitglieder umfassen – wieder in zunehmendem Maße Zulauf von Teilen der tschetschenischen Bevölkerung erfahren (ebd.).

Die Abwesenheit rechtsstaatlicher Strukturen stellt auch ein Hemmnis für die Entwicklung von Unternehmen in der Region dar. In der Entwicklungszusammenarbeit gibt es Ansätze, denen zufolge informelle Lebenswelten als Möglichkeit dienen aus Armutsverhältnissen zu entkommen. Jedoch wird hier nicht berücksich-

tigt, dass aufgrund der quasi-rechtsfreien Situation in Tschetschenien die vorherrschenden Gewaltakteure von aufstrebenden Unternehmen sehr wahrscheinlich Schutzgeld erpresen oder den Handel unter Gewaltandrohung kontrollieren würden. Insofern wirkt das vorherrschende Klima von Rechts- und Straflosigkeit, in welchem die persönliche Sicherheit der BürgerInnen nicht mehr gewährleistet werden kann, äußerst abschreckend auf legale unternehmerische Aktivitäten und vor allem Investitionen in der Region (Lock 2006: 48).¹⁷ Somit handelt es sich hierbei auch um ein strukturelles Problem, welches den Ausstieg aus der Spirale von Armut und Gewalt noch zusätzlich erschwert.

4. Lösungsperspektiven

In den letzten Jahren gab es zunehmend Berichte – die vor allem von russischen Medien und vom Kreml propagiert wurden –, dass Tschetschenien befriedet sei und Stabilität in der Region vorherrscht. Unter der Regentschaft von Ramzan Kadyrow begann die Rekonstruktion und der Wiederaufbau der kriegsgebeutelten Provinz, 2006 wurde sogar als das „Jahr des Wiederaufbaus“ deklariert. Im Jahr 2008 wurde in Grozny ein neuer Flughafen mit täglichen Flügen nach Moskau errichtet, die Universität sowie etliche Schulen und Spitäler wurden ebenfalls neu erbaut. Kadyrow lässt sich bei den TschetschenInnen dafür feiern und bestimmte Teile der Bevölkerung sind der Meinung, dass unter seiner Herrschaft tatsächlich eine Verbesserung ihrer Lebenssituation eingetreten ist. Nichtsdestotrotz sind die meisten TschetschenInnen ohne Arbeit, dürfen ihre Politiker nicht in fairen Wahlen selbst bestimmen und sind den gewalttätigen Übergriffen krimineller Akteure wie etwa der „Kadyrowzy“ schutzlos ausgeliefert (Guardian, 22.2.2008).¹⁸ Um seine Macht in Tschetschenien zu erhalten muss Kadyrow diese auf anderem Wege als nur durch Gewaltausübung legitimieren und setzt deshalb wohl auf den Wiederaufbau der Republik, um die Zustimmung der Bevölkerung zu erhalten – ein Merkmal, dass sich auch in

¹⁷ Vor allem die externen Investitionen nahmen in der Zwischenkriegszeit und im Zuge des zweiten Tschetschenienkrieges aufgrund der zunehmenden Entführungen – oft auch von MitarbeiterInnen internationaler Firmen – stark ab (Halbach 2003: 157f).

¹⁸ So meinte etwa auch der sich in Europa im Exil befindende tschetschenische Dichter Aпти Bisultanov bei einer Diskussionsveranstaltung im Wiener Literaturhaus, dass ein Großteil der Gelder aus Moskau für den Wiederaufbau Tschetscheniens veruntreut worden ist, und die wiederaufgebauten Häuser nur eine Fassade darstellen. Seiner Meinung nach hat die Politik Putins, Kadyrows und die des FSB keine wirkliche Stabilisierung und Befriedung der Region gebracht. (Diskussionsveranstaltung im Wiener Literaturhaus, 22.11.2008).

anderen „Nachkriegssituationen“ beobachten lässt: „Siegreiche Kombattanten bleiben nur dann Gewinner, wenn ihnen die Transformation vom militärisch-ökonomischen Verband zur Regierung gelingt. Sie müssen nach dem Ende des Krieges das Mittel der Gewalt durch andere Herrschaftsformen ergänzen und langfristig ersetzen“ (Schlichte 2004: 197).

Ein grundlegendes Problem ergibt sich dadurch, dass nach bewaffneten Auseinandersetzungen die kriegsökonomischen Strukturen und die alten Machtverhältnisse für eine längere Zeit fortbestehen. Von Seiten der internationalen Gemeinschaft wird dann oft die Durchführung demokratischer Wahlen als Allheilmittel für eine Stabilisierung nach einem Krieg angesehen, in Wirklichkeit jedoch bringen diese nur in den wenigsten Fällen die erhoffte Wirkung – was auch in Tschetschenien der Fall ist (Lock 2006: 54). Wichtig wäre es deshalb auch die derzeitige Situation in der nordkaukasischen Republik nicht als „normalisierten“ Zustand anzuerkennen, sondern die dort vorherrschenden Konfliktstrukturen genau zu analysieren; der russische Kaukasusexperte Sergei Markedonov meint diesbezüglich: „We shouldn't be talking about a war. There is no war in the sense of a military confrontation between two organized forces. There is terrorism and partisan activities [which you often can't tell apart] and there is organized separatism [by the Kadyrow government] – the creation under Russian jurisdiction of a territory de facto independent of federal authority“ (zit. nach ISN 2006).

Die Problematik, die sich aus dem Nichtvorhandensein eines „Krieges“ im engeren Sinne in Tschetschenien ergibt, lässt sich auch anhand anderer Weltregionen erkennen. Externe Akteure reagieren oft nur auf gewaltförmige Auseinandersetzungen, wenn es sich dabei um Kriege oder Völkermord handelt.¹⁹ Aktuelle

¹⁹ Doch selbst in der „heißen Phase“ der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Russland und Tschetschenien im zweiten Krieg, als auch im internationalen Umfeld Stimmen aufgekommen sind, die diesen als einen Völkermord angeprangert haben, wurden von externen Akteuren kaum Initiativen zur Beendigung der auf beiden Seiten von enormen Verlusten gekennzeichneten Kampfhandlungen durchgeführt. Die mangelnde Kritik der internationalen Gemeinschaft ist dabei mit Sicherheit auf mehrere Gründe zurückzuführen: einerseits wollten sich viele europäische Staaten aufgrund der Rohstoffabhängigkeit von Russland nicht mit diesem zerwerfen, andererseits hat Russland den zweiten Tschetschenienkrieg als einen „Kampf gegen den Terrorismus“ inszeniert und deshalb im Zuge von 9/11 und dem „global war on terrorism“ somit von mehreren Staaten Unterstützung in seinem Vorgehen gegen die abtrünnige Provinz erhalten. Zudem hätte wohl auch eine Diskussion der russischen Menschenrechtsverletzungen im UN-Sicherheitsrat zu keinem Ergebnis geführt, da Russland – als ständiges Mitglied mit einem Vetorecht ausgestattet – entsprechende Beschlüsse gegen Russland mit Sicherheit blockiert hätte.

Gewaltmanifestationen jedoch befinden sich häufig in einer Grauzone zwischen Krieg und Frieden und sind – wie versucht worden ist in dem Paper aufzuzeigen – eingebunden in regionale und internationale kriminelle Netzwerke. In Nachkriegsgesellschaften wird deshalb oft von externen Akteuren ein hohes Gewaltniveau festgestellt, dieses oft jedoch nur als ein Übergangsphänomen angesehen, welchem man mit gewöhnlichen Mitteln der Konfliktbewältigung – wie etwa der Reform der Polizei und Demobilisierung – entgegen muss. Dies macht es für ehemalige Gewaltakteure sehr einfach im Angesicht einer oft sehr schwachen Rechtsstaatlichkeit weiterhin ihren kriminellen Aktivitäten nachzugehen (Kurtenbach 2004: 308f). Kurtenbach schlägt deshalb zur Eindämmung und Regulierung von Gewalt in solchen kriegsähnlichen Situationen eine nachhaltige Strategie vor, die sich in 4 Punkte gliedert (ebd.: 312ff):

- Zunächst ist eine Eindämmung der Schattenglobalisierung vonnöten, damit marginalisierte Bevölkerungsschichten ein Leben in Rechtssicherheit verbringen können und der transnationale Aktionsraum, in welchem kriminelle Akteure agieren, eingeschränkt werden kann. Erreicht werden könnte dies etwa über die Durchsetzung internationaler Normen und Konventionen im Kampf gegen Korruption und die organisierte Kriminalität.
- Zweitens müssten Kriegsökonomien nachhaltig transformiert werden, indem man die kriminellen Machenschaften von Gewaltakteuren unterbindet und strafrechtlich ahndet. Andererseits muss man aber auch der Bevölkerung Arbeitsplätze und Zukunftsperspektiven in Aussicht stellen, um sie somit in die reguläre Wirtschaftssphäre zu integrieren.
- Darüberhinaus müssten Inseln der Zivilität, die vor allem in Grauzonen zwischen Krieg und Frieden existieren, gefördert und gestärkt werden. Kurtenbach definiert diese als „(...) kleine Friedensprojekte auf lokaler Ebene, in der zivilgesellschaftliche Akteure versuchen, sich der Logik der Gewaltakteure zu entziehen“ (ebd.: 316). Im Falle Tschetscheniens würden solche Gruppierungen etwa das „Komitee der Soldatenmütter“ – welches vor allem aus russischen Müttern besteht, die die Entsendung ihrer Söhne in die nordkaukasische Kriegsregion anprangern und sich offen gegen den Krieg aussprechen – oder die NGO „Memorial“ – welche u.a. begangene Menschenrechtsverletzungen dokumentiert – darstellen. Jedoch wird diesen bedauerlicherweise von russischer Seite aus nur wenig Gehör geschenkt.

- Ein letzter Punkt betrifft die Zivilisierung der Gewaltakteure, etwa durch Demobilisierung und Re-Integration. In vielen Fällen hat jedoch der Rückzug von Gewaltunternehmern nicht wirklich die erhofften Resultate gebracht, oft ist es einfach zu einer Umstrukturierung der zivil-militärischen Netzwerke gekommen. In Tschetschenien erfolgte ebenfalls nur eine Verschiebung der russischen Gewaltakteure hin zu einer Kreml-treuen tschetschenischen Verwaltung, welche Gewalt an der Zivilbevölkerung ausübt.

Ein Beispiel für die Zivilisierung von Gewaltakteuren in Tschetschenien und dem Versuch der Re-Integration in die Gesellschaft stellt das Amnestieangebot der tschetschenischen Machthaber im Jahr 2006 dar. Nach der Ermordung des vielgesuchten tschetschenischen Rebellenanführers und Warlords Shamil Bassajew erfuhren die Rebellen einen starken Rückschlag. In Folge der Ermordung Bassajews durch russische Truppen machte die tschetschenische Führung den verbliebenen Rebellen das Angebot amnestiert zu werden und in die Leibgarde der „Kadyrowzy“ einzutreten. Amnestien können prinzipiell eine wirkungsvolle Methode der Konfliktaufarbeitung sein. So ist wohl auch ein Übergang zu einem neuen politischen Regime ohne das Anbieten einer Amnestie oft kaum möglich (Hazdra 2006).

Trotzdem ist das tschetschenische Amnestieangebot mit Vorsicht zu betrachten. Nachdem mehrere hundert Rebellen dieses Angebot in Anspruch genommen hatten, wurden manche von ihnen etwa kurz nach deren Eingeständnis eingesperrt. Oft wurde gegen diese spontan bestimmte, gerade erst gefundene „Beweise“ vorgebracht, um sie hinter Gitter zu bringen. Das Angebot einer Amnestie wurde seit 1994 schon öfters an die tschetschenischen Rebellen gestellt, und auch im Jahr 2003 sind einige der amnestierten Widerstandskämpfer einfach verschwunden. Aus diesem Grund stellten sich auch infolge der 2006 angebotenen Amnestie vor allem nur unbedeutendere Personen der Widerstandsbewegung und diese war somit auch nur bedingt erfolgreich (ISN 2007). Ein weiteres Problem neben fehlenden Garantien stellt die Tatsache dar, dass amnestierten Kämpfern keine zivile Alternative der Beschäftigung angeboten wird, sondern diese in der für ihre Brutalität bekannten „Kadyrowzy“-Leibgarde integriert werden und diese somit weiterhin mit Gewaltausübung konfrontiert sind (Ibragimova 2007: 5).

In den letzten Jahren hat der Widerstand gegen den Kadyrow-Clan immer mehr zuge-

nommen und aufgrund dessen Repressionen gegen die Bevölkerung wird dieser immer mehr genährt, was die Gefahr des Ausbruchs von erneuter Gewalt sehr erhöht (ebd.). Auch ist die Lage in Tschetschenien aufgrund der Rivalitäten zwischen den einzelnen Clans äußerst instabil, was auch die kürzlich vorgefallenen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen dem Kadyrow- und dem Jamadajew-Clan gezeigt haben. Diese vom Kreml verfolgte Strategie des „divide et impera“ – um die verfeindeten tschetschenischen Clans gegeneinander auszuspielen – ist in dieser konfliktreichen Region äußerst gefährlich und einer Befriedung im Sinne eines positiven Friedensbegriffes nicht zuträglich.

Eine sinnvolle Alternative dazu wäre es, mehrere Clans, welche in der Bevölkerung akzeptiert sind, in die Machtstrukturen einzubinden anstatt einem von diesem das Machtmonopol in die Hand zu geben. Präsidiale Strukturen sind dafür aber nicht geeignet, da fragmentierte Gesellschaften oft dezentraler Strukturen und konsensorientierter Entscheidungsfindungsprozesse bedürfen (Mangott 2005: 190). Zudem kann eine zivile Rekonstruktion des kriegszerstörten Tschetscheniens nur dann erfolgen, wenn die Bevölkerung wieder das Vertrauen in die lokale und föderale Ordnungsmacht gewinnt, welches aufgrund des vorherrschenden Klimas der Straflosigkeit und den immer noch an ZivilistInnen begangenen Gewalttaten stark abgenommen hat. Zudem müsste – wie schon von Kurtenbach erwähnt – die kriminelle Wirtschaftstätigkeit eingeschränkt und für die lokale Bevölkerung eine Beschäftigung in der regulären Wirtschaftssphäre auf der Ebene von kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen werden. Eine Grundvoraussetzung dafür stellt der Kampf gegen die Korruption und die Errichtung eines administrativen Systems dar, welches auf Kontrolle und Transparenz setzt (Halbach 2005: 31ff). Darüberhinaus müsste man aber vor allem gegen die vorherrschende Rechtlosigkeit vorgehen und die Sicherheit der TschetschenInnen gewährleisten. Hierbei spielt auch die Bekämpfung der in der Region vorhandenen Armut, welche wie gezeigt jederzeit eine bewaffnete Auseinandersetzung auslösen könnte, eine wichtige Rolle. Die oft gewaltauslösenden horizontalen Ungleichheiten zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen in Tschetschenien sind definitiv gegeben und werden – etwa von islamistischen Gruppen – entsprechend instrumentalisiert, trotz des (nur langsam) voranschreitenden Wiederaufbaues unter Kadyrow ist die absolute gesellschaftliche Lage generell als sehr schlecht zu beurteilen und die staatlichen Kontrollfunktionen kann man aufgrund fehlen-

der Rechtssicherheit in einem gewissen Maße durchaus auch als gescheitert betrachten. Der wichtigste Schritt ist jedoch zunächst die grundlegende Einsicht, dass Tschetschenien nicht – wie vom Kreml und Kadyrow behauptet – befriedet ist, sondern dass sich die Form der Gewaltaustragung nur transformiert hat, die in den beiden Tschetschenienkriegen entstandene Bürgerkriegsökonomie immer noch – wenn auch in geringerem Ausmaß als noch vor einigen Jahren – existiert und die vorherrschenden Armutsverhältnisse diese instabile Situation nur zusätzlich verschärfen. Somit besteht auch mehrere Jahre nach Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges immer noch ein akuter Handlungsbedarf um eine wahre Stabilisierung und Befriedung der Region im Sinne eines positiven Friedens zu erreichen.

Literatur

Amnesty International (2006a): Trügerische Ruhe um Nordkaukasus. Erschienen in „Amnesty – Magazin der Menschenrechte“, September 2006. Quelle: <http://www.amnesty.ch/de/aktuell/magazin/47/truegerische-ruhe-im-nordkaukasus> (Zugriff: 11.10.2008).

Amnesty International (2006b): Der tägliche Kampf ums Überleben. Erschienen in „Amnesty – Magazin der Menschenrechte“, September 2006. Quelle: <http://www.amnesty.ch/de/aktuell/magazin/47/der-taegliche-kampf-ums-uberleben> (Zugriff: 11.10.2008).

Babtschenko, Arkadi (2007): Die Farbe des Krieges. Berlin.

Halbach, Uwe (2005): Der Kaukasus in neuem Licht. Die EU und Rußland in ihrer schwierigsten Nachbarregion. Stiftung Wissenschaft und Politik Studie. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Berlin. Quelle: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=2576 (Zugriff: 11.10.2008).

Halbach, Uwe (2004): Gewalt in Tschetschenien. Ein gemiedenes Problem internationaler Politik. Stiftung Wissenschaft und Politik Studie. Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. Berlin. Quelle: http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=977 (Zugriff: 11.10.2008).

Halbach, Uwe (2003): Erdöl und Identität im Kaukasus. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 1/2003, S. 140-166.

Hassel, Florian (2003a): Der zweite Tschetschenienkrieg. Eine Unterwerfungskampagne in imperialer Tradition. In: Florian Hassel (Hrsg.): Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien. Frankfurt am Main, S. 31-98.

Hassel, Florian (2003b): Lizenz zum Stehlen. Wie Militär und Verwaltung Tschetschenien nach russischer Tradition ausplündern. In: Florian Hassel (Hrsg.): Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien. Frankfurt am Main, S. 173-189.

Hazdra, Peter (2006): Verurteilen – Vergessen – Versöhnen. Die wichtigsten Ansätze zur Konfliktaufarbeitung im Überblick. In: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften/Journal of International Law of Peace and Armed Conflict, 3/2006, S. 156-167.

Ibragimova, Guzel (2007): Tschetschenien unter dem Kadyrov-Clan: auf dem Weg in die Stabilität? In: Friedensdienst 2/07: Kaukasus. Linz, S. 3-7.

International Relations and Security Network (ISN) (2008a): Putin's ‚pacification‘ of Chechnya, 1.4.2008. Quelle: <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/Security-Watch/Detail/?groupot593=0C54E3B3-1E9C-BE1E-2C24-A6A8C7060233&ots591=4888CAA0-B3DB-1461-98B9-E20E7B9C13D4&Ing=en&v33=118590&fecvid=33&fecvnodeid=118590&id=54047> (Zugriff: 11.10.2008).

International Relations and Security Network (ISN) (2008b): The internecline battle for Chechnya, 21.4.2008. Quelle: <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/Security-Watch/Detail/?groupot593=0C54E3B3-1E9C-BE1E-2C24-A6A8C7060233&ots591=4888CAA0-B3DB-1461-98B9-E20E7B9C13D4&Ing=en&v33=118590&fecvid=33&fecvnodeid=118590&id=88699> (Zugriff: 11.10.2008).

International Relations and Security Network (2008c): Kadyrov's last rival dead, 29.9.2008. Quelle: <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/Security-Watch/Detail/?groupot593=0C54E3B3-1E9C-BE1E-2C24-A6A8C7060233&ots591=4888CAA0-B3DB-1461-98B9-E20E7B9C13D4&Ing=en&v33=118590&fecvid=33&fecvnodeid=118590&id=92075> (Zugriff: 11.10.2008).

International Relations and Security Network (ISN) (2007): Chechnya: a dubious amnesty, 27.4.2007. Quelle: <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/Security-Watch/Detail/?groupot593=0C54E3B3-1E9C-BE1E-2C24-A6A8C7060233&ots591=4888CAA0-B3DB-1461-98B9-E20E7B9C13D4&Ing=en&v33=118590&fecvid=33&fecvnodeid=118590&id=53141> (Zugriff: 11.10.2008).

International Relations and Security Network (ISN) (2006): Moscow peace bid tests Chechen rebel resolve, 21.7.2006. Quelle: <http://www.isn.ethz.ch/isn/Current-Affairs/Security-Watch/Detail/?fecvnodeid=118590&groupot593=0C54E3B3-1E9C-BE1E-2C24-A6A8C7060233&fecvid=33&ots591=4888CAA0-B3DB-1461-98B9-E20E7B9C13D4&Ing=en&v33=118590&id=52189> (Zugriff: 11.10.2008).

Kurtenbach, Sabine/Lock, Peter (2004): Kriege als (Über)Lebenswelten: Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. In: Sabine Kurtenbach/Peter Lock (Hrsg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. EINE Welt – Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn, S. 20-37.

Kurtenbach, Sabine (2004): Nachhaltige Strategien zum Umgang externer Akteure mit Gewalt. In: Sabine Kurtenbach/Peter Lock (Hrsg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. EINE Welt – Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn, S. 306-320.

Lieven, Anatol (1998): Chechnya. Tombstone of Russian Power. New Haven/London.

Lock, Peter (2006): Ökonomie der neuen Kriege – Kalte Friedenskonsolidierung durch Kriminalisierung? In: ÖSFK (Hrsg.): Die Weltunordnung von Ökonomie und Krieg. Von den gesellschaftlichen Verwerfungen der neoliberalen Globalisierung zu den weltumspannenden politischen Ansätzen jenseits des Casinokapitalismus. Wien/Münster, S. 40-57.

Lock, Peter (2005): Zur Zukunft des Krieges. Zwischen Schattenglobalisierung und US-Militärstrategie. In: Joachim Becker/Gerald Hödl/Peter Steyrer (Hrsg.): Krieg an den Rändern. Von Sarajevo bis Kuito. Wien, S. 92-107.

Lock, Peter (2004): Gewalt als Regulation: Zur Logik der Schattenglobalisierung. In: Sabine Kurtenbach/Peter Lock (Hrsg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. EINE Welt – Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn, S. 40-61.

Malek, Martin (2004): Rußlands Kriege in Tschetschenien. „Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung“, „Antiterror-Operation“ oder Völkermord? In: Zeitschrift für Genozidforschung, Heft 1 2004, 5. Jahrgang, Bochum, S. 102-129.

Mangott, Gerhard (2005): Cecnja – die russländische Tragödie und die verlorene Generation. In: ÖSFK (Hrsg.): Der Krieg der Armen? Der internationale Terrorismus in der Neuen Weltordnung. Münster, S.176-191.

Moor, Marianne (2004): Die „Entführungsindustrie“: Öl ins Feuer internationaler Konflikte. In: Sabine Kurtenbach/Peter Lock (Hrsg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. EINE Welt – Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn, S. 142-154.

Reynolds, Maura (2003): Krieg ohne Regeln. Russische Soldaten in Tschetschenien. In: Florian Hasel (Hrsg.): Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien. Frankfurt am Main, S.124-136.

Schlichte, Klaus (2004): Krieg und bewaffneter Konflikt als sozialer Raum. In: Sabine Kurtenbach/Peter Lock (Hrsg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. EINE Welt – Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn, S. 184-199.

Steward, Frances (2004): Horizontale Ungleichheit als Ursache von Bürgerkriegen. In: Sabine Kurtenbach/Peter Lock (Hrsg.): Kriege als (Über)Lebenswelten. Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. EINE Welt – Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn, S. 122-141.

Tishkov, Valery (2004): Chechnya. Life in a war-torn society. Berkeley/Los Angeles/London.

UNHCHR: Definition of poverty. Quelle: <http://www.unhchr.ch/development/poverty-02.html> (Zugriff: 30.10.2008).

Zhilin, Aleksandr (1996): The Shadow of Chechen Crime over Moscow. In: PRISM, Vol. 2, Issue 6, 22.3.1996. Quelle: http://www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=3&issue_id=128&article_id=1527 (Zugriff: 13.10.2008).

Zeitungen:

Der Standard, 9.1.2009: „Tschetschenen sind die rechtlosesten aller Flüchtlinge“. Quelle: <http://derstandard.at/?id=1227287692497> (Zugriff: 10.1.2009).

Der Standard, 11.10.2008: „Tschetschenen haben außer Kreml-Partei keine Wahl“. Quelle: <http://derstandard.at/?id=1220460474098> (Zugriff: 11.10.2008).

Guardian, 22.2.2008: „There is peace. We have a new airport. People are satisfied“. Quelle: <http://www.guardian.co.uk/world/2008/feb/22/russia?gusrc=rss&feed=worldnews> (Zugriff: 11.10.2008).

North Caucasus Weekly, 16.10.2008: „Pro-Moscow Authorities Terrorize Families of Chechen Militants“. Volume 9, Issue 39. Quelle: http://www.jamestown.org/chechnya_weekly/article.php?articleid=2374475 (Zugriff: 20.10.2008).

Reuters, 16.4.2008: „Standoff between pro-Russian Chechen forces“. Quelle: <http://www.alertnet.org/thenews/newsdesk/L16870021.htm> (Zugriff: 11.10.2008).

Weitere Quellen

Diskussionsveranstaltung mit Apti Bisultanov (tschetschenischer Dichter) und Tessa Szyszkowitz (Profil-Korrespondentin) im Wiener Literaturhaus, 22.11.2008, Wien.

Armut und Widerstand in den besetzten palästinensischen Gebieten: Ursache und Gegenwart des sozioökonomischen Nährbodens für Radikalisierung und Mobilisierung

Andreas Hackl

Einleitung

Für von Armut betroffene Menschen ist das Leben in vielerlei Hinsicht schwierig. Dort wo sauberes Wasser, leistbare Nahrung und ein angemessener Platz zum Wohnen zum Luxus werden, ist das primäre Interesse oft die eigene Lebenssituation zu verbessern und etwas gegen die am eigenen Leib spürbare Ungerechtigkeit tun zu wollen. Die Ursachen des graduellen Zerfalls palästinensischer Ökonomie und Zivilgesellschaft und deren weitreichende Folgen müssen im Kontext israelischer Okkupation verstanden werden. Der Anstieg religiös-fundamentalistischen Einflusses in der Westbank und besonders in Gaza sowie anhaltende palästinensische Gewalt gegen israelische ZivilistInnen¹ sind Entwicklungen, deren primäre Ursachen in den Realitäten israelischer Okkupation und deren Methoden zu finden sind. Seit den Anschlägen in New York im September 2001 stellten sich ExpertInnen und PolitikerInnen zunehmend die Frage, inwiefern Ursachen von Terrorismus in Bildung und Armut begründet seien. Ein möglicher direkter kausaler Zusammenhang zwischen Armut und Bereitschaft zu Gewalt und Terrorismus im Besonderen bedarf jedoch einer näheren, kritischen Betrachtung. Vorwegzunehmen ist, dass Armut sicherlich kein alleiniger Grund für Gewaltbereitschaft sein kann. Ein derartiger Standpunkt würde eine angenehm einfache Antwort zu einer komplizierten unangenehmen Frage aus einer primär materialistischen Perspektive bieten. Vielmehr sollen jene sozioökonomischen und politischen Bedingungen in den besetzten palästinensischen Gebieten (bpG) skizziert werden, innerhalb derer Armut eine von mehreren Einflusskategorien darstellt. Ich werde zu zeigen versuchen in welcher Weise sich der sozioökonomische Zusammenbruch in Folge des Oslo-Prozesses² auf die palästinensische Gesell-

schaft und vor allem in Gaza auswirkte. In der Bekämpfung dieser Missstände spielt islamische Wohlfahrt eine wichtige Rolle, sie dient jedoch auch als Einflusskanal für Mobilisierung und Islamisierung und aus ihr bildet sich nicht zuletzt die populäre Basis der Hamas. Diese zeigt sich aktiv darin, die Missstände palästinensischer Flüchtlinge für ihre Zwecke zu nutzen, profitiert politisch von ihrem breiten Angebot an Sozialleistungen und propagiert erfolgreich ihr politisches und moralisches Programm. Im Zentrum der Diskussion dieses Artikels steht die Frage danach, welche Auswirkungen die israelische Okkupation auf Aspekte alltäglichen Lebens in den bpG hat und wie die daraus resultierenden sozioökonomischen Missstände als Nährboden für Mobilisierung und Islamisierung genutzt werden können. Die Strukturen und Prozesse der israelischen Okkupation sind für das Verständnis jeglicher Dynamiken innerhalb der palästinensischen Gesellschaft unumgänglich, da die Funktionsfähigkeit dieser in Vergangenheit und Gegenwart durch anhaltende Unterdrückung und Isolation verformt und eingeschränkt wurde und nach wie vor wird.

1. Armut, Fundamentalismus, Terrorismus

Um Missverständnisse zu vermeiden und die Rezeption der folgenden Kapitel zu verbessern ist es hilfreich, einige terminologische und theoretische Vorüberlegungen anzustellen. Die Begriffe *Armut*, *Fundamentalismus* und *Terrorismus* werden in sehr unterschiedlicher Weise verwendet und verstanden und verlangen aufgrund dessen nach einem genaueren Bedeutungsumriss. Bei Armut möchte ich mich bewusst von quantitativen und rein ökonomischen Ansätzen distanzieren. Ich verstehe demnach *Armut* als einen Zustand des Mangels an bestimmten Notwendigkeiten und Sicherheiten innerhalb von diesem der Handlungsspielraum von Individuen und Gemeinschaften stark eingeschränkt wird. Darunter fallen beispielsweise Mangel an Nahrung, Arbeit, Gesundheit, Bildung, Zugang zu Ressourcen, politischer Mitbestimmung und Mobilität sowie geringe Sicherheit vor Gewalt. Obwohl all diese Kategorien für PalästinenserInnen eine Rolle spielen wird es nicht möglich sein, alle genannten Aspekte zu diskutieren. Wichtig ist hierbei auch, dass Armut als keine abgegrenzte soziale Kategorie zu verstehen ist, sondern die gesamte Lebenswelt beeinflusst,

¹ Vom 29.9.2000 bis 31.8.2008 wurden 726 israelische ZivilistInnen durch Palästinenser getötet (B'Tselem 2008).

² Nach dem Golfkrieg 1991 bildeten sich Verhandlungen zwischen Israelis und arabischen Staaten, Palästinenser miteingeschlossen. Dies führte zur Madrider Friedenskon-

ferenz, auf deren Basis geheime Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern in Oslo folgten, die wiederum in die Unterzeichnung der „Declaration of Principles“ im Weißen Haus im September 1993 mündeten.

lusst und von dieser beeinflusst wird. So haben Armut und Unterdrückung womöglich Einfluss auf die Konfliktbereitschaft von Individuen, wie auch Konflikte Einfluss auf Armut und Unterdrückung haben. Der Begriff *Fundamentalismus* ist ebenfalls schwierig zu handhaben und in seiner inflationären Verwendung nicht eindeutig und vor allem moralisch aufgeladen. In dieser Arbeit verwende ich religiösen Fundamentalismus als eine Variation von Religion, die absolute religiöse Fundamente der grundsätzlichen Fähigkeit des Menschen unabhängige Entscheidungen zu treffen überordnet. In seiner Verwendung als Kategorisierungshilfe für Organisationen und politische Bewegungen ist der Begriff *Fundamentalismus* insofern problematisch, als er deren innerer Heterogenität und Komplexität nicht gerecht wird, diese muss daher immer mitgedacht werden. *Islamismus* und *religiöser Fundamentalismus* werden allgemein in ähnlicher Weise verwendet und sind nicht eindeutig differenzierbar. Ersterer vermittelt und betont eher eine Implementierung der fundamentalistischen Vision des Islam in Staat und Gesellschaft (Esposito 2003: 151). *Terrorismus*, mindestens ebenso problematisch in seiner Verwendung, ist in seinen Definitionen schwierig auf den Punkt zu bringen. Es kann als eine Strategie asymmetrischer Kriegsführung verstanden werden, die relativ unberechenbar und oft moralisch undifferenziert zuschlägt und für das Erreichen politischer Ziele kaum Territorium benötigt (Varma 1988: 13f). Weitere strategische Aspekte von Terrorismus sind das Schüren eines Klimas der Angst (Wilkinson 2002) in der „feindlichen Gesellschaft“, der Einbruch in die öffentliche Sicherheit und das Potenzial jederzeit und überall zuzuschlagen sowie der damit verbundene innenpolitische Druck die verlorene Sicherheit wiederherzustellen. Was moralisch und was unmoralisch ist liegt oft im Auge des Betrachters, denn was ein Freiheitskämpfer für die eine Seite ist, kann der Terrorist für die andere sein.

Der Zusammenhang von Religion und Konflikt kann ganz allgemein in zwei Funktionsrichtungen eingeteilt werden. Zum einen birgt Religion Konfliktlösungspotenzial und kann eine wichtige und viele Grenzen durchdringende Ebene in einem Konflikt darstellen, oder eine solche mobilisieren. Andererseits werden im Namen der Religion Menschen zu gewalttätigen Handlungen mobilisiert. Religion kann die eigentlichen Ursachen eines Konflikts und deren Bedingungen überdecken und der deprimierenden Realität einer gewalttätigen Auseinandersetzung absolute religiöse Erklärungen entgegenhalten. „(...) because religion sounds so absolute, it can be used as a translation for other, more relative, forms of conflict. (...) one

can often find ethnic, national, or migratory boundaries transformed into religious ones” (Baumann 1999: 23). In Folgendem werde ich mich nicht direkt mit dieser zweiten Funktion von Religion beschäftigen, diese aber in Zusammenhang mit der Hamas und islamischer Wohlfahrt betonen. Ein Zitat eines führenden Hamas-Mitgliedes zeigt gut, wie religiöse Legitimation Teil eines alternativen Weges wird:

„Hamas widens the circle instead of reducing it. Such is our path. The secular nationalists strive is to constrict the circle to a narrow country. They want to abandon Islam and Islamic Arabism and to be reduced to the little circle called the PLO, before reducing this still further to the Fateh movement. We go in the opposite direction, from the narrow circle of country to the larger and universal circle, which is Islam” (Zahhar 1995: 84).

Derartige Rhetorik unterstreicht die Rolle von Religion in der Propagierung eines alternativen Weges. In folgendem Kapitel werden wir sehen, ob islamische Wohlfahrt problematische religiös-fundamentalistische Inhalte vermittelt und Verbindungen zu militärischen Flügel der Hamas pflegt. Dabei folge ich der zentralen Frage: Inwiefern erhöht der sozioökonomische Kontext in den bpG die Relevanz der Hamas und islamischer Wohlfahrt und deren Einfluss auf die respektiven Gemeinschaften und Individuen? Der sozioökonomische Kontext spiegelt die Auswirkungen israelischer Okkupation wider, spielt religiösem Fundamentalismus und politischer Mobilisierung in die Hände und bedingt den Einfluss der Hamas über islamische Wohlfahrt.

2. Islamische Wohlfahrt, politische Gewalt und Armut

Um den Zusammenhang von Armut und religiösem Fundamentalismus im Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts zu diskutieren, werde ich in Folgendem zeigen, wie islamische Wohlfahrt funktioniert und welche Rolle diese für die Hamas spielt. Sozialleistungen und deren möglicher sekundärer Zweck für Rekrutierungen und politische Propaganda werden heftig diskutiert und beeinflussen die Politik Israels und jene der internationalen Gemeinschaft. Es zeigt sich als außerordentlich schwierig hierbei eine klare Linie zwischen Wohlfahrt und Politik zu ziehen.

Zakah, Almosen, ist eine von fünf Säulen des Islam und verpflichtend für jeden Muslim. „To practising Muslims, zakah connotes the path to purity, comprehension of material responsibility, and an enhanced sense of spirituality” (Esposito 2003: 345). Soziale Dienstleistungen

sorgen für sozial und ökonomisch Benachteiligte und damit für jene Bevölkerungsschichten, die unter einem etablierten politischen System benachteiligt sind. Die Arbeit von Wohlfahrtsorganisationen geht jedoch über das rein soziale hinaus, sie manifestiert sich auch in Moscheen und religiösem Unterricht. Islamische Wohlfahrt kann verschiedenste Dienstleistungen umfassen, darunter Schulen, Krankenhäuser, Waisenhäuser, Kindergärten, Sportklubs, Moscheen, Zahlungen an bedürftige Familien (meist über *zakah*) oder die Leitung verschiedener Gewerbe, wie beispielsweise Bäckereien. In den bpG wurde islamische Wohlfahrt lange Zeit unter der Obhut der Muslimischen Bruderschaft³ (*al-ikhwān al-muslimūn*) gehandhabt, bis sich 1980 die militante Gruppierung Islamischer Jihad⁴ (*Harakat al-dschihād al-islāmī*) abgespalte, gefolgt von einer weiteren Sezession, nämlich jener der Hamas im Jahr 1988. Terminologisch kann zwischen islamischer Wohlfahrt und politischem Islam sowie islamischem Aktivismus unterscheiden werden. Hier eine Grenze zu ziehen ist jedoch nicht einfach, denn Aktivismus kann über soziale Institutionen stattfinden, Moscheen können als Plattform für politische Rhetorik Anwendung finden und neue Mitglieder für militante Gruppierungen könnten über Sportklubs gewonnen werden. Zusammengefasst beinhalten diese Aktivitäten religiöse, politische, soziale sowie ökonomische Aspekte. An diesen Überlegungen angekommen versuchen wir bereits die „Was-Fragen“ zu beantworten, bevor wir das „Wie“ und „Warum“ ausführlich diskutiert haben. Will man verstehen warum die Hamas und andere islamische Organisationen große Popularität genießen, so muss man den sozioökonomischen Kontext verstehen, in den sie eingebettet sind. „Palestinian Islamism (...) arose in response to a specific set of socioeconomic and political conditions generated by nearly three decades of Israeli military occupation that has left the Gaza strip [nicht nur Gaza] economically im-

³ Die Muslimische Bruderschaft ist eine islamistische Organisation, die 1928 von Hassan Al-Banna gegründet wurde. Sie genießt großen politischen Einfluss in Ägypten und ist in ungefähr 70 verschiedenen Ländern aktiv. Zentrale Aspekte und Ziele der Bruderschaft sind ein effektives islamisches Wohlfahrtssystem, die Islamisierung von Gesellschaft und Staat sowie der Ruf nach voller Implementierung der *Shariah*, des islamischen Rechts, in muslimischen Staaten (CFR 2005).

⁴ Der Palästinensische Islamische Jihad ist eine palästinensisch-nationalistische Organisation die in gewalttätiger Opposition gegenüber dem Staat Israel steht. Sie formierte sich aus Mitgliedern der Muslimischen Bruderschaft und hat die Etablierung eines islamischen palästinensischen Staates auf den pre-1948 Grenzen des britischen Mandates in Palästina zum Ziel. Der Islamische Jihad nimmt an keinen diplomatischen Prozessen teil und strebt keine realpolitische Macht innerhalb der bpG an (CFR 2008).

poor and de-developed, and socially and politically fragmented” (Roy 2007: 163). Islamische Wohlfahrt bekämpft Armut und soziale Missstände, die zu einem großen Teil innerhalb und durch die Realitäten der israelischen Okkupation entstanden sind. Institutionen islamischer Wohlfahrtsorganisationen werden immer wieder durch Maßnahmen der israelischen Sicherheitspolitik angegriffen, blockiert und beschuldigt, Verbindungen zur Hamas zu pflegen. Bekämpfung von Armut sollte nicht abhängig von politischen Positionen gemacht werden. Selbst wenn Individuen innerhalb einer islamischen Organisation Verbindungen zur Hamas pflegen, wird es die Situation wenig verbessern wenn man deswegen eine Waisenschule schließt. Die Verantwortung sozioökonomische Missstände zu bekämpfen, sollte sowohl auf Seiten des politischen Feindes als auch des politischen Freundes liegen. Die Gründe für palästinensische Reaktionen auf diese Missstände sind logisch nachzuvollziehen, denn anhaltende Unterdrückung resultiert früher oder später in irgendeiner Form von Widerstand. Zudem ist Armut ein Zustand, der in Relation zu jenen wahrgenommen werden kann, die nicht arm sind. In dem Sinne stehen Unterdrückten immer auch Unterdrücker gegenüber. Wenn die Ursachen für schlechte sozioökonomische Verhältnisse in diesem ungleichen Verhältnis liegen, dann liegt es nahe, dass Armut als anhaltender Messerstich in die eigene Würde und Lebensqualität Motivation zum Widerstand gibt. Mit der Bekämpfung von Armut und der zur Verfügung Stellung von notwendigen Dienstleistungen durch die Hamas wird die Bewahrung dieser Würde mit Sympathie und politischer Unterstützung belohnt. Islamische Wohlfahrtsorganisationen tun im weiteren Sinne genau das seit Jahrzehnten und sind zu einem wichtigen Teil der palästinensischen Gesellschaft geworden. Ob durch den Bau von Schulen, Moscheen und Krankenhäusern, der Organisation von Sportklubs oder Sozialhilfe für Märtyrer-Familien – die Sozialleistungen der Hamas sind weitreichend. Finanziert wird die Wohlfahrt der Hamas neben *zakah* auch durch Zahlungen arabischer Staaten.

In Zeiten allgemeiner Unzufriedenheit mit dem aktuellen politischen Regime (dem der PA und PLO), besonders sichtbar seit dem Oslo-Prozess, profitierte die Hamas in großem Maße von ihren sozialen Leistungen und den dadurch geschaffenen Solidaritätsnetzwerken, das manifestierte sich zuletzt in den Parlamentswahlen 2006⁵. Die Schaffung einer sol-

⁵ Die Ergebnisse der Wahlen stärkten die Hamas und waren eine offene Kritik an der „Fatah“, oft wird auch von einer Protestwahl gegen die „Fatah“ gesprochen. Die „Liste für Veränderung und Reform“ der Hamas gewann

chen Basis ist eine zentrale Strategie der Hamas: „At a time when other political fractions have given up working with Gaza’s many youth clubs, Hamas remains active and is attempting to build a power base from within these clubs and within other youth-centered organizations, a very farsighted strategy” (ebd.: 73). Ohne die Sozialleistungen islamischer Wohlfahrt und damit auch jener der Hamas, wäre das alltägliche Leben vieler Menschen in den bpG wahrscheinlich um einiges schwieriger. Wenn über diese Leistungen aber zu Gewalt in Moscheen aufgerufen wird, oder Geld aus Wohlfahrtsorganisationen in Richtung militärischer Flügel fließt, könnte damit positives Engagement in negatives transformiert werden. Inwiefern das passiert, soll in Folgendem untersucht werden. Die zentralen Fragen hierbei sind, a) ob die Hamas Geld aus Sozialleistungen in illegale Aktivitäten umleitet, b) ob durch diese Menschen für gewalttätige Zwecke rekrutiert werden und c) ob diese helfen die politische Rolle und den Einfluss der Hamas zu stärken. Obwohl die Geldflüsse von Wohlfahrtsorganisationen von der palästinensischen Zentralregierung überwacht werden, ist nicht auszuschließen, dass es Zahlungen an militärische Flügel gibt. „Military organisations and their supporters are (...) neither monitored nor audited” (ICG 2003: 18). Laut U.S.-Untersuchungen war die „Holy Land Foundation for Relief and Development“⁶ auf der Basis von Indizien wie der Mitgliedschaft von Anhängern des militärischen Flügels in der Organisationsführung und möglicher finanzieller Unterstützung von Märtyrer-Familien in Zahlungen an militärische Aktivitäten verwickelt (ebd.). Einen Konsens über eine mögliche direkte Verbindung von Wohlfahrtsorganisationen und Terrorismus gibt es in Expertendiskursen jedoch nicht.

Ebenso diffizil wie diese Diskussion ist die Frage nach Rekrutierungen über Sozialleistungen der Hamas. Ob es direkte Rekrutierungen von Individuen für terroristische Aktivitäten gibt ist nicht klar, dass die notwendigen und umfassenden Sozialleistungen der Hamas sich in positiver Resonanz unter der Bevölkerung wiederfinden erscheint jedoch logisch. Vor diesem Hintergrund könnte höchstens eine Hypothese darüber aufgestellt werden, dass das Image der und die Unterstützung für die Hamas durch ihre breiten Aktivitäten steigt. Ein

„USAID“-Beamter mit langer Erfahrung in den bpG meint hierzu: „Provision of Services certainly makes Hamas look good, but that does not make the beneficiaries natural candidates to become suicide-bombers. (...) Recruitment happens, but elsewhere, for example in mosques” (ICG 2003: 21). Ob Menschen, die Sozialleistungen der Hamas in Anspruch nehmen, die Hamas auch als Organisation und politische Partei unterstützen, hängt sicherlich von mehreren Faktoren ab und kann nur für jede Person einzeln ermittelt werden. Wahrscheinlich ist ein direkter Einfluss in Hamas-nahen Schulen. „It is not unusual for teachers to present a highly intolerant interpretation of Islam“ (ebd.: 22). Dass ein fundamentalistischer Islam nicht automatisch die Bereitschaft zu militantem Widerstand erhöht, muss an dieser Stelle mitgedacht werden. Zumindest vor dem Hintergrund religiös motivierter Anreize zu gewalttätigem Widerstand von Seiten der Hamas sind solche Einflüsse jedoch bedenklich. So war 1988 in der Charta der Hamas zu lesen: „Jeder Muslime ist verpflichtet, gegen die Juden zu kämpfen und sie zu töten, wo immer er kann“ (Clauss 1998: 122). Weit verbreitete Armut und ein akuter Mangel an sozioökonomischen Ressourcen sind der ursprüngliche und fort-dauernde Anlass für muslimische Wohlfahrtsorganisationen, umfassende Unterstützung zu leisten. Die Frage danach ob, und falls ja inwiefern, über diese Institutionen und Prozesse Geld in den gewalttätigen Widerstand fließt und dabei Menschen für diese Zwecke rekrutiert werden, bleibt teilweise offen.

Offensichtlicher ist die Stärkung der politischen Basis der Hamas und ihr steigender Einfluss vor allem in Gaza. „Even if Islamic social welfare organisations are not the primary engines of Hamas, the point is made that they are essential to sustain it politically and culturally” (ICG 2003: 24). Das positive Image der Hamas ist stark durch die Effektivität und Kontinuität ihrer Sozialleistungen bedingt. Eine Strategie, die das Wohlfahrtssystem der Hamas unter der Hoffnung, damit deren Popularität und Einfluss zu schwächen, beschädigt, hätte mehr negative Auswirkungen auf das alltägliche Leben der Zivilgesellschaft als es militärische Aktionen verhindern könnte. Vor dem Hintergrund steigender sozioökonomischer Verwüstung, Frustration unter der Bevölkerung und aggressiver israelischer Politik kann eine derartige Maßnahme die Hamas nur als radikale Opposition zur kompromisslosen Okkupation stärken. Der Einfluss und die soziale und politische Legitimation der Hamas beruht letztlich auch auf der Abwesenheit sozialer Alternativen. Armut und der sozioökonomische Kontext der Okkupation mögen nicht die alleinigen Ursachen für die Radikalisierung und Militarisierung von Teilen

mit 74 Sitzen, gefolgt von der „Fatah“ mit nur 45 Sitzen im Parlament (Central Elections Commission-Palestine 2006).

⁶ Die Holy Land Foundation for Relief and Development ist die größte islamische Wohlfahrtsorganisation in den U.S.A.. Sie wurde vom Hamasführer Mousa Mohammed Abu Marzook gegründet und wegen Anschuldigungen finanzieller Unterstützung der Hamas von der U.S.-Regierung geschlossen.

der palästinensischen Gesellschaft sein, die Geschichte zweier *Intifada*⁷, begonnen 1987 und 2000, sowie die Gegenwart humanitärer Krisen zeigt, dass in den Auswirkungen des gegebenen sozioökonomischen Kontextes Potenzial für eine Radikalisierung, Intensivierung und Militarisierung des Widerstandes liegt. Der graduelle sozioökonomische Zusammenbruch in den bP-G und Gaza insbesondere sowie dessen Konsequenzen für die Gegenwart und Zukunft der palästinensischen Gesellschaft stehen in engem Zusammenhang mit den Folgen des Oslo-Prozesses und israelischer Sicherheitspolitik.

3. Der sozioökonomische Kontext und die Folgen der Okkupation

Die Entstehung von Frustration, Ärger und Aggression und deren Umleitung in gewalttätigen Widerstand kann nur vor dem Hintergrund der Realitäten der Okkupation und dem daraus resultierenden sozioökonomischen Zusammenbruch in der Westbank und vor allem Gaza verstanden werden. „The roots of Palestinian terrorism are far broader than poverty alone; (...) the phenomenon of terrorism among Palestinians – as morally reprehensible in the Palestinian context as it is in the Israeli one – emerged in a specific historical period long shaped by Israeli occupation and (...) by occupation’s increasingly violent and brutal nature” (Roy 2007: 251). Ohne den betroffenen palästinensischen AkteurlInnen die Verantwortung ihrer Handlungen abzusprechen, sind die moralisch verwerflichen terroristischen Aktionen gegen israelische ZivilistInnen in gewisser Weise als eine Reaktion auf nicht minder verwerfliche israelische Sicherheitspolitik und deren Methoden zu verstehen. Während die erste Intifada größtenteils eine gemeinschaftliche und weitgehend gewaltlose Widerstandsbewegung war, resultierte die anhaltende Okkupation und deren zerstörerische Manifestationen in einer völlig neuen, fragmentierteren und gewaltvolleren Form palästinensischen Widerstands. Eine dieser Manifestationen ist die israelische „closure policy“ und deren Auswirkungen auf Ökonomie und Mobilität. Darin hat Israel die palästinensische Wirtschaft durch gezielte Politik abhängig und weitgehend funktionsunfähig gemacht. Palästinensische Arbei-

terInnen wurden lange Zeit als billige Arbeitskräfte in Israel eingesetzt und danach durch die anhaltende Okkupation und deren „closure policy“ in einer deformierten palästinensischen Wirtschaft zurückgelassen. Die politischen Ziele Israels „(...) have taken from the indigenous population its most critical economic resources, namely land, water and labor, and the capacity and potential for developing those resources” (ebd.: 33).

Die Auswirkungen verschiedener Aspekte israelischer Politik auf die palästinensische Wirtschaft resultierten nach Sara Roy in *De-Development*, ein Prozess der einer Ökonomie die Mechanismen entzieht Strukturen zu verändern und selbst Korrekturen vorzunehmen. Mobilitätsbeschränkungen („closure“) bis hin zu kompletter Abriegelung von Teilen palästinensischen Gebietes, die zunehmende Fragmentierung auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene und die daraus folgende psychologische Erschöpfung und Traumatisierung der Gesellschaft sind das traurige Resultat nicht wieder umzukehrender Entwicklungen. Als Antwort auf die steigende palästinensische Gewalt gegen Israel ließ Premierminister Rabin 1993 die Westbank und den Gaza streifen abriegeln. Bis heute ist damit die Mobilität von 2.4 Millionen PalästinenserInnen durch 607 Sperren („closure obstacles“) beschränkt (OCHA 2008). Kurze Strecken werden dadurch zum Hindernis, der Weg zur Arbeit zur täglichen Erniedrigung durch teilweise herablassendes Verhalten israelischer SoldatInnen und Tierkäfig-ähnlicher Architektur. Neben dieser geografischen Spaltung der palästinensischen Gesellschaft entstand innerhalb der (Zivil-)Gesellschaft und deren Institutionen eine zunehmende Fragmentierung. In Gaza, wo Institutionen die letzte Einflussmöglichkeit über die wenigen verfügbaren Ressourcen bilden, ist diese besonders stark vorzufinden. „Objectives are shifting from building palestinian society to fighting over what is left of it” (Roy 2007: 67). Es scheint nur logisch, dass sich Spalten innerhalb der palästinensischen Gesellschaft auftun, wenn diese von einer Mauer aus Beschränkungen umgeben ist. Möglichst viel aus immer weniger Ressourcen herauszuholen erhöht den Wettbewerb, gleiches gilt für Arbeitsplätze, deren es zu wenige gibt, auch weil es PalästinenserInnen aus Gaza nicht mehr möglich ist, in Israel zu arbeiten. Die totale Sperre zwischen der Westbank und dem Gazastreifen produzierte eine weitere tiefe Spaltung, nämlich jene zwischen diesen beiden Gebieten. In vielerlei Hinsicht geht es der Bevölkerung in der Westbank besser, die Menschen in Gaza fühlen sich mit ihrer schwierigen Situation allein gelassen und „Gazans uniformly see themselves as oppressed

⁷ *Intifada* bedeutet im Arabischen „abschütteln“ und wird hauptsächlich in Verbindung mit den zwei palästinensischen Rebellionen 1987 und 2000 verwendet. Die erste Intifada wird wegen ihres weitgehend gewaltlosen Charakters auch die Intifada der Steine genannt, während die zweite Intifada, die in der gewalttätigen Reaktion auf Ariel Sharons Besuch am Tempelberg ihren Anfang fand, auf palästinensischer Seite von Gewalteskalation und Terrorismus gekennzeichnet war.

by their West Bank counterparts“ (ebd.: 70). Eine der traurigsten Effekte vergangener Entwicklungen und der aktuellen Situation ist die psychologische Erschöpfung und Traumatisierung der Gesellschaft, vor allem in Gaza. In besonderem Maße davon betroffen sind Jugendliche und Frauen. Kinder wachsen unter dem Alltag der Okkupation auf, viele Jugendliche kennen nichts anderes als diesen schwer erträglichen Zustand. „The children of Gaza are psychologically damaged. (...) All are affected. The death of a child is no longer an extraordinary event“ (ebd.: 71). Ein Beispiel dafür sind Kinderzeichnungen, gemalt unter der Aufgabenstellung, das Haus ihrer Familie zu zeichnen. Dabei zeichneten einige bewaffnete Soldaten im Garten neben dem Haus stehend. Diese Zeichnungen durfte ich in einer UNRWA-Schule im Jalazone-Flüchtlingslager⁸ in der Westbank begutachten. Es ist schwierig zu erahnen welchen Einfluss die anhaltende Okkupation von außen und Fragmentierung von innen auf die palästinensische Gesellschaft der Zukunft haben wird. In den oft isolierten und überbevölkerten Flüchtlingslagern ist die Situation zumeist noch schlimmer. Sara Roy schreibt über die schwierige Lage für Frauen in Gaza: „There is absolutely no privacy and quiet. (...) There is no leisure. Women do not exist as individuals; they exist only in relationship to others and the functions they perform for them. What happens to a women when she sleeps with 10 people in 1 room, or must feed 40 hungry children? Intimacy is not precluded, it seems outrageously selfish“ (ebd.: 57). Die sozioökonomische Situation palästinensischer Flüchtlinge und deren Auswirkungen ist ein Thema, das für sich, zwar nicht isoliert, aber mit besonderer Aufmerksamkeit auf spezielle Verhältnisse, diskutiert werden muss.

4. Die spezielle Situation palästinensischer Flüchtlinge in den bpG

In etwa 25 Millionen Menschen sahen sich 2007 gezwungen, größtenteils aufgrund von bewaffneten Konflikten, aus ihrem Heimatort oder -Land zu flüchten. Ebenfalls bedenklich hoch ist die Zahl von Binnenflüchtlings: „The global number of people affected by conflict-induced internal displacement increased from 24.4 to 26 million“ (UNHCR 2007: 2). Die Situation palästinensischer Flüchtlinge unter-

⁸ Die meisten Flüchtlinge in Jalazone kamen 1949 aus Lydda, einer Stadt in der Nähe des heutigen Tel Aviv. Heute leben laut UNRWA 10 966 palästinensische Flüchtlinge im Lager. Eine nach wie vor hohe Arbeitslosenrate, schlechte Infrastruktur sowie mangelnde Abwasserregulierung sind einige der strukturellen Probleme des Camps (UNRWA 2006a).

scheidet sich in vielerlei Hinsicht von jener Anderer. Im Laufe der Zeit wurden Lager zu Ghettos und Stadtteilen, das Warten auf die Rückkehr wurde zum Dauerzustand. Das Jahr 1948 markiert für Israelis die lang ersehnte Etablierung eines jüdischen Staates, für PalästinenserInnen bedeutet dieses *Nakba* (arab.: Katastrophe), die Kreation des palästinensischen Flüchtlingsproblems. Um die Verbindung zwischen dem sozioökonomischen Kontext und palästinensischem Widerstand und deren wechselseitige Auswirkungen zu verstehen, ist es nötig die spezielle Situation von Flüchtlingen genauer unter die Lupe zu nehmen. Folgendes Kapitel beschränkt sich auf die Situation jener palästinensischen Flüchtlinge, die innerhalb der bpG leben.

Die tiefgreifenden sozialen und psychologischen Folgen der Okkupation bilden die „besten“ Voraussetzungen für politische und religiöse Radikalisierung. Politische Mobilisierung in den bpG arbeitet auf der Basis dieser bereits ausführlich diskutierten Folgen und ist fähig, Missstände in Aktionen zu kanalisieren. Zur Armut palästinensischer Flüchtlinge innerhalb der bpG heißt es in einem Report von UNRWA: „Among those living under the official poverty line in 2005 were 623,200 refugees in some 81,350 households while deep poverty afflicted more than 406,000 refugees in 51,500 households in the oPt [occupied Palestinian territories]“ (UNRWA 2006b: 36). Viele der Flüchtlingslager leiden unter einer extrem hohen Bevölkerungsdichte bei schlechter Infrastruktur und wenig Platz. Im Balata Camp⁹ in Nablus sehen sich Kinder dazu gezwungen, am Friedhof zu spielen. Die dicht gedrängten Häuser und vielen Kinder auf der Straße charakterisieren das alltägliche Leben auf engem Raum (Interview 1: August 2008). Die Hamas und der Islamische Jihad zeigen sich aktiv darin, die sozioökonomischen und emotionalen Missstände palästinensischer Flüchtlinge für ihre Zwecke zu nutzen. „The rise of Islamist forces is largely a response both to the growing political vacuum in such areas and to the refugees' feeling of being abandoned by leaders and political institutions with which Hamas has always competed“ (ICG 2004: 21). Islamische Wohlfahrt und deren Sozialleistungen bilden die Basis für Mobilisierung und Politisierung unter breiten Teilen der Bevölkerung. Die soziale Basis der Hamas begegnet Armut und Ausgrenzung mit Fürsorge und islamischen Werten. „They [the Islamists] succeeded in

⁹ Das Balata Camp liegt in der Stadt Nablus und ist mit ungefähr 23 000 EinwohnerInnen das größte in der Westbank. Eine extrem hohe Bevölkerungsdichte und tägliche Kontrollen und Festnahmen durch palästinensische und israelische Sicherheitskräfte charakterisieren das tägliche Leben in diesem politisch sehr aktiven Camp.

attracting refugees by going beyond the refugee issue, focusing instead on Islamic values and the need for a religious struggle against the secular state, Israel and the West” (ebd.: 22). Unter Berücksichtigung der Hypothese, dass Armut und Unterdrückung als sozioökonomischer Nährboden für religiöse und politische Radikalisierung dienen können, ergibt sich die Frage danach, wie man den schlechten Lebensbedingungen von Flüchtlingen adäquat entgegenwirken könnte. Eine nachhaltige Lösung der palästinensischen Flüchtlingsfrage kann jedoch nur deren Rückkehr in ihr Heimatland auf der Basis der UN Resolution 194¹⁰ sein. Verbesserte sozioökonomische Verhältnisse in den respektiven Flüchtlingslagern sind hier nicht als langfristige Lösung, sondern als mittelfristige Verbesserung gedacht. Die schlechte sozioökonomische Situation palästinensischer Flüchtlinge wird nicht ohne eine politische Trendwende Israels zu lösen sein, vor allem wenn man dieses Problem im Kontext der komplexen politischen Situation in der Region betrachtet. Solange die israelische Okkupation in ihrer jetzigen Form anhält, bleibt jede Maßnahme, jedes Projekt und jeder Workshop eine Verbesserung innerhalb eines katastrophalen Kontextes. Dennoch kann mit konkreten Projekten an einer positiven Veränderung der Lebenssituation in Flüchtlingslagern gearbeitet werden. Der aktuell geplante Wiederaufbau des zerstörten palästinensischen Flüchtlingslagers *Nahr El Bared* im Nordlibanon könnte beispielsweise als Vorbild dazu dienen, den für ein erfülltes Leben notwendigen Strukturen gerecht zu werden. Wenn man jedoch nichts gegen Armut und Ausgrenzung in den betroffenen Ansiedlungen unternimmt, passiert wahrscheinlich das Gegenteil, nämlich die zunehmende Radikalisierung von Menschen und der Verlust einer optimistischen Zukunftsperspektive.

Das was William Ury als „The Third Side“ beschreibt, bietet im Fall des palästinensischen Widerstands eine erfrischende Perspektive hinsichtlich der Wichtigkeit einer gesunden sozioökonomischen Basis für Frieden. Ury definiert diese Gemeinschaft, die eine wichtige Rolle in der Konfliktlösung spielen kann, folgendermaßen: “The third side is people – from the community – using a certain kind of power – the power of peers – from a certain perspective – of common ground – supporting a certain process – of dialogue and non-violence – and aiming for a certain product – a ‘triple win’” (Ury 2000: 14). Hinsichtlich der palästinensischen Gesellschaft und der Rolle, die gewisse

Teile dieser in der zukünftigen Entwicklung im Konflikt spielen können, würde das bedeuten, dass diese als „dritte Seite“ radikalisiert werden können, andererseits aber auch durch verbesserte Bedingungen sozial und ökonomisch gestärkt neue Perspektiven schaffen und friedensfördernde Prozesse einzugehen fähig wären. Den speziellen sozioökonomischen Problemen von Flüchtlingen mit effektiven Maßnahmen zu begegnen, um damit einem Klima von Ausgrenzung und Unterdrückung reale Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven entgegenzuhalten, kann ein wichtiger Schritt dabei sein, die Bildung einer friedensfördernden „third side“ zu unterstützen.

Viele Aspekte der beschriebenen sozioökonomischen Situation von Flüchtlingen sind ein Produkt der anhaltenden Gewalt israelischer Okkupation, sowie die Entstehung gewalttätiger Auseinandersetzungen, wie ich an mehreren Punkten dieser Arbeit zeigen konnte, wiederum durch Armut und Unterdrückung wahrscheinlicher wird. Dieser Zusammenhang beschreibt gewissermaßen einen Kreislauf. Gewalt beeinflusst die Entstehung von Armut, diese kann ihrerseits zu Gewalt führen und in einer Verschlechterung der sozioökonomischen Situation resultieren. Verhindert man nun den sozioökonomischen Nährboden für Radikalisierung und Gewalt, indem man den Ursachen von Armut und Unterdrückung entgegenwirkt, im besonderen die sozioökonomischen Beschränkungen der Okkupation lockert, verändern sich die funktionellen Zusammenhänge. Anstatt einer problematischen Sicherheitspolitik, welche die palästinensische Ökonomie und Gesellschaft nachhaltig beschädigt, würde eine Lockerung der sozioökonomischen Isolation der bpG nachhaltige Verbesserungen für die Wirtschaft, die Zivilgesellschaft und deren Institutionen sowie deren Funktionsfähigkeit bringen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass eine Verbesserung des Lebensstandards und das Vorhandensein von mehreren Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten den Einfluss Gewalt propagierender politischer Kräfte reduzieren kann. Solange die Okkupation in ihrer jetzigen Form anhält, bleibt Frieden ein Vorwand für eine PalästinenserInnen unterdrückende Sicherheit für Israel. Sicherheit ist ohne Frage ein Bedürfnis Israels das gedeckt werden muss, zu welchem Preis dies aber geschieht, muss hinterfragt werden. Unter Anbetracht der tiefen Spaltung zwischen Gaza und der Westbank sowie der fortschreitenden Fragmentierung zwischen und teilweise auch innerhalb der politischen Kräfte, scheint eine Verbesserung der Lebensumstände in den bpG alles andere als greifbar nahe. Eine gespaltene palästinensische Gesellschaft und

¹⁰ Die UN-Resolution 194 wurde am 11. Dezember 1948 am Ende des Israelisch-Arabischen Krieges von der Generalversammlung verabschiedet. Sie bildet die Grundlage des Rückkehrrechtes palästinensischer Flüchtlinge.

deren miteinander im Konflikt stehende politische Kräfte verkomplizieren jegliche Form bilateraler Kommunikation zwischen PalästinenserInnen und Israel.

Die Hamas hat spätestens mit September 2008 ihr Machtmonopol in Gaza gegen konkurrierende „Familien“ (besonders die Hillis-„Familie“) durchgesetzt. Der brutale Angriff auf diese und die Tötung und Vertreibung derer Mitglieder symbolisiert Selbstsicherheit und Kompromisslosigkeit von Seiten der Hamas. Gaza ist heute ein zwar noch nicht vollständig institutionalisiertes, aber in der Durchsetzung von Gewalt und Kontrolle effektives Einparteien-Regime, innerhalb dessen kein Platz für politische Opposition gewährt wird. Die Festnahmen und Verfolgungen von Hamas-PolitikerInnen von Seiten der PA (Palestinian Authority) und jene als Antwort zu deutende Aktionen gegen Fatah und Ramallah-treue Individuen in Gaza bezeugen die momentane Unvereinbarkeit zweier in vielerlei Hinsicht voneinander getrennter Welten der palästinensischen Gesellschaft (ICG 2008).

5. Wie „Anti-Hamas“-Politik die Gesellschaft beschädigt

Beginnend mit der *Al-Aqsa-Intifada* im Jahr 2000 und aktuell seit der gewalttätigen Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen und den darauffolgenden Entwicklungen spitzte sich die schlechte ökonomische Situation in den bpG zu. Zunehmende Isolation palästinensischer Territorien, kontinuierliche israelische Siedlungsexpansion, Mobilitätsbeschränkungen und mangelnder Zugang zu Wasser und Land sind einer der Hauptgründe für Nahrungsmittelmangel in der Westbank und im Gazastreifen (WFP/UNRWA/FAO 2008: 6f). Im Besonderen führten auch die aus jetziger Sicht fehlerhaften Reaktionen der internationalen Gemeinschaft zur aktuellen Armutssituation. „The international embargo on the Palestinian Authority (PA) following Hamas' victory in the Palestinian Legislative Council elections of January 2006 aggravated further the protracted economic decline with the PA unable to meet most of its obligations and deliver service“ (ebd.: 7). Die Versäumnisse der internationalen Gemeinschaft humanitären Krisen verantwortungsbewusst zu begegnen und die Bekämpfung von Armut nicht abhängig von politischer und religiöser Antipathie zu machen, tragen mit Schuld an der Funktionsunfähigkeit wichtiger gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse. „In early February 2003, UNRWA, which provides nutritional support to over 700,000 Palestinians (...), stated that its plea for an immediate injection of U.S.\$94 million had fallen on deaf ears (...)“ (ebd.: 25).

Derartige Embargos sowie Sanktionen richten sich hauptsächlich gegen die Hamas, deren durch demokratische Wahlen legitimierte politische Souveränität damit verletzt wird. Diese hauptsächlich in Opposition zur radikalen islamischen Doktrin und zu den Aktionen des militärischen Flügels der Hamas getroffenen Maßnahmen treffen zumeist jene, die Hilfe bitter nötig haben. Die komplexen Netzwerke und breiten Aufgabengebiete islamischer Wohlfahrtsorganisationen und jener der Hamas und deren Netzwerke sind schwierig zu erfassen. Die kompromisslose Vorgehensweise Israels gegen die Hamas und der mit ihr assoziierten Institutionen zerstört jedoch nicht nur die Legitimation einer in demokratischen Wahlen gewählten Partei, sondern beschädigt wichtige Dienstleistungen und Funktionen der Gesellschaft. Wohlfahrtsorganisationen leiden in Existenz bedrohender Weise unter der israelischen Sicherheitspolitik.

Ein gutes Beispiel dafür ist die „Islamic Charitable Society“ in Hebron. Diese seit 1962 existierende Wohlfahrtsorganisation leitet unter anderem drei Schulen, zwei Waisenhäuser, Bäckereien, Kaufhäuser sowie Näh-Workshops für Frauen. Sie unterstützt ca. 5 000 bedürftige Familien sowie in etwa 4 000 Waisen und ist nach israelischem Militärgesetz wegen angenommener Verbindungen zur Hamas illegal. Nach der Aussage des Direktors einer ICS-Schule, konnten bis jetzt keine die Anschuldigungen unterstützenden Beweise vorgelegt werden. In mehreren Einbrüchen beschlagnahmte das israelische Militär jedenfalls Computer und Materialien mehrerer Institutionen und schloss die Tore einer neuen noch nicht in Betrieb genommenen Schule. Besonders akut ist die Situation für die in etwa 250 5-18-jährigen, die in Waisenhäusern wohnen, sowie für jene Kinder und Jugendlichen, die Bildung, Taschengeld sowie Kleidung und Essen durch die ICS zur Verfügung gestellt bekommen. Die Schließung dieser sozialen Institutionen, unter welchen Umständen auch immer, erscheint absurd und unmenschlich. Ein leitendes Mitglied der ICS fürchtet, dass diese Vorgangsweise Auswirkungen auf die Waisen haben könnte: „The Islamic charities are doing the job which the PA failed to do. Supporting poor families. I am not going to say, that the orphans will die, but they will be severely affected. How? You can imagine any scenario, children might be forced to work in the absence of alternatives“ (Interview 2, August 2008). Die Ironie dieser kompromisslosen Vorgehensweise ist, dass das ihr zugrunde liegende Ziel, die Hamas damit zu schwächen und gewalttätigen Anti-Zionismus zu verhindern, damit kaum erreicht werden kann. Es ist wahrscheinlicher, dass das Gegenteil der Fall

sein wird. Israel kann nicht mehr Toleranz und Akzeptanz von Menschen erwarten solange sie diesen die Mittel nimmt, ein normales Leben zu führen.

Ebenso hart von Inhaftierungen durch israelisches und palästinensisches Militär und Polizei sind viele Mitglieder des palästinensischen Parlaments betroffen. Verschiedene Abgeordnete des demokratisch gewählten Hauses, vor allem jene die mit der Hamas in Verbindung gebracht werden, wurden inhaftiert und bedroht. Neben sozialen Institutionen wie islamischen Wohlfahrtsorganisationen wird damit auch die Funktionsfähigkeit der politischen Organe gestört. Die weitreichenden Auswirkungen einer Politik von Seiten Israels und der PA, die Sicherheit vor Menschlichkeit stellt, bewirkt mit großer Wahrscheinlichkeit genau das, was sie zu verhindern versucht, nämlich zunehmende Entfremdung und steigender Hass vieler PalästinenserInnen gegenüber einer Autorität, innerhalb derer Waisen ihre Lebensgrundlage verlieren und Kinder in Flüchtlingslagern dazu gezwungen sind, auf dem Friedhof zu spielen.

6. Dem Nährboden für Mobilisierung und Radikalisierung entgegenwirken

Wie weiter oben bereits angesprochen bildet der sozioökonomische Zerfall in den bpG ein Hindernis für die Herausbildung einer friedensfördernden Gemeinschaft im Sinne einer „third side“ nach William Ury. „The third side is the surrounding community, which serves as a container for any escalating conflict“ (Ury 2000: 7) und „the third side is not a transcendent individual or institution who dominates all, but rather the emergent will of the community“ (ebd.: 14). Eine Gesellschaft kann diese *container*-Funktion nicht ausführen, solange sie ihrer Lebensgrundlagen und Freiheiten beraubt wird. Indem diese Lebensgrundlagen und Freiheiten wieder hergestellt werden kann es möglich sein eine Basis dafür zu schaffen, was unter der aktuellen Sicherheitspolitik unmöglich scheint, nämlich ein Friedensprozess der Menschlichkeit vor Sicherheit stellt und dort beginnt, wo sich die Auswirkungen politischer Ignoranz am deutlichsten auswirken: Im alltäglichen Leben von Palästinensern und Palästinenserinnen. Indem die für ein respektables Leben nötigen Strukturen und Prozesse gefördert werden, kann viel eher verhindert werden, dass religiöse und populistische Argumentation das Loch fehlender Perspektiven einnimmt, als dies unter den Einschränkungen aggressiver Sicherheitspolitik möglich wäre. Als theoretische Indikatoren für die für ein würdiges Leben

notwendigen Strukturen und Prozesse bediene ich mich zweier Konzepte: *Human Security*¹¹ und die von der UN propagierte *Culture of Peace*¹², grob gesagt die individuelle und gemeinschaftliche Inanspruchnahme von Menschenrechten und deren Wahrung durch die dafür notwendigen Strukturen und Prozesse. Unter Berücksichtigung dieser Grundvoraussetzungen einer funktionierenden Gesellschaft halte ich die Herausbildung einer für den Friedensprozess förderlichen inneren dritten Seite für wahrscheinlicher. Wie einige Beispiele bereits gezeigt haben, bildet der sozioökonomische Kontext in den bpG einen Nährboden für Radikalisierung und Mobilisierung. „A critical mass of insider third parties, a strong center capable of withstanding the polarizing pressure of the extremists on each side“ (ebd.: 20) würde dem entgegenwirken. Die Stärkung der sozioökonomischen und politischen Strukturen und Prozesse innerhalb der bpG und als Basis dessen die Eliminierung von Armut sind Grundvoraussetzungen, um eine kritische Masse zu fördern. Wohlfahrtsorganisationen zu schließen bewirkt genau das Gegenteil, nämlich die Zerstörung der sozioökonomischen Basis einer Gesellschaft.

Wie wenig nachhaltig und friedensfördernd diplomatische Anstrengungen im palästinensisch-israelischen Konflikt sind, lehren uns Geschichte und Gegenwart. Im Besonderen fanden sich radikalere Stimmen immer wieder durch gescheiterte diplomatische Anstrengungen in einer günstigen politischen Situation. Gewalttätiger Widerstand kann dabei als eine gewinnbringende Alternative zu Friedensverhandlungen propagiert werden. Wenn die Entführung von israelischen Soldaten mehr bewirkt als langwierige Friedensverhandlungen, verwundert es nicht, dass die Popularität solcher Aktionen steigt. Die Wurzeln der sozioökonomischen Probleme in den bpG liegen in den Methoden und Realitäten israelischer Okkupation begründet. Darin bildet eine politische Trendwende Israels die Schlüsselstelle im Wiederaufbau funktionierender Strukturen und

¹¹ Human Security in einer breiten Definition umfasst nach Joseph de Rivera: "human security may be defined as including job, food, health security, along with personal security from violence, the environmental security (...), the 'community' security provided by being able to safely have an ethnic identity, the political security of having human rights and press freedom, and the global security" (De Rivera 2004: 534).

¹² 1999 initiierte die Generalversammlung der UN ein Programm „to build a Culture of Peace for the world's children“ (UNESCO 2000). Acht Grundlagen dienen hierfür als Basis: Bildung, Nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, Gender Equality, demokratische Partizipation, Einsicht, Toleranz und Solidarität, Partizipatorische Kommunikation und Freier Fluss von Informationen sowie Internationaler Friede und Sicherheit.

Prozesse. Menschlichkeit muss vor Sicherheit stehen sowie beidseitiger Respekt und Toleranz anstatt Ignoranz nötig ist, um jemals nachhaltigen Frieden zu erreichen.

7. Conclusio

Ich habe versucht zu zeigen, in welcher Weise der sozioökonomische Kontext in Verbindung mit Gewaltanwendung in den bpG steht. Palästinensischer Terrorismus muss als ein in diesen Kontext eingebettetes Phänomen verstanden werden, das primär als Reaktion auf die Folgen der israelischen Okkupation zu sehen ist. Islamische Wohlfahrt bekämpft sozioökonomische Missstände, wird jedoch oft beschuldigt enge Verbindungen zur Hamas und deren militärischen Teilen zu pflegen. Festzuhalten bleibt, dass die Möglichkeit einer Verbindung zwischen islamischer Wohlfahrt und gewalttätigem Widerstand in vieler Hinsicht gegeben ist. Den wichtigen und effektiven Sozialleistungen der Hamas zu schaden, in der Hoffnung, damit den militärischen Flügel zu treffen, wäre jedoch unverantwortlich. Die Bereitschaft zu gewalttätigem Widerstand und die Empfänglichkeit für Radikalisierung und Mobilisierung unter PalästinenserInnen ist vielmehr als eine in den sozioökonomischen Kontext von Armut und Unterdrückung eingebettete Realität zu verstehen, deren Ursachen mit Sicherheit nicht im Sozialsystem der Hamas zu suchen sind. Letztlich ist es die Frage nach der Verantwortlichkeit aller globalen und lokalen AkteurInnen, mit der humanitären Krisen und Armut zu begegnen ist. Auf welche Missstände auch immer über gewalttätigen Widerstand geantwortet wird, es bleiben die Ursachen für diese Missstände und nicht deren Konsequenzen, die es primär zu bekämpfen gilt.

Ökonomisches und soziales *De-Development*, vor allem in Gaza, beschreibt die langatmigen Auswirkungen der Okkupation auf die palästinensische Gesellschaft. Entwicklungen wie politische und zivilgesellschaftliche Fragmentierung, sozioökonomischer Zusammenbruch, steigender Einfluss der Hamas und die Zunahme an Kriminalität und Gewalt in Gaza sind bis zu einem gewissen Grad auf die Methoden der israelischen Okkupation zurückzuführen.

Anhand des Flüchtlingsbeispiels ist gut erkennbar, dass Armut, Ausgrenzung und Unterdrückung ein besonderes Problem für Flüchtlinge darstellt und dieses Problem in einem funktionellen Zusammenhang mit der Entstehung von gewalttätigem Widerstand steht, welcher wiederum das Fortdauern von Armut beeinflusst. Die extrem schlechten Lebensbedingungen in vielen Flüchtlingslagern in den bpG produzieren wahrscheinlich mehr radikale als liberale Stimmen des Widerstands. Der

sozioökonomische Nährboden für Radikalisierung und Mobilisierung ist hier besonders sichtbar. In der Bekämpfung dieser Missstände soll es letztlich nicht nur darum gehen, Einkommen, Kaufkraft und das Bruttoinlandsprodukt zu erhöhen, sondern Zugang zu Bildung, Arbeit und Ressourcen sowie Mobilität, Perspektiven und Anerkennung zu schaffen. Die Inhaftierung von ParlamentarierInnen, die Zerstörung sozialer Institutionen (unter Mithilfe der PA), kontinuierliche Siedlungsexpansion, diskriminierende Mobilitätsbeschränkungen und Umgangsformen sowie der Bau einer Trennmauer auf palästinensischem Land sind sehr problematische Realitäten einer Politik, die auf der Suche nach Sicherheit der Menschlichkeit den Rücken zukehrt. Der in diese Realitäten eingebettete, ausführlich beschriebene sozioökonomische Kontext in den bpG kann als Nährboden für religiösen Fundamentalismus, Radikalismus und Militarismus Anwendung finden.

Literatur:

Baumann, Gerd (1999): *The Multicultural Triangle: Rethinking National, Ethnic, and Religious Identities*. New York.

B'Tselem (2008): *Statistics: Fatalities*. Quelle: <http://www.btselem.org/english/Statistics/Casualties.asp> (Zugriff 25.09.2008).

Central Elections Commission-Palestine (2006): *The final results of the second PLC elections*. Quelle: <http://www.elections.ps/template.aspx?id=291> (Zugriff 18.09.2008).

CFR – Council on Foreign Relations (2008): *Backgrounder: Palestinian Islamic Jihad*. Quelle: http://www.cfr.org/publication/15984/palestinian_islamic_jihad.html (Zugriff 21.09.2008).

CFR – Council on Foreign Relations (2005): *Backgrounder: Does the Muslim Brotherhood Have Ties to Terrorism?*, Quelle: <http://www.cfr.org/publication/9248/> (Zugriff 21.09.2008).

Clauss, Thomas (1988): *Extremismus und Fundamentalismus im Nahen Osten: Über die Quellen der Konfliktherde in der Region*. Berlin.

De Rivera, Joseph (2004): *Assessing the Basis for a Culture of Peace in Contemporary Societies*. In: *Journal of Peace Research*, Vol. 41, No. 5, London, S. 531-548.

Esposito, John L. (Hrsg.) (2003): *The Oxford Dictionary of Islam*. New York.

ICG – International Crisis Group (2008): *Round Two in Gaza*. Quelle: http://www.crisisgroup.org/library/documents/middle_east___north_africa/arab_israeli_conflict/b24_round_two_in_gaza.pdf (Zugriff 16.09.2008).

ICG – International Crisis Group (2004): *Palestinian Refugees and the Politics of Peacemaking*. Quelle: http://www.crisisgroup.org/library/documents/middle_east___north_africa/arab_israeli_conflict/22_palestinian_refugees.pdf (Zugriff 12.08.2008).

ICG – International Crisis Group (2003): *Islamic Welfare Activism in the Occupied Palestinian Territories: A Legitimate Target?*, Quelle: http://www.crisisgroup.org/library/documents/report_archive/A400933_02042003.pdf (Zugriff 03.08.2008).

OCHA – United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (2008): *Closure Update: Occupied Palestinian Territories*. Quelle: <http://www.ochaopt.org/documents/UpdateMay2008.pdf> (Zugriff 24.09.2008).

Roy, Sara (2007): *Failing Peace: Gaza and the Palestinian-Israeli Conflict*. London.

UNESCO (2000): *UN-Deklaration A/53/243*. Quelle: <http://www.unesco.org/cpp/uk/declarations/2000.htm> (Zugriff 27.09.2008).

UNHCR – United Nations High Commissioner for Refugees (2007): *Global Trends: Refugees, Asylum-seekers, Returnees, Internally Displaced and Stateless Persons*. Quelle: <http://www.unhcr.org/statistics/STATISTICS/4852366f2.pdf> (Zugriff 17.06.2008).

UNRWA – United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (2008): *Prolonged Crisis in the Occupied Palestinian Territory: Socio-Economic Developments in 2007*. Quelle: www.un.org/unrwa/publications/pubs08/SocioEconomicDevelopments_23July08.pdf (Zugriff 16.06.2008).

UNRWA – United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (2006a): *West Bank Refugee Camp Profiles*. Quelle: <http://www.un.org/unrwa/refugees/westbank.html> (Zugriff 18.09.2006).

UNRWA – United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (2006b): *Prolonged Crisis in the Occupied Palestinian Territory: Recent Socio-Economic Impacts on Refugees*

and Non-Refugees. Quelle: http://www.un.org/unrwa/news/SocioEconomicImpacts_Nov06.pdf (Zugriff 17.06.2008).

Ury, William (2000): *The Third Side*. New York.

Varma, B. (1988): *Insurgency and Counterinsurgency*. New Delhi.

WFP/UNRWA/FAO (2008): *Joint Rapid Food Security Survey in the Occupied Palestinian Territory*.
Quelle: http://www.un.org/unrwa/publications/pubs08/RapidAssesmentReport_May08.pdf (Zugriff 19.09.2008).

Wilkinson, Paul (2000): *The Strategic Implications of Terrorism*. In: Sondhi, M.L. (Hrsg.): *Terrorism & Political Violence. A Sourcebook*. India.

Zahhar, Mahmoud (1995): *Hamas: Waiting for secular nationalism to Self-Destruct*. An interview with Mahmud Zahhar. *The Journal of Palestine Studies*, Vol. 24, No.3, S. 81-88.

Interviews:

Interview 1: Parlamentarierin des PLC, Nablus, August 2008.

Interview 2: Leitendes Mitglied der Islamic Charitable Society, Hebron, August 2008.

Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit als konfliktfördernde Faktoren am Beispiel des Casamance-Konfliktes im Senegal

Lena Gruber

1. Einleitung

Gerade in den ärmsten Regionen der Welt werden die meisten Kriege ausgetragen. Über 90% der weltweit geführten Kriege seit 1945 fanden in Süd- und Mittelamerika, Afrika und Asien statt (AKUF 2007). Welchen Zusammenhang gibt es zwischen dem Entwicklungsniveau einer Region und ausgetragenen Kriegen? In der vorliegenden Arbeit soll die Wechselwirkung von Armut und Krieg anhand des Casamance-Krieges im Senegal untersucht werden. In einem ersten Teil werden theoretische Ansätze zum Zusammenhang von Armut und Krieg geliefert. Um ein Verständnis für die Situation der Casamance zu entwickeln, sollen im zweiten Teil wirtschaftliche, historische und politische Besonderheiten dieser Region und des Senegals generell skizziert werden. Dadurch und durch eine genauere Betrachtung des Kriegsgeschehens im dritten Teil können schließlich Faktoren für den Kriegsausbruch herausgearbeitet werden.

2. Theoretische Ansätze

2.1. „Ethnische“ Konflikte

Innerstaatliche Kriege in Entwicklungsländern dominieren das Kriegsgeschehen der letzten 50 Jahre. 1990 bis 2004 kam es weltweit zu 57 größeren bewaffneten Konflikten, wobei nur 4 davon zwischenstaatliche kriegerische Auseinandersetzungen und 53 interne Kämpfe waren. Bei diesen Konflikten innerhalb eines Landes ging es bei 29 um die Regierungsmacht, bei 24 um die Kontrolle über Regionen. In afrikanischen Ländern kam es zu 19 Konflikten, während nur einer davon zwischenstaatlich war (Eritrea/Äthiopien 1998-2000) (Atlas der Globalisierung 2006: 40f). Bei den meisten Konflikten handelt es sich laut dem Atlas der Globalisierung um so genannte „ethnisch oder religiös motivierte“ Bürgerkriege. Der afrikanische Kontinent ist davon besonders stark betroffen. „Staatlicher Machtzerfall, der Streit um die Kontrolle von Gebieten mit exportierbaren Bodenschätzen und eine den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstörende Politik ergän-

zen sich auf fatale Weise“ (Atlas der Globalisierung 2006: 40). Die genannten Merkmale und die daraus resultierende Instabilität eines Landes sind sehr oft Folgen des Kolonialismus. Ein europäisches politisches System wurde traditionellen Gesellschaften aufoktroziert, Grenzen willkürlich gesetzt und neue Eliten konstruiert, die die bestehenden Machtverhältnisse ignorierten. Folgen davon sind Grenzkonflikte, Auseinandersetzungen um Ressourcen und Rechte innerhalb eines Staates, Forderungen nach Unabhängigkeit einer Region oder nach einem Regierungswechsel. Ethnizität an sich ist kein Grund für eine Auseinandersetzung, sondern viel eher die (willkürliche) ungerechte Verteilung von Rechten, der Macht im Staat, Ressourcen, sozialen und finanziellen Mitteln zwischen ethnischer bzw. religiöser Gruppen. Ethnizität kann aber dafür missbraucht werden Interessen durchzusetzen und zu mobilisieren. Dass in vielen Konflikten in Entwicklungsländern sowohl die DrahtzieherInnen als auch Teile der AkteurInnen oft gar nicht aus der Kriegsregion stammen, sondern aus Ländern des Nordens, ist nur ein Beweis dafür, dass der Konfliktgrund nicht ethnisch motivierter Hass ist. Vielmehr geht es um strategische Hintergründe, wie der Sicherung von Rohstoffen. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass vor allem in der Zeit des kalten Krieges in Entwicklungsländern Stellvertreterkriege der Großmächte ausgetragen wurden, die ethnische Gruppen für eigene Interessen benutzten. Heute ist oft die Frage um die Vormachtstellung einer Industrienation in einer (ressourcenreichen) Region Konfliktursache. Indirekt spielen auf jeden Fall Industrienationen mit Waffenlieferungen, Krediten, Militärberatung usw. eine wesentliche Rolle (Gantzel 1988: 35f).

2.2. Armut und Krieg

In Folge sollen vor allem die innenpolitischen Ursachen der Kriege beleuchtet werden. Die Häufigkeit der Kriege steht offensichtlich im Verhältnis zum Grad der sozioökonomischen Entwicklung, aber auch zur Intensität der kolonialen Beherrschung und der Länge der seit der Entkolonialisierung vergangenen Zeit (Gantzel 2000: 302). Diese Merkmale sind entscheidend für die Ausprägung von nationalkulturellem Selbstbewusstsein und vor allem der Entstehung eines stabilen Staates, zwei wesentlichen Faktoren im Umgang mit einer Konfliktsituation. Genauso haben heutige Industrieländer auf dem Weg zur modernen Staatsbildung unzählige Kriege geführt (Gantzel 1988: 43). Wie in Kapitel 2.1. erwähnt, stehen in postkolonialen Ländern oft schwache, kolonialgeprägte Regierungen traditionellen Gesellschaften gegenüber. Das von der

Kolonialmacht konstruierte staatliche System steht oft im Widerspruch zu traditionellen Hierarchien. Es werden Eliten geschaffen, die mit der Kolonialmacht kooperieren und daher Macht und Zugang zu Ressourcen im neuen Staat haben. Der schwache Staat gerät mit der starken Gesellschaft in einen Konflikt, zum Beispiel über die Verteilung von Ressourcen (Ruloff 2004: 20 und 201). In dem Fall wird innerhalb eines Landes ein Kampf um Positionen in der Entwicklungshierarchie geführt (Gärtner 1983: 36). Dieser Verdrängungswettbewerb führt meist zur weiteren Peripherisierung der vor dem Konflikt schon ökonomisch Schwächeren (ebd.) und somit zu einer wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. Somit schürt nicht die Armut an sich Kriege, sondern die horizontale Ungleichheit, also die Benachteiligung einer Bevölkerungsgruppe innerhalb eines Landes. Diese Benachteiligung einer ethnischen Gruppe, der Diola in der Casamance, ist in der Geschichte des Senegals zu beobachten. Die Diskriminierung und die daraus resultierende Unzufriedenheit mit der Zentralregierung können von politischen Eliten instrumentalisiert werden, um Interessen durchzusetzen. Das Ungleichgewicht von finanziellen Mitteln, Chancen am Arbeitsmarkt, Bildung und Rechten besteht seit der französischen Kolonialmacht. Die ungerechte Verteilung wird durch die derzeitige Politik der Weltbank und der EU forciert, da sie die Kluft zwischen Arm und Reich weiter auseinander treibt. In der Casamance führte dies zu den Sezessionsbestrebungen, die in Folge behandelt werden sollen. Zwischen Armut und Krieg besteht folglich eine Wechselwirkung. Wenn in der vorliegenden Arbeit von Armut die Rede ist, handelt es sich nicht nur um den Mangel an finanziellen Mitteln, sondern um einen weiter gefassten Armutsbegriff. Dieser umfasst die tatsächliche Versorgungslage in zentralen Lebensbereichen wie Ernährung, Kleidung, Wohnung, Gesundheit, Bildung, Transport und Kommunikationsmöglichkeiten sowie soziale Sicherheit und Rechtsschutz. Es geht daher nicht nur um die wirtschaftliche, sondern auch um die soziale Ungleichheit innerhalb des Senegals.

3. Strukturen und (historische) Merkmale des Senegals und im Besonderen der Casamance

3.1. Sozioökonomische und geografische Besonderheiten

Der Senegal liegt im Westen Afrikas, im Norden grenzt er an Mauretanien, im Süden an Guinea-Bissau und Guinea, im Osten an Mali. Das Land liegt am Atlantik und umschließt

Gambia, welches die Region der Casamance vom nördlichen Senegal trennt. Offizielle Landessprache im Senegal ist Französisch, das aber nur 20% der Bevölkerung sprechen. Mit 80% ist Wolof die größte Sprachgruppe. Die größeren ethnischen Gruppen im Senegal sind Wolof mit 43%, Fulbe mit 24% und Serer mit 15%. Die Casamance unterscheidet sich in einigen wesentlichen Gegebenheiten vom restlichen Land. Die ethnische Minderheit der Diola, die fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung ausmacht, konzentriert sich in der Basse-Casamance, dem westlichen Teil der Region. Während 95% des Landes MuslimInnen sind, sind die Diola seit der Missionierung größtenteils katholisch mit animistischen Einflüssen (ÖFSE 2002: 9). Des Weiteren ist die Casamance das fruchtbarste und somit ressourcenreichste Gebiet des Senegal, trotzdem ist sie eine der wirtschaftlich schwächsten Regionen. Im südlichen Senegal herrscht subtropisches Klima mit einer Regenzeit, der Norden ist von der trockenen Sahelzone geprägt. Landwirtschaft und Kleinhandwerk stellen die wichtigsten Einkommensquellen in der Casamance dar. Insgesamt sind über 60% der senegalesischen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt (BMZ 2007). 80% der ärmsten Menschen im Senegal leben auf dem Land. Ungefähr die Hälfte davon lebt in Gebieten, die von der Erdnusswirtschaft nicht begünstigt sind, so wie der Casamance (Wolf 2004: 306). Erdnüsse waren lange Zeit wichtigstes Exportgut des Senegals und stellen heute noch einen bedeutenden Anteil dar. Die Produktion findet hauptsächlich im Zentrum des Landes, im so genannten Erdnussbecken, statt und beschäftigt rund drei Millionen Senegalesen (INWENT 2007).

Der Senegal lag im Jahr 2000 auf dem Human Development Index (HDI) an Stelle von 173 und ist somit eines der Least Developed Countries (LDCs). Die Armut betrifft alle Regionen Senegals, sie ist aber in ländlicheren Regionen deutlich stärker manifestiert. Ein Armutsgefälle ist auch zwischen der Küstenregion und dem Landesinneren zu erkennen, da viele SenegalesInnen von Fischfang leben. Am „Indicateur de pauvreté alimentaire“ (IPA) 1994 ist deutlich zu sehen, dass die Nahrungsarmut in der Casamance am stärksten ist (ADA 2006: 47). Die Alphabetisierungsrate lag bei ungefähr 38%. (ÖFSE 2002: 7). Das Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2000 betrug laut Weltbank 490 US-Dollar (Wolf 2004: 96). 2001 lag die Auslandsverschuldung bei 81% des BIP (ebd.:210).

Das Problem der Landflucht wächst im Senegal. Derzeit leben ungefähr 40% der Bevölkerung in Städten, die Hälfte davon in Dakar. Die Hauptstadt wächst jedes Jahr um 4%. In Dakar

steigt die Arbeits- und Obdachlosigkeit, die Armenviertel wachsen (Awart 2004: 101). In der Metropole ist die Kluft zwischen Arm und Reich besonders stark zu sehen. Die Migration vom Land in die Stadt ist mit Dürreperioden, hohen Steuern und Lebenshaltungskosten in ländlichen Gebieten, aber auch mit dem Wunsch auf eine bessere Ausbildung oder Krankenversorgung zu erklären (ebd.). Schließlich treiben auch die Folgen der Strukturanpassungsmaßnahmen LandwirtInnen, die sich nicht mehr erhalten können in die Stadt (siehe Kapitel 3.3.). Die Migrationsströme aus der Region der Casamance auf Grund des bewaffneten Konflikts führen vor allem nach Gambia und Guinea Bissau (vgl. ebd.). Die Migration nach Europa stellt ein sehr großes Problem des Senegal dar. Tausende Menschen versuchen auf Fischerbooten auf die Kanarischen Inseln zu kommen. Die Remittances der Ausgewanderten sind in vielen Orten die wichtigste Einkommensquelle (Die Zeit, 16.11.2006).

Der informelle Sektor nimmt im Senegal stark zu. Die lokale NGO „Environment – Development Action“ (ENDA) bezeichnet diesen Sektor als „economie populaire“ und schätzt dessen Ausmaß auf ungefähr 60% des Bruttonationalprodukts (vgl. Awart 2004: 102). Die Kategorie „informeller Sektor“ ist problematisch, da dieser von Kleinhandwerk und dem Verkauf von Früchten bis zu Prostitution und Drogenhandel reicht. Zu bemerken ist, dass generell wesentlich mehr Frauen als Männer im informellen Sektor tätig sind.

3.2. Situation der Frauen

Obwohl das Land islamisch ist, ist fast keine Frau verschleiert. Frauen haben traditionell auf Dorfebene politischen und ökonomischen Einfluss und haben auf dieser Ebene auch Führungsrollen inne. Das Frauenwahlrecht wurde 1956 eingeführt, die erste Frau zog 1973 ins Parlament ein. 2001 wurde Mame Madior Boye erste Ministerpräsidentin. 1972 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Situation der Frauen regeln sollte. Im Senegal wird Polygamie praktiziert. Die weibliche Genitalverstümmelung wurde per Gesetz verboten, wird allerdings noch in manchen Regionen und vor allem in den Nachbarländern durchgeführt. Es gibt einige Frauenorganisationen, die sich unter anderem für die Kontrolle des Beschneidungsgesetzes einsetzen und Aufklärungsarbeit leisten. Eine bekannte landesweit tätige feministische Gruppe ist „Yewwu Yewwi“. Die Erwerbsquote der Frauen liegt im Vergleich zu 100 Männern bei 74%. An Grundschulen kommen 55 Mädchen auf 100 Buben. Der

Gender Related Development Index-Rang lag 2000 auf Platz 130 von 147 (ÖFSE 2002:16).

3.3. Geschichte

3.3.1. Kolonialzeit

Das Gebiet des heutigen Senegal gehörte vom 9. bis ins 16. Jahrhundert verschiedenen Königreichen (Tekrur, Ghana, Mali, Wolof-Reich) an. Im 11. Jahrhundert wurde der Senegal von Berbern islamisiert. Portugiesische Seefahrer gründeten im 15. Jahrhundert eine Handelsniederlassung auf der vor Dakar liegenden Insel Gorée, die zwei Jahrhunderte später das bedeutendste Zentrum des Sklavenhandels der Niederländer, später der Briten und Franzosen wurde. Ab dem frühen 17. Jahrhundert wurde das Küstengebiet des heutigen Senegal und des heutigen Gambia abwechselnd britisch und französisch besetzt. Nach dem Verbot des Sklavenhandels Anfang des 19. Jahrhunderts begann die französische Kolonialisierung des Senegal. 1895 wird „Französisch-Westafrika“ mit der Hauptstadt Dakar zur Kolonie erklärt. Gambia wird britisch regiert (ÖFSE 2002: 10). Dakar war bis zur Unabhängigkeit des Senegals 1960 die bedeutendste westafrikanische Stadt in Bezug auf Verwaltung, Militär, Handel und Verkehr. Wichtigstes Exportgut waren Erdnüsse. Schon zu Beginn der französischen Kolonialzeit entwickelte sich eine Trennung der Bevölkerung der Casamance und der restlichen senegalesischen Gesellschaft. Da das heutige Gambia unter britischer Herrschaft war, waren die beiden Teile Senegals nur im Osten miteinander verbunden. Diese Grenze war entscheidend für die Entwicklung des Nationalismus in der Casamance (Gerdes 2006: 86f). Des Weiteren verwalteten die Franzosen den Senegal überwiegend mit der Hilfe islamischer Führer. Merkmale der vorkolonialen Gesellschaft in der westlichen Casamance waren die kleinräumige politische Organisation und schwache Herrschaftsstrukturen. Die Diola sind nicht islamisiert worden. Daher war die Kontrolle mit Hilfe religiöser Autoritäten nicht möglich. Im Laufe der Kolonialzeit wurden Großteile der animistischen Diola missioniert. Die Diola wurden erst in der späten Kolonialzeit unterworfen und in staatlichen Ämtern und dem Militär eingesetzt (Gerdes 2006: 88). Im restlichen Senegal fungierten die Marabuts, die islamischen Eliten, als Mittler zwischen der Kolonialmacht und der Bevölkerung. Die Marabuts, die überwiegend der bevölkerungsstärksten Ethnie der Wolof angehörten, kontrollierten den Erdnussanbau und -handel, zu dem die Diola keinen Zugang hatten. Diese Diskriminierung war entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung der Diola, da der Erdnussexport lange Zeit wichtigster Wirt-

schaftszweig im Senegal war (ebd.). Auch nach der Unabhängigkeit hatten die Marabuts großen Einfluss auf die Zentralregierung. Dies ist einer der Gründe, warum die Wolof auch nach der Unabhängigkeit mehr Rechte beibehielten. Im Laufe der Kolonialzeit bekamen assimilierte und gebildete SenegalesInnen die französische Staatsbürgerschaft und somit französische Bürgerrechte. 1916 erhielten alle BewohnerInnen der Regionen Dakar, St.Louis, Rufisque und Gorée die Staatsbürgerschaft. Der Bevölkerung der Casamance wurden diese Rechte nicht gestattet (ÖFSE 2002: 10). Es kam immer wieder zu Aufständen in der Casamance gegen die französische Regierung, aber auch gegen die nordsenegalesischen Führer, die von der französischen Kolonialmacht geschickt wurden. Der letzte große Aufstand in der Casamance wurde 1943 durchgeführt. Die Rebellenführerin und Priesterin Aline Sitoe Diatta wird heute noch stark verehrt (ebd.). Erst 1946 wurde die Staatsbürgerschaft allen SenegalesInnen zugesprochen. Léopold Sédar Senghor gründete 1948 die Partei „Bloc Démocratique Sénégalais“, in den 50er Jahren wurde der Senegal innerhalb der französischen Gemeinschaft autonom. 1960 wurde der Senegal für unabhängig erklärt (ebd.).

3.3.2. Unabhängigkeit

Erster Präsident nach der formalen Unabhängigkeit wurde Léopold Sédar Senghor, der bald darauf ein Einparteiensystem einführte. In den 1970ern wurden andere politische Parteien schrittweise wieder legalisiert (ebd.). Während einer Wirtschaftskrise in den 1970ern kam es zu neuerlichen Diskriminierungen gegen die Bevölkerung der Casamance, die deren sozialen Aufstieg weiterhin verhinderten. So wurde ein Einstellungsverbot im Staatsdienst für die ethnische Minderheit der Diola verhängt. Es kam zu zahlreichen Entlassungen von Diola im staatlichen und militärischen Dienst. Weiters fanden zu Gunsten von Siedlungen nordsenegalesischer LandwirtInnen und Tourismusprojekten Landenteignungen statt. Viele Diola verloren ihre Existenzgrundlage. Die Migration in nordsenegalesische Städte wuchs, deren Folge wiederum eine steigende Arbeitslosigkeit war. Aus diesem Grund und weil Land traditionellerweise bei den Diola unveräußerbar war, schürte diese Politik die Aggressionen gegen die Regierung. Aus der andauernden Ungleichbehandlung entwickelten sich in den 1980er Jahren vor allem in der Basse-Casamance Separationsbestrebungen (Mekkelburg 2007). 1981 wurde Abdou Diouf Präsident, der 1982 mit Gambia die Konföderation Senegambia gründete. Diese sollte eine Zusammenarbeit der senegalesischen und gambischen Streitkräfte fördern und einen gemein-

samen Währungs- und Wirtschaftsraum bilden. Beide Länder waren in den 1980er Jahren durch innere Unruhen gezeichnet. Im Senegal wurde 1982 die „Mouvement des Forces Démocratique de la Casamance“ (MFDC) gegründet, die sich für die Autonomie der Region einsetzte. Die Konföderation Senegambia wurde 1989 wieder aufgelöst. Anfang der 1990er Jahre kam es zum Grenzkonflikt mit Mauretanien. Es kam zur starken Diskriminierung von MaurInnen im Senegal und SenegalesInnen in Mauretanien, die in beiden Ländern starke Fluchtbewegungen auslöste (ÖFSE 2002: 11). 1994 wurde die senegalesische Währung, der CFA-Franc (Franc de la Communauté Financière de l'Afrique) um die Hälfte abgewertet, was zu weiteren Unruhen im Land führte (ebd.: 9). Seit den 1980ern richtet sich der Senegal wirtschaftspolitisch an die Weltbank bzw. den Internationalen Währungsfond (IWF).

3.4. Internationale Politik

Der Senegal ist Gründungsmitglied von ECOWAS, der westafrikanischen Wirtschaftsunion, und pflegt wirtschaftliche und politische Kontakte mit der EU, vor allem mit Frankreich. Das Land gilt als eines der stabilsten Länder Westafrikas. Trotzdem wird es von der UNO zu den Least Developed Countries (LDCs) gezählt. Der Senegal ist im HIPC-Verschuldungsprogramm (heavily indebted poor countries) der Weltbank, an das einige Forderungen geknüpft sind. Neben makroökonomischen Bedingungen wie Zollreduzierung, Privatisierungsmaßnahmen und der Liberalisierung des Energiesektors, ist die Armutsreduzierung wichtiger Bestandteil der Vereinbarung. Als Gegenleistung befreite die Weltbank den Senegal teilweise von seinen Auslandsschulden. Das im Zuge dessen formulierte „Poverty Reduction Paper“ der senegalesischen Regierung (2006) nennt vier strategische Schwerpunkte zur Armutsbekämpfung: die Schaffung von Vermögen durch Wirtschaftswachstum, die Verbesserung des Zugangs zur Grundversorgung, sowie Katastrophenprävention und -bewältigung (INWENT 2007). Während das Wirtschaftswachstum eintritt, verringert sich die Armut nicht. Es ist zu beobachten, dass das Einkommen der Armen mit dem Wirtschaftswachstum sinkt. Eine stärkere Ungleichheit der Bevölkerung ist die Folge. Michel Chossudovsky spricht in seinem Buch „Global Brutal“ von der „Globalisierung der Armut“, die durch die Schuldenkrise in den 80er Jahren und den Auflagen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds verursacht wurde (Chossudovsky 2001: 23).

Die EU fordert mit den European Partnership Agreements (EPAs) die Öffnung der Märkte der Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten). Ziel ist die Reduktion der Armut durch Handelsliberalisierung. KritikerInnen sehen genau das Gegenteil eintreten. Die fortschreitende Marktöffnung könnte in verschiedener Hinsicht die Armut der Bevölkerung drastisch verstärken. In vielen afrikanischen Ländern sind die negativen Auswirkungen der Liberalisierung bereits zu spüren: Sinkende landwirtschaftliche Produktivität, verschlechterter Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, Störung des einheimischen Marktes, Verstärkung der Ungleichheit der Geschlechter, steigende Arbeitslosigkeit, Abnahme der Nahrungsmittelverfügbarkeit, Einschränkung der Handelsfähigkeit der Regierungen und erhöhte Umweltbelastung (Altvater 2007: 148).

Einige Folgen der wirtschaftlichen Liberalisierung für den Senegal seien hier erläutert. Auf Grund europäischer Importe wächst die Konkurrenz im Land (Diouf 2007). Das betrifft vor allem ländliche Gebiete, also unter anderem die Region der Casamance. In jüngster Zeit kam es auf Grund der internationalen Nahrungsmittelkrise zu Protesten im Senegal. Präsident Abdoulaye Wade plant Landwirtschaftsförderungen, um die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren (Der Standard, 13.05.2008). Die Entwicklung der jungen Industrie könnte gefährdet sein, da die EU den Import von unbearbeiteten Waren bevorzugt. Durch die Kürzung der Handelszölle sinken wichtige Staatseinnahmen (Diouf 2007). Die in den 1980ern entwickelten Strukturanpassungsmaßnahmen hatten den Verlust von Arbeitsplätzen, Kürzungen im Bereich Versorgung, Bildung und Gesundheit sowie die Abwertung des CFA um 50% zur Folge. Die Bedeutung des informellen Sektors nahm seither stark zu (Awart 2004: 102). Die heutigen so genannten „entwickelten“ Länder konnten ihren Status nur erreichen, weil sie in ihrer Industrialisierungsphase hohe Zölle, protektionistische Industriepolitik und Exportsubventionen aufrecht erhielten bis die eigene Wirtschaft stark genug war, die Konkurrenz anderer Industrienationen nicht mehr zu befürchten. Heute untersagen die Länder des Nordens bzw. die Weltbank mit Strukturanpassungsmaßnahmen und Freihandelsabkommen den AKP-Staaten genau diese Praktiken (Altvater 2007: 146f). Wade sprach sich beim EU-Afrika-Gipfel gegen die EPAs in der jetzigen Form aus, die Verhandlungen laufen weiter (Die Presse, 09.12.2007). Generell ist die internationale Finanzpolitik kritisch zu betrachten, da sie gerade in der ländlichen

Bevölkerung (der Casamance) die Armut nicht reduziert.

4. Der Unabhängigkeitskrieg

1982 wurde von Mamadou „Nkrumah“ Sané und Augustin Diamacoune Senghor die „Mouvement des Forces Democratique de la Casamance“ (MFDC) gegründet. Sie sah sich als „Repräsentantin der ökonomisch ausgebeuteten, politisch marginalisierten und sich kulturell unterscheidenden Bevölkerung“ an (Gerdes 2006: 88). Sie sahen die Unabhängigkeit des Senegal von der Kolonialmacht nicht als Befreiung, sondern als Fortführung der Unterdrückung (ebd.: 89). Die MFDC bestand aus einer politischen Inlandsführung, einer Auslandssektion und einem militärischen Arm namens „Atika“ (Krieger), deren Führer Sidy Badji war. „Atika“ rekrutierte entlassene Soldaten der senegalesischen Armee und Arbeitslose in Dakar, die vor allem den Diola angehörten. Nach Demonstrationen für die Abspaltung der Region in den 1980er Jahren kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen mit der senegalesischen Regierung und schließlich 1990 zum Ausbruch des Krieges (Meckelburg 2007). Die benötigten Waffen kamen aus Guinea-Bissau und aus Gambia. Beide Länder hatten Interessen, die MFDC zu unterstützen. Der General des bissauischen Heeres, von dem die Waffenlieferungen kamen, plante einen Putschversuch in Guinea-Bissau. Als Gegenleistung für seine Lieferungen kämpfte die MFDC an seiner Seite gegen die bissauische Regierung. In Gambia waren die Lieferanten vor allem Staatsbeamte, die mit der MFDC Cannabishandel betrieben (Gerdes 2006: 91). Anfangs finanzierte sich die MFDC durch Mitgliedszahlungen, später nahmen Plünderungen zu. Es kam immer wieder zu Machtkämpfen und bewaffneten Auseinandersetzungen innerhalb der MFDC. Die Friedensverhandlungen gestalteten sich schwierig, da die MFDC in Front Nord und Front Sud gespalten war. Im Zuge von Verhandlungen 1991 legte die Front Nord unter Badji die Waffen nieder, während die Front Sud weiter kämpfte. Die Front Nord finanzierte sich durch illegalen Handel mit Tropenholz und Cannabisschmuggel, in den wie schon erwähnt auch der Staat Gambia involviert war. Nach der Niederlegung der Waffen bekam sie sogar eine Zeit lang Entwicklungsgelder der EU (ebd.). Die Front Sud war in sich gespalten, immer wieder kam es zu Machtkämpfen und Auseinandersetzungen. Bemerkenswert ist, dass die Front Sud wesentlich weniger Einnahmen hatte, was möglicherweise ein Grund für die internen Auseinandersetzungen war. Tatsächlich kam es immer wieder zu Kämpfen um die natürlichen Ressourcen in

den Gebieten der Front Sud (Gerdes 2006: 92). Fehlende finanzielle Mittel trieben also den internen Konflikt an. Trotz der Wiedervereinigung der beiden Fraktionen 1999 kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen untereinander (Meckelburg 2007). Abkommen mit der Regierung wurden immer wieder von abgespaltenen Gruppen gebrochen. Ende der 90er Jahre war der Krieg an seinem Höhepunkt. Landminen wurden verlegt, weshalb das Gebiet heute noch gefährlich ist. Das senegalesische Militär startete Luftangriffe auf Dörfer in der Casamance, aber auch in Guinea-Bissau und später in Gambia, wo sich die MFDC-Kämpfer zurückzogen. 2004 trat Diamacoune als Führer der MFDC zurück. Jean-Marie Biagui wurde an die Spitze gewählt, der einsah, dass die Forderungen nach Unabhängigkeit nicht erfüllt würden. Er setzte sich für eine weitgehende Autonomie der Casamance ein. Trotz der offiziellen Führung von Biagui unterzeichnete Diamacoune am 31.04.2004 den letzten Friedensvertrag mit Präsidenten Abdoulaye Wade (Meckelburg 2007). Seither kam es trotzdem immer wieder zu Konflikten und Überfällen. Die Forderung nach Autonomie des Gebietes ist bis lang nicht erfüllt worden. „Der Krieg kostete über die Jahre zwischen 3 500 und 5 000 Menschenleben und zwang bis zu 70 000 Menschen zur Flucht“ (Meckelburg 2007). Amnesty International warf sowohl der Regierung als auch der MFDC schwere Menschenrechtsverletzungen vor (Wolf 2004: 45f).

5. Conclusio

Der Krieg in der Casamance wird oft als „ethnisch“ Konflikt bezeichnet. Es gibt keinen reinen ethnisch motivierten Krieg. Ethnizität allein ist kein Grund für eine kriegerische Auseinandersetzung. Ethnisch motivierter Hass wird konstruiert, um bestimmte Ziele durchzusetzen und oft über Generationen nicht ausgelöscht. Im Senegal wurde seit Beginn der Kolonialzeit die ethnische Minderheit der Diola in der Casamance diskriminiert. Anfangs von den Franzosen, da sich die Diola nicht unterwerfen ließen und starken Widerstand leisteten. Von den Wolof bzw. islamischen Eliten der Marabouts wurde diese Benachteiligung nach der Unabhängigkeit weitergeführt, um die bestehenden Machtverhältnisse aufrechtzuerhalten.

Viele Hintergründe für den behandelten Konflikt haben ihren Ursprung im Kolonialismus. Die Staatsgrenze wurde willkürlich gezogen, traditionelle Zusammenschlüsse dabei ignoriert. Durch die Grenzziehung zwischen Gambia und dem Senegal ist der südliche Teil des Senegal vom nördlichen fast getrennt. Durch

die von den Franzosen betriebene indirekte Herrschaft der islamischen Eliten wurden die Diola weiter ausgeschlossen, was zu steigender Ungleichheit führte.

„Gewalttätige Konflikte sind vermeidbar, wenn die Grundversorgung der Bevölkerung gesichert ist“ (ADA 2007: 6). Genau diese Vernachlässigung der Grundbedürfnisse führte in der Casamance zu dem Aufstand. Der Konflikt wird oft als entwicklungshemmender und somit armutssteigernder Faktor im Senegal betrachtet (BMZ 2007). Armut und Krieg stehen aber in einem Wechselverhältnis. Der Kampf um eine gerechtere Ressourcenverteilung führte zu einer weiteren Peripherisierung der Schwächeren (siehe Kapitel 2). Der Krieg hinderte Entwicklungsmöglichkeiten, weil einerseits ein großer Teil der Einkommen der Region in die Kriegsfinanzierung floss und andererseits der Zugang von internationalen Projekten in der Region schwierig war. Es ist also richtig, dass der Konflikt armutsreduzierende Maßnahmen gehemmt hat. Hauptkonfliktursachen für den Krieg waren laut der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) die Ausbeutung der Ressourcen, politische Benachteiligung und wirtschaftliche Vernachlässigung der in der Casamance lebenden Minderheit der Diola durch die Zentralregierung (vgl. Lentze). Folge der genannten Faktoren war eine stärker werdende Armut in der Region, die die Forderung nach finanzieller Unterstützung und sozialen Förderungen auslöste. Nachdem diese nicht erfüllt wurden, entwickelten sich Separationsbestrebungen. Somit waren Diskriminierung und Armut Auslöser des Konflikts. Auch innerhalb der kämpfenden Gruppe ist ein Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Benachteiligung und erhöhtem Konfliktpotenzial zu erkennen. Die finanziell gut abgesicherte Teilgruppe legt die Waffen nieder. Innerhalb der anderen Teilgruppe kommt es zu internen Kämpfen um Ressourcen und der Kampf gegen die Zentralregierung wird fortgesetzt. Schließlich kann behauptet werden, dass Armut unter anderem eine Ursache und auf jeden Fall auch eine Folge des Krieges ist.

Literatur

ADA (2007): Austrian Development Agency. Senegal Länderinformation. Quelle: http://www.ada.gv.at/fileadmin/user_upload/ADA/media/2-Aussenpolitik_Zentrale/Laender/2689_I_nd erinformation_senegal_februar_2007_f.pdf (Zugriff: 20.10.2008).

ADA (2006): Austrian Development Agency. Sénégal – Développement Rural. Programme sectoriel de la coopération austro-sénégalaise 2006-2008. Dakar.

AKUF – Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung. Das Kriegsgeschehen 2006 im Überblick. Allgemeine Trends. Quelle: http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege_aktuell.htm#Trends (Zugriff: 22.06.2008).

Altvater, Elmar (2007): Konkurrenz für das Empire. Die Zukunft der Europäischen Union in der globalisierten Welt. Münster.

Atlas der Globalisierung. Die neuen Daten und Fakten zur Lage der Welt (2006): Das Ende der Blöcke und die neuen Kriege, Berlin, S. 40-41.

Awart, Sigrid (2004): Innovation oder Marginalisierung: Überlebensstrategien im informellen Sektor in afrikanischen Metropolen – am Beispiel Dakar (Senegal). In: Andreas Obrecht (Hrsg.): Wozu forschen? Wozu entwickeln? Möglichkeiten und Grenzen der soziologischen Forschung für eine partizipative Entwicklungszusammenarbeit, Frankfurt am Main, S. 99-162.

BMZ (2007): Deutsches Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Partnerländer. Senegal. Entwicklung. Die wichtige Rolle der Landwirtschaft. Quelle: <http://www.bmz.de/de/laender/partnerlaender/senegal/zusammenarbeit.html> (Zugriff: 20.10.2008).

Chossudovsky, Michael (2004): Global Brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg. Frankfurt am Main.

Diouf, El Hadji A. (2007): Der Preis stimmt noch nicht. In: E+Z Zeitschrift für Entwicklung und Zusammenarbeit, 01/2007. Quelle: http://www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/01-2007/schwer_art2.html (Zugriff: 22.06.2008).

Gantzel, Klaus Jürgen (2000): Über die Kriege nach dem zweiten Weltkrieg. In: Bernd Wegner (Hrsg.): Wie Kriege entstehen. Zum historischen Hintergrund von Staatenkonflikten, Paderborn, S. 299-318.

Gantzel, Klaus Jürgen (1988): Krieg in der Dritten Welt als Forschungsgegenstand. Eine Einführung zum Thema. In: Klaus Jürgen Gantzel (Hrsg.): Krieg in der Dritten Welt, Baden-Baden, S. 25-81.

Gärtner, Heinz (1983): Hegemoniestrukturen und Kriegsursachen. Wien.

Gerdes, Felix (2006): Herrschaft und Rebellion in der Casamance. In: Jutta Bakonyi/Stephan Hensell/Jens Siegelberg (Hrsg.): Gewaltordnungen bewaffneter Gruppen. Ökonomie und Herrschaft nichtstaatlicher Akteure in den Kriegen der Gegenwart, Baden-Baden, S. 85-97.

INWENT (2007): Internationale Weiterbildung- und Entwicklung GmbH. Länderinformation 2007. Quelle: <http://www.inwent.org/v-ez/lis/senegal/seite3.htm> (Zugriff: 19.06.2008).

Lentze, Matthias: AKUF – Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg. Kriege-Archiv. Senegal (Casamance). Quelle: http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/191_senegal.htm (Zugriff: 22.06.2008).

Meckelburg, Alexander (2007): AKUF – Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung an der Universität Hamburg. Aktuelle Kriege und bewaffnete Konflikte 2006. Quelle: http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/lpw/Akuf/kriege/191ak_senegal.htm (Zugriff: 21.06.2008).

ÖFSE (2002): Länderprofil Senegal. Quelle: <http://www.oefse.at/Downloads/laender/senegal02.pdf> (Zugriff: 20.10.2008).

Ruloff, Dieter (2004): Wie Kriege beginnen. Ursachen und Folgen. 3. überarbeitete Auflage, München.

Wolf, Franziska (2004): Senegal. Entwicklungsland im Globalisierungswettlauf. Frankfurt am Main.

Zeitungen:

Die Presse, 09.12.2007 (Online-Version): „Kein Freihandel zwischen Afrika und EU“. Quelle: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/348133/index.do?from=suche.intern.portal> (Zugriff: 22.06.2008).

Der Standard, 13.05.2008 (Online-Version): „Scharfe afrikanische Kritik an UN-Ernährungsorganisation“. Quelle: www.derstandard.at (Zugriff: 22.06.2008).

Die Zeit, 16.11.2006 (Online-Version): „Njanja und Ndoumb wollen weg. Wie ein alter Professor im Senegal fast seine beiden Nichten an Europa verloren hätte“. Quelle: <http://www.zeit.de/2006/47/Senegal?page=1> (Zugriff: 20.10.2008).

Nepals Kinder und Jugendliche – ein „Window of Opportunity“ für Entwicklungsmöglichkeiten hin zu positivem, nachhaltigem Frieden

Angelika Scherzer

1. Einleitung: Ein kurzer geschichtlicher Einstieg

Gegen Ende der Siebziger Jahre wurde es offenkundig, dass, sogar mit relativ optimistischen Prognosen, das wirtschaftliche Wachstum in Nepal inadäquat war, um den Erwartungen der Bürger zu entsprechen. "(...) before long, if economic and social conditions do not improve rapidly, unrest will become more pervasive and better organised" erklären Deepak Thapa und Bandita Sijapati in einem historischen Rückblick (Thapa/Sijapati 2005: 52ff). Am 9. April 1990 – 30 Jahre nachdem der späte König Mahendra die nur kurz andauernde Demokratie mit einem Royal Coup d'état beendete – hob sein Sohn, der späte König Birendra, die Sperre der politischen Parteien wieder auf. König Birendra stand für eine Demokratiebewegung im Land ein, die im Volksmund als „people's movement for the restoration of democracy“ gilt und von einer Allianz der zentristisch rechten Nepali Kongress Partei und der neuerlich gegründeten United Left Front, die aus 7 moderaten Parteien bestand, begründet wurde.¹

Man hoffte, dass diese damalige Demokratiebewegung die Ära der Regime, die ihre Legalität von militärischen Doktrinen und von dem Anwenden von Gewalt hin zu Disziplin und Konformität verteidigten, beenden würde. Aber diese Hoffnungen waren innerhalb kurzer Zeit verblasst, als nach 6 Jahren die Kommunistische Partei Nepals – Maoisten (KPN-M)² einen

¹ Die neue Regierung, angeführt von einem Führer des Kongresses von Nepal, löschte die repressiven Klauseln aus der 1962 verfassten Konstitution und gründete eine Kommission, um eine neue Konstitution zu schreiben, die dann im November 1990 übernommen wurde. Obwohl die Konstitution ein Kompromiss zwischen dem Palast und den Architekten der Demokratiebewegungen war, war die neue Konstitution mit neuen Unabhängigkeiten für die Bevölkerung Nepals ausgestattet, förderte fundamentale Menschenrechte und brachte die Institution der Monarchie unter Kontrolle.

² Nickson erklärt weiters die Verbindungen der KP Nepal mit dem chinesischen Maoismus: "However, one faction, known as the Nepal Communist Party (Mashal), and led by Mohan Bikram Singh denounced Chinese revisionism as early as 1981. It labelled the new Chinese leadership under Deng Hsiao Ping as counterrevolutionary and de-

bewaffneten Aufstand – den „*janayuddha - a people's war*“, gegen den neu gegründeten Staat, der gerade begann aus seiner repressiven Vergangenheit zu wachsen, ausrief.

2. Kontext und die heutige Situation in Nepal

Mit dem Ende des Jahres 2007 hat nach 240 Jahren auch eine Monarchie ein Ende. Die Menschen Nepals haben mit ihrem 19-tägigen Kollektivstreik und Massenprotesten im April 2006, 5 Jahre nach dem grausamen Massaker im Königshaus, das König Gyanendra als Staatsoberhaupt des Hindu-Königreichs zurückließ, verlangt, den König seines Amtes zu entheben. Die aus dem Massaker entstandene fast gänzliche Auslöschung des Königshauses war besonders für den schon jahrzehntelang andauernden Bürgerkrieg zwischen der revolutionär-orientierten Kommunistischen Partei Nepals – Maoisten (KPN-M) und der konservativen Regierung auf monarchischer Seite, richtungweisend. Der Konflikt eskalierte, bis durch die unzureichende Regierungsfähigkeit des verbleibenden Monarchen der Weg zur politischen Reformierung eröffnet schien. König Gyanendra dankte ab. Am 28. Mai 2008 sollte sich Nepal schließlich, trotz vieler gesamtgesellschaftlicher Berg- und Talfahrten, nur sehr schleppend vorangehenden Friedensprozessen nach einem offiziellen Waffenstillstand im Jahre 2003 und dem letzten Friedensabkommen Ende 2006, zu einer demokratischen Republik deklarieren.

Am Tag der historischen verfassungsgebenden Wahlen in Nepal, die das erste Mal nach 10 Jahren am 10. April 2008 stattfanden, waren die roten Fahnen und maoistischen Slogans auf den Gehsteigen und Mauern der Hauptstadt Katmandu aus Protest verschmiert. Doch in den Wochen danach, als die Resultate der Wahlen veröffentlicht wurden, gewann die vor 2 Jahren noch für die Grausamkeiten während des Krieges so gefürchtete Rebellengruppe und Partei KPN-M mit beachtlichen Ergebnissen. Entgegen vieler Vorhersagen konnten sie sich 217 von 601 möglichen Sitzen sichern und bilden somit den Kern der neuen Regierung des Landes (The Economist, 17.4.2008).

Die Gründe für diese Situation mögen so divers wie ihre Folgen sein. Ein hoch kompliziertes Wahlverfahren, in dem rund 40% der Sitze direkt gewählt werden und 60% proportional durch Repräsentation hervorgehen, mag einer davon sein. „A general atmosphere of fear and intimidation“ beschreibt der Economist als fundamental (The Economist, 17.4.2008), un-

clared its continuing allegiance to orthodox Maoism and to the aims of the Cultural Revolution“ (Nickson 1992: 3).

konventionelle Wahlkämpfe mit üblichen Erklärungen bei Hausbesuchen wie: „2 Kreuze hier am Wahlzettel oder 2 deiner unter-18-Jährigen“ (Vortrag von Ghan Shyam Pandey, 23.4.2008) oder auch ein Mangel an Alternativen, mögen einige andere der Gründe gewesen sein.

Optimisten sehen zwar eine Chance, dass alternative zivilgesellschaftliche Vertreter nun mehr Gehör und Handlungsspielraum für ihre Anliegen an sozialer Entwicklung im Land bekommen können. Pessimistischere Stimmen sprechen jedoch von einem Schritt hin zu erneuter Destabilisierung im Land und der Möglichkeit einer kommunistischen Diktatur. Man kann annehmen, dass die Grenzen in jedem Falle sicher sehr dünn sind.

Ob gut oder schlecht, die Situation sieht heute großen Herausforderungen entgegen. Wie es der Economist als kritisches internationales Sprachrohr treffend beschreibt: „Of course, making big promises is easier than keeping them, and the Maoists will disappoint. The question is: how badly?“ (The Economist, 17.4.2008). Für Premierminister Pushpa Kamal Dahal, Chef und unter dem Namen Prachanda bekannter Anführer der maoistischen KP Nepals, werden diese schwer zu erfüllen sein.

Es ist ein 90-Punkte-Plan und eine Check List (Nepali Times, 12.-18.9.2008: 4) für die Rekonstruktion des vom langen internen Konflikt immer noch zerrütteten Landes erstellt worden. Stimmen behaupten, dass dies der größte und ehrgeizigste Plan ist, der jemals von einer Regierung präsentiert wurde. Einige der Ziele werden aufgrund einer Unmöglichkeit die entsprechenden Ressourcen aufzubringen, klar als unrealistisch eingeschätzt. Das beeinträchtigt die Glaubwürdigkeit der Regierung bei der Bevölkerung schwerwiegend und es kommt immer wieder zu Ausschreitungen in der Hauptstadt. Der Kommentar eines jungen Nepalesen beschreibt die Meinung vieler im Land treffend: „I suggest that PM [Prime Minister] Dahal should take care of his YCL cadres first and maintain law and order. Provide immediate relief to the people, not projects that takes 10 years to complete. Is the government trying to fool the Nepali people?“ (Kommentar von Nima Sherpa zum Artikel „The 90-point plan“ in: Nepali Times, 12.-18.9.2008).

Zusätzlich bestehen Probleme wie die lang diskutierte Sicherheitssektorreform weiter. Die Integration einstiger maoistischer Guerilla in die regulären Streitkräfte und die Reintegration und Kontrolle maoistisch-verbündeter Jugendgruppen, die während des Krieges auch effi-

zient in der „Youth Communist League (YCL)“ eingesetzt wurden, sind ein wichtiges Thema.³ Grundsätzlich scheint zu wenig Augenmerk auf unmittelbare Hilfeleistung gelegt zu werden. Infrastrukturelle Entwicklung, wirtschaftliche Reformierung, soziale Sicherheit und Recht und Ordnung sind im Blickpunkt für die nächsten Jahre. Aber alltägliche Probleme wie fehlendes Benzin, Strom und Gas zum Kochen, sowie Transportblockaden etc., bestehen weiter. Ein nationales Abkommen zu schließen wird eine große Aufgabe für die Versammlung sein. Ob man von den Nepalesen erwarten kann geduldig zu warten, bis eine neue Konstitution geschrieben ist und sie reale Veränderungen in ihren Leben wahrnehmen, ist die Frage. Denn wer in Konflikt mit seiner (Über-) Lebenssituation steht, wird nicht von Frieden sprechen. Frieden ist eine Sache der Definition. Wobei die Abwesenheit von Krieg relativ leicht zu definieren sein mag ist es meist wahrscheinlicher, dass Leute sich darüber uneinig sind, was einen wünschenswerten Zustand positiven Friedens darstellt (Barash et al. 2002: 427). Für viele Menschen in industrialisierten Staaten ist Frieden die Hoffnung auf eine gerechte und friedvolle Welt mit einem gleich bleibenden Status quo, mit einigen Verbesserungen an den Rändern, so wie garantierte Gesundheitsversorgung, Unterbringung der Kinder in guten Schulen oder einem wachsenden Aktienmarkt. In vielen weniger entwickelten Staaten spiegelt sich dies aber in komplexeren Dingen, wie in der Verwirklichung der Menschenrechte, in Nationaler Autonomie und in wirtschaftlicher Unabhängigkeit wider. Der zivilgesellschaftliche Vertreter Dr. Arjun Karki⁴ spricht sich daher stark für eine Friedensdividende aus: „Für die benachteiligten Menschen in Nepal bedeutet Frieden etwas anderes als für die politischen Entscheidungsträger und die gesellschaftliche Elite, die bis jetzt die einzigen waren, die den Frieden spüren und genießen konnten. Lebensmittelsicherheit bedeutet Demokratie, Trinkwasser bedeutet Lebensgrundlage und Schulgebäude, in denen Ausbildung

³ Dem Vorbild der Youth Communist League folgend haben sich in den letzten Jahren weitere so genannte „Youth Wings“ (Junge Parteien/Jugendparteien) entwickelt: Die „United Marxists Leninists' Youth Force“, die „Nepali Congress' Tarun Dasta“, die „All Nepal Democratic Youth Association“, die „All Nepal Democratic Youth Association“ und ein „Madhesi Youth Forum“. Die Bedeutung dieser Zusammenschlüsse ist in der derzeitigen Landessituation nicht zu unterschätzen. Schon während und auch noch nach dem Konflikt hat man immer wieder von illegitimen Übergriffen der YCL auf Dörfer und andere Jugendgruppen oder studentische Vereinigungen gehört.

⁴ Dr. Arjun Karki ist der Präsident von Rural Reconstruction Nepal (RRN), einer lokalen sehr aktiven zivilgesellschaftlichen Nicht-Regierungs-Organisation. Darüber hinaus sitzt er auch der NRO Föderation von Nepal vor, einem der größten NRO-Dachverbände des Landes.

regelmäßig stattfindet, bedeutet Frieden. Diese Dinge möglich zu machen bedeutet den Menschen eine Friedensdividende zu geben und versichert, dass sie nicht frustriert sind von den demokratischen Prozessen und politischen Führern“ (Nepal, Interview 11.3.2008).

Dies zu berücksichtigen ist für alle Menschen im konfliktgeschüttelten Land, doch besonders für nachfolgende junge Generationen essentiell, da diese in der sich rehabilitierenden Umgebung ihre Zukunft sehen.

3. Warum Kinder und Jugendliche?

Es gibt zahlreiche Gründe dafür, warum sich diese Arbeit auf die Behandlung von Themen spezialisiert, die die Gesellschaftsgruppe der unter 18-jährigen betreffen.

In jedem Fall werde ich versuchen aufzuzeigen, dass die nähere Betrachtung und partizipative Bearbeitung der Probleme und Attitüden von Kindern und Jugendlichen in Nepal als Vehikel dienen können, um zu tieferen Einblicken in die dem Konflikt zugrunde liegenden Entwicklungshemmnisse des Landes zu gelangen.

Grundsätzlich geht es also darum, Entwicklungszugänge von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, um Defizite in einem konfliktgeschüttelten Land wie Nepal zu kompensieren. Um nun bessere Entwicklungszugänge von Kindern und Jugendlichen in konfliktreichen Situationen – sowie auch Nachkriegssituationen – zu erreichen, kann man diese selbst als „Window of Opportunity“ betrachten (McEvoy-Levy et al. 2006: 9). Dies bezieht sich unter anderem darauf, dass uns besonders Kinder und Jugendliche oft unbewusst grundlegende Defizite, und somit auch Hinweise zu deren Lösungen, im täglichen Leben als Spiegel aufzeigen.

Wenn es zum Wiederaufbau der Gesellschaft kommt, muss eine komplexe Reihe an Herausforderungen in Betracht gezogen werden. Dabei kann es weiters eine große Chance sein, das Talent und die Energie, sowie den Drang nach stetiger Veränderung von jungen Menschen zu berücksichtigen. Sie können uns bei Miteinbeziehung konkret Auskunft über ihre Sichtweise und ihr Erleben der Dinge geben, wodurch die Gefahr subjektiver Interpretation vermindert wird.

3.1. Kindheit und Jugend in Nepal

Betrachtet man die Bevölkerungsstruktur Nepals, könnte man von einem „jungen“ Land sprechen. Von 27.1 Millionen der Gesamtbevölkerung sind 12.4 Millionen unter 18 Jahren (Coalition 2008: 246).

Die Definitionen von Kindheit und Jugend variieren wie immer stark, hier sogar innerhalb ein und derselben Kultur. Während meiner Untersuchungen habe ich festgestellt, dass die meisten (je nach sozialen und wirtschaftlichen Hintergründen) jungen Menschen in Nepal um mindestens fünf Jahre früher „erwachsen“ werden, als in vielen westlichen Industriestaaten. Die jugendliche Lebensphase kann aber auch hier weniger an Jahren gemessen werden, als grundsätzlich an dem Durchlaufen der Übergangsperiode (*Transition*) zwischen Kindheit und Erwachsensein. Diese Periode definiert sich dadurch, dass neue Erfahrungen, neue Rollen und neue Verantwortungen erlebt werden und besonders oft lebensbestimmende Entscheidungen getroffen werden müssen (Lloyd 2006 in UN World Youth Report 2007: xxxvi). Gesellschaftliche Phänomene wie die Globalisierung haben auch in Nepal die Werte und Kultur von Jugendlichen grundlegend verändert. Diese sind nun oft schneller bereit, traditionelle Strukturen in Frage zu stellen. Dadurch erfahren sie jedoch auch öfter Desorientierung, die durch tägliches Aufeinanderprallen traditioneller und moderner Wertesysteme und Normen entsteht.

Besonders durch den Konflikt zeigt der Anteil der als Jugendliche deklarierten Bevölkerungsgruppe, wie in vielen Entwicklungsländern, auch in Nepal eine überproportionale Ausstülpung (*bulge*) der demografischen Alterspyramide auf. Man kann also von dem Phänomen eines „Youth Bulge“⁵ sprechen. Aufgrund dieser Primogenitur bestehen lediglich für die Erstgeborenen entsprechende gesellschaftliche Aufstiegschancen. Die restlichen überschüssigen Nachkommen finden keinen adäquaten Platz in der Gesellschaft,

⁵ Youth Bulge (Englisch: Jugendüberschuss) ist ein von Gary Fuller erstmalig 1995 verwendeter Begriff, der die überproportionale Ausstülpung (*bulge*) der demografischen Alterspyramide in einer Gesellschaft bezeichnet. Nach Fuller liegt ein youth bulge überall dort vor, wo die 15-24-Jährigen mindestens 20 Prozent, bzw. die 0-15-Jährigen mindestens 30 Prozent der Gesamtgesellschaft ausmachen. Nach Gunnar Heinsohn entstehen durch bevölkerungspolitisch verursachte youth bulges die Voraussetzungen für Bürgerkrieg, Völkermord, Imperialismus und Terrorismus. Wenn große Teile der männlichen Jugend zwar ausreichend ernährt sind, aber keine Aussicht haben, eine angemessene Position in der Gesellschaft zu finden, stehe ihnen als einziger Weg die Gewalt offen: „Um Brot wird gebettelt. Getötet wird für Status und Macht.“ Der Grund liegt teilweise in den traditionelleren Gesellschaftsformen zahlreicher Länder der Dritten Welt. Das infolge der Bevölkerungsentwicklung hohe Angebot an unzufriedenen Jugendlichen in diesen Ländern der „Dritten Welt“, welche für die Ziele terroristischer Organisationen angeworben werden können, gilt so als partielle Ursache für den Terror – gerade gegen die zivilisatorisch fortgeschrittene „Erste Welt“, der gegenüber von Seiten dieser Jugendlichen – aufgrund des Bewusstseins der Rückständigkeit und Unterlegenheit – erhebliche Ressentiments bestehen (Wikipedia: Youth Bulge)

wodurch bei diesen eine große Diskrepanz zwischen individuellem Anspruchsniveau und gesellschaftlicher Realität besteht. Diese Bevölkerungsentwicklung bringt ein hohes Angebot an unzufriedenen Jugendlichen mit sich.

Eine übermäßig starke grenzüberschreitende Abwanderung der jungen nepalesischen Staatsbürger verzerrt dieses Bild in Nepal allerdings und verringert so rein praktisch die Ausbuchtung der Bevölkerungspyramide drastisch. Diese Umkehrung wirkt sozioökonomisch nachteilig. Der Verlust dieser Bevölkerungsteile drückt sich in Folge exponentiell in Wirtschaft, Kultur und Politik aus. Eine starke Abwanderung der als Jugendliche deklarierten Bevölkerungsgruppe ist indikativ für die derzeitige schwierige Situation und auch für die weiteren Entwicklungen im Land Nepal. In einem Vortrag hat Mr. Ghan Shyam Pandey der „Federation of Community Forestry Users in Nepal (FECOFUN)“ bestätigt, dass bei den Wahlgängen erschreckend wahrzunehmen war, wie wenige junge Erwachsene eigentlich noch im Land seien (Vortrag von Ghan Shyam Pandey, 23.4.2008).

Ein System von Wahlkarten gibt es nicht. Daher können die migrierten Staatsbürger normalerweise an der Wahl nicht teilnehmen. Das löst in Folge die Frage aus, ob das Ergebnis der Wahlen überhaupt repräsentativ für die Vorstellungen und Anforderungen der nachkommenden nepalesischen Bevölkerung sein kann?

4. Die Rolle der jungen Bevölkerung in Nepals Konflikt

So wie die Rollen der Jugendlichen in Nepal variieren, so facettenreich haben sie sich auch im Laufe des Konfliktes gezeigt.

Welche Rolle die junge Bevölkerung in Nepal bei der Entwicklung des jahrzehntelangen Konfliktes spielt, kann mit der in den 90er Jahren aufgestellten generellen These von Samuel P. Huntington⁶ auf theoretischer Ebene analysiert werden. Sie besagt, dass soziale und wirtschaftliche Veränderungen – wie Urbanisierung, die Erhöhung der Alphabetenrate und Bildung sowie die Ausweitung von Massenmedien – das politische Bewusstsein junger Menschen stärken, politische Forderungen erhöhen und somit (wenn möglich) auch politische Partizipation vermehren. Das primäre Problem der Politik ist ein entwicklungsspezifisches Hinterherhinken der politischen Institutionen gegenüber sozialen und wirtschaftlichen

⁶ Samuel P. Huntington war Universitätsprofessor an der Universität in Harvard. Seine Hauptinteressensgebiete waren: nationale Sicherheit, Strategie, kulturelle Faktoren in der Weltpolitik und amerikanische nationale Identität.

Veränderungen. Das Resultat ist politische Instabilität und Fehlsteuerung (Huntington 1968: 5).

Durch den Bau von Straßen und Schulen haben auch während des totalitären ‚Panchayat Systems‘⁷ soziale Veränderungen in Nepal stattgefunden. Die Jugend bekam – zwar in geringerem Maße, als heute durch die ansteigende Globalisierung – damals auch die Möglichkeiten und Werkzeuge, die notwendig sind, um ihre Leben mit denen außerhalb ihrer engen Gemeinschaften zu vergleichen und in Frage zu stellen sowie sie besser zu verstehen. Durch die in der Presse offenkundig werdenden entwicklungshemmenden Machtspiele der Regierungsmitglieder entstanden besonders bei dieser Gesellschaftsgruppe Frustrationen, die deren Bereitschaft sich einer radikaleren Weltanschauung anzuschließen, wesentlich erhöhte. Die politische Entwicklung hat also – wie im theoretischen Text von Huntington analysiert – tatsächlich der sozialen hinterhergehinkt. Man könnte sagen, dass in weiterer Folge die junge Bevölkerung mit ihrem naturbedingt starken Drang nach guten Zukunftsaussichten durch ihre Bildungserweiterung und der Fähigkeit Zeitungen zu lesen oft stärker politisiert wurde (Thapa/Sijapati 2005: 80).

Die französische Ethnologin und Wissenschaftlerin Anne De Sales beschreibt, dass schon bevor sich der Konflikt in seinem ganzen Ausmaß zeigte, die Realitäten, die die jungen Menschen anderswo kennen lernten oder erahnten, ihre Akzeptanz der schleppenden Entwicklungen im eigenen Land erheblich gesenkt und deren Veränderungsbereitschaft erhöht hatten. „Whether their personal journeys have been in search of a better education or, more commonly, in search of work, whether they have gone to the flatlands of the Tarai, to the capital, or abroad, they have come to contact with a modernity which, even if it is not viewed as 100% positive, marks ‚rubicon‘. The perception of rural areas like theirs as dead ends and going nowhere, forgotten by the rest of the world, discourages the young people, who are more inclined than in previous times to join a militant project for a society where they would have a more respected place and a

⁷ Das Panchayat System ist eine dem Feudalsystem ähnliche Autokratie, die dem König alle Macht zuschreibt. „On 15 December 1960 Mahendra, supported by the military, took power in a bloodless coup. He dismissed the cabinet, dissolved parliament, and arrested major political leaders, justifying his actions by reference to the emergency powers vested in him under the 1959 Constitution. Exactly two years later, he promulgated a new constitution which introduced the Panchayat political regime, under which all political parties were henceforth banned. The royal coup led to the first major split within the NCP“ (Nickson 1992: 2).

better life" (De Sales zit. nach Thapa/Sijapati 2005: 80).

4.1. Ausbildung in Nepal heute

Bildung hat in der nepalesischen Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Das wird immer wieder von der Regierung, aber auch von den jungen und alten Menschen⁸ selbst betont. Die Alphabetenrate stieg durch die Förderung der Schulbeteiligung seit der 50er Jahre von 2% auf rund 52% (Keck 2007: 114). Heute nehmen viel mehr Mädchen am Unterrecht teil als früher, wobei der traditionelle Gedanke, dass männliche Nachkommen bevorzugt werden wenn es wirtschaftliche Hemmnisse für einen Schulbesuch gibt, nach wie vor besteht (Keck 2007: 113f).

4.1.1. Das Ausbildungssystem – Schule als Kriegsinstrument

Um die Vernetzung der Bildung mit grundlegenden anderen Entwicklungsbarrieren des Landes zu verstehen, lohnt es sich einen Blick auf das Ausbildungssystem zu werfen. Ich stütze mich hierbei auf die These von Markus Keck, die besagt, dass „um die Sicht der Jugendlichen auf die Kriegsakteure in Nepal zu analysieren, es hilfreich ist das Bildungssystem zu betrachten, da es heute die wichtigste wissensliefernde Instanz darstellt“ (Keck 2007: 111). Das Schulwesen in Nepal gilt als eher zentralistisch, undemokratisch, kulturell unangepasst, außerdem selbst diskriminierend und fördert selten die Fähigkeiten der Schüler zu eigenständigem Denken und Beurteilen (ebd.: 113f). Aufgrund dieser Defizite gibt es nun viele private (meist mit Englisch als Unterrichtssprache) neben den öffentlichen Schulen. Das hilft zwar der Qualität, doch schürt es auch Ungerechtigkeit und vergrößert die Kluft zwischen arm und reich. Untere Schichten können sich Privatschulen nicht leisten, wenn sie überhaupt für die Uniform und Schulkosten der öffentlichen Schulen aufkommen können. Bei den Abschlussprüfungen, den so genannten School Leaving Certificates (SLC), werden aber Schüler von öffentlichen Schulen nach den gleichen Kriterien und Niveaus beurteilt, wie die der Privatschulen, obwohl zwischen den Wissensständen Welten liegen.⁹ Vor kurzem wurde eine Reformierung dieses Systems in Angriff genommen und zwei von einander unabhängige Prüfungen eingeführt. Doch

durch die großen Herausforderungen und Umwälzungen der neuen Regierungsgründung ist auch dieses Thema sehr zu kurz gekommen und es schafft noch immer nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Schüler den Abschluss (ebd.).

Während des Krieges und auch noch während der derzeitigen Umwälzungsphase wurden oft Schulen zu Zielen der Gewalt und der politischen Propaganda. Rekrutierungen, Kundgebungen und Werbeveranstaltungen der Armeen wurden in Schulgebäuden abgehalten, um junge Nepalis für ihre Ideologien zu gewinnen. Lehrer wurden aufgefordert maoistische Lieder mit den Kindern einzustudieren und neue revolutionäre Feiertage einzuführen.

5. Das Kastenwesen

Schon zuvor bezieht sich diese Arbeit mehrmals indirekt auf die intransparente Gesellschaftsstruktur Nepals, die sich durch ein traditionelles mit dem Hinduismus eng verknüpftes Kastensystem manifestiert. Dieses bildet die Grundlage für den Kampf der kommunistischen Gruppen, die sich vordergründig für sozialen Wandel und transparentere, gleichberechtigte soziale Strukturen im Land einsetzen.

Das Kastenwesen ist ein Wertesystem, welches das gesellschaftliche Leben regelt und einen integralen Teil der nepalesischen Gesellschaft begründet. Es beruht auf dem Prinzip der rituellen Reinheit. Nach diesem Prinzip wird jedem Menschen ein bestimmter Platz in der Gesellschaftshierarchie zugeteilt. Zwischen den Hierarchien gibt es scharfe Trennlinien.¹⁰

5.1. Einfluss der Verwendung des Kastensystems als Kriegsgrund und Kriegskatalysator auf die Jugendlichen

Aufgrund dieser starren und einschränkenden (streng hierarchisch-patriarchalisch) sozialen zusammen mit der stagnierenden wirtschaftlichen und politischen Situation im Land konnte ein notwendiger Wandel nicht von Statten gehen. Die Maoisten, die sich als organisierte Rebellengruppe für die Beendigung dieser Repression an die Frontlinien des Kampfes stellten, hatten es somit leichter, Sympathisanten zu finden. Sie fokussierten ihre Rekrutierungsvorhaben oftmals auf die unberührbaren Kasten (Dalits), die Schätzungen zufolge unge-

⁸ Laut Informationen von meinen Forschungsarbeiten (November 2007 bis März 2008), gewonnen durch zahlreiche Aussagen von persönlichen Bekannten, Abgeordneten und Freunden, die zwischen 6 und 80 Jahren alt sind.

⁹ Laut Informationen aus Gesprächen mit Mrs. Sabita Rayamajhi (Dezember 2007), Hausfrau und früher in der Administration der Jugendgruppe *Scouts* beschäftigt.

¹⁰ Mit diesem gesellschaftlichen Status wird die Verhaltensweise in vielen Situationen festgelegt, das Essen, das Grüßen, aber auch die Tätigkeiten innerhalb des Berufs oder gar der Beruf selber. Die Kastenhierarchie ist fest verknüpft mit dem Hinduismus, welcher in Nepal eine Lebensauffassung fundiert, in der jede Sache ihren festen Platz in einer Ordnung hat, so wie auch jeder Mensch.

fähr ein Fünftel der 27 Millionen-Bevölkerung Nepals ausmachen. Als Resultat behandelten besonders während des Konfliktes der Regierung angehörige Truppen die untere Schicht dieses rigiden Systems mit noch mehr Verdächtigungen. Das wiederum erhöhte deren Gefährdung gegenüber verschiedenster Formen der Diskriminierung und des Missbrauchs (Washington Post, 14.6.2005: A18).

6. Der Einsatz von Kindersoldaten

Das Einsetzen von Kindersoldaten ist ein weiterer Teil dieses breiten Mosaiks von gesellschaftlicher Diskriminierung und Missbrauch beider Seiten im Krieg. In einem untersuchten Dorf, das als Basisstation für 500 Maoisten diente, wurden mindestens 200 Kinder unter ihnen entdeckt (ebd.). Ende Februar 2007 wurde an den „UN Security Council on Children in Armed Conflict“ berichtet, dass ungefähr 1 995 Kinder in die Kriegsparteien involviert waren. Der größte Prozentsatz war der KPN-M angeschlossen (Coalition 2008: 247f).

Die Gründung der maoistischen Youth Communist League hat im Krieg, in der Verwaltung und im Einsatz von Kindersoldaten eine entscheidende Rolle gespielt. Viele der jungen Menschen haben dort ihren offiziellen Platz gefunden. Die Maoisten haben damit ein *Loophole*¹¹ in der Gesellschaft aufgedeckt, das Fehlschläge, Verälderungen und Negationen aufzeigte. Sie haben also das „Window of Opportunity“ schon früh erkannt und auf ihre Weise effizient für sich genutzt. Indem die maoistischen Truppen den Jugendlichen – besonders denjenigen aus unteren Gesellschaftsschichten – nicht nur eine wirtschaftliche Überlebenschance, sondern durch ihre Ideologie auch die Möglichkeit eines Gefühls von Parti-

zipation, Zugehörigkeit und Mitbestimmung, sowie das Ausbrechen aus ihrer schicksalhaften gesellschaftlichen Unterdrückung, boten, haben sie nicht viel dazu tun müssen, viele junge überzeugte Anhänger für sich zu gewinnen.

Gebündelt haben die erwähnte diskriminierende Struktur sowie auch der stetige Abbau des Bildungssystems während der Kriegsjahre eine sehr große Anzahl von Kindern in die Volksmiliz getrieben. Das systematische Schließen von Schulen, und da daher die Ausbildung der Kinder oftmals unterbrochen wurde, hat noch weiter dazu beigetragen. Ausgangssperren haben es den jungen Leuten oft unmöglich gemacht ihre Abschlussprüfungen abzulegen und hat sie so im Fortsetzen und Weiterverfolgen ihrer Ausbildung zurückgeworfen und letztlich damit auch ihre beruflichen Möglichkeiten minimiert. Dass Dalit-Kinder im Ausbildungsniveau am weitesten zurückliegen, hat sie natürlich noch anfälliger dafür gemacht der maoistischen Bewegung beizutreten. Schon alleine das Versprechen von regelmäßigen Mahlzeiten ist manchmal genug, um ein Kind von einem Beitritt zu überzeugen (CHRGJ 2005: 42). Für zahlreiche Kinder und junge Menschen bedeutete der Beitritt in die Truppen als Kämpfer daher eine mehr oder weniger gute (doch meist die einzige) Option sich ein Überleben zu sichern.¹²

Die Folgen dieses Wechselspiels von Krieg, Armut und Diskriminierung in Nepal hat der Universitätsprofessor und Ethnologe David Seddon¹³ auf den Punkt gebracht: „Young people in rural areas are increasingly faced with the choice of joining the Maoists or fleeing to avoid conscription. This is removing some of the most able-bodied household members with direct effects on livelihood and food production“ (Adhikari/Seddon 2003: 78). Sind die Kinder und Jugendlichen den Truppen also nicht ‚freiwillig‘ beigetreten, sind sie oft während und nach dem Krieg alleine in die städtischen Gebiete geflüchtet, um Zwangsrekrutierung zu vermeiden. Diese Kinder, oft geblendet durch falsche Versprechungen und ohne soziale Netzwerke, schafften es nicht in Schulen aufgenommen zu werden und sind dann oft-

¹¹ Ein *Loophole* stellt so etwas wie eine Gesetzeslücke oder eine Hintertür dar, die sich auf die Schwächen und Defizite durch Nicht-Berücksichtigung und Nicht-Erfüllung bestimmter Bedürfnisse und Werte innerhalb der betroffenen Gesellschaft bezieht. Wird diese entdeckt und zu den eigenen Gunsten ausgenutzt, kann dies viel Macht geben. Der Weltjugend Report 2007 der Vereinten Nationen legt grundlegende Indikatoren fest, in denen eine Gesellschaft jungen Leuten passende Führung und Grundlage zur Entwicklung bieten muss: Erziehung/Ausbildung, Gesundheit, Beruf, Sport und Erholung. Sind diese Indikatoren befriedigt, wird es jungen Menschen leichter fallen die Übergangsphase von Jugend zum Erwachsensein erfolgreich zu erleben und dann auch sinnvoll zur Entwicklung ihrer Gesellschaft beitragen können. Negiert man die Unterstützung in diesen oder einem dieser Bereiche jedoch, entsteht ein *Loophole* und man kann zum Beispiel Jugendlichen nicht mehr das nötige Kapital und Wissen zur Verfügung stellen, das benötigt wird um informierte Entscheidungen zu treffen und voran zu schreiten. Das kann deren Entwicklung aufhalten/abweichen oder sie Befriedigungen anderswo suchen lassen, mit potentiellen desaströsen Konsequenzen für die Gesellschaft als Ganzes (UN World Youth Report 2007: 232ff).

¹² Es gibt zu bedenken, wie freiwillig hier „Freiwilligkeit“ zu verstehen sein kann. Studien beweisen, dass Hungersnot und somit pures Überleben die Hauptgründe für einen Beitritt in die Truppen sind und Wege aus dem Dilemma niemals angeboten werden, was wiederum die Unumkehrbarkeit der Entscheidung bestätigt (Brett/Specht 2004: 41ff).

¹³ David Seddon ist Anthropologe und Archäologe. Er ist ein Spezialist für soziale Entwicklungen. Seine hauptsächlichen Forschungsthemen setzen sich mit den Kämpfen (individuell und kollektiv) von armen Menschen in Entwicklungsländern auseinander, um deren Leben und Lebensumstände zu schützen und zu verbessern.

mals orientierungslos auf den Straßen der Großstadt wieder zu finden. Sie laufen besonders Gefahr, Ziele von Gewaltübergriffen zu werden, im Speziellen von sexueller Gewalt und Menschenhandel.^{14,15}

Die Tatsache, dass beide – doch besonders die maoistische – Armeen überwiegend aus jungen Männern und Frauen bestanden¹⁶, kann außerdem darauf zurückgeführt werden, dass die symbolische Mobilisierung (durch Kriegsparteien) gerade bei jungen, ungebundenen Menschen funktioniert. Eine kollektive Identität, eine Aussicht auf eine bessere Zukunft, auf Ehre und Anerkennung ist für viele junge Menschen Grund genug sich einer Partei anzuschließen (Fujikura 2003: 24f). Dalit-Männer und -Frauen, die starke gesellschaftliche Marginalisierung erfahren, mögen ein Gefühl von noch nie da gewesener Autorität, Kontrolle, und Empowerment in den meist eher

¹⁴ Eine kürzlich erhobene Studie mit den Straßenkindern in Katmandu hat ergeben, dass erschreckende 95% der Kinder, die auf den Straßen schlafen, an mindestens einer Form des Missbrauches leiden. Missbrauchsoffer leiden an schwerwiegenden Langzeitfolgen. Mangelndes Selbstwertgefühl und verminderte emotionale Entwicklung sind üblich, und viele der Kinder lernen sich in ihrer Umgebung mit Problemen gewalttätig auseinanderzusetzen oder sich um den Verstand zu trinken oder mit Drogen zu betäuben. Der Report besagt, dass der Wunsch eines Kindes geliebt zu werden der häufigste Grund dafür ist, sich auf jegliche Weise missbrauchen zu lassen (Nepali Times, 12.-18.09.2008: 13).

¹⁵ Eine weitere tragische Tatsache ist, dass viele arme ländliche Familien aus Verzweiflung ihre Kleinkinder an reichere oder über die Grenze an indische Familien verkaufen oder verschenken, wo diese dann als Sklaven arbeiten und leben.

Nationale und internationale Adoption ist ein weiteres ungeklärtes Problem des Landes. Die Regierung ist allerdings weit davon entfernt eine Adoptionsbestimmung festzulegen, da die Ministerien zu sehr mit den Wahlen und der Neuorientierung Nepals beschäftigt sind. Weltweit ist Inter-Country Adoption weitgehend von Korruption und Missbrauch geprägt. Ohne legale Reformierungen wird diese Malpraktik weitergehen und Kinder werden weiterhin ungeschützt sein.

¹⁶ Es gab bei den CPN-M mehr Frauenbeteiligung als in jeder anderen politischen Partei. Die Gunst der Frauen errangen sich die Maoisten besonders durch das Bekämpfen von Alkoholismus und Polygamie und anderen sozialen Praktiken, die Frauen direkt austragen müssen. [...] Die Maoisten haben ganze Bezirke als alkoholfrei erklärt, was vielen Frauen bezüglich häuslicher Gewalt zugute kam. Auf der anderen Seite ist diese Maßnahme ein gutes Beispiel für eine bruchstückhafte Lösung eines vielschichtigen sozialen Problems. Deshalb hat es zum Beispiel den Aspekt, dass viele Familien in ländlicheren Regionen vom Brauen von Alkohol leben, außer Acht gelassen (3% des GDP, 30 000 Menschen). Dies stellt aber auch einen weiteren sich teilweise positiv auswirkenden Aspekt des Konfliktes dar: das Empowerment der Frauen aufgrund der Abwesenheit der männlichen Familienoberhäupter in den Häusern. Es sei allerdings auch hier zu beachten, dass dies kurzfristig auch zusätzliche Probleme zu Hause schaffen kann, auf die die Familienmitglieder nicht vorbereitet sind. In einem Status nationaler Unsicherheit kann sich so etwas sehr schnell wieder umkehren (Thapa/Sijapati 2005: 157f).

*meritokratisch*¹⁷ organisierten Truppen erleben. Dem Letzteren liegt allerdings eine, fehlgeleiteten Befreiungskämpfen typische, Ironie zugrunde. Den genannten Effekt gab es selbst bei den Maoisten nämlich oftmals nur in ideologischen Ausflügen in die manipulative Kriegspropaganda, da sie mit den niedrigen Kasten in erster Linie die niedrigen Ränge ihrer Truppen gefüllt haben (HRW 2007: 29).

Seit Anbeginn des Kampfes hatten militärische Werte die Werte und Normen der Bürger und der Politik überlagert. Der von ihnen selbst so genannte „gerechte Krieg“ der Maoisten hat Aktivitäten des Terrors, wie Bombardements öffentlicher Infrastrukturen, Sabotage des öffentlichen Lebens durch Streiks, Sanktionen und Beeinflussung des Sicherheitspersonals, um den Staat zu destabilisieren, sowie Diskriminierung und Ausbeute der schon Benachteiligten, beinhaltet. Einschüchterungen und Tötungen von Bürgern, die als „Volksfeinde“ abgestempelt wurden, waren Teil ihrer Methoden (Fujikura 2003: 24f). Seit 1996, als die Maoisten den „People's War“ gegen die nun 237 Jahre alte Monarchie begannen, hat der Konflikt 13 000 Menschenleben gekostet, von denen viele unschuldige Bürger waren.

7. Auswirkungen heute

7.1. Nachkrieg, Frieden, Realitäten

Heute, 3 Jahre nach dem letzten Friedensabkommen war besonders für die Gruppen der Bevölkerung, die aus ländlichen Regionen und/oder niedrigeren Schichten kommen, die Wiederherstellung der Demokratie im Land ein Schritt zu erneuter Hoffnung auf soziale Transformation. Diese könnte ihnen ermöglichen, mehr am Leben in ihrem Land teilzunehmen und ihre Zukunft zu gestalten. Aber die größten Herausforderungen heute gehen nach wie vor zu den Wurzeln des Konfliktes zurück: Armut, Ungerechtigkeit und Diskriminierung. Denn, die größten Kosten des Konfliktes waren der Rückzug der lokalen Regierung und eine stagnierende Entwicklung in einem schon sehr armen Land (Nepali Times, 5.-11.09.2008: 2).

¹⁷ Eine Meritokratie (lat.: *meritum* „das Verdienst“ und griech.: *κρατεῖν*, *kratein*: „herrschen“) ist grundsätzlich eine Regierungs- oder Führungsweise, bei der Mitgliedschaften und Posten aufgrund der Leistung des Menschen vergeben werden. Jedes Mitglied der Gesellschaft nimmt im Idealfall die verdiente Position ein. Impliziert ist, dass kein Missbrauch der Position stattfindet. Die Idee der Meritokratie kann in Staaten sowie in politischen oder wirtschaftlichen Organisationen angewendet werden. Der Meritokratie steht die Idee des Egalitarismus entgegen, die dem Einzelnen unabhängig von Leistung und Einsatz gleichen Einfluss und gleichen Zugang zu Gütern zuspricht (Wikipedia: Meritokratie).

Wie schon zuvor erwähnt bestehen die alltäglichen Probleme der Menschen im derzeitigen Nepal fort. Nachhaltigen und positiven Frieden zu schaffen heißt auch in Nepal mehr, als ein Abkommen zu unterzeichnen. Daher möchte ich hier die allgemein anerkannte These, dass Konflikte nach Friedensabkommen fortbestehen (McEvoy-Levy et al. 2006: 9) unterstreichen. Empirische Untersuchungen haben ergeben, dass während politischer Transformationsphasen Randgruppen der Gesellschaft¹⁸ besonderer Berücksichtigung bedürfen, um weitere Konflikte, Abspaltungen und Massenfrustrationen zu vermeiden und anhaltenden Frieden zu gewährleisten.¹⁹ Spezielle Curricula sind notwendig um die Bedürfnisse entstandener, man könnte sagen neuer Gesellschaftsgruppen, zu bearbeiten (UNOCHA 2008: 16).

7.1.1. Reintegration von Kindersoldaten

Im Bezug auf Kinder und Jugendliche ist einer der wichtigsten Aspekte in Nepals Nachkriegssituation die Reintegration von Kindersoldaten. Die Vereinten Nationen bestätigen, dass die Reintegration von Kindersoldaten eine Schlüsselfunktion des Nachkriegs-Arbeitsbereiches „Demobilisation, Disarmament and Reconstruction (DDR)“ darstellt (UNOCHA 2008: 15). Die am 23. Jänner 2007 mit der Annahme der Resolution 1740 gegründete „United Nations Mission in Nepal (UNMIN)“ zur Unterstützung des offiziell seit 2003 laufenden Friedensprozesses, hatte bestätigt, dass mehr als 4 000 Personen (unter ihnen unzählige unter 18-jährige) aus den Kasernen der Maoisten entlassen werden sollten.

Die Reintegration von diesen Kindern und Jugendlichen, besonders von den im Fachjargon so genannten „Children Associated with Armed Forces and Armed Groups (CAAFAG)“, sieht großen Herausforderungen entgegen, während die politische Situation im Land instabil bleibt. Es würde den Rahmen dieses Dokumentes sprengen auf die facettenreichen Barrieren, die eine erfolgreiche Rehabilitation dieser Kinder und Jugendlichen oft hindern und sie so zu Randgruppen macht, einzugehen. Grundlegend kann man die Folgenden als omnipräsent betrachten: Gesellschaftliche Stigmatisierung aufgrund von Gewalttaten, *Selbst-Erfüllende* Bezeichnungen (auf immer Opfer oder Täter), Desorientierung, Trauma,

mangelnder Selbstwert, Verlust sozialer Netzwerke, eine bessere Lebenssituation im Krieg (Essen, Luxusgüter, etc.), politische Nichtmitteinbeziehung und Enttäuschungen, wirtschaftliche Stagnation (Arbeitslosigkeit, Landwirtschaftssektor unattraktiv), traditionelle Hierarchiegeflechte gegenüber moderneren Erfahrungen, Bildungsrückstand, spirituelle Verschmutzung und neue Identitäten etc.²⁰

Trotzdem im Friedensabkommen Kindersoldaten und deren Rehabilitation explizit genannt sind, haben sich die Maoisten lange Zeit geweigert ihre Kindersoldaten zu entlassen und sogar deren Existenz geleugnet.

“We have never taken the policy to recruit children into our army. But in our military, they feed some children whose parents were martyred. We had some cases where we found that some cadres were children. We have returned them to their parents and helped them to go get an education. There has been a tremendous exaggeration on this issue by the palace and vested interests”, war die übliche Antwort Prachanda’s und seiner Gefolgsleute (HRW 2007: 29).

Doch die konstante Verleugnung Kinder in ihren Truppen zu haben wird den Schaden, den sie bis jetzt schon erlitten haben, nur noch verschlimmern, wodurch auch Rehabilitationsmaßnahmen schwieriger und gefährlicher werden (Asia News, 22.02.2007).

Auch die Gemeinschaften sehen großen Aufgaben entgegen, ihre jungen Mitglieder wieder aufzunehmen. Nicht nur, dass sie oft selbst unter den ihnen aufgezwungenen Gewalttaten litten oder diese mit ansehen mussten, sondern auch da sich die Persönlichkeiten dieser jungen Menschen oft auf eine Weise verändert haben, die ein traditionell funktionierendes Sozialgeflecht grundlegend herausfordern.

“I'm not sure if my community will easily accept us back because they still hate the Maoists a lot”, sagt ein 15-jähriges Schulmädchen, dass in die Kulturprogramme (Propaganda-/Werbeprogramme) der Maoisten involviert war (UNOCHA, IRIN 2007).

Meinen Untersuchungen und Feldstudien zufolge wurden Anfang 2008 viele Kindersoldaten offiziell von den Maoisten entlassen und auf den Wegen der Dörfer gefunden.

Die Arbeit für die Sozialarbeiter, die offiziell und auch oft inoffiziell entlassene ehemalige Kindersoldaten, die in den bergigen Dörfern und in den Wäldern des Landes oft verloren

¹⁸ Ein großer Teil der heranwachsenden jungen Bevölkerung Nepals wurde durch starke Ungerechtigkeiten und interne Deplatzierung wirtschaftlich, sozial und politisch noch weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt, weshalb man hier im weiteren Sinne von einer „Randgruppe“ sprechen kann.

¹⁹ Dieses Wissen habe ich in Gesprächen mit Dr Sarba Raj Khadka, Executive Director und Jugend-Programm Beauftragter von Rural Reconstruction Nepal, in meiner Trainingsperiode erlangt.

²⁰ Ich werde im weiteren Verlauf dieser Arbeit indirekt weiter auf die genannten Aspekte eingehen. Für detaillierte Ausführungen steht meine Master-These „At the Front Lines of Peace-Building – Young Ex-Combatants in Post-Accord Sierra Leone“ (Scherzer 2006) zur Verfügung.

und orientierungslos überleben, finden sollen (*tracing*), ist hart. Die ganze Region ist sehr schlecht erschlossen und Dörfer liegen tagelange Fußmärsche von einander entfernt. Oft müssen sich die Sozialarbeiter trennen, um die von den großen internationalen Organisationen vorgegebenen Zeitpläne einzuhalten. Die Arbeit in den einsamen unerschlossenen Regionen birgt für die selbst oft noch jugendlichen Sozialarbeiter viele Gefahren. Abgesehen von alltäglichen Gefahren, stören die Maoisten gerne ihre Arbeit und drohen sogar oft damit diese zu boykottieren. Sie sind der Meinung, die Kinder selbst integrieren und rehabilitieren zu können und trauen der Arbeit der lokalen Organisation nicht. Oftmals müssen die Aktivitäten tagelang angehalten werden, um die Situation nicht zu verschärfen und Kinder und Sozialarbeiter zu schützen. Die erhobenen Daten müssen außerdem streng vertraulich und die Arbeit so unauffällig wie möglich gemacht werden, um eine erneute Rekrutierung der identifizierten Kinder und Jugendlichen zu vermeiden.²¹

7.2. Das Phänomen der Abwanderung und dessen heutige Auswirkungen

Wie schon anfangs erwähnt wird sich ein Hauptaspekt dieser Arbeit mit der stark ausgeprägten Abwanderung der Jugendlichen aus Nepal beschäftigen. Die starke Ausprägung dieses Phänomens kann uns im Fall Nepals als Werkzeug dienen, um Defizite im Land zu erkennen. Im Folgenden werde ich die Situation, ihre Gründe sowie ihre Folgen skizzieren.

„If you close the door they will leave through the window“, Saru Joshi, UNIFEM (Nepali Times, 1.-7.09.2006: 4).

Das in Nepal schon zu lange andauernde Wechselspiel zwischen Armut und Krieg zusammen mit den unscheinbaren Resultaten der Friedensprozesse, gebündelt mit den schon genannten entwicklungshemmenden Problemen, haben heute so etwas wie eine „Jugendkrise“ im Land ausgelöst. Diese äußert sich in einer immer stärker werdenden Abwanderung. Das Phänomen der Abwanderung gibt es heute am Land sowie in der Stadt von Nepal. Es unterscheidet sich innerhalb der Gesellschaftsschichten nur durch das geographische Ziel der Abwanderung (national/international).²²

²¹ Informationen durch Felduntersuchungen in Sankhuwasava, nordöstliche Bergregion, Jänner 2008.

²² Informationen meines Forschungsaufenthaltes ergeben, dass ärmere Schichten nach wie vor in die südlicheren, oft allerdings sehr krisengeschüttelten Gebiete wie dem Terai, an die indischen Grenzen als Hilfsarbeiter ziehen. Reiche-

Wie in einem kürzlich veröffentlichten Zeitungsartikel berichtet haben Jugendliche, die jetzt in der 10. Klasse sind (ungefähr 13-15 Jahre), niemals ein friedvolles Nepal erlebt. Es gaben ungefähr 55% der StudentInnen an, dass sie versuchen würden ins Ausland zu gehen. Dieses Ziel basiert auf ihrem Bedürfnis nach Ausbildung und einer besseren Zukunft für sich und ihre Familien. Sie geben oftmalige Schließungen ihrer Ausbildungsstätten, ein Fehlen von Berufsmöglichkeiten, politische Instabilität und ihre eigenen niedrigen wirtschaftlichen Lebensstandards als beitragende Gründe an (The Kathmandu Post, 15.01.2008: 1-3). Die Folge daraus ist erschreckend: Jeden Tag verlassen mehr als 500 junge Frauen und Männer (in oft sehr jungen Jahren) das Land auf der Suche nach besseren Möglichkeiten, höherer Ausbildung oder Berufsanstellung (Nepali Times 2006, 1.-7.9.2006: 4).

In den letzten Jahren ist die Anzahl der nepalesischen Studenten die im Ausland studieren rapide gestiegen. Nach einer Studie des Institute for International Education in New York hat sich die Anzahl zwischen 2006 und 2007 um 27,9 Prozent gesteigert (Nepali Times, 12.-18.9.2008: 7).

„What do you think will happen, if the trend goes on like now?

Hm, It will be bad, very bad. – Nepal will be empty?“ Pushpa Raut, RRN²³

Von den meisten Menschen wird dies schlechthin als moderne Erscheinung mit dem Ausdruck „*Brain Drain*“ erklärt. Somit wird es allerdings als das, was es an der Oberfläche zu sein scheint, hingenommen. So eine Herangehensweise ist fragmentiert, irreführend und entwicklungshemmend. Da Phänomene wie diese fast immer das Resultat von tiefer liegenden Ursachen, Zusammenhängen und Wirkungsgraden sind, ist eine komplexere Betrachtungsweise zur Verbesserung der Situation unabdinglich. Ich möchte behaupten, dass solche Phänomene, wenn analytisch betrachtet, uns sehr viel über die Missstände der Landessituation mitteilen können. Wenn man auf die Beweggründe der jungen Menschen blickt und dafür beispielsweise ihrer eigenen Beschreibung der Situation genauer zuhört, erkennt man meist grundlegende Nicht-Erfüllungen von Werten, die die betroffene

re versuchen längerfristige Arbeitsstellen in Indien, anderen asiatischen und arabischen Staaten zu bekommen. Die gebildete Elite des Landes strebt industrialisierte Hauptstädte der umliegenden Staaten sowie Europa und vorzugsweise Amerika an.

²³ Mr. Pushpa Raut ist Project Coordinator des CAFAAG Programs (RRN Staff), Informelles Interview Jänner 2008, Sankhuwasaba, Nepal.

Bevölkerungsgruppe in eine Position manövriert (hat), die sie handlungsunfähig macht. Es stellen stark auftretende Phänomene wie die Abwanderung hier also in zweierlei Hinsicht einen Hoffnungsdimmer dar. Nicht nur ist es für die Abwandernden oft ein solcher, sondern kann ein Verstehen und Behandeln des Problems auch ein Grundpfeiler der nachhaltigen gesellschaftlichen Rehabilitation im Land sein.

7.2.1. Auswirkungen der Abwanderung

Die Auswirkungen, die die starke Abwanderung der Jugendlichen längerfristig mit sich bringt, sind weitreichend. Die, zusammengefasst, durch das Kastensystem, das Ausbildungssystem, den andauernden Konflikt und einen Mangel an Möglichkeiten entstehende Abwanderung und Deplatzierung der unter 18-jährigen Bevölkerung Nepals hat gravierende nationale und internationale Folgen.

Viele junge Leute verlassen das Land schon in sehr jungen Jahren. Durch entscheidende Entwicklungsjahre in einem sozialen und kulturellen Umfeld – welches sich oft sehr von dem unterscheidet in welchem sie aufgewachsen sind – wird es ihnen unmöglich, einen konstruktiven nationalen Gedanken aufrecht zu erhalten, der ihrem Land später, wenn sie junge Erwachsene sind, zugute kommen würde, vorausgesetzt sie kommen überhaupt zurück. Eine „Downward-Spirale“ der Wirtschaft setzt sich durch unzureichende neue und moderne wirtschaftliche Aktivitäten fort. Ein gravierender sozio-politischer Verfall wird durch den Mangel an politischer Nachfolgerschaft induziert. Dabei durchläuft auch das gesamte Wertesystem der Gesellschaft Veränderungen, die möglicherweise schwer zu revidieren sein werden. Abgesehen davon verliert das Land den Großteil seiner gebildeten Elite und somit an Entwicklungspotenzial, das Nepal immer wieder um viele weitere Jahre zurückwirft. Auf indier Ebene – für die Verlassenen sowie für die, die ihren sozialen Kreis verlassen – bedeutet die Entzweiung meist Stress. Der „Intergenerational Contract“²⁴ wird als gebrochen empfunden. In einem Land wie Nepal, in dem das Öffentliche (d.h.: der Sozialstaat) oftmals ineffizient oder inexistent ist, bringt das für die Zurückbleibenden existenzbedrohenden mit sich. Die Unabhängigkeit, die neuen Ideen, Meinungen und Fähigkeiten, die in anderen Ländern erworben werden, können sich *positiv* auswirken, wenn sie Barrieren zur Partizipation aufheben. Sie können aber auch *negativ* wirken wenn sie auf Ablehnung oder

²⁴ Ein „Intergenerational Contract“ ist eine Vereinbarung zwischen verschiedenen Generationen. Sie nimmt an, dass zukünftige Generationen diese Vereinbarung in Ehren halten und somit einer Generation dienen werden, die dasselbe für eine ältere Generation getan hat.

Unanwendbarkeit stoßen, was wiederum gefährliche Frustrationen bis zu einem Gefühl der Erniedrigung bei den betroffenen jungen Menschen auslösen kann.

Transnationale Ehen und ihre Schwierigkeiten sind neben Ausbeutung, Armut und Ausgrenzung in fremden Kulturen und Gesellschaften bis hin zum Menschenhandel und zur Versklavung (besonders von Frauen) einige weitere dramatische oft ungeahnte Folgen dieses Trends.

Wenn effektiv und effizient kanalisiert kann der durch Auslandsarbeit entstehende Kapital- und Know-how Rücklauf (Remittances) eine Ressource sein, die die Wirtschaft ankurbelt und Ausbildung für andere möglich macht, die die grenzüberschreitenden Erfahrungen nicht machen konnten. Leider erreichen diese Ressourcen ihre Bestimmung allzu selten. Außerdem wird für das Studieren im Ausland oft so viel Geld ausgegeben, dass, wenn es überhaupt zur Arbeitsmöglichkeit kommt, die Familien nur wenn sie Glück haben kostendeckend aussteigen.

Zu allem Überfluss kommen Männer vom Ausland oft nicht mehr wieder, die Frau in einer patriarchalisch diskriminierenden Gesellschaft alleine zurücklassend. Oftmals kommen sie aber auch mit Krankheiten, z.B.: Sexuell Übertragene Krankheiten (STDs), zurück ins Land zu ihren Familien.²⁵

8. Tackling the Problems

8.1. Partizipation als Grundlage

Eine Studie von UNICEF besagt: „Adolescent well-being can be most effectively achieved by strengthening young people’s capabilities, enlarging their access to opportunities, and providing them with safe and supportive environments“ (UNICEF 2001a: 8).²⁶

²⁵ Mit einer Visa Gebühr von rund 9 000 Rs verdient die Botschaft mehr als 50 Millionen Rs in einem Monat. Zwischen 1997 und 2000 gaben Nepalis rund 54 Billionen Rs aus, um im Ausland zu studieren. Zwischen 1990 und 2005 hat sich die Zahl der im Ausland Studierenden verdoppelt, was bedeutet, dass Studenten jährlich mehr als 30 Billionen Rs ausgeben um in fremden Ländern zu studieren (Nepali Times, 12.-18.9.2008: 7).

²⁶ Der UNICEF-Report erklärt weiters: „Here, *capability* shall mean to having the information, skills, abilities, confidence and understanding to participate according to one’s choosing; opportunity is the means to be able to both actualize capabilities and to further strengthen them, through access and useful connections with organizations, services, associations, systems and other resources; and *safe/supportive environments* mean the people, structures and processes around the adolescent – from the domestic to global levels – that are encouraging, facilitative and enabling of adolescent participation“ (UNICEF 2001a: 8).

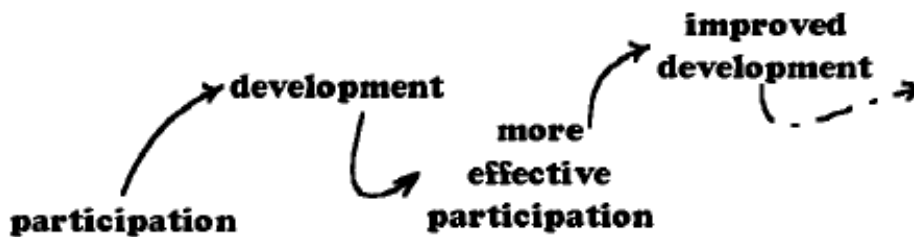


Abbildung 1: "The Virtuous Sequence of Participation and Development" (UNICEF 2001a: 9).

Es kann in Folge als generell wahr anerkannt werden, dass Menschen, jung und alt, mehr über sich, ihre Entwicklung, die ihrer Umgebung und alles was dazu gehört, lernen, wenn sie aktiv daran teilnehmen.

8.2. Troublemakers or Peacemakers?

In vielen Studien²⁷ und Gesellschaften geschieht es, dass junge Menschen und besonders jene, die sich aktiv an Konflikten beteiligen, als unwissend und unberechenbar abgestempelt werden. Durch die fragmentierte Analyse, dass Staaten, in denen der Jugendanteil überdurchschnittlich hoch ist, konfliktanfälliger sind, werden junge Leute oft noch mehr an den Rand betroffener Gesellschaften gedrängt. Dies berücksichtigt nicht und man sollte stattdessen beachten, dass gerade diese oft schon unter grundlegenden Benachteiligungen, wie einem fehlenden Zugang zu Ausbildung, Ausgrenzung von politischen Entscheidungen und einer daraus resultierenden Unfähigkeit sich ihren Lebensunterhalt zu sichern, leiden. Politische Entscheidungsträger nehmen zu oft die wirtschaftliche Marginalisierung oder politische Unterdrückung der jungen Bevölkerung nicht als Priorität in schon existenten Spannungsfeldern an. Das kann Frustrationen auslösen und somit auch das Bedürfnis zum oppositionellen Handeln erhöhen.

Die Geschichte hindurch haben junge Leute aber große Courage und Überzeugung bewiesen friedvoll für das einzustehen, an das sie glauben. Angefangen von den Straßen in Prag, wo die junge Bevölkerung gegen sowjetische Besetzung demonstrierte, bis hin zu Little Rock, in Arkansas (US), sich gegen die Rassentrennung in Schulen aussprechend. In Soweto (Südafrika) sind einst tausende junge Menschen gegen die Apartheid aufgestanden. Jugendliche waren es die in Deutschland, Italien und Frankreich die ersten Projekte für eine europäische Föderation nach dem Zweiten Weltkrieg initiier-

ten. Sie waren es, die in Hamburg gegen Kinderarbeit in der ganzen Welt demonstrierten, sowie in Barcelona, wo sich die meisten jungen Leute in ganz Europa gegen den Krieg im Irak friedlich zusammenschlossen. Überall dort und viele unzählige, unmessbare Male an vielen Orten mehr haben junge Menschen etwas in ihren Gemeinschaften bewegt und so den Lauf der Geschichte gelenkt. Friedensaktive Jugendliche sind weniger sichtbar in den Analysen von Friedensprozessen und deren Effizienz in friedensschaffenden Aktivitäten ist schwer zu berechnen. Doch heißt das deswegen, dass sie inexistent oder unmöglich mit einzubeziehen sind? Tief in uns wissen wir alle, was Frieden für jeden Einzelnen bedeutet, selbst wenn wir von Brutalität, Gewalt und Konflikt umgeben sind. Also wissen es auch die jungen Leute, die in den Kriegsjahren groß geworden sind. Denn keiner hat sie intensiver und unbescholtener erlebt als sie.

Damit bestätigt sich die anfangs erwähnte These, dass man Kinder und Jugendliche selbst als „Window of Opportunity“ betrachten kann, wenn es um friedensschaffende Maßnahmen in einem konfliktreichen Umfeld geht, ein weiteres Mal. Die folgenden Konzepte werden dem Leser Einblicke in Ansätze geben, die dies umsetzbar machen.

²⁷ Der französische Konfliktforscher Bouthoul hat dies zum ersten Mal behandelt. Es gibt zahlreiche Studien, die dieses Problem näher beleuchten.

9. Das Konfliktlösungsmodell

9.1. Theoretische Lösungsansätze

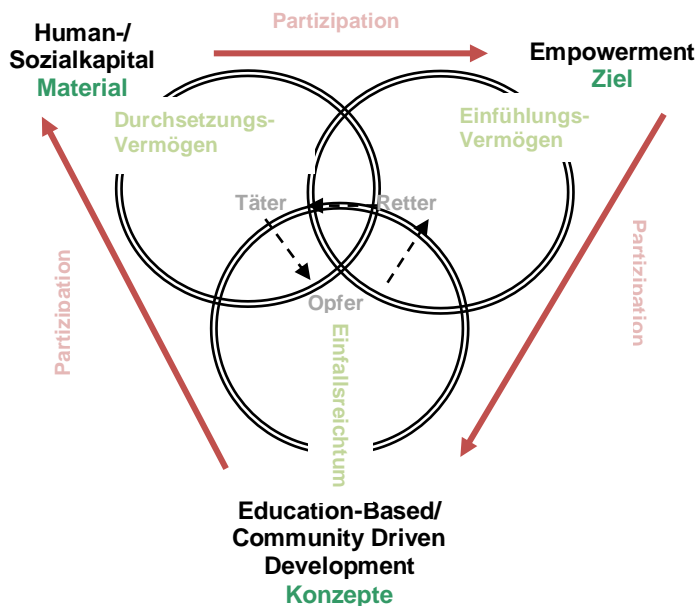


Abbildung 2: Konfliktlösungsmodell (Braun et al 2005: 108ff)

9.1.1. Erklärung zum Modell

Ähnlich zu den Ansätzen des Konfliktforschers Johan Galtung²⁸ wird in der Theorie zu diesem Modell vorausgesetzt, dass Konflikte auf Mikro-, Meso-, Makro- und Megaebene gleichwertig sind. Zur konstruktiven Bearbeitung jeglicher Konflikte erklärt Galtung eine Grundhaltung, in der „alle Konflikte frei und gleich an Würde und Rechten geboren sind. Sie haben das Recht bearbeitet zu werden, und zwar so dass alle Parteien damit leben können. Geopolitische Konflikte befinden sich nicht auf einer höheren Ebene, nur weil Staatsmänner und Diplomaten eine höhere soziale Stellung einnehmen“ (Galtung 2007: 13ff).

Dem vorliegenden Modell (Abb. 2)²⁹ liegt ein Werkzeug der Transaktionsanalyse, das Dra-

²⁸ Johan Galtung ist einer der bekanntesten Friedensforscher. 1987 bekam er den Alternativen Nobelpreis für seine Arbeiten auf dem Gebiet der Friedensforschung. Von Galtung stammt auch der Satz: „Es gibt keine bösen Menschen, es gibt aber böse Ideen. Eine böse Idee ist, dass es böse Menschen gibt“ (Frieden-Gewaltfrei 2001).

²⁹ Das Modell, das ich vorstelle, mag möglicherweise von mehreren Wissenschaftlern schon auf die eine oder andere Weise angewandt worden sein. Ich beziehe mich bei meinen Kenntnissen auf Wissen aus einer Ausbildung, die sich mit neurolinguistischen Wirkungskreisen, Wertehierarchien und dem Anwenden verschiedenster sozialtherapeutischer Modelle zur Transformation und Lösung von Konflikten und dadurch mit der Stärkung vorhandener Strukturen auf persönlicher Ebene beschäftigt. Diese Ausbildung wird von Roman Braun über das Austrian Institute for NLP (<http://www.nlp.co.at/>) abgehalten.

madreieck genannt wird, zugrunde. Im Modell des Dramadreibecks wird der Zusammenhang dreier Qualitäten (zentral: Täter-Opfer-Retter), die uns Menschen in Konflikten typisch sind – wie sie sich in Rollen äußern und wie sie oft reihum gewechselt werden – beschrieben. Zwischen den Beteiligten gelten ungeschriebene „Regeln“, die durch die Wahl einer Rolle vom Rollenträger unwillkürlich befolgt werden. Dabei übernehmen die Beteiligten diese Rollen aus der inneren Notwendigkeit des Musters heraus. Meistens sind die drei Rollen auf drei Personen verteilt. Aber auch zwei Personen können die drei Rollen abwechselnd untereinander verteilen. Das Dramadreibeck lässt sich auch alleine spielen, wobei dann einzelne Persönlichkeitsaspekte in einem inneren Dialog die drei Rollen übernehmen. Auch ganze Nationen oder Völker können über den Wirkungskreislauf des Dramadreibecks lange Zeit in Konflikt stehen (Schlegel 2002).

Die Täter-Opfer-Retter-Spirale dreht sich grundsätzlich gegen den Uhrzeigersinn und führt bei entsprechender Dynamik immer weiter ins Drama. Politische Bewegungen in Umbruchzeiten gehen in aller Regel von bestimmten ideologischen Wertvorstellungen aus. Bewegen sie sich im Schema des Dramadreibecks nach links zur „Tat“, führt dies unweigerlich dazu, dass die vorsätzlichen Retter zu Tätern werden, sich also gegenüber den zu Rettenden (=Volk) auf die höhere Position stellen, was wiederum in aller Regel zu Zwangsbeglückungen führt (siehe Nepals Bürgerkrieg, Chinesisch-Maoistische Revolution, und auch Kuba, etc.).

Gelingt es aber, ausgehend von den Zielwerten, aus der betroffenen Bevölkerung heraus, Ideen zu Konzepten zu generieren (z.B. durch Bildung) und damit die kreativen Ressourcen anzusprechen, so initiiert man im Dreiecks-Schema eine Gegenbewegung im Uhrzeigersinn. Die abgebildeten Attribute „Einfallsreichtum, Durchsetzungsvermögen und Einfühlungsvermögen“ ermöglichen uns je nachdem, welche dramatische Position am stärksten manifestiert ist, den notwendigen Ausstieg aus dem Drama hin zur fördernden Umkehr des Kreislaufes (Braun et al. 2005: 72ff). Dies kann in Fortsetzung dieser Bewegungsrichtung unter Einsatz von Human- und Sozialkapital brauchbare und vor allem akzeptierte Methoden kreieren, die Erfüllungsbedingungen für die angestrebten Zielvorstellungen (= Empowerment der Hauptbetroffenen) erschaffen. Partizipation aller Betroffenen ist eine Grundvoraussetzung und zieht sich durch alle Phasen.

Daher kann man dieses „Konfliktmodell“ der Transaktionsanalyse (Dramadreibeck) auf die dargestellte Weise in ein „Konfliktlösungsmodell“

dell“ umwandeln. Es kann dann bewusst eingesetzt werden, um beispielsweise mehr über gegenseitige Abhängigkeiten und das jeweilige Verhalten der relevanten Konfliktpartner zu lernen. Man kann im Konfliktmanagement Rückschlüsse über Gründe für vergangenes Verhalten in Konfliktsituationen ziehen und nur so gegebenenfalls neue Handlungsoptionen erarbeiten.

Ehemalige Kindersoldaten, die während ihres missbräuchlichen Einsatzes unter anderem Einblicke in alternatives strategisches Denken erhalten haben, können insbesondere im letzt-erwähnten Aufgabenbereich sinn- und wertvolle Leistung einbringen.

Um den Rahmen dieses Dokumentes nicht zu sprengen werde ich das Modell in der folgenden Analyse zu konkreten Lösungsvorschlägen nur auf indirekte Weise anwenden und in die Lösungsvorschläge einfließen lassen. Es werden hauptsächlich Vorschläge gebracht, die unmittelbar für die Makro- und Megaebene relevant sind, da es sich um einen innerstaatlichen Konflikt handelt. Deren Bearbeitung schließt das Individuum jedoch in allen Phasen auf intrinsische Weise mit ein, und wirkt so auf diese Ebenen rück.

9.2. Praktische Umsetzungen

Da es in unserem Fall um eine Sozialanalyse geht, ist die Wichtigkeit der Verbindungen zwischen den Positionen nicht zu unterschätzen. Das heißt, dass hier Human- und Sozialkapital die Normen und Netzwerke sind, die kollektives Handeln befähigen. Es definiert die Charaktere von Beziehungen innerhalb der Gemeinschaften durch informelle oder formelle Netzwerke. Das kann man als soziale Organisation bezeichnen. Jede den Umständen entsprechende Form von Gemeinschaftsentwicklung, wie die Methode des Community Driven Development (CDD) wirkt hier als Katalysator um die notwendigen Aktivitäten umzusetzen. Es ist eine Idee/Innovation zur vorhandenen Struktur, eine Aktivität mit operationalem Charakter (World Bank 2006a). Empowerment ist das Ziel, um zu evaluieren, ob die erreichte Veränderung positiv ist. Wenn man Amartya Sen's Zugang berücksichtigt, der besagt: „Entwicklung ist Freiheit“, könnte man in diesem Fall positive Veränderungen messen, indem man beobachtet (*monitort*), ob die Kapazitäten der jungen, und besonders der jungen benachteiligten oder stigmatisierten, Bevölkerung in Nepal erhöht wurden und sie somit aktiver, friedvoller und eigenständiger an der Verbesserung ihrer Lebenssituationen und an der Rehabilitation und Entwicklung ihres Landes teilnehmen können. Das setzt dann

einen positiven sich selbst perpetuierenden Kreislauf in Gang.³⁰

Im Folgenden werde ich auf politische, wirtschaftliche und sozio-kulturelle Lösungsansätze für die Aspekte der Gesellschaft in Nepal eingehen, die mehr oder weniger Defizite aufweisen. Wie man sehen wird und wie schon zuvor erwähnt, sind diese Aspekte eng, teilweise sogar kausal miteinander verknüpft. Bei weitem werden die folgenden Punkte die Gesellschaft Nepals jedoch nicht komplett umschreiben oder allumfassende Lösungen anbieten, da dies weder im Rahmen dieses Dokumentes noch auf theoretischer Ebene jemals möglich oder sinnvoll wäre. Außerdem wird es möglich sein, dass bestimmte Aspekte auf andere Gesellschaften, aus möglicherweise sehr unterschiedlichen Kulturkreisen, ebenfalls anwendbar sind. Ich nehme mir keine Exklusivität für die elizitierten Parameter heraus. Daher ist die Analyse eine generelle, die Ansätze bietet, die man mit profundem Wissen auf Mikro-, Meso-, Makro- sowie Megaebene konkret anwenden kann.

9.3. Politische, wirtschaftliche und sozial-kulturelle Blickwinkel

Verbindungen zwischen den Dorfgemeinschaften in Nepal und dem Staat zu stärken ist außerordentlich wichtig, um soziale und institutionelle Transparenz zu gewährleisten. Wenn man nun jungen Menschen die Möglichkeit gibt sich auf Gemeinschaftsebene schon früh mit diesen Verantwortungen vertraut zu machen, werden sie Vorbilder für ihre Freunde und Geschwister, andere Gemeinschaftsmitglieder und darüber hinaus sein. Die Institutionen und das soziale Geflecht der Gesellschaft in Nepal wurden durch den langen internen Konflikt zusammen mit Massenmigrationen und Depplatzierungen stark beschädigt. Außerdem hat das Land überdimensional und unproportional zu seiner Größe aufgerüstet. Durch die Notwendigkeit des Kampfes und die der Erhöhung der Sicherheit, lief viel des Staatsbudgets in „investment for peace“, d.h.: militärische Ausgaben, anstatt Armut zu bekämpfen. Erfahrungen in anderen Ländern haben gezeigt, dass einmal aufgebaut, es sehr schwierig ist Sicherheitsausgaben wieder herunter zu schrauben (Thapa/Sijapati 2005). Weiters wurden auch *mikro-soziale*³¹ Organisationsansätze im Krieg

³⁰ Empowerment ist auf allen Ebenen wichtig, für das betroffene Individuum/die Minoritäten, aber auch für Gemeinschaften, formale Institutionen und den betreffenden Staat.

³¹ Bei *mikro-sozialen* Organisationsansätzen handelt es sich um ungeschriebene Gesetze, Normen und Netzwerke, die Gemeinschafts- und Familiengefüge funktionieren lassen.

zerstört und durch andere (den Armeen nützlicher) ersetzt. Erfahrungen und Extremsituationen haben individuelle Attitüden der Menschen grundlegend verändert.

9.3.1. Soziale Kohäsion

Da es besonders durch die in ländlichen, ärmeren Regionen noch sehr stark vorherrschende Kastendivision unter den Dorfgemeinschaften oft an *sozialer Kohäsion* fehlt, können junge Menschen durch deren aktive Miteinbeziehung dort als Brücke agieren. Die Herausforderungen und Risiken ihrer Lebensphasen zu beachten ist relevant, um die Zukunft der Gemeinschaft zu sichern. Eine gemeinsame Vision von jung und alt und somit auch von Tradition und Moderne, die dadurch entstehen darf, trägt als wichtiger Aspekt zur Identitätsfindung dieser jungen Menschen bei. Diese wiederum ist für deren eigene weitere Entwicklung, aber auch für die Entwicklung der Gemeinschaften und des Landes, in denen sie leben, wichtig.

Da sich junge aufstrebende Leute generell in sehr hierarchischen und besonders in zerrütteten Gemein- und Gesellschaften wie in einem Nachkriegs-Nepal oft fehl am Platze fühlen, kann dadurch auch deren Abwanderung konkret bearbeitet werden. Man bietet ihnen durch Miteinbeziehung in ihrem eigenen Umfeld und somit auch in ihrem eigenen Land einen konkreten und kreativen Platz an. Dabei ist es auch notwendig, Augenmerk auf das Umfeld selbst zu werfen und somit die Gemeinschaften in diese Arbeit mit einzubeziehen. Die oft starren Systeme sind es, die aufgrund mangelnder Ideen, Innovationen oder Ressourcen der Mitglieder keine Möglichkeit bieten, Veränderung und Inklusion geschehen zu lassen, selbst wenn der Wille da wäre.

Ich möchte behaupten, dass Angebote für Jugendliche, die deren Lebensbedingungen verbessern und Arbeitsplätze so wie auch Ausbildungsmöglichkeiten generieren, von der Regierung Nepals, während sie sich von ihren internen Auseinandersetzungen immer noch nur langsam erholt, noch nicht genügend berücksichtigt sind. Wenn vorhandene Ressourcen mehr in die Hände der Gemeinschaften kanalisiert werden, können diese auch von der jungen Bevölkerung besser genutzt werden, um deren Anlagen und Fähigkeiten zu stärken. Community Driven Development (CDD) kann hier konkret zur Förderung von Jungunternehmen, die die Entwicklung von Fertigkeiten beinhaltet um Einkommen schaffende Aktivitäten zu generieren (somit vorhandenes Human-/Sozialkapital nutzt), beitragen. Sie können eine ideale Möglichkeit für ungelernete/unerfahrene Jugendliche sein, um Kurzzeitarbeit zu erlangen, auf der sie ihre Erfahrungen

gen aufbauen und so Arbeitsmarktfähigkeit bilden können.

9.3.2. Politische Kapazitäten

In Nachkriegsgesellschaften, wo staatliche Institutionen geschwächt von langen Kriegen neue Herausforderungen nur langsam bewältigen, können junge Menschen oft auch deshalb nicht sehr effektiv an der Wahl, dem Design und der Umsetzung von Rehabilitationsmaßnahmen teilnehmen, weil internationale Donoren politisch attraktiv aussehende Projekte forcieren. Einerseits führt dies zu Duplikationen auf allen Ebenen. Andererseits übernehmen Donoren somit für oftmals zu lange Zeit – wie es mir in Nepal der Fall zu sein scheint – Regierungsaufgaben. Um wirkliche Kapazitäten zu bilden muss allerdings schon sehr bald deren Verantwortung zuerst an lokale Organisationen³² und dann zurück an die Regierung gespielt werden, um weiters auch strukturelle Rehabilitationsmaßnahmen zu fördern, die der Kultur und Gesellschaft angepasst sind. Donoren und internationale Organisationen müssen daher im Laufe des Friedensprozesses so früh wie möglich wieder in den Hintergrund treten, um staatlichen Institutionen die Möglichkeit einer individuellen Rückstärkung zu geben.

Besonders in Ländern mit einer starken Abwanderung wie in Nepal, in denen Abwanderungsländer an Attraktivität und Wertigkeit gewonnen haben, besteht starke Imitationsgefahr (z.B.: Amerikanisierung). Diese äußert sich in den Erwartungen und Vorstellungen der Menschen, aber auch in der Regierungsbildung. Donoren und internationale Organisationen können nur dann wirkungsvoll als Aufklärer, Monitoring-Partner und *unabhängige* (politische) Berater zur Konsensfindung zwischen den verhandelnden Parteien agieren. Somit wird von Anfang an die Verantwortung an die politischen Parteien zurückgespielt, wobei Ziele, um beispielsweise Empowerment zu erreichen, im Auge behalten und richtungswesend beeinflusst werden können.

Junge Menschen, besonders jene, die aktiv in den Konflikt involviert waren und sind, kann man dabei ins Zentrum von Demokratiewerk stellen. Sie werden die Veränderungen, die für neue soziale Geflechte essentiell sind, anstreben, erreichen können und dann auch später für sie einstehen. Jugendparlamente und die Miteinbeziehung von Kindersoldaten bei der Verwendung von Massenmedien haben in Ländern wie Uganda unglaubliche Erfolge bei der Wiedergutmachung (*reconciliation*) innerhalb von Gemeinschaften erreicht. Das starke

³² Am besten mögen hier sicher zivilgesellschaftliche Vertretungen mit starken lokalen Kapazitäten und internationaler Präsenz agieren.

Aufkommen von „Youth Wings“ der nepalesischen politischen Parteien bietet eine kontrollierte konstruktive Nutzung dieser Ressourcen an.

9.3.3. Wirtschaftliche Integration

Sozialkapital muss genutzt werden. Human- und Sozialkapital sind Qualitäten die sich immer auf die eine oder andere Weise selbst verwirklichen möchten. Bleibt dieses Kapital also im eigenen Land auf konstruktive Weise ungenutzt, wird es auf andere Weise oder in einem anderen Land umgesetzt werden.

Der Drang von Kindern und besonders Jugendlichen zu innovativer Entwicklung, Veränderung und zu einer lebenswerten Zukunft wird immer und überall stärker sein, als deren Anpassung an Gegebenheiten, besonders wenn diese schwerwiegende Barrieren darstellen.

Trotz akademischer Hintergründe schaffen es viele junge Leute in Nepal nicht, effektiv an der Gesellschaft oder der nationalen und globalen Wirtschaft zu partizipieren. Im Kontext der rapiden Globalisierung dauert es noch dazu nicht lange, bis sich Wissen und Fähigkeiten von jungen Menschen als nichtig erweisen. Somit scheint es für diese Gruppen wie für die mit geringerer Ausbildung oft gleich schwierig, sich einen Job und Lebensunterhalt zu sichern. Diese daraus resultierenden Frustrationen der jungen Bevölkerung konnten im Jänner 2008, als eine internationale Berufsmesse in der Hauptstadt Katmandu stattfand, dramatisch wahrgenommen werden. Hunderte Jugendliche protestierten, die Organisatoren des Betrages beschuldigend. Denn die Eintrittskosten waren für die meisten unerschwinglich und es wurden überdurchschnittlich hohe Bedingungen (ein 10+2 Abschluss) für die ausgeschriebenen Stellen vorausgesetzt (Nepalnews, 12.1.2008).

In Schulen ist enormes Sozialkapital zu finden, das unbedingter Berücksichtigung bedarf. Dort können öffentliche Reden und Theatervorführungen von und mit jungen Leuten Gehör und Verständnis schaffen. Weiters findet man Sozialkapital junger Menschen zum Beispiel in Jugendclubs, Studentenvereinigungen, aber auch Geschäften und Arbeitsgemeinschaften, sowie öffentlichen Plätzen, in denen man Information über Ideen und Innovationen ausgeben kann.

Die zuvor erwähnte Maßnahme „Curricula“ in Schulen anzupassen bedeutet grundsätzlich nicht, das Niveau der Ausbildung anhand von internationalen Wissensständen zu erhöhen. Es bedeutet, die jungen Menschen durch ihre Ausbildung auf ein Leben in ihrem Land effizient vorzubereiten. Es soll ein Leben sein, dem sie gewachsen sind, ohne auf Frustrationen

jeglicher Art hinzusteuern. Indem man jungen Menschen die Werkzeuge in die Hand gibt, die sie benötigen um in ihrem eigenen Umfeld/Land etwas erreichen zu können, gewährleistet man auch, dass das Kapital, dass in den Ausbildungssektor hineinläuft, durch Innovation, Motivation und somit wirtschaftliche Ankurbelung und Investition wieder zurückläuft.

Der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler Peter Lock³³ bestätigt hier, dass, wenn legitime Erwartungen der nachwachsenden Bevölkerung nicht erfüllt werden, eine Gesellschaft versuchen muss das existente Wertschätzungssystem so zu verändern, dass Jugendliche Normen akzeptieren können und sich dadurch ökonomisch beteiligen. Produktive Integrationschancen ändern die ökonomische Doktrin und führen zur Gewaltlinderung. Der Selbstwert der jungen Bevölkerung kann so steigen, auch wenn deren Produktivität am Weltmarkt nicht messbar ist (Lock, Vortrag Sommerakademie Schlaining 2008). Jugendliche sind somit durch eine Änderung/Anpassung der Curricula befähigt, realistische Ideen und Innovationen zu kreieren und umzusetzen.

10. Abschließende Worte

Die aus diesen Maßnahmen resultierende so zu nennende „Education-based Community Reconstruction“³⁴ stellt eine treibende und gewaltlose Kraft für Veränderung und sozialen Wandel, wie zum Beispiel auch zum Behandeln von starren Hierarchiegeflechten, dar. Es kreierte mehr Vertrauen unter den betroffenen Menschen und deren Umfeld, da sie informiert sind über Probleme und Risiken aller Beteiligten sowie über ihre Rechte, Verantwortlichkeiten und Wege zur Veränderung. Besonders ehemalige Kindersoldaten sind hier auch eine wichtige Informationsquelle, um Bewusstsein über die Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert waren und sind, in ihren Gemeinschaften zu erhöhen. Es hilft den Betroffenen mehr Sinn aus ihren Erfahrungen zu machen.

Ich möchte meine Ausführungen nun mit einem Zitat der Schriftstellerin Pearl S. Buck³⁵ zu einem Ende bringen. Sie beschreibt die in diesem Dokument behandelte Bedeutung der Charaktere von jungen Menschen sehr treffend.

³³ Peter Lock ist Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler. Zur Zeit ist er Koordinator der European Association for Research on Transformation (EART) Hamburg.

³⁴ Meine erklärende Benennung. Soweit mir bekannt, ist das nicht als offizieller Begriff zu betrachten.

³⁵ Pearl Sydenstricker Buck war eine amerikanische Schriftstellerin.

„The Young do not know enough to be prudent, and therefore they attempt the impossible – and achieve it, generation after generation” (Buck zit. nach Culp/Nickles 1983: 190).

Inklusion und Erfolg gibt Menschen Vertrauen, in sich selbst und in ihre Umgebung. Es gibt ihnen den Willen und das Werkzeug ihr Leben positiv zu beeinflussen. Nepal hat Glück, da es ein Land mit vielen Potenzialen ist. Die junge Bevölkerung ist meiner Meinung nach eines seiner größten. Wenn die Regierungen es heute schaffen, sich soweit mit dem Volk zu ehrlichen konstruktiven Lösungen zusammenzuschließen, dass das Ausmaß des Abwanderungstrends in kontrollierbare Bahnen gelenkt wird, sieht es einer wachsenden Zukunft entgegen. Der Selbstwert der Jugend wird steigen, da ein konkreter Platz und Wissen über Möglichkeiten in der eigenen Gesellschaft vorhanden sind. Die Jugend wird damit Wege finden, sich wirtschaftlich und politisch zu betätigen. Wenn Regierungen nationale und internationale Gelder effizient zu und mit den Menschen kanalisieren und somit auch Investment attraktiv machen, wird sich ein realistischer sozialwirtschaftlicher Wandel, der von innen kommt und daher besteht, selbst perpetuieren. Kinder und Jugendliche, die die Stärke besaßen konstruktive Lösungen zu finden um in einem Krieg, wie dem in Nepal, ihrem Leben Sinn zu geben und sei es auch als Soldaten in den Krieg zu ziehen, sind Menschen, die Einsatz und Engagement zu tieferen menschlichen Werten aufbringen. Sie verspüren fast immer den starken Drang danach, über ihre oft grausamen Erfahrungen hinaus zu wachsen, für eine bessere Zukunft für sich und für ihr Land.

„My dear young people: I see the light in your eyes, the energy in your bodies and the hope that is in your spirit. I know it is you, not I, who will make the future. It is you, not I, who will fix our wrongs and carry forward all that is right in the world” Nelson Mandela (UNICEF 2001b).

Literatur

- Adhikari, J./Seddon, J.D. (2003): Conflict and Food Security in Nepal, Report to Rural Reconstruction Nepal, sponsored by the European Commission, Kathmandu, Nepal. Quelle: [http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/\(httpDocuments\)/13C80D92223B06B5802570B700599A54/\\$file/eu-conflict.pdf](http://www.internal-displacement.org/8025708F004CE90B/(httpDocuments)/13C80D92223B06B5802570B700599A54/$file/eu-conflict.pdf) (Zugriff: 1.10.2008).
- Asian Exchange (2004/2005): Vol. 20, No.2, 2004; Vol. 21, No. 1, 2005, Clear-cut Publishing and Printing Co., Hong Kong.
- Barash, David P./Webel, Charles P. (2002): Peace and Conflict Studies, California/London/Greater Kailash.
- Braun, R./Gawlas, H./Maywald, F. (2005): Führen ohne Drama. Wien.
- Brett, Rachel/Specht, Irma (2004): Young Soldiers – why they choose to fight, Boulder, International Labour Office, veröffentlicht von der International Labour Organization.
- Center for Human Rights and Global Justice (CHRGJ) (2005): The Missing Piece of the Puzzle – Caste Discrimination and the Conflict in Nepal. Quelle: www.chrgj.org/docs/Missing%20Piece%20of%20the%20Puzzle.pdf (Zugriff: 1.10.2008).
- Cincotta, Richard/Engelman, Robert/Anastasion, Daniele (2003): The Security Demographic – Population and Civil Conflict After the Cold War. Quelle: http://www.populationaction.org/Publications/Reports/The_Security_Demographic/The_Security_Demographic_Population_and_Civil_Conflict_After_the_Cold_War.pdf (Zugriff: 1.10.2008).
- Coalition to Stop the Use of Child Soldiers (2008): Child Soldiers Global Report 2008, first published in 2008 by The Coalition to Stop the Use of Child Soldiers, London. Quelle: www.child-soldiers.org/home (Zugriff: 1.10.2008).
- Culp, George H./Nickles, Herbert L. (1986): An Apple for the Teacher: Fundamentals for Instructional Computing, 2. Sub-edition, Thomson Brooks/Cole.
- Dhakal, Suresh/Sangroula, Khagendra/Bartman Givind (2004): Whose War: Economic and Socio-cultural impacts of Nepal's Maoist-Government Conflict, NGO Federation of Nepal, Kathmandu.
- Dhungana, Shiva K. et al. (2006): Nepal India Relations, Friends for Peace (FFP), Kathmandu.
- Fujikura, T. (2003): The Role of Collective Imagination in the Maoist Conflict in Nepal, Himalaya: The Journal of the Association for Nepal and Himalayan Studies XXIII (1), S. 21-30.
- Galtung, Johan (2007): Konflikt und Konfliktlösungen – Die Transcend-Methode und ihre Anwendung. Berlin.
- Guinard, Caroline (2002): From War to Peace. Lessons Learned from Achievements and Failures in Peace Agreements over the Past Decade. A Strategy for Peace Process Optimization. Nonviolence International and International Peace Bureau, Bangkok.
- Houdret, Annabelle (2008): Wege der zivilen Konfliktbearbeitung. Saarbrücken.
- HRW – Human Rights Watch (2007): Publication: Recruitment and Use of Child Soldiers. Quelle: www.hrw.org/reports/2007/nepal0207/4.htm#_ftnref29 (Zugriff: 1.10.2008).
- Huntington, Samuel P. (1968): Political Order in Changing Societies. New Haven.
- Hutt, Michael (2004): Himalayan "People's War": Nepal's Maoist Rebellion. London.
- Karki, A./Seddon, D. (2003): The people's war in Nepal – Left Perspectives. Delhi.
- Keck, M. (2007): Geographien der Gewalt – Der Bürgerkrieg in Nepal und seine Akteure. Marburg.

McEvoy-Levy, S. et al. (2006): *Troublemakers Or Peacemakers?*, University of Notre Dame Press.

Mill, John Stuart/ Gray, John (1998): *On Liberty and Other Essays*, Oxford University Press, USA.

Nickson, R. Andrew (1992): *Democratisation and the growth of communism in Nepal: a Peruvian scenario in the making?*, *Journal of Commonwealth and Comparative Politics*, Vol. 30, No.3, Birmingham, S. 358-86.

Prachanda (2004): *Problems and Prospects of Revolution in Nepal*. Nepal.

SAAPE (2006): *Poverty in South Asia 2006 – Civil Society Concerns*. Kathmandu, Nepal.

Schlegel, L. (2002): *Handwörterbuch der Transaktionsanalyse – Sämtliche Begriffe der TA praxisnah erklärt*, 2. Auflage, S. 44f. Quelle: www.dsgta.ch/download/142dext3wG9Qt.pdf (Zugriff: 1.10.2008).

Seddon, David (2005): *Armed violence and poverty in Nepal, A case study for the Armed Violence and Poverty Initiative*, Centre for International Cooperation and Security, University of Bradford. Quelle: http://www.brad.ac.uk/acad/cics/publications/AVPI/poverty/AVPI_Nepal.pdf (Zugriff: 1.10.2008).

Thapa, Deepak/Sijapati, Bandita (2005): *A Kingdom Under Siege: Nepal's Maoist Insurgency, 1996 to 2004*, Auflage: Updated, London.

The World Bank (2006a): *Youth in Community Driven Development*, Vol. 1, No. 5. Quelle: sitere-sources.worldbank.org/INTCY/Resources/395766-1186420121500/YDN5YouthCDD.pdf (Zugriff: 1.10.2008).

The World Bank (2006b): *Video Interview with Daniel Owen, CDD Coordinator*. Quelle: web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/NEWS/0,,contentMDK:21018084~pagePK:64257043~piPK:437376~theSitePK:4607,00.html (Zugriff: 1.10.2008).

UNICEF (2006): *State of the World's Children Report 2006*. Quelle: www.unicef.org/sowc06/fullreport/full_report.php (Zugriff: 1.10.2008).

UNICEF (2001a): *Working Paper Series: The Participation Rights of Adolescents: A strategic approach*. Quelle: www.unicef.org/adolescence/files/Participation_Rights_of_Adolescents_Rajani_2001.pdf#search=%22participation%20right%20working%20paper%20unicef%22, (Zugriff: 1.10.2008).

UNICEF (2001b): *The State of the World's Children, 2001. Nelson Mandela: "Our Promise to the World's Children"*. Quelle: www.unicef.org/sowc01/our_promise.htm (Zugriff: 1.10.2008).

UNOCHA (2008): *United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs, Nepal Common Appeal for Transition Support 2008*. Quelle: [ochadms.unog.ch/quickplace/cap/main.nsf/h_Index/2008_Nepal_Common_Appeal/\\$FILE/2008_Nepal_Common_Appeal_VOL1_SCREEN.pdf?OpenElement](http://ochadms.unog.ch/quickplace/cap/main.nsf/h_Index/2008_Nepal_Common_Appeal/$FILE/2008_Nepal_Common_Appeal_VOL1_SCREEN.pdf?OpenElement) (Zugriff: 1.10.2008).

UNOCHA, IRIN (2007): *NEPAL: Challenges of reintegrating former child soldiers*, 31 December 2007. Quelle: <http://www.globalsecurity.org/military/library/news/2007/12/mil-071231-irin02.htm> (Zugriff: 1.10.2008).

United Nations World Youth Report 2007 (2007): *Young People's Transition to Adulthood: Progress and Challenges*, Department of Economic and Social Affairs of the United Nations Secretariat, United Nations publication, New York.

Walzer, Michael (2000): *Just and Unjust Wars*, 3. Auflage, New York.

Zeitungen:

AsiaNews, 22.2.2007: *"Maoists not demobilising thousands of child soldiers, says United Nations"*. Quelle: www.asianews.it/index.php?l=en&art=8561&size=A (Zugriff: 1.10.2008).

Nepali Times – Genereller Link: <http://www.digitalhimalaya.com/collections/journals/nepalitimes/> (Zugriff: 1.10.2008).

Nepali Times, 12.-18.9.2008: "The 90-point plan". Ausgabe Nummer 417, S. 4. Quelle: <http://www.nepalitimes.com.np/issue/2008/09/12/Nation/15205> (inklusive Kommentar von Nima Sherpa) (Zugriff: 1.10.2008).

Nepali Times, 12.-18.9.2008: „Brain Drain“. Ausgabe Nummer 417, S. 7. Quelle: http://himalaya.socanth.cam.ac.uk/collections/journals/nepalitimes/pdf/Nepali_Times_417.pdf (Zugriff: 1.10.2008).

Nepali Times, 12.-18.9.2008: "Abusing young hearts and minds". Ausgabe Nummer 417, S. 13. Quelle: http://himalaya.socanth.cam.ac.uk/collections/journals/nepalitimes/pdf/Nepali_Times_417.pdf (Zugriff: 1.10.2008).

Nepali Times, 5.-11.9.2008: "Remarkable Peace". Ausgabe Nummer 416, S. 2. Quelle: http://himalaya.socanth.cam.ac.uk/collections/journals/nepalitimes/pdf/Nepali_Times_416.pdf (Zugriff: 1.10.2008).

Nepali Times, 1.-7.9.2006: "If you close the door they will leave through the window", Ausgabe Nummer 313, S. 4. Quelle: http://thdl.org/texts/reprints/nepali_times/Nepali_Times_313.pdf (Zugriff: 1.10.2008).

Nepalnews, 12.1.2008: „International job fair turns ugly“. Quelle: www.nepalnews.com/archive/2008/jan/jan12/news08.php (Zugriff: 1.10.2008).

The Economist, 17.4.2008: "Nepal's election, The Maoists triumph". Quelle: http://www.economist.com/world/asia/displaystory.cfm?story_id=11057207 (Zugriff: 1.10.2008)

The Kathmandu Post, 15.1.2008: "Future looks bleak", S. 1-3.

Washington Post, 14.6.2005: "Concern grows over Nepal's Child Fighters – 'Untouchables' Used by Rebels In Brutal War". Quelle: www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/06/13/AR2005061301729_pf.html (Zugriff: 1.10.2008).

Zusätzliche Internetquellen:

Austrian Institute for NLP: www.nlp.co.at/ (Zugriff: 1.10.2008).

Frieden-Gewaltfrei: Johan Galtung: www.frieden-gewaltfrei.de/galtung.htm (Zugriff: 1.10.2008).

Department of Government, Harvard University (2008): Biographische Angaben zu Samuel Huntington. Quelle: www.gov.harvard.edu/faculty/shuntington/ (Zugriff: 1.10.2008).

IPicture – Die Welt im Bild (2007): Bevölkerungsstruktur von Nepal. Quelle: www.ipicture.de/daten/demographie_nepal.html (Zugriff: 1.10.2008).

Peter Lock: www.peter-lock.de/lock.php (Zugriff: 1.10.2008).

University of East Anglia, Biographische Infos zu David Seddon: www.uea.ac.uk/aids/cvs/seddon.pdf (Zugriff: 1.10.2008).

Wikipedia:

„Youth Bulge“. Quelle: de.wikipedia.org/wiki/Youth_Bulge (Zugriff: 1.10.2008).

„Meritokratie“. Quelle: de.wikipedia.org/wiki/Meritokratie (Zugriff: 1.10.2008).

Weitere Quellen:

Interview: Dr. Arjun Karki, 11. März 2008, Rural Reconstruction Nepal, Nepal.

Informelles Interview: Mr. Pushpa Raut, Project Coordinator des CAFAAG Programs (RRN Staff), Jänner 2008, Sankhuwasaba, Nepal.

Vortrag: Mr. Ghan Shyam Pandey, Federation of Community Forestry Users in Nepal (FECOFUN), Nepal, 23. April 08, Universität für Bodenkultur Wien.

Vortrag: Peter Lock, Koordinator der European Association for Research on Transformation (EART), 7.7.2008, Internationale Sommerakademie des ÖSFK, Stadtschlaining (zum Buchartikel vgl. Anhang).

Nepal Field Research Training November 2007 – März 2008 bei der Organisation Rural Reconstruction Nepal.

Fokussierte Feldforschung Jänner 2008: Bei meinen Felduntersuchungen in der nordöstlichen Bergregion Sankhuwasaba (Arun Valley) im Jänner 2008 habe ich mit Focus-Gruppen, Projektmitarbeitern (unter anderem mit Herrn Pushpa Raut, dem Projektkoordinator des Kindersoldaten-Rehabilitationsprojektes), sowie Sozialarbeitern und Dorfbewohnern zahlreiche informelle Interviews geführt.

Die Autorinnen und Autoren:

Birgit Fischer (1981) ist Dissertantin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und hat 2008 ihre Diplomarbeit zum Thema „Flucht aus Afrika – Ansturm auf die Festung Europa“ verfasst. Die Studienschwerpunkte der Autorin liegen in den Bereichen Friedens- und Konfliktforschung, Internationale Politik und Entwicklung und Migration. Im Rahmen eines Auslandssemesters in Südspanien konnte sie diesen Themen viel Erfahrung sammeln, welche sich in der Diplomarbeit und auch in der Dissertation wiederfinden. Ihre Nebenfächer sind Spanisch, Französisch und Internationale Entwicklung.

Lena Gruber (1984) studiert seit 2004 Kultur- und Sozialanthropologie mit den Schwerpunkten Entwicklungszusammenarbeit, interkulturelle Konfliktforschung und (Neo-)Kolonialismus mit Fokus auf Westafrika. Sie engagiert sich seit 2007 in dem studentischen Radioprojekt „Ethnowelle“ mit anthropologischen Beiträgen auf Radio Orange.

Andreas Hackl (1985) ist Student am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie sowie am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, darüber hinaus studierte er ein Semester Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Vilnius, Litauen. Er ist Redakteur der Kultur- und Sozialanthropologischen Zeitschrift "Die Maske" sowie der Zeitschrift der österreichischen Liga für Menschenrechte ("Liga"). Neben seinem Studium absolvierte er vor allem Praktika im Bereich des Migrationsmanagements und bereiste verstärkt Länder Südostasiens und des Nahen Ostens.

Georg Leitner (1983) ist Diplomand am Institut für Kultur- und Sozialanthropologie der Universität Wien und schreibt zurzeit seine Diplomarbeit über den Tschetschenienkonflikt. Er ist seit 4 Jahren Praktikant in der Wiener Außenstelle des ÖSFK und zudem Mitorganisator des JungforscherInnen-Workshops im Rahmen der jährlichen Sommerakademie. Der Autor arbeitete im Rahmen mehrwöchiger internationaler Workcamps für gemeinnützige Organisationen in Belgien, England, Niederlande und Marokko und studierte ein Semester lang Friedens- und Konfliktforschung an der Universität Oslo.

Angelika Scherzer (1979) ist Absolventin des Masterstudienlehrgangs International Relations and Development Studies '06 an der University of East Anglia in England. Seit Anfang 2007 unterstützt sie das Management und die Projektarbeit der österreichische Nichtregierungsorganisation Horizont3000 in Wien und war bis Mitte März 2008 in Nepal bei der lokalen Partnerorganisation namens Rural Reconstruction Nepal (RRN) als Field Research Trainee beschäftigt. Die Vorortuntersuchungen ermöglichen ihr auch Themen ihrer vorangegangenen Master-These, die sich mit der Reintegration von ehemaligen Kindersoldaten auseinandersetzt, weiter zu untersuchen. Zurzeit strebt sie ein Doktorat in dem Forschungsbereich Nachkriegsrehabilitation von Gesellschaften und friedensschaffende Maßnahmen mit einem Fokus auf Kinder und Jugendliche an.

Julia-Rita Warmuth (1987) studiert seit 2005 Internationale Entwicklung an der Universität Wien und seit 2006 Volkswirtschaftslehre und Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien. Neben einem mehrwöchigen Aufenthalt in Indien absolvierte sie im Jahre 2006 einen mehrwöchigen Studienaufenthalt in Spanien, an der Universität von Santiago de Compostela. Ihre Studienschwerpunkte liegen vor allem auf makroökonomischen Entwicklungen mit einem regionalen Schwerpunkt auf Lateinamerika.

Das Buch zur Sommerakademie:

Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd?

Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien?

LIT-Verlag, Münster – Hamburg – London – Berlin – Wien 2009, 364 Seiten, € 9,80

Der Dokumentationsband dieser Akademie enthält Beiträge von

Elmar **Altvater** (Freie Universität Berlin), Carola **Bielfeldt** (Universität Innsbruck), Ulrich **Brand** (Universität Wien), Claudia **Derichs** (Universität Hildesheim), Hildegard **Goss-Mayr** und Pete **Hämmerle** (Internationaler Versöhnungsbund), Gunther **Hausser** (Landesverteidigungsakademie Wien), Claudia **Haydt** (Soziologin und Religionswissenschaftlerin, Tübingen), Franz **Küberl** (Präsident Caritas Österreich), Peter **Lock** (EART Hamburg), Gerald **Mader** (Präsident des ÖSFK), Ueli **Mäder** (Universität Basel), Mohssen **Massarrat** (Universität Osnabrück), Volker **Matthies** (Universität Hamburg), Franz **Nuscheler** (Universität Duisburg-Essen, INEF), Thomas **Roithner** (Friedenszentrum Burg Schlaining – Wien), Werner **Ruf** (Universität Kassel), Martina **Schloffer** (Rotes Kreuz), Dieter **Senghaas** (Universität Bremen), Peter **Strutynski** (Universität Kassel), Rainer **Tetzlaff** (Universität Hamburg), Astrid **Wein** und Agnes **Otzelberger** (CARE Österreich) und Andreas **Zumach** (Journalist, Genf).

Nähere Informationen und ein Inhaltsverzeichnis des Buches sind unter folgender Adresse abrufbar:
http://www.thomasroithner.at/cms/images/buecher/roithner_oefsk_armutsbekaempfung_kriegsstrategien.pdf

In der ÖSFK-Publikationsreihe „SAFRAN. Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung“ sind bislang erschienen:

Georg Leitner: Die Bedeutung von Nationalismus im Tschetschenien-Konflikt, SAFRAN Nr. 01, 28 Seiten, € 2,--, Wien 2006.

Rita Glavitz: Failed Somalia? Prozesse und Strategien lokaler Akteure zum Nation- und Statebuilding, SAFRAN Nr. 02, 36 Seiten, € 2,--, Wien 2006.

ÖSFK / Rita Glavitz / Georg Leitner / Thomas Roithner / Alexandra Elbling (Hrsg.): Medien und Krieg: Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnengeneration, SAFRAN Nr. 03, 52 Seiten, Wien 2007. (abrufbar unter: <http://www.aspr.ac.at/sak2006/safran03.pdf>)

ÖSFK / Georg Leitner / Rita Glavitz / Thomas Roithner / Alexandra Elbling (Hrsg.): Rohstoff- und Energiesicherheit: Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnengeneration, SAFRAN Nr. 04, 104 Seiten, Wien 2008. (abrufbar unter: <http://www.aspr.ac.at/sak2007/safran04.pdf>)

ÖSFK / Georg Leitner / Rita Glavitz / Thomas Roithner (Hrsg.): Krieg und Armut. Analysen und Perspektiven einer jungen ForscherInnengeneration, SAFRAN Nr. 05, 98 Seiten, Wien/Stadtschlaining 2009. (abrufbar unter: <http://www.aspr.ac.at/sak2008/safran05.pdf>)

In der ÖSFK-Publikationsreihe „Dialog – Beiträge zur Friedensforschung“ sind zuletzt erschienen:

ÖSFK (Hrsg.), Projektleitung: Roithner Thomas: Globale Armutsbekämpfung – ein Trojanisches Pferd? Auswege aus der Armutsspirale oder westliche Kriegsstrategien?, 364 Seiten, Dialog 56 – Beiträge zur Friedensforschung, ISBN 9783825817626, Lit-Verlag, Münster – Hamburg – London – Berlin – Wien, Jänner 2009.

ÖSFK (Hrsg.), Projektleitung: Roithner Thomas: Von kalten Energiestrategien zu heißen Rohstoffkriegen? Schachspiel der Weltmächte zwischen Präventivkrieg und zukunftsfähiger Rohstoffpolitik im Zeitalter des globalen Treibhauses, 312 Seiten, Dialog 54 – Beiträge zur Friedensforschung, ISBN 9-7838-2580-9317, Lit-Verlag, Münster – Hamburg – London – Berlin – Wien, Februar 2008.

ÖSFK (Hrsg.), Projektleitung: Roithner Thomas: Gute Medien – Böser Krieg? Medien am schmalen Grat zwischen Cheerleadern des Militärs und Friedensjournalismus, 176 Seiten, Dialog 52 – Beiträge zur Friedensforschung, ISBN 9-7838-2580-1373 Lit-Verlag, Münster – Hamburg – London – Berlin – Wien, Juni 2007.

Sonstige Neuerscheinungen:

ÖSFK (Hrsg.), Projektleitung und Koordination: Mader Gerald und Roithner Thomas: Europäische Friedenspolitik. Inhalte, Differenzen, Methoden und Chancen, 488 Seiten, ISBN 978-3-8258-0932-4, Lit-Verlag, Münster – Hamburg – Berlin – London – Wien, Februar 2008.

Bock-Leitert Karin, Roithner Thomas (Hrsg.): Der Preis des Krieges. Gespräche über die Zusammenhänge von Wirtschaft und Krieg, 202 Seiten, ISBN 978-3-86582-599-5, Verlag Monsenstein und Vannderdat, MV Wissenschaft, Münster, November 2007.

📖 Bestellbar im gut sortierten Buchhandel oder unter aspr@aspr.ac.at

Friedenszentrum Burg Schlaining

In der südburgenländischen Stadtgemeinde Stadtschlaining sind zwei Friedensinstitutionen beheimatet: Das 1982 gegründete Österreichische Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) und das 1987 mit Hilfe von europäischen UNESCO-Organisationen gegründete Europäische Universitätszentrum für Friedensstudien (EPU). Beide Institutionen sind als private, gemeinnützige, überparteiliche und unabhängige Vereine organisiert und beide werden von ihrem Gründer und geschäftsführenden Präsidenten Gerald Mader geleitet. Beiden Institutionen wurde 1995 von der UNESCO der Preis für Friedenserziehung verliehen.

Das ÖSFK hat das Ziel, zur weltweiten Förderung des Friedens und zur Förderung einer friedlichen Konfliktlösung auf allen Ebenen beizutragen. Entsprechend engagiert sich das ÖSFK in Forschung, Ausbildung und friedenspolitischer Praxis. Den Ausbildungsschwerpunkt bilden Programme zur Qualifizierung von Fachkräften für Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit Friedenseinsätzen in Konfliktregionen beschäftigen, wie das „International Civilian Peace-keeping and Peace-building Training Program“ (IPT), das „Mission Preparation Training Program for the OSCE“ (MPT) und die „Summer Academy on OSCE“. Die viel besuchte deutschsprachige Sommerakademie fand 2008 zum 25. Mal statt. Für die EU ist das ÖSFK ein wichtiger Koordinator zur Entwicklung von EU-weiten Ausbildungsstandards und Trainingsprogrammen für Fachkräfte, die in den Bereichen Rechtstaatlichkeit und zivile Administration in Krisengebieten eingesetzt werden.

Im Bereich Mediation in internationalen Krisenregionen konnten in den letzten Jahren Dialogworkshops und Vermittlungsprojekte in Kooperation mit dem österreichischen Außenministerium durchgeführt werden. Seit 1996 werden spezifische Programme in Südosteuropa und dem Südkaukasus durchgeführt und seit 1997 auch in Afrika. Seit 2001 engagiert sich das ÖSFK in Zentralasien.

Die EPU führt englischsprachige Studienprogramme in „Peace and Conflict Studies“ auf postgraduiertem universitärem Niveau durch. Die EPU verbindet akademische Analyse mit Praxisorientierung und persönlichem Lernen, das durch die Dynamik einer internationalen und multikulturellen Studiengemeinschaft gefördert wird.

Seit dem Jahr 2000 betreibt das ÖSFK das Europäische Museum für Frieden. Das Museum wurde mit einem vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur verliehenen Anerkennungspreis im Rahmen des Museumspreises 2001 ausgezeichnet.

Das Friedenszentrum Burg Schlaining veröffentlicht u.a. die Reihe „dialog. Beiträge zur Friedensforschung“, die Zeitschrift „Friedens-Forum“ sowie die Publikationsreihen „workingpapers“ und „SAFRAN“ (Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung). Das Institut verfügt über eine Infrastruktur mit den in der Burg Schlaining befindlichen Büroräumlichkeiten, dem „Haus International“, der Friedensbibliothek in der einstigen Synagoge, dem Hotel Burg Schlaining und dem Konferenz- und Seminarzentrum in der Burg.

Kriegerische Auseinandersetzungen haben oft zahlreiche Auswirkungen auf die Verbreitung von Armut, sowie auch Armutsverhältnisse häufig eine Ursache für Krieg sein können. Globale Armut manifestiert sich beispielsweise in der Schwächung staatlicher Strukturen und in Form von Flüchtlingsströmen, die durch gewaltsame Konflikte ausgelöst wurden. Oft bereitet Armut auch den Nährboden für die Verbreitung radikaler Ideologien. Während die Kluft zwischen Arm und Reich zunehmend auseinanderklafft, werden diese Strukturen durch internationale Finanzorganisationen wie der Weltbank oder des IWF fortgeschrieben.

In diesem Sammelband bearbeiten JungforscherInnen diesen umfangreichen Themenkomplex aus verschiedenen Perspektiven und zeigen Lösungsstrategien zur nachhaltigen Beseitigung von Konflikten und Armutsverhältnissen auf. Neben einer grundsätzlichen Diskussion über die Wechselwirkungen von Krieg und Armut beleuchten die Beiträge vor allem unterschiedlichste Konfliktregionen wie etwa Nepal, Senegal, Palästina und Tschetschenien und zeichnen somit ein umfassendes Bild von der Thematik.

Mit Beiträgen von Birgit Fischer, Lena Gruber, Andreas Hackl, Georg Leitner, Angelika Scherzer und Julia-Rita Warmuth.

SAFRAN

Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und nachhaltige Entwicklung

ISBN: 978-3-900630-25-6